

Beschönigk 1. d. Austausch

Beziehungen Basels zur Innerschweiz

während der Regenerationszeit 1830–1848

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der hohen Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

URS GELZER

von Basel und Schaffhausen



BASEL 1957

VERLAG VON HELBING & LICHTENHAHN

Beziehungen Basels zur Innerschweiz

während der Regenerationszeit 1830–1848

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der hohen Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

URS GELZER

von Basel und Schaffhausen



BASEL 1957

VERLAG VON HELBING & LICHTENHAHN

Genehmigt von der hohen Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Prof. Dr. *E. Bonjour* und Prof. Dr. *W. Kaegi*.

Basel, den 6. März 1956

Prof. Dr. *H. Fuchs*
Dekan

Die Arbeit erscheint gleichzeitig als Band 64 der
«Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft»
herausgegeben von
Edgar Bonjour und Werner Kaegi, Professoren an der Universität Basel



Copyright 1957 by Helbing & Lichtenhahn, Verlag, Basel
Druck von Karl Werner AG., Basel

INHALT

Vorwort	4
Teil A: Einleitung	5
Teil B: Die politischen Beziehungen Basels zur Innerschweiz während der Regenerationszeit	
1. Die Vorgeschichte der Sarnerkonferenz	13
2. Die Sarnerkonferenz	21
3. Nach der Auflösung der Sarnerkonferenz	39
4. Basel und die Entstehung des Sonderbundes	46
5. Basels Vermittlungsbemühungen während der Sonderbundswirren	58
6. Basels Haltung während des Sonderbundskrieges	74
Teil C: Basels finanzielle und materielle Unterstützung der Innerschweiz	
1. Basels allgemeine Mildtätigkeit und seine gesteigerte Hilfsbereit- schaft zur Zeit der Freischarenzüge und des Sonderbundes	83
2. Basel und die Tieferlegung des Lungernsees	88
Teil D: Personelle Beziehungen Basels zur Innerschweiz	
1. Basler Ferienreisen in die Innerschweiz und sonstige Beziehungen einzelner Basler zu den Inneren Orten	94
2. Andreas Heuslers publizistische Einflußnahme auf die Innerschweiz durch die «Basler Zeitung»	100
Teil E: Basels Beschäftigung mit der Befreiungstradition und ihrer Heldensage	123
Teil F: Basel und der Gotthardtransit	150
Quellen und Literatur	184
Personenregister	188
Verzeichnis der Abkürzungen	190

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist auf Anregung von Herrn Professor Dr. Edgar Bonjour entstanden. Er hat sich ihrer mit großem Wohlwollen und fördernder Anteilnahme angenommen und, als sie im Manuskript vorlag, noch zahlreiche Verbesserungen angeregt. Für dies alles möchte ich ihm an dieser Stelle von ganzem Herzen danken.

Besonderen Dank schulde ich auch den Beamten des Basler Staatsarchivs, die mir durch ihre steten Bemühungen eine große Hilfe geleistet haben.

Basel, im Dezember 1956

U. G.

A. EINLEITUNG¹

Während den Jahrhunderten, die Basels Eintritt in den Schweizerbund vorausgingen, ließ sich von einer eidgenössischen Tendenz der baslerischen Politik zunächst nur wenig verspüren. Das ist um so verwunderlicher, weil die Außenpolitik Basels und diejenige der Urschweiz seit dem ausgehenden 13. Jahrhundert durch eine auffallende Parallelität der Interessen gekennzeichnet war. Diese Parallelität bestand in dem gemeinsamen Willen, sich nicht von Österreich «beherren» zu lassen. Die Feindschaft mit Österreich war, wie in den Inneren Orten, auch in Basel zur Erbfeindschaft geworden. Der erste größere Zusammenstoß zwischen Basel und Habsburg hatte sogar schon einige Jahrzehnte früher als die Erhebung der Waldstätte stattgefunden. Seit Rudolf von Habsburgs Zeiten war Österreich am Oberrhein, im Schwarzwald, im Breisgau, Sundgau und Elsaß in Basels Interessensphären eingedrungen. Die ritterlichen und patrizischen Geschlechter der Stadt selbst hatten sich mit Österreich verbündet. Wollte Basel nicht allmählich in den habsburgischen Territorialstaat eingegliedert werden, so mußte es aus politischer Notwendigkeit eine antiösterreichische und anti-feudale Politik treiben. Die Träger einer solchen Politik waren die Basler Bischöfe, die sich vornehmlich auf die Hilfe der dadurch zu politischem und kommunalem Mitspracherecht gelangenden Handwerkerzünfte stützten. Trotz den gleichgerichteten politischen Interessen kam es aber bis zum Ende des 14. Jahrhunderts zu keinen Einzelbündnissen zwischen Basel und den schweizerischen Orten, von der Art, wie sie die letzteren seit 1291 unter sich abschlossen. Basels Politik blieb zunächst nordwärts orientiert, und das 1392 erworbene Kleinbasel lag noch nördlich des Rheines. Erst durch die

¹ Zum Einleitungskapitel vgl. vor allem Edgar Bonjour, Albert Bruckner: *Basel und die Eidgenossen*, Basel 1951. H. Abt.: *Basel und die Urschweiz*, Kalender der Waldstätte 1931, S. 51 ff. Außerdem die bekannten allgemeinen Darstellungen von Johannes Dierauer, Ernst Gagliardi und Theodor Schwegler. Vgl. Bibliographie am Schluß der Arbeit.

langfristige Verbindung mit Bern und Solothurn vom Jahre 1400 begann die baslerische Bündnispolitik neue Wege einzuschlagen.

Viel älter als diese ersten engeren politischen Beziehungen waren darum die verkehrspolitisch und wirtschaftlich bedingten Interessen, die Basel insbesondere mit der Innerschweiz verbanden und die mit der Eröffnung der Gotthardstraße zusammenhingen. Nachdem es in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts gelungen war, die Unwegsamkeiten der Schöllenschlucht durch Brücken zu überwinden, hatte diese Paßstraße schon bald internationale Bedeutung für den Fernhandel und den Reiseverkehr von Deutschland nach Italien gewonnen. Basel und Luzern hatten dabei die Aufgabe, den Zugang zu der Straße zu sichern, und dies gemeinsame Interesse führte schon bald zum Abschluß mehrerer Verträge zwischen den beiden Städten ².

Zu weiteren Berührungen zwischen Basel und der Innerschweiz kam es durch die Gründung der Universität Basel. Während der neunundsechzig Jahre bis zur Einführung der Reformation riß die Kette der Innerschweizer Studenten, die an der Basler Hohen Schule studierten, nie ab. Mehr als hundert Innerschweizer, darunter Söhne der ersten Familien, und nicht zuletzt die beiden Luzerner Chronisten Diebold Schilling und Melchior Ruß, studierten damals in Basel. Nach der Einführung der Reformation hörte dieser Zuzug allerdings schlagartig auf, und erst ganz gegen Ende des ancien régime schrieben sich wieder einige Innerschweizer in die Basler Matrikel ein ³.

Basels politische Sympathien für die Eidgenossen blieben noch während des ganzen 15. Jahrhunderts eher kühl. Es knüpfte Verbindungen an oder löste sie wieder, ganz nach der augenblicklichen politischen Lage. So war es einmal mit schwäbischen und elsässischen Städten verbündet, dann wieder mit den Eidgenossen. Auch als die Hoffnungen Österreichs, Basel mit Hilfe des Dauphins und seiner Armagnaken an sich zu bringen, von den Eidgenossen in der Schlacht von St. Jakob an der Birs zunichte gemacht wurden, schloß sich Basel den schweizerischen Orten nicht an. Die Stadt erneuerte, als die Gefahr gebannt war, nicht einmal mehr die bestehenden Bündnisse mit den Eidgenossen. Auch der gemeinsame Kampf während der Burgunderkriege war eine reine Zweckgemeinschaft und verstärkte die gegenseitigen Beziehungen nicht wesentlich. Erst als der

² Albert Bruckner: Basel und die Eidgenossen, a. a. O., S. 30.

³ Hans Georg Wackernagel: Die Matrikel der Universität Basel, Bd. I, Basel 1951. Rudolf Bernoulli: Ortsregister der an der Universität Basel immatrikulierten Studenten. Universitätsbibliothek Basel.

Schwabenkrieg Basel die Gefahrenmomente einer ganz auf sich gestellten und isolierten Politik in aller Offenheit enthüllt hatte, konnte diejenige Partei endlich die Oberhand gewinnen, die schon längere Zeit eine bleibende Rückenstärkung bei den Eidgenossen gesucht hatte, und Basel bat um die Aufnahme in den Schweizerbund.

Es vergingen jedoch beinahe zwei Jahre, bis der Anschluß Wirklichkeit wurde. Namentlich die Länderkantone hegten große Befürchtungen, das städtische Element innerhalb des Bundes erhalte durch die Aufnahme Basels ein zu starkes Übergewicht. Schließlich überwogen aber doch die Aussichten auf die großen wirtschaftlichen und militärischen Vorteile, welche die Stadt gewähren konnte, und so wurde Basel im Sommer 1501 als elfter Ort in den Schweizerbund aufgenommen. Für die Innerschweizer Viehausfuhr und den Absatz von Käse und Butter war Basel schon lange von großer Bedeutung gewesen. Die Basler Metzger, Gerber und Viehhändler gehörten deshalb nicht von ungefähr als Geschäftsfreunde der Bauern und Hirten des schweizerischen Mittellandes und der Alpengebiete zu den eifrigsten Befürwortern einer möglichst engen Verbindung mit den Eidgenossen ⁴.

Für die ganze zukünftige Politik der Stadt sollte vor allem jener Artikel aus dem mit den Eidgenossen abgeschlossenen Bund von größter Wichtigkeit werden, in welchem Basel vorgeschrieben wurde, bei jeder Entzweigung innerhalb der Eidgenossenschaft selbst keiner Partei anzuhängen, sondern stillzusitzen und durch freundschaftliche Vermittlung zur Schlichtung des Streites beizutragen.

Als der neue Bund am Kaiser-Heinrichs-Tag 1501 in Basel feierlich beschworen wurde, war die Basler Bevölkerung noch nicht restlos eidgenössisch gesinnt. Doch erfuhr das schweizerische Nationalbewußtsein in der Stadt in den folgenden Jahren eine wesentliche Stärkung durch gemeinsame Feste und gegenseitige Freundschaftsbesuche. Gerade mit der Innerschweiz kam es damals zu wiederholten Beteuerungen unverbrüchlicher Freundschaft. So schrieben sich die Obrigkeiten von Basel und Luzern «amtliche Bierbriefe», und als die Basler bei einem Besuch in Luzern eine große Fastnachtspuppe – den Bruder Fritschi – entführten, kamen im Jahre 1508 hundertfünfzig Luzerner mit Zuzügern aus der Urschweiz nach Basel, um sie wieder zu befreien, was ganze vier Tage in Anspruch nahm. Ähnlich wie die eidgenössischen Fastnachten waren auch die Erneuerungen des Bundes, wie sie in verschiedenen Abstän-

⁴ Edgar Bonjour: Baslerisch-schweizerische Wirtschaftsbeziehungen. Festansprache anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Basler Handelskammer. Basel 1951, S. 34.

den wiederholt in Basel stattfanden, mit Volksfesten verbunden. 1517 zogen die Basler auf die Schützenkilbi nach Altdorf, von wo sie anschließend noch nach Schwyz und Luzern gingen, um auch an diesen Orten zu schießen und zu prassen. Überall wurden sie mit Freundlichkeiten geradezu überschüttet, und die persönlichen Bande, die bei diesen Besuchen geknüpft wurden, waren für die zwischenörtlichen Beziehungen von nicht geringer Bedeutung.

Obwohl der Solddienst für Basel keine wirtschaftliche Notwendigkeit war, nahm es trotzdem an der vornehmlich von der Urschweiz betriebenen eidgenössischen Italienpolitik teil. Als die Inneren Orte 1503 zur Eroberung von Bellinzona ausrückten, schickte Basel mehr als sechshundert Mann über die Alpen. Dabei hatte es natürlich auch die Sicherung der Gotthardstraße im Auge, an deren festem Ausbau ihm viel gelegen war und deretwegen es auch in den Mitbesitz der ennetbirgischen Vogteien eintrat. Als die Eidgenossen dann, zunächst im Dienste Julius II. und später auf eigene Faust, in Oberitalien den Kampf mit den beiden mächtigsten Dynastien Europas aufnahmen, beteiligte sich Basel, obwohl ihm die wilde Unternehmungslust der übrigen Eidgenossen fremd war, wiederum an allen Feldzügen. «Disz reizen wer weger fermitten», schrieb ein Basler Chronist unter dem Eindruck des mißglückten Chiasser- und Kaltwinterfeldzuges⁵. Im Jahre 1512 halfen die Basler trotzdem unter den vordersten der Eidgenossen Pavia und die Lombardei erobern. An der Behauptung Mailands gegen die Franzosen und an der Schlacht von Novara nahmen sie mit fast tausend Mann teil, und auch in der Katastrophe von Marignano harrten sie mit nahezu achtzehnhundert Mann bei den Inner- und Ostschweizern aus.

Aber nicht nur in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht war Basel den Eidgenossen nützlich, auch auf dem Gebiet der Kunst und nicht zuletzt durch seinen Buchdruck beschenkte es die Eidgenossenschaft reichlich. So schuf in der Innerschweiz der Basler Meister Markus Lux das monumentale Bildhauerwerk des Luzerner Weinmarktbrunnens, und Ambrosius und Hans Holbein entwarfen in der gleichen Stadt die Fresken des Hertensteinhauses, dessen Besitzer sie auch porträtierten. Im Jahre 1507 wurde Petermann Etterlins «Kronika von der loblichen Eidgnoschaft» als erstes Werk dieser Art in Basel gedruckt.

Die Reformation brachte den Beziehungen Basels zur Inner- schweiz eine äußerst schwere Erschütterung. Ein tiefer Graben, der sich bald auf alle Lebensbereiche ausdehnte, trennte die Schweiz

⁵ Edgar Bonjour: Basel und die Eidgenossen, a. a. O., S. 163.

seither in zwei feindliche Lager. Es waren, neben religiösen Gründen, die alten politischen und wirtschaftlichen Gegensätze, die gerade die fünf Innerschweizer Orte bewogen, beim alten Glauben zu verharren. Schon der Friedensschluß nach dem Alten Zürichkrieg und der sich an den Burgunderkrieg anschließende Kampf zwischen «Ländern» und «Städten» hatten gezeigt, wie wenig die gemeinsamen politischen Interessen, welche die verschiedenen Länder und Städte zum eidgenössischen Bunde zusammengeführt hatten, den Widerstreit der politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen verhindern konnten. Auch das Stanser Verkommnis hatte diese Spannung nicht zu beseitigen vermocht. Basel, das in die vielen alten Gegensätze im Bundesleben nicht verstrickt war und an den zisalpinen Gemeinen Herrschaften, in denen es ständig Streitigkeiten gab, keinen Anteil hatte, versuchte während der ganzen Zeit der Glaubenserneuerung zu vermitteln und zur Milderung der konfessionellen Spaltung beizutragen. Das Gefühl gemeineidgenössischer Zusammengehörigkeit verlor sich in Basel nie. In beiden Kappelerkriegen hatte die Stadt wiederholt zum Frieden gemahnt und die von den Glaubensgenossen gegen die Innerschweiz verhängte Proviantssperre sabotiert. Doch wurde Basels, auch durch seine Wirtschaftsinteressen begründete, tolerante Haltung in Glaubenssachen von den übrigen eidgenössischen Orten nicht geteilt. Die konfessionellen Spannungen wuchsen vielmehr weiter an, je offener die Reformierten in den französischen Religionskriegen für die Hugenotten und die Katholiken für die Liga Partei ergriffen. Besonders stark trat die Spaltung während des Dreißigjährigen Kriegs zutage, als Zürich und Bern die größte Lust zeigten, sich aktiv am Glaubenskampf in Deutschland zu beteiligen, während sich die katholischen Orte und die an der Grenze gelegenen Städte Basel und Schaffhausen neutral zu verhalten wünschten. Basel handelte aus Staatsraison und Bundespflicht, wenn es auch jetzt Bern und Zürich durch geschickte Vermittlung von allzu gefährlichen und die Gesamtinteressen des Landes verletzenden Handlungen zurückzuhalten verstand.

Als Zürich im Jahre 1623 den reformierten Orten ein gemeinsames evangelisches Defensionalwerk vorschlug, lehnte Basel, obwohl es in seiner Grenzlage besonders gefährdet war, den Beitritt ab⁶. Dafür regte es, da ihm der nationale Gedanke nähergelegen zu haben scheint als der konfessionelle, seinerseits an, die geplante Verteidigungsorganisation zu einer gemeineidgenössischen zu ma-

⁶ Die von Hans Sutter über Basels Stellung zum Defensionale geschriebene Dissertation wird demnächst in der Reihe der Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft erscheinen.

chen. Alle diese Bemühungen scheiterten jedoch am Mißtrauen der katholischen Orte. Erst im letzten Jahr des Krieges, im Jahre 1647, kam ganz überraschend doch ein gemeineidgenössisches Defensional zustande. Aber die Abwehr äußerer Gefahr und die sozialen Unruhen im Bauernkrieg vermochten die entzweiten Lager nur auf kurze Zeit einander zu nähern. Schon 1656 kam es zum erneuten Bruderkampf zwischen Katholiken und Reformierten. Zwar erlebte das Defensional 1668 nochmals eine Erneuerung, und 1674 eilten tatsächlich alle zwölf Orte Basel zu Hilfe, doch zerfiel die Verteidigungsorganisation schon bald wieder, weil die kleinen Innerschweizer Gebirgsorte nur ungern auf ihre volle Souveränität verzichteten und ständig Angst hatten, von den großen Orten auch wirtschaftlich erdrückt zu werden. So machte der konfessionspolitische Antagonismus, der die Schweiz während des ganzen 17. Jahrhunderts beherrschte, engere politische Beziehungen zwischen Basel und der Innerschweiz nahezu unmöglich.

Auch im zweiten Villmergerkrieg verhielt sich Basel, wie schon beim ersten, neutral⁷. Vergeblich hatten Basels Vertreter in beiden Kriegen den Ausbruch des offenen Kampfes zu verhindern gesucht und waren auch nach der Entscheidung redlich bemüht, die streitenden Parteien wieder zu versöhnen.

Nicht nur der Ausgang des zweiten Villmergerkrieges, auch das Staatskirchentum des katholischen Vororts Luzern ließ im 18. Jahrhundert die politische Einheit der katholischen Orte auseinanderfallen. Die Politik begann sich nun teilweise aus der religiösen Sphäre zu lösen, wodurch die eidgenössischen Fragen mehr im patriotischen Sinne angegriffen werden konnten. Die Ideen der Aufklärung hatten auch bei den gebildeten Schichten der Innerschweiz Wurzel gefaßt, was einer neutralen, indifferenten Haltung in Glaubensdingen Raum gewährte und eine dogmatische Toleranz als erstrebenswertestes Ideal erscheinen ließ. In den reformierten Ständen hatte sich eine ganz ähnliche Entwicklung vollzogen. Auch hier begann bei den Gebildeten der alte orthodoxe Glaube einer diesseitigen Humanitätsreligion zu weichen. Was Wettstein und sein Freund Zwyer bereits hundert Jahre früher versucht hatten⁸, wurde nun in größerem Ausmaß möglich. Edelgesinnte Eidgenossen beider Konfessionen begannen gemeinsam nach Mitteln und Wegen zu suchen, welche die unglückselige Spaltung der Eidgenossenschaft endlich überbrücken würden. Zu diesem Zwecke veröffentlichte Franz Urs

⁷ Basels Haltung während des zweiten Villmergerkrieges ist gegenwärtig Gegenstand einer in Ausarbeitung begriffenen Basler Dissertation.

⁸ Vgl. Julia Gauß, Alfred Stoecklin: Bürgermeister Wettstein. Basel 1953.

v. Balthasar seine Schrift «Patriotische Träume eines Eidgenossen»⁹, und Isaak Iselin machte es durch seine Briefwechsel mit Innerschweizer Freunden deutlich, daß man auf beiden Seiten die Konfession des anderen nicht mehr als gefährlich ansah¹⁰.

So konnte zur weiteren Annäherung reformierter und katholischer Bildungsfreunde und Patrioten im Jahre 1761 in Schinznach die «Helvetische Gesellschaft» gegründet werden. Zu ihren Mitgliedern gehörten bald auch zahlreiche führende Katholiken. Da aber die Gesellschaft die konfessionelle Spaltung weniger durch gegenseitige Duldung als durch aufklärerische Preisgabe des ererbten Glaubensgutes überwinden wollte, verboten die Regierungen der fünf katholischen Orte im Jahre 1780 ihren Untertanen, die Versammlungen zu besuchen.

Es waren vornehmlich zwei Gegensätze, die das politische Leben der alten Eidgenossenschaft schwer belasteten und durch ihre trennende Kraft auch noch die Kämpfe und Umgestaltungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentlich beeinflussten. Zeitlich älter war der Gegensatz zwischen den Länder- und Städtkantonen, der durch die verschieden günstige räumliche Ausdehnungsmöglichkeit und die recht ungleichen wirtschaftlichen Hilfsquellen der einzelnen Orte hervorgerufen worden war. Schwerwiegender erwies sich jedoch der konfessionelle Gegensatz, der nicht nur eine gemeinsame Außenpolitik völlig unmöglich machte, sondern auch das innerstaatliche Zusammengehörigkeitsgefühl schwer belastete. Das Gefüge der einzelnen Glieder war so locker, daß sich die Schweiz des ancien régime kaum unter einen einheitlichen staatsrechtlichen Begriff bringen ließ. Das eigentliche politische Leben spielte sich in den einzelnen Orten ab, die jeder für sich einen Staat im kleinen bildeten und nur durch ein mannigfaches Allianzsystem miteinander verbunden waren.

Die französische Revolution brachte diesem jahrhundertealten Zustand ein jähes Ende. Bekanntlich gehörte Basel zu den ersten Orten, die ihr Staatswesen freiwillig revolutionierten. Im Gegensatz zu dieser revolutionsfreundlichen Haltung setzten die Urstände der Revolution von Anfang an den schärfsten Widerstand entgegen und unterwarfen sich ihr erst nach heroischem Kampf. Wenn auch die neue helvetische Regierung, dank der französischen Hilfe, alle freiheitlichen Erhebungen niederschlagen konnte, so gelang es ihr

⁹ Die von Bruno Laube über Anton Felix von Balthasar verfaßte Dissertation wird demnächst in der Reihe der Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft erscheinen.

¹⁰ Paul Wernle: Der Schweizerische Protestantismus im 18. Jahrhundert. Tübingen 1924, Bd. II, S. 488.

doch nie, die revolutionsfeindlichen Kräfte gänzlich lahmzulegen. Jede Niederlage der französischen Armee hatte sogleich das Wiederaufleben dieser Kräfte zur Folge. Ein weiterer, wichtiger Gegensatz begann von nun an das politische Leben der Schweiz zu belasten: der Gegensatz zwischen den von der Revolution hinweggefegten «ci-devants» und den durch die Revolution zur Führung gelangten Nutznießern der neuen Zustände.

Napoleon, der die föderalistische Struktur der Eidgenossenschaft als eines ihrer Wesenselemente erkannt hatte und in der von ihm diktierten Mediationsakte ihre Institutionen danach gestaltete, kam den Wünschen der konservativen Kräfte weitgehend entgegen, indem er ihre Hauptforderung, die Zerschlagung des Helvetischen Einheitsstaates, erfüllte. Als dann nach dem Durchzug der Verbündeten in den letzten Tagen des Jahres 1813 eine eidgenössische Versammlung auch diese Mediationsakte abschaffte, war der Augenblick gekommen, wo sich die Anhänger des Alten überhaupt keine Hemmungen mehr auferlegen mußten. Hatte die Mediation bereits eine halbe Restauration gebracht, so sollte sie nun in eine totale umgewandelt werden. Die Eidgenossenschaft spaltete sich in zwei Gruppen, die sich als die alte Schweiz und die neue Schweiz bezeichneten.

Die alte Schweiz umfaßte die Gruppe der acht Orte Bern, Luzern, Solothurn, Freiburg, Zug, Uri, Schwyz und Unterwalden. Ihr Ziel war, die Schweiz wieder völlig auf den Zustand von 1798 zurückzuführen, worunter sie namentlich die Wiederherstellung der ehemaligen Untertanengebiete verstanden. Einige von ihnen wollten sich jeglicher Abfassung eines neuen schweizerischen Grundgesetzes widersetzen, und Schwyz schlug den Waldstätten sogar vor, den Bund von 1315 wieder zu erneuern.

Basel gehörte zur Gruppe der neuen Schweiz, welche alle diejenigen Stände umfaßte, die von einer vollständigen Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände nichts wissen wollten und wenigstens teilweise die Neuerungen der Helvetik in einen neuen Bundesvertrag hinüberzuretten suchten. Im Gegensatz zum extremen Föderalismus der alten Schweiz hielten sie ein maßvolles Zusammenfassen der nationalen Kräfte für unbedingt notwendig, wenn sie auch die radikalen Forderungen der Helvetik weitgehend aufgegeben hatten.

Die Spaltung zwischen diesen beiden eidgenössischen Lagern war so tief, daß sie eine Zeitlang sogar getrennt voneinander Tagsatzung hielten, und ohne den Druck der alliierten Mächte wäre der Bundesvertrag von 1815, in dem sich die beiden feindlichen Gruppen auf eine Kompromißlösung einigten, wohl nie zustandegekommen.

B. DIE POLITISCHEN BEZIEHUNGEN BASELS ZUR INNERSCHWEIZ WÄHREND DER REGENERATIONSZEIT

*1. Die Vorgeschichte der Sarnerkonferenz*¹

Während der Bundesvertrag nur unter großen Mühen zustandekam², ging es mit der Neukonstituierung der Stände viel schneller. Alle eidgenössischen Kantone, auch die neuen, erlagen in stärkerem oder schwächerem Maße der allgemeinen europäischen Restaurationsbewegung. Sie beschnitten die Volksrechte und bevorrechteten die ehemaligen Regenten oder die Reichen und Gebildeten auf Kosten der Landschaften. In den katholischen Ständen lebte die alte Staatsreligion wieder in ihrer früheren Ausschließlichkeit auf. In den Gebirgskantonen blieben die Hintersassen von der Landsgemeinde, als der höchsten Gewalt, ausgeschlossen. Altschwyz versuchte sogar, seine alten Privilegien gegenüber den ehemals abhängigen Landschaften wieder durchzusetzen, mußte sich dann aber, durch die Vermittlung der Tagsatzung, zur Aufnahme einiger Vertreter des «äußeren Schwyz» in den Landrat bequemen. Eine besondere Stellung nahm Nidwalden ein, indem es die Anerkennung des Bundesvertrags für unvereinbar mit seiner Souveränität erklärte. Es fügte sich erst, als eidgenössische Truppen sein Gebiet besetzt hatten. Während die Urschweiz die Restauration so weitgehend als möglich durchführte, gingen die Zunftkantone Zürich, Schaffhausen und Basel mit ihren verfassungsmäßigen Einrichtungen nicht hinter die Mediationszeit zurück. In den Patrizierkantonen und im

¹ Für dieses Kapitel vgl. wiederum die bekannten allgemeinen Darstellungen von Bonjour, Dierauer und Gagliardi. Genaue Titel in der Bibliographie am Ende der Arbeit. Außerdem Andreas Heusler: Schweizerische Verfassungsgeschichte, Basel 1920. Paul Burckhardt: Geschichte der Stadt Basel, Basel 1942. Derselbe: Die Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur neuen Bundesverfassung. 3 Teile, in den von der Basler Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen herausgegebenen Neujahrsblättern 90–92, Basel 1912 bis 1914.

² Hans Nabholz, Paul Kläui: Quellenbuch zur Verfassungsgeschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Kantone. Aarau 1940, S. 206 ff.

Fürstentum Neuenburg wurden dagegen wieder die alten, aristokratischen Verfassungen eingeführt, wobei das Übergewicht der Stadt über die Landschaft bedeutend war. Das Band unter den einzelnen souveränen Orten war derart locker, daß auf der Tagsatzung nur selten gemeinsame Beschlüsse gefaßt werden konnten. Über diese Unfähigkeit, die gestellten Aufgaben zu lösen, konnten auch die zwischen einzelnen Orten geschlossenen Konkordate nicht hinwegtäuschen.

So blieb es auf die Dauer nicht aus, daß an vielen Orten gegen diesen Zustand Kräfte rege wurden. Die liberale Bewegung, die sich seit der Mitte der zwanziger Jahre immer mehr gegen den Zwang der restaurierten Verfassungen aufzulehnen begann, erfaßte die einzelnen Kantone mit verschiedener Stärke. Ihr politisches Ziel war ein doppeltes: Umgestaltung der Kantone und Festigung des Bundes im nationalen, zentralistischen Sinn. Es entstanden in den Großen Räten mehrerer Kantone liberale Oppositionen mit dem Begehren nach größerer Öffentlichkeit des Staatshaushalts, Freiheit der Presse, vermehrter Selbständigkeit der Großen gegenüber den Kleinen Räten, Trennung der richterlichen von der vollziehenden Gewalt und Änderung des Wahlsystems mit stärkerer Annäherung an demokratische Grundsätze. Hinter allem stand die Überzeugung, daß die Oberherrschaft im Staate nicht mehr länger einer kleinen Klasse Privilegierter, sondern dem ganzen Volke gehöre. Diese Begehren gewannen in mehreren Kantonen immer breiteren Boden und verdichteten sich zuletzt zur energischen Forderung nach Verfassungsrevisionen ³.

So bedurfte es nur noch eines letzten Impulses, um die Regeneration in der Schweiz auszulösen. Dies war die Pariser Julirevolution. Sie schlug mit großer Gewalt in die Schweiz herüber. An vielen Orten erhoben sich die benachteiligten Bevölkerungsklassen und stellten auf Volksversammlungen ihre Forderungen. Bereits im Sommer 1831 hatte der Liberalismus in zwölf Kantonen gesiegt. Voll durchgesetzt hatte er sich in den drei Vororten Zürich, Bern, Luzern, sodann in Solothurn, Aargau, Thurgau und St. Gallen, in denen sich bereits die künftigen Kontrahenten des Siebnerkonkordats erkennen lassen. In den übrigen fünf Ständen Freiburg, Basel, Schaffhausen, Waadt und Tessin hatte die Erneuerungsbewegung nur in gemäßigter Form Fuß gefaßt. Über die indirekte Form der Repräsentativverfassung war man in keinem der regenerierten Stände hinausgegangen. Zu den nichtregenerierten Ständen gehör-

³ Andreas Heusler: Schweizerische Verfassungsgeschichte, a. a. O., S. 356.

ten Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Appenzell, Graubünden, Genf, Neuenburg und Wallis.

In Neuenburg, Schwyz und Basel kam es in den ersten Regenerationsjahren zu schweren Wirren. Allerdings konnte sich in Neuenburg die royalistische Partei nach zwei mißglückten liberalen Putschversuchen schon bald wieder zur alleinigen Macht aufschwingen. Ihre Bestrebungen, Neuenburg vollständig von der Eidgenossenschaft zu trennen, wurden von der Tagsatzung verhindert, doch bewirkten alle diese Vorgänge, daß das Fürstentum bis 1848 den freisinnigen Kantonen gegenüber eine außerordentlich feindselige Haltung einnahm.

Im Kanton Schwyz war der Bezirk Altschwyz seit dem Sturz Napoleons bestrebt, die absolute Herrschaft über die Landschaften Küßnacht, Einsiedeln, Pfäffikon und March wieder zurückzugewinnen. Die versprochene neue Verfassung wurde den Landleuten einfach vorenthalten. So beschlossen die vier äußeren Bezirke die Bearbeitung einer Verfassung auf eigene Faust und sprachen im Februar 1831 die administrative Trennung vom alten Lande aus. Nachdem alle Versuche, sich mit Altschwyz doch noch zu einigen, fehlgeschlagen waren, beschloß im April 1832 eine außerschwyzerische Landsgemeinde eine eigene liberale Verfassung, und am 27. April 1832 konstituierten sich die vier Bezirke zum «Kanton Schwyz äußeres Land». Die neue Verfassung wurde von sämtlichen Bezirkslandsgemeinden genehmigt, worauf sich der neugewählte Kantonslandammann im Mai 1832 als außerschwyzerischer Gesandter bei der Tagsatzung meldete, jedoch vorläufig noch nicht zugelassen wurde.

Seiner ganzen bisherigen politischen Stellung entsprechend kam Basel den Postulaten seiner Landschaft viel weitgehender entgegen als Altschwyz, denn die Stadt stand den liberalen Zeitströmungen zunächst keineswegs feindlich gegenüber. Im Gegensatz zu den andern Kantonen nahm Basel die Verfassungsrevision selbst an die Hand und wartete nicht, bis die Landschaft es dazu zwang. Allerdings berief es weder einen Verfassungsrat ein, noch gewährte es der Landschaft im neuen Großen Rat eine Vertretung nach der Kopfzahl. Auch in der Frage der Abgabenverminderung, welche die Landleute am meisten interessierte, gab es nur unwesentlich nach. So hatten es die Agitatoren nicht schwer, die Landschaft gegen die Stadt aufzuhetzen. Im Januar 1831 mußten städtische Truppen das aufgeregte Landvolk zur Ruhe bringen. Ende Februar wurde die von der Stadt gewährte regenerierte Verfassung von der Landschaft angenommen, und schon bald darauf erfolgten die Wahlen

und der Zusammentritt der neuen Behörden. Am 19. Juli nahm die Tagsatzung die neue Verfassung unter eidgenössische Garantie. Die Revolution schien beendet. Doch gärte die Unzufriedenheit weiter, weil die neue Verfassung in den entscheidenden Punkten den Forderungen der Landschaft nicht entsprach und die Stadt die Insurgentenführer unnachgiebig verfolgte. Die von der Tagsatzung wiederholt zur Vermittlung in beide Lager geschickten Repräsentanten konnten keine Verständigung herbeiführen, ja nicht einmal die gesetzliche Ordnung auf der Landschaft durchsetzen. Ein kläglichster zweiter Auszug der städtischen Truppen, im August 1831, gab den Aufständischen nur neuen Auftrieb. Ihre Forderung lautete nun: Verfassungsrat nach Kopfbzahl oder aber Kantonstrennung. War die Basler Regierung anfangs durchaus bereit gewesen, die Verfassung im Sinne des liberalen Zeitgeistes abzuändern, so stieß der grobe Ton der Neuerer auch die fortschrittlich Gesinnten in der Stadt aufs äußerste ab. Die Stadt faßte deshalb den Beschluß, in allen Landgemeinden über die Beibehaltung der Verfassung und über eine Kantonstrennung abstimmen zu lassen. Dabei sprach sich, bei einer Stimmbeteiligung von 44 Prozent, eine große Mehrheit für das Verbleiben im gleichen Kanton aus. Die Abstimmung hatte aber zur Folge, daß sich die von einer liberalen Mehrheit beherrschte Tagsatzung nun weigerte, die Basler Verfassung weiterhin zu schützen, womit sie sich eines Bundesbruchs schuldig machte. Nicht nur auf der Landschaft, sondern auch in der Stadt hatte man schon seit einiger Zeit den Gedanken einer Trennung erwogen und so kam es zum Großratsbeschluß vom 22. Februar 1832, durch welchen die Stadt den 46 Gemeinden, die sich bei der Abstimmung nicht mehrheitlich für das Bleiben bei der Stadt ausgesprochen hatten, die öffentliche Verwaltung entzog. Im Gegensatz zu Schwyz schlug in Basel der «Herr» die Trennung vor, während sich in Schwyz die enttäuschten Bezirke selbst ablösten. Es scheint, daß sich die Stadt selbst nicht ganz im klaren war, was mit den störrischen Gemeinden, die sie durch diesen Schritt väterlich-straftender Härte der Eidgenossenschaft anheimstellte, weiter geschehen sollte⁴. Daß sie für den ungünstigsten Fall auch mit einer definitiven Trennung rechnete, muß angenommen werden. Wahrscheinlich wollte man aber zunächst einfach einmal durch eine bestimmte Abgrenzung der Insurrektion dem weiteren Umsichgreifen des Übels Einhalt gebieten. Dabei hatte man die stille Hoffnung, daß die aufgeregten Gemeinden, nachdem

⁴ Vgl. Andreas Heusler: Die Trennung des Kantons Basel, Zürich 1839/42, 2 Bde., Bd. I, S. 308 ff.

sie eine Zeitlang unter fremder, ihnen nicht so verhaßter Leitung gestanden wären, sich wieder beruhigen und unter die alte Regierung zurückkehren würden. Die Stadt hatte sich aber völlig verrechnet. Die Tagsatzung gewährte ihr keinerlei Unterstützung und die Revolutionäre wurden immer selbstherrlicher. Sie konstituierten schon Mitte März den Kanton Basel-Landschaft, wobei sie versuchten, auch noch die restlichen stadttreuen Gemeinden auf ihre Seite zu ziehen.

Die Basler Wirren riefen weit mehr als diejenigen von Schwyz auch die andern Schweizerkantone zu leidenschaftlicher Parteinahme auf. Die Altgesinnten freuten sich über das mannhafte Vorgehen der Stadt gegen die Revolutionäre und die Neuerer suchten die Landschaft in ihren Bestrebungen nach besten Kräften zu unterstützen. Die Neuerer taten dies in ihrem eigenen Interesse, da sie sich in den erst vor kurzem regenerierten Kantonen ihrer Herrschaft noch keineswegs sicher fühlten und unter dem dauernden Druck standen, eine reaktionäre Bewegung könne sie und ihre Verfassung plötzlich wieder hinwegfegen. Zudem hatten sich mehrere Stände geweigert, den neuen Kantonsverfassungen die im Bundesvertrag vorgesehene formelle Garantie zu erteilen. Uri, Schwyz und Unterwalden verweigerten überhaupt jegliche Zustimmung zu einer regenerierten Verfassung.

So kam es am 17. März 1832 zum Abschluß des sogenannten Siebnerkonkordats⁵, worin sich die Stände Zürich, Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau und Thurgau gegenseitig die Gewährleistung ihrer neuen Verfassungen und bewaffnete Hilfe gegen etwaige aristokratische Reaktionen zusicherten. Es war vorgesehen, das Konkordat durch Einbezug weiterer Kontrahenten zumindest bis zur Erreichung der Zwölfzahl zu erweitern und dadurch zu einem Konklusum mit gesamteidgenössischer Verbindlichkeit werden zu lassen. Die Verbindung galt aber nicht nur der Sicherung des bereits Errungenen, sondern sollte auch die schon lange geforderte Revision des Bundes ermöglichen.

Je weniger Anteil und Einfluß ihnen in der neuen Bundesgewalt zukommen sollte, desto heftiger bekämpften einige Kantone eine derartige Bundesrevision. Zu ihnen gehörten namentlich die kleinen innerschweizerischen Gebirgskantone. Als Nutznießer der bestehenden Ordnung bestritten sie der Tagsatzung überhaupt schon die Kompetenz, auf Revisionsforderungen einzutreten, weil der Vertragscharakter des Bundesvertrags von 1815 Umgestaltungen nur

⁵ Max Jufer: Das Siebnerkonkordat von 1832. Diss. Affoltern 1953, S. 40.

durch einstimmiges Übereinkommen aller Mitglieder, nicht aber durch Mehrheitsbeschlüsse erlaube. Am schärfsten bekämpften sie den liberalen Vorschlag eines aus dem ganzen Volk zu wählenden Verfassungsrates. Die Urstände wußten genau, daß sie nur durch ein Festhalten am extremsten Föderalismus die ihnen um geschichtlicher Verdienste willen eingeräumte Vorrangstellung innerhalb der Eidgenossenschaft behalten konnten. Die vorgesehene Vereinheitlichung der Bundesgewalt wollte ihnen diese Vorrangstellung rauben und ihren Anteil an politischen Entscheidungen zur Bedeutungslosigkeit verringern. Dazu kam die Angst, von den volk- und industriereichen Kantonen langsam wirtschaftlich erdrückt zu werden und für einen kostspieligen Verwaltungsapparat zahlen zu müssen, der den Bergbauern völlig unnütz erschien. Die Restauration war in den Urständen wirklich populär, und abgesehen von Außerschwyz konnten die liberalen Ideen in den Landsgemeindedemokratien kaum Wurzel fassen. Die Urstände erblickten deshalb in der in ihren Augen verfälschten Freiheitsauffassung der Liberalen von Anfang an eine Kampfansage und bildeten auf den Tagsatzungen im beharrlichen Festhalten an den ihnen so genehmen Artikeln des Bundes von 1815 den Kern der konservativen Opposition. Auch im Falle Basels waren sie zu keinen Konzessionen bereit und sprachen sich immer wieder gegen jede Art von Kantonstrennung aus.

Das mächtige Umsichgreifen des Liberalismus hatte die Urstände schon früh zu einem engeren Zusammenschluß geführt. Auf Anregung Uri waren sie am 15. Oktober 1831 erstmals in Beckenried zusammengetreten und hatten die Koordination ihrer Kräfte besprochen. Am 23. Februar 1832 folgte eine weitere Konferenz in Brunnen⁶, bei der vor allem die Frage behandelt wurde, ob die Urstände die kommende Tagsatzung überhaupt noch besuchen sollten, nachdem erwartet werden mußte, daß die Liberalen diesmal mit einer Zwölfermehrheit die Bundesrevision beschließen würden. Da aber auf eine wirksame Intervention der Großmächte zugunsten der schweizerischen Konservativen nicht gerechnet werden konnte, ließ es die Konferenz von Brunnen noch nicht zum äußersten kommen. Auf der am 2. Mai 1832 abgehaltenen Konferenz von Altdorf⁷ kamen die Vertreter der Urstände überein, sogar im Falle, daß Gesandtschaften von Baselland und Außerschwyz zugelassen würden, die außerordentliche Tagsatzung vom Mai 1832 zu besuchen. Daraus wird eindeutig ersichtlich, daß auch das Erscheinen von

⁶ Akten der Sarnerkonferenz 1831/32. Staatskanzlei Obwalden, Sarnen.

⁷ Gallus Jacob Baumgartner: Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830–1850. St. Gallen 1850, Bd. I, S. 303.

Vertretern der neuen Halbkantone für die Urstände noch kein ausreichender Grund war, um der Tagsatzung fernzubleiben. Erst der Ausgang der heftigen Diskussion um das Siebnerkonkordat ließ die Bildung einer Abwehrvereinigung unumgänglich erscheinen.

Für das bedrängte Basel waren die Urstände darum zunächst keine Hilfe. Dank seiner bitteren Erfahrungen mit dem Liberalismus war Basel zwar inzwischen gesinnungsmäßig vollkommen in das Lager der Bundesgetreuen übergetreten, doch empfand es schmerzlich, daß die andern konservativen Stände seine Trennungspolitik gar nicht sekundieren wollten und sogar mehrfach einen Mehrheitsbeschluß zugunsten der Stadt verhindert hatten. Neben den Urständen verurteilten auch Neuenburg und Wallis die von Basel vorgenommene Art von Trennung und versuchten die Stadt unablässig zu einer Wiedervereinigung mit der verstoßenen Landschaft zu ermuntern.

Inzwischen waren die ersten Nachrichten von dem zunächst noch geheim gehaltenen Abschluß des Siebnerkonkordats durchgesickert. Die «Basler Zeitung» konnte den vollständigen Vertragstext schon am 31. März abdrucken. Wenn die Liberalen geplant hatten, das Konkordat erst dann der Tagsatzung vorzulegen, nachdem dessen Kontrahenten durch emsige Werbetätigkeit unter den gemäßigten Kantonen auf die für einen Mehrheitsbeschluß notwendige Zwölfzahl gebracht worden seien, so wußte Basel diesen Plan geschickt zu vereiteln. Denn noch bevor auch nur ein einziger weiterer Kanton gewonnen war, verlangte es bereits die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung, auf der neben den Basler Wirren auch das Siebnerkonkordat zur Sprache kommen sollte⁸. Basel stellte außerdem den Antrag, die Tagsatzung möge die sieben Stände freundeidgenössisch einladen, das gedachte Konkordat von sich aus wieder aufzulösen. Auf der Tagsatzung selbst wurde dieser Antrag nur von Uri, Unterwalden, Neuenburg und Wallis unterstützt. Die von beiden Lagern umworbenen gemäßigten Kantone enthielten sich der Stimme. Das Konkordat war damit praktisch stillschweigend sanktioniert worden. Deshalb erließen die konservativen Stände am 15. Juni eine Protesterklärung, in der sie, falls das Konkordat nicht aufgelöst werde, bereits die Gründung einer Gegenvereinigung in Aussicht stellten⁹.

Zur Besprechung ihres weiteren gemeinsamen Vorgehens trafen sich am 17. und 25. Juni die Vertreter der Urstände erneut in Brun-

⁸ A.a.o. Tags. Mai/Juni 1832, S. 125.

⁹ Ebenda, S. 128 f.

nen. Im Gegensatz zur Altdorfer Abmachung, ging die Resolution, die am Schluß der Besprechungen gefaßt wurde, schon bedeutend weiter. Innerschwyz erklärte, die Tagsatzung in Zukunft boykottieren zu wollen, falls Außerschwyz darin Sitz und Stimme erhalte. Sollte aber die Revision des Bundesvertrages beschlossen werden, so wollten die Gesandtschaften der drei Urstände die Tagsatzung gemeinsam verlassen. Als sie am 15. Juli tatsächlich beschlossen wurde, machten sie ihre Drohung allerdings nicht wahr. Immerhin verweigerte Landammann Lauener¹⁰ seine Mitarbeit, als er in die Revisionskommission gewählt wurde.

Um die Urstände vielleicht doch noch von ihrer starr trennungsfeindlichen Haltung abzubringen, hatte die Basler Regierung, noch vor dem Zusammentritt der Konferenz von Brunnen, den Stabshauptmann Geigy¹¹ nach Altdorf, Schwyz, Stans und Sarnen geschickt, um die dortigen Instruktionsbehörden zu bewegen, wenigstens eventuell in dem von Basel gewünschten Sinne für die kommende Tagsatzung zu instruieren. Geigy erhielt zwar günstigen Bescheid, denn die drei Stände versprachen, falls die Handhabung der garantierten Basler Verfassung kein Mehr erhalten sollte, nach dem Begehren Basels für die partielle und provisorische Teilung zu stimmen, doch überwog dann auf der Tagsatzung selbst, unter dem Einfluß Neuenburgs, die Abneigung gegen jegliche Trennung wieder so sehr, daß die fünf Stände Basels Wunsch nicht nachkamen¹².

Die ordentliche Tagsatzung von 1832 brachte aber eine für Basel viel folgenschwerere Entscheidung. Abgesehen von den fünf bundesgetreuen Ständen sahen die meisten andern Kantone nur noch in einer definitiven und totalen Trennung die Möglichkeit, den Basler Wirren ein Ende zu bereiten. Ein letzter Vermittlungsversuch der Tagsatzung, der die Notwendigkeit einer Trennung zu vermeiden suchte, wurde von der Stadt nicht angenommen, weil er die Landschaft zu stark begünstigte. Hierauf beschloß die Tagsatzung am 14. September 1832 mit einem Mehr von zwölf Stimmen die Trennung des Kantons Basel. Die Stadt erklärte sofort, sich dem Beschluß nicht fügen zu wollen, und die Gesandtschaften von Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis und Neuenburg gaben eine schriftliche Erklärung ein, in der sie nochmals gegen jede Trennung und insbesondere gegen den Eintritt einer Gesandtschaft von Basel-Landschaft in die Tagsatzung feierlich Protest einlegten¹³.

¹⁰ Josef Leonz Lauener (gest. 1862) Landammann von Uri.

¹¹ Wilhelm Geigy (1800–1866), Handelsmann, später Oberst.

¹² Andreas Heusler: Trennung, a. a. O., Bd. II, S. 170 f.

¹³ A.o. Tags. 1832, S. 220 ff.

2. Die Sarkerkonferenz

Basel hatte sich in eine völlige Isolierung hineinmanövriert. Kein einziger Stand wollte ihm bei der von ihm verfolgten Trennungspolitik helfen. Erst jetzt, in dieser hoffnungslosen Lage, suchte die Stadt bei denjenigen Ständen engeren Anschluß, die sich schon seit Beginn der Regeneration durch unbedingte Bundestreue ausgezeichnet hatten. Natürlich war sich die Basler Regierung wohl bewußt, daß sie ihre bisherige Politik wesentlich ändern mußte, wenn sie von diesen Ständen Unterstützung erhalten wollte. Das ganze bisherige Vorgehen Basels war ja durchaus nicht durch ein starres Festhalten an den Artikeln des Bundesvertrages gekennzeichnet. Die dringlichste Aufgabe für die Stadt bestand darin, zu verhindern, daß eine Gesandtschaft von Baselland auf der Tagsatzung Sitz und Stimme erhalten würde. Gegen einen solchen Eintritt hatten aber die fünf bundesgetreuen Stände bereits feierlich Verwahrung eingelegt, und um dieser Unterstützung willen war Basel nun bereit, seine Trennungspolitik zu revidieren. Die Stadt trat vollkommen ins Lager der Bundesgetreuen über.

So fand in den letzten Tagen des Beisammenseins der ordentlichen Tagsatzung von 1832, am Abend des 6. Oktober, auf Einladung der Basler Gesandtschaft, in der Wohnung des Neuenburger Gesandten von Chambrier¹⁴, eine Besprechung zwischen den Gesandten von Basel, Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis und Neuenburg statt, welche die Verabredung engeren Zusammenwirkens dieser Stände zum Ziele hatte und damit den Grund zur späteren Sarkerkonferenz legte. Im Verlauf der Besprechung wurde noch einmal das bundeswidrige Verfahren der fortschrittlichen Stände gerügt und besonders das Siebnerkonkordat und die ungerechte Behandlung von Basel und Schwyz hervorgehoben. Schließlich verabredeten sich die anwesenden Gesandten, bei ihren Ständen dahin zu wirken, daß sich dieselben in einer eigens anzustellenden Konferenz über die nun einzuschlagende Richtung verständigen möchten¹⁵.

Die Nachricht von der stattgefundenen Besprechung löste in Basel große Freude aus, weil sich jetzt endlich wieder ein Weg zu eröffnen schien, der die Stadt aus ihrer bedrückenden Lage befreien würde¹⁶. Bereits am 21. Oktober schickte die Stadt ein Zirkular an

¹⁴ Frédéric de Chambrier (1785–1865), Staatsrat, Oberstaatsanwalt. Vielfacher Tagsatzungsgesandter Neuenburgs. Von 1836–1848 Staatspräsident.

¹⁵ St.A.B. Kl. Ratsprotokoll 1832, S. 465.

¹⁶ Heusler: Trennung, a. a. O., Bd. II, S. 242.

die fünf Stände, in dem sie für den an den Tag gelegten «Geist brüderlicher Treue und Anhänglichkeit» dankte und den Vorschlag machte, möglichst bald zu der geplanten Konferenz zusammenzutreten ¹⁷.

Uri, Schwyz, Obwalden und Neuenburg schickten unverzüglich ihre Zusage ¹⁸. Schwyz hatte sogar schon vor Basel, am 19. Oktober Uri gebeten, den geplanten Zusammentritt anzuordnen, denn es hatte Freundeshilfe ebenso nötig wie Basel. Dagegen antwortete Wallis überhaupt nicht, und Nidwalden bemerkte in seinem Antwortschreiben recht ängstlich, es wolle es bei den Protestationen bewenden lassen und keine weiteren Schritte unternehmen. Wie sich auch in der Folge zeigen sollte, war Nidwalden durch die bitteren Erfahrungen, die es 1798 und 1815 mit seinen vergeblichen Auflehnungen gemacht hatte, sehr vorsichtig geworden und neigte zu einer gewissen politischen Resignation. Doch beschickte es, wie alle andern eingeladenen Stände, trotzdem die von Uri nach Sarnen einberufene Konferenz.

Die Instruktion der Basler Gesandten befaßte sich zum größten Teil mit den eigenen Wirren. Die Gesandten waren angewiesen, den andern Konferenzständen zu erklären, wie notwendig es für die endliche Bereinigung der Basler Revolution sei, wenn die Zeit weiter ungestört einwirken könne, damit bei veränderter Gesinnung der Gegner schließlich eine Wiedervereinigung möglich werde. Der im Brouillon enthaltene Passus, «sie sollen dartun, daß keine Hoffnung und Geneigtheit vorhanden sei, durch Konzessionen in Verfolgung und Behauptung unserer gerechten Sache sich nachgiebig zu zeigen», war in der Endredaktion ausgelassen worden. Ein deutlicher Beweis, wie sich Basel in seiner Politik den andern Konferenzständen anzupassen suchte. Erst der letzte Paragraph gab die Anweisung, «in Hinsicht allgemeiner eidgenössischer Gegenstände, . . . besonders in betreff des Siebnerkonkordats, das Angemessene über ferners nötige Schritte verabreden» zu helfen ¹⁹. Wie fern Basel die allgemeinen eidgenössischen Dinge lagen, beweisen auch die Konferenzrelationen Bürgermeister Freys ²⁰, des Hauptes der Basler Delegation, der lediglich auf ein paar Zeilen von den Besprechungen

¹⁷ St.A.A. Trennungsakten U 3 (= Tr.Ak.), Großratsprotokoll 20. Okt. 1832. Kleinratsprotokoll 15. und 21. Okt. 1832. Protokoll des Staatsrats C 2, 5, S. 243. Tr.Ak. 21. Okt. 1832.

¹⁸ Tr.Ak.: Uri am 27. Okt. und 7. Nov. 1832, Schwyz am 27. Okt. 1832, Neuenburg am 29. Okt. 1832, Obwalden am 3. Nov. 1832 und Nidwalden am 5. Nov. 1832.

¹⁹ Tr.Ak.: Instruktionsvorschlag der Regierung an den G.Rat, 10. Nov. 1832.

²⁰ Johann Rudolf Frey (1781–1859), Kaufmann, Bürgermeister von 1830–1848.

über das Siebnerkonkordat berichtete²¹, wogegen gerade diese Besprechungen den größten Teil des offiziellen Konferenzprotokolls einnahmen²².

Die Konferenz wurde am 14. November 1832 im Rathaus zu Sarnen eröffnet. Bei der Behandlung der zur Beratung gebrachten Gegenstände war man anfangs geteilter Meinung, welchen Grundsatz man über den ferneren Besuch der Tagsatzung aufstellen wollte. Nachdem man sich aber geeinigt hatte, keine Tagsatzung zu besuchen, an der eine Deputatschaft von Liestal zugelassen werde, kamen die weiteren Beschlüsse ohne Schwierigkeit zustande. Wallis, Neuenburg und Nidwalden waren zunächst dagegen, den von den andern Ständen geforderten völligen Bruch mit der Tagsatzung mitzumachen. Neuenburg bemerkte, wegen des Siebnerkonkordats werde eine wiederholte Protestation genügen; auch müsse man sich hüten, eine Erklärung abzugeben, die man nachher nicht halten könne. Nidwalden befürchtete, durch ein unüberlegtes Handeln Anlaß zu einer Spaltung der Eidgenossenschaft zu geben²³. Zur Befriedigung Basels ließen sich schließlich aber doch alle Stände für einen gemeinsamen Schritt gewinnen, und es kam «ziemlich unerwartet», wie die Basler Gesandten nach Hause schrieben, der Beschluß zustande, im unerschütterlichen Festhalten am beschworenen Bunde, an keiner Tagsatzung teilzunehmen, in der einer Gesandtschaft von Liestal Zutritt gewährt würde. Für den Fall, daß eine solche Tagsatzung trotzdem einberufen würde, versprachen die Gesandtschaften der versammelten Stände, sich ohne besondere Ausschreibung jeweils fünf Tage vor dieser Tagsatzung in Schwyz zu treffen.

Zu dem von Basel instruktionsgemäß gestellten Antrag, auch auf andere Stände einzuwirken und sie zum Beitritt zur Konferenz aufzufordern, meinten die andern Gesandten, Basel müsse dabei das Beste selbst tun. Jedoch versprachen Schwyz bei Zug und Uri bei Tessin sondieren zu wollen.

Sodann stellte Neuenburg den für Basel so unangenehmen Antrag, die Stadt möge jede Gelegenheit benutzen, sich mit ihren getrennten Gemeinden wieder zu vereinigen, weil sie ja mittlerweile die Trennung auch nicht mehr wolle. In ihrer Antwort zeigte die Basler Gesandtschaft die großen Schwierigkeiten einer Annäherung und meinte, wenn eine solche durch allzu große Konzessionen erkaufte werden müsse, so werde dies auch den befreundeten Ständen nicht

²¹ Tr.Ak.: Relation der Basl. Gesandtschaft, 21. Nov. 1832.

²² Tr.Ak.: Offizielles Konferenzprotokoll.

²³ Ebenda.

angenehm sein. Die Basler hätten es auch gerne gesehen, wenn Neuenburgs Antrag nicht ins Protokoll aufgenommen worden wäre, doch wollten ihn namentlich Wallis und Neuenburg nicht darin vermissen, weil man damit den liberalen Ständen zeige, daß man nur Rechtliches meine. Obwalden sprach sich gegen die Aufnahme des Antrags aus, denn er werde lediglich den Mut der Insurgenten heben und von den fünf Ständen den Anschein erwecken, als ob auch sie das bisherige Vorgehen Basels verurteilten. Schließlich beschloß man aber doch einstimmig, den Antrag ins Protokoll einzureihen. Am Schluß der Konferenz machte Schwyz noch auf die Lage in seinem Kanton und die letzten provozierenden Schritte der äußeren Bezirke aufmerksam und stellte die Bitte, es möchte ihm die gleiche Behandlung wie Basel zuteil werden. Darauf wurde einmütig beschlossen, daß, falls von einer Tagsatzung ein Stand Außer-Schwyz anerkannt werden sollte, die Konferenzstände gegen Außer-Schwyz das gleiche Benehmen beobachten wollten, wie gegen Basel-Landschaft. Damit ging die Konferenz auseinander.

Verglichen mit dem kraftvollen Gebilde des Siebnerkonkordats mußte die unnatürliche Zusammensetzung der Sarnerkonferenz sofort ins Auge fallen. Die Stände des Siebnerkonkordats waren in ihren Zielen völlig gleichgerichtet, umfaßten mehr als die Hälfte der schweizerischen Bevölkerung, verfügten über große wirtschaftliche Hilfsquellen, waren mit Kriegsmaterial und Geld wohl ausgerüstet und umschlossen mit ihren Gebieten als mächtiger, zusammenhängender Block nicht nur die Urschweiz, sondern trennten auch, Baselland eingerechnet, das isolierte Basel-Stadt vollkommen von Neuenburg. Die Teilnehmer der Sarnerkonferenz dagegen setzten sich aus drei armen, streng katholischen Hirtenländern und zwei reichen, starr protestantischen Stadtkantonen zusammen, die nicht nur räumlich weit voneinander entfernt waren, sondern auch ganz verschiedene verfassungsmäßige Grundlagen hatten. Der Gegensatz zwischen den einfach denkenden, zum Teil draufgängerischen und engen bäuerlichen Verhältnissen entstammenden Bauernführern der Urschweiz und den eine ausgesprochene Städtেকultur vertretenden, hochgebildeten, vornehm reservierten Herren von Neuenburg und Basel ließ sich nie ganz überbrücken. Wie schon 1798 und 1815 überschätzten in dieser Vereinigung namentlich die Urstände ihre Macht in schwer verständlicher Weise, umfaßten die Einwohnerschaften der fünf Stände doch kaum ein Zwanzigstel der schweizerischen Gesamtbevölkerung.

Den Baslern erschien die Sarnerkonferenz trotzdem als ein großer Erfolg. Im Großen Rat berichtete der von Sarnen zurückgekehrte

Bürgermeister Frey: «Die Gesandtschaft könne nicht genug rühmen, mit welchen freundschaftlichen und ächt eidgenössischen Gesinnungen ihr die Gesandten der fünf andern Stände entgegengekommen seien, und es habe ihr dieses Benehmen andere Empfindungen und Erinnerungen veranlaßt, als die Handlungsweise der mehreren Stände zu Luzern ²⁴.»

Die Regierungen von Uri, Schwyz, Obwalden und Neuenburg meldeten schon bald die Ratifikation der Konferenzbeschlüsse ²⁵. Eine große Enttäuschung bereitete Wallis, dessen Staatsrat mitteilte, er könne, mit Rücksicht auf die Zustände im eigenen Kanton, die Konferenzbeschlüsse nicht ratifizieren. Außerdem würden seine Gesandten die nächste Tagsatzung besuchen und dieselbe auch nicht verlassen, falls der Versuch einer Wiedervereinigung nochmals mißlingen und die Kantonstrennung Tatsache werden sollte. Wallis sehe in den Konferenzbeschlüssen den Anfang einer Spaltung innerhalb der Eidgenossenschaft und glaube, seine Aufgabe liege in der Vermittlung zwischen den beiden Lagern ²⁶.

Basel war sich nicht im klaren, wie es sich hinsichtlich der Wiedervereinigung stellen sollte. Es gab in der Stadt viele, die sich davon nichts versprochen und glaubten, die Gegner würden auch nach vollzogener Wiedervereinigung die Stellung Basels nicht anerkennen. Da aber die Veranlassung zur Sarnerkonferenz wesentlich von Basel ausgegangen war ²⁷, und die fünf Stände wußten, daß der Basler Große Rat am 3. Dezember tagte, wäre eine nicht erfolgte Ratifikation unangenehm aufgefallen. Wenn die andern Stände dem Konferenzprotokoll im allgemeinen die Genehmigung erteilt hatten, so fand Basel einen anderen Ausweg. Sein Großer Rat genehmigte wohl die darin enthaltenen Hauptbeschlüsse, nahm dagegen den annexierten Wunsch auf Wiedervereinigung lediglich zur Kenntnis. Doch versicherte Basel die andern Stände, sein Großer Rat werde zu gegebener Zeit «wahrscheinlich» ²⁸ ihren Wünschen entsprechen.

Inzwischen hatten Schwyz und Uri mit der von Basel gewünschten Einflußnahme auf die Nachbarkantone begonnen. Der Urner Landammann Zraggen ²⁹ hatte eine Korrespondenz mit Magistraten von Zug, Glarus und Tessin eingeleitet ³⁰, und Basel selbst

²⁴ Basler Zeitung, 6. Dez. 1832. In Luzern fand die Tagsatzung statt.

²⁵ Tr.Ak.: Protokoll des Staatskollegiums vom 6. Dez. 1832.

²⁶ Tr.Ak.: Mitteilung von Uri, 5. Jan. 1833.

²⁷ Tr.Ak.: Kl. Rat an G. Rat, 3. Dez. 1832.

²⁸ Tr.Ak.: Basel an die fünf Orte, 8. Dez. 1832.

²⁹ Josef Maria Zraggen (1772–1844) 1825–1829 Landammann. Eidgenössischer Repräsentant im Kanton Basel.

³⁰ Tr.Ak.: Zraggen an Frey, 29. Nov. 1832.

schickte Abordnungen in verschiedene Kantone, doch war die Schwierigkeit überall groß, die Meinungen umzustimmen und die Urteile über Basel zu berichtigen. Landammann Wäber³¹ von Schwyz meldete über den Erfolg seiner Sondierungen in einem Brief an Bürgermeister Frey³²: «Wenn Sie ihren vielseitigen Einfluß auf die Kantone Schaffhausen und Tessin kräftig einwirken lassen, so erwarte ich den besten Erfolg vielleicht auch in Glarus und Graubünden. In diesem letzteren Kanton ist vorzüglich der katholische Teil gut gesinnt. Im Kanton Zug habe ich bereits sondiert. Die alten Gemeinden Ägeri, Bar und Menzingen würden sich gern an uns anschließen, weniger die neuen Gemeinden, die man immer mit möglicher Rückkehr bestandener Untertanenverhältnisse abschrecken möchte. In der Stadt sind die jungen Leute so ziemlich liberal, die älteren kalkulieren, wahrscheinlich wird dieser Stand absichtlich beim offenen Protokoll verharren. Wünschenswert ist es, wenn die Tagsatzung noch einige Zeit verschoben werden kann, auch ich halte dafür, daß mit Zeit viel gewonnen ist, und noch einige Auftritte wie in Uster³³ möchten doch vielen die Augen öffnen.»

Als der neue Vorort Zürich die auf den 15. Januar ausgeschriebene außerordentliche Tagsatzung auf den 11. März verlegte und die Beratung des neuen Bundesprojektes sowie die Wirren in Schwyz und Basel als Haupttraktanden bezeichnete, regte Basel schon am 9. Januar eine weitere Konferenz der Sarnerstände an³⁴, obwohl eigentlich verabredet worden war, sich erst wieder fünf Tage vor dem Zusammentritt einer Tagsatzung zu treffen. Uri hielt eine Konferenz ebenfalls für «unumgänglich nötig»³⁵ und berief die Stände auf den 30. Januar nach Schwyz. Allein Neuenburg erhob gegen die Abhaltung der Konferenz entschiedenen Einspruch und verharnte auch trotz wiederholter Vorstellungen Uris und Basels bei dieser Einstellung. Neuenburg hielt jede unnütze Maßregel in politischen Dingen für gefährlich. Über den Nichtbesuch der Tagsatzung, falls Basel-Landschaft erscheine, sei man sich einig. Durch eine Besprechung über das Verhalten gegenüber der neuen Bundesurkunde gebe man sich dagegen den Anschein, als wolle man einen eigenen Bund bilden. Man setze sich dadurch dem gleichen Tadel aus wie die Stände des Siebnerkonkordats und gebe lediglich Stoff

³¹ Franz Xaver v. Wäber (1766–1843), vielfacher Landammann.

³² Tr.Ak.: ohne Datum, aber sicher noch Ende Nov. 1832.

³³ Gemeint ist der «Brand von Uster» aus dem gleichen Jahr.

³⁴ Tr.Ak.: Schreiben an die vier Orte, 9. Jan. 1833.

³⁵ Tr.Ak.: Uri an Basel, 12. Jan. 1833.

zu neuen Verdächtigungen. Bisher habe man sich mit dem beharrlichen Widerstand gegen alle Verletzungen des Bundesvertrags begnügt; weiter zu gehen, sei jedoch gefährlich. Neuenburg schlage daher vor, das Einverständnis unter den Konferenzständen auf dem Korrespondenzweg zu erzielen ³⁶.

Da eine nur teilweise besuchte Konferenz Zweifel an der Einigkeit der Konferenzstände hätte aufkommen lassen können, forderte Basel Uri auf, den eingeladenen Ständen wieder abzuschreiben ³⁷. Uri wollte dagegen nicht gänzlich auf den Gedankenaustausch mit gleichgesinnten Freunden verzichten und beschränkte die Konferenz auf eine Tagung der Urstände ³⁸. Ein solches Zusammenkommen konnte bei den liberalen Kantonen nicht so großen Argwohn erwecken, war es doch nichts Außergewöhnliches. Ganz überraschend erschien bei dieser Zusammenkunft auch noch eine Gesandtschaft von Wallis, doch war es nun zu spät, Basel auch noch aufzubieten ³⁹. Die Besprechungen dauerten zwei Tage ⁴⁰, brachten aber keine positiven Ergebnisse.

Natürlich hatte die Zusammenkunft von Sarnen in der ganzen Schweiz großes Aufsehen erregt, und der Zweck des Zusammenschlusses wurde in ganz verschiedenem Sinne ausgelegt. Von den regenerierten Kantonen wurde er sofort als bundeswidrig empfunden. Ihre Angst, die Sarnerstände suchten mit auswärtiger Hilfe eine allgemeine Reaktion in der Schweiz herbeizuführen, sollte sich allerdings als unbegründet erweisen. Trotzdem konnten sie nicht glauben, daß die Mächte noch lange dem Zustand der Unordnung, in dem sich die Schweiz befand, untätig zusehen würden. Auch fürchteten sie, daß bei einer tatsächlichen Sziision die Mächte nicht etwa die regenerierten Kantone, sondern die Sarnerstände als Kern der Eidgenossenschaft ansprechen würden ⁴¹.

Während der ganzen Zeit wurde ein scharfer Pressekrieg zwischen den liberalen und den konservativen Zeitungen geführt. Dabei warfen die liberalen Blätter den Sarnern immer wieder geheime Rüstungen oder gar Interventionsgesuche beim Ausland vor. Die «Basler Zeitung» blieb die Antwort nicht schuldig und nahm dabei den Mund oft recht voll. So behauptete sie am 18. Mai 1833, die «Helvetischen Konkordätler» seien nicht mehr würdig, Schweizer und

³⁶ Tr.Ak.: Neuenburg an Basel, 16. und 21. Jan. 1833.

³⁷ Tr.Ak.: Basel an Uri, 23. Jan. 1833.

³⁸ Tr.Ak.: Uri an Basel, 24. Jan. 1833.

³⁹ Tr.Ak.: Uri an Basel, 4. Febr. 1833.

⁴⁰ Heusler: Trennung, a. a. O., S. 333 ff.

⁴¹ Vgl. Basler Zeitung, 8. Jan. 1833.

Eidgenossen zu heißen und würden täglich an Anhang verlieren. «Dagegen ist die alte schweizerische Eidgenossenschaft im Besitz der wichtigsten Gebirgspässe und Flußübergänge; sie stützt sich auf ihr gutes Recht, auf den anerkannten Bund, den sie fest hält, auf kräftige Völkerstämme, berühmt durch ihre Treue am gegebenen Wort, und bietet also alles dar, was sie in den Augen Europas von jeher wichtig und ehrwürdig macht.» Was könne wohl «Neu-Helvetien», so fuhr das Blatt fort, dieser Machtentfaltung gegenüberstellen, da es doch, von den Urkantonen getrennt, kaum an die Alpen reiche, und sich in der Hand treuloser, eidbrüchiger Demagogen befinde, «welche das Volk im bodenlosen Pfuhl radikaler Chimären herumtreiben». In ähnlichem Tone antwortete der «Waldstätterbote» am 5. April 1833 den von Rüstungen der Urkantone «faselnden» liberalen Blättern: «Hier ist noch keine Flinte von der Stelle bewegt worden. Alles geht der friedlichen Arbeit nach. Aber weh Euch, wenn Ihr den Leu weckt, der schläft. Eure Verachtung und schnödes Wesen gegen die Gründer der Eidgenossenschaft sind nicht vergessen. Setzt Euren Windbeuteleien eine einzige feindselige Tat hinzu, und die drei Länder sind bedeckt mit Waffen, und es gilt Euch eine Abrechnung in Strömen von Blut, und in Euern eigenen Kantonen werdet Ihr baden in den Rosen, die Ihr gepflanzt.»

Inzwischen rückte die von Zürich nun auf den 11. März ausgeschriebene außerordentliche Tagsatzung immer näher. Die Gesandten der Sarnerstände sollten sich fünf Tage vor deren Beginn in Schwyz treffen. Der Große Rat von Basel beriet am 27. und 28. Februar die Instruktion für seine Delegation, welche nicht ohne Opposition angenommen wurde⁴². Die Gesandten wurden darin angewiesen, für die Behandlung aller zur Sprache kommenden Gegenstände die Beschlüsse der Sarnerkonferenz als Richtschnur anzusehen. Daß man in Basel immer noch die leise Hoffnung hegte, die Lage werde sich vielleicht doch noch zu seinen Gunsten verändern, bewies das Creditiv in eventum, welches den Basler Gesandten den Besuch der Tagsatzung in Zürich gestattete, falls dort die Hindernisse, die Basel bisher von deren Besuch ferngehalten hatten, plötzlich behoben würden⁴³.

Die Konferenz wurde am Morgen des 6. März in Schwyz eröffnet. Wie es zu erwarten gewesen war, hatte Wallis keine Delegation geschickt. Die erste Aufgabe der Konferenz war die Abfassung einer Erklärung an die in Zürich versammelten Stände, worin die Sarner-

⁴² St.A.B. Großratsprotokoll, 28. Febr. 1833.

⁴³ Tr.Ak.: Instruktion der Basler Gesandten für die Konferenz von Schwyz, Febr. 1833.

stände noch einmal ausführlich gegen die mehrfach an Basel und Schwyz verübten Bundesverletzungen protestierten und ihre Entschlossenheit kundtaten, an keiner Tagsatzung teilzunehmen, an der die Gesandten der konservativen Stände neben den Gesandten der Basel-Landschaft und der äußeren Bezirke von Schwyz Sitz und Stimme nehmen müßten. Es sei nun an der Tagsatzung, so führten sie weiter aus, die Einigkeit in der Eidgenossenschaft wiederherzustellen, indem sie auf den Pfad des Rechts zurückkehre, den Ruhestörern in den aufgelehnten Kantonen keine weitere Unterstützung mehr angedeihen lasse und so schließlich eine Wiedervereinigung möglich mache. Würden sie sich aber in der Hoffnung, mit der sie noch auf die Bundestreue ihrer eidgenössischen Brüder trauten, getäuscht sehen und keine unumwundene Zusicherung von denselben erhalten, so erklärten sie des fernern, «daß sie die Versammlung von Zürich nicht als eine rechte und bundesgemäß zusammengesetzte Tagsatzung ansehen, noch ihre Beschlüsse als verbindlich für irgend einen eidgenössischen Stand anerkennen werden... Welches aber auch die Schlußnahme der in Zürich vereinigten Stände sein möge, so werden doch die in Schwyz versammelten Stände es sich angelegen sein lassen, mit ihnen auf freundschaftlichem Fuße fortzuleben, werden den Bund von 1815 sorgfältig beobachten und jederzeit zu allem Hand bieten, was das Heil des gemeinsamen Vaterlandes erheischen wird»⁴⁴.

Die eben erst zusammengetretene Tagsatzung nahm die Schwyzer Erklärung als ersten Gegenstand in Beratung. Es wurde beschlossen, die Konferenz lediglich als Vereinigung von Privatpersonen zu betrachten und die Erklärung einfach ad acta zu legen. Gleichzeitig erging an die Regierungen der fünf Stände nochmals die Aufforderung, die Tagsatzung ordnungsgemäß zu beschicken, was von ihnen mit der gleichförmigen Feststellung beantwortet wurde, die Schwyzer Erklärung vom 9. März sei nach Instruktion und Vollmacht der kompetenten Behörden erlassen worden, und die in Schwyz versammelten Delegierten seien ihre offiziellen Vertreter.

Unterdessen hatte Wallis auf der Tagsatzung instruktionsgemäß den Antrag gestellt, nochmals den Versuch einer Wiedervereinigung des getrennten Kantons Basel zu machen und, bis jene Wiedervereinigung erfolgt sei, den erstmals erschienenen Abgeordneten Liestals den Zutritt zu verweigern. Da sich weder für noch gegen diesen Antrag eine Mehrheit von zwölf Ständen aussprach, blieb derselbe einfach auf sich beruhen. Basel-Landschaft behielt seinen

⁴⁴ Tr.Ak.: Offizielles Protokoll der Konferenz von Schwyz.

Platz in der Tagsatzung. Darauf reiste die Gesandtschaft von Wallis ab.

Am 21. März erließ die Konferenz von Schwyz eine zweite Erklärung, in welcher sie sich gegen den von der Tagsatzung erhobenen Vorwurf des Bundesbruchs feierlich verwahrte, da der Bundesbruch doch vielmehr von denjenigen Ständen vollzogen worden sei, die durch bedenkenlose Beschlüsse das Gebiet des treuen Mitstandes Basel gewaltsam zerrissen hätten ⁴⁵. Die Tagsatzung legte auch diese Erklärung wieder ad acta, beauftragte aber eine Kommission, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie man am besten die Rechte des Bundes gegenüber der Schwyzer Konferenz wahrnehmen könne. Auf Antrag dieser Kommission beschloß die Tagsatzung am 28. März, die konservativen Stände nochmals aufzufordern, ihren Bundespflichten nachzukommen und Gesandte nach Zürich zu schicken, wobei sie die Verantwortlichkeit für die Folgen längeren Ausbleibens von sich ablehnte.

Die Schwyzer Konferenz beantwortete die Einladung der Tagsatzung mit einer dritten Erklärung ⁴⁶, in der sie wiederum die Zulassung von Basel-Landschaft als Bundesbruch bezeichnete und es weit von sich wies, die von der Tagsatzung gewaltsam vollzogene Verletzung des Bundes durch ihre Gegenwart zu bekräftigen.

Außer diesen drei Erklärungen und einigen Briefen an Wallis verfaßte die Konferenz keine weiteren offiziellen Schreiben. Bei der Abfassung der Erklärungen hatte sie vornehmlich deren Wirkung auf das Schweizervolk im Auge und war deshalb bestrebt, sie möglichst «einfach, klar und gemütlich» ⁴⁷ zu halten. Ihrem Vorsatz gemäß, in Wahrung ihrer rechtlichen Stellung gegenüber revolutionärer und bundbrüchiger Gewalttätigkeit lediglich passiven Widerstand zu leisten, enthielt sie sich auch bei ihren Beratungen aller Beschlüsse, welche die Gegner hätten reizen können. Ihre scheinbare Untätigkeit war nicht Unfähigkeit, sondern Prinzip. Vom 6. März bis zum 17. Mai fanden überhaupt nur dreizehn Sitzungen statt. Schon sechzehn Tage nach Beginn der Konferenz wurde erwogen, ob man sich nicht vertagen wolle, weil ein ständiges Zusammensein von sechzehn Magistratspersonen sich mit der erklärten passiven Haltung nicht vereinbaren lasse und «das Volk die Unkosten nicht liebe» ⁴⁸. Schließlich blieb man aber doch zusammen, weil man noch auf die letzte Antwort aus Zürich warten wollte.

⁴⁵ A.a.o. Tags. März 1833, Beilage Lit. B.S. 8.

⁴⁶ Tr.Ak.: Erklärung vom 10. April 1833. Vgl. Konferenzprotokoll.

⁴⁷ Tr.Ak.: Relation der Basler Gesandtschaft, 21. März 1833.

⁴⁸ Tr.Ak.: Protokoll der Kommissionssitzung vom 22. März 1833.

Für Basel konnte die Konferenz nicht mehr viel tun. Sie versprach zwar, die Stadt niemals im Stiche zu lassen und blieb vor allem ihretwegen von der Tagsatzung fern, doch war Liestal trotz aller Proteste zur Tagsatzung zugelassen worden. Die wichtigste Aufgabe der Konferenz bestand nun darin, Schwyz vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Die Konferenzstände ließen kein Mittel unversucht, Altschwyz zum Einlenken zu bewegen. Neuenburg machte sogar den Vorschlag, Altschwyz möge gestatten, daß die in Schwyz versammelten Gesandten direkte Demarchen in den äußeren Bezirken machen könnten. Ähnlich wie seinerzeit Basel wollte aber auch Altschwyz von einem Nachgeben gegenüber den unbußfertigen äußeren Bezirken nichts wissen und suchte jede Beschlußnahme über derartige Anträge so lange zu verzögern, bis es zu spät war ⁴⁹. Nachdem ein letzter Vermittlungsversuch von seiten des Vororts Zürich ohne Erfolg geblieben war, sprach die Tagsatzung am 22. April 1833 die Anerkennung des Kantons «Schwyz Äußeres Land» aus und verlieh jedem der beiden Kantonsteile eine halbe Standesstimme. Die Konferenz nahm zu diesem Beschluß keine offizielle Stellung und ignorierte den neuen Halbkanton in der gleichen Weise wie sie es schon mit Basel-Landschaft getan hatte.

Da die größten Hoffnungen bestanden, Wallis werde sich schließlich doch noch dem Sarnerprotokoll anschließen, wurde am 15. April beschlossen, den dritten Gesandten Basels, Major Geigy ⁵⁰, dahin abzuordnen. Nachdem Geigy die Walliser Verhältnisse und die Stimmung des Landrates und Staatsrates gründlich geprüft hatte, berichtete er am 13. Mai über den Erfolg seiner Mission: Wenn auch die Sympathien entschieden für die Konferenz in Schwyz stünden, so müßten die obersten Landesbehörden, mit Rücksicht auf die Bewegungspartei des Unterwallis, einstweilen noch eine neutrale Stellung einnehmen, um eine drohende offene Spaltung des Kantons zu vermeiden ⁵¹. Auch die andern Kantone, von denen man anfangs die sichersten Nachrichten hatte, sie würden sich den Sarnerständen anschließen, standen in der Folge von einem solchen Schritt ab ⁵². Aus der Schlußabrechnung Bürgermeister Burckhardts, der zum Rechnungsführer der für allfällige Ausgaben von allen fünf Ständen zusammengesteuerten Konferenzkasse ernannt worden war, wird ersichtlich, daß, außer der Mission von Major Geigy, im Mai 1833 Landammann Wäber nach Appenzel, Landammann Zraggen nach

⁴⁹ Tr.Ak.: Relation der Basler Gesandtschaft, 15. März 1833.

⁵⁰ Vgl. Anmerkung 11.

⁵¹ Tr.Ak.: Geigy an die Regierung in Basel, 16. Mai 1833.

⁵² Tr.Ak.: Relationen der Basler Gesandtschaft, 1. April, 4. Mai 1833.

Fahr und ein weiterer ungenannter Gesandter nach Glarus gereist sein müssen; wenigstens wurden ihnen die Reisespesen nach den genannten Orten vergütet ⁵³.

Nachdem sich die Tagsatzung am 15. Mai vertagt hatte, beschloß auch die Konferenz am 17. Mai ihre Vertagung. In seinem Schlußbericht schrieb der Basler Bürgermeister Frey nach Hause: «Wenn im allgemeinen es scheinen wollte, als hätte die Schwyzer Konferenz nur wenig geleistet, so ist denn doch nicht zu verkennen, daß dieselbe ihre Aufgabe nicht aus dem Auge verließ und nebst dem, was sie wirklich zu tun im Fall war, das Gute hatte, daß sich über die vaterländischen Angelegenheiten viel besprochen wurde und man sich im Geiste und Sinn der Sarnberbeschlüsse enger und fester, ja ich darf wohl sagen auch traulicher aneinander angeschlossen ⁵⁴.»

Als Frey wieder in Basel eingetroffen war und der Regierung seinen Rechenschaftsbericht vorlegte, hob er besonders hervor, welches Wohlgefallen das Volk der Urstände an der Schwyzer Konferenz gehabt hätte. «Man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, es seie das feste Halten am Bunde von 1815 nicht sein eigener Wille. – Ich hatte Gelegenheit mich diesfalls vielfältig und hauptsächlich auf den Landsgemeinden zu überzeugen. Zugleich aber mußte ich die Überzeugung gewinnen, daß dieses Volk, erschrocken über die gewaltsamen Erschütterungen im Vaterland und über die Art, wie ein neuer Bund im Sturmschritt will erzwungen werden, bis viele Jahre hindurch zu keiner einzigen, auch nicht der zweckmäßigsten Abänderung im Bunde die Hand bieten wird ⁵⁵.»

Im Gegensatz zur völligen Ablehnung der Urkantone wäre Basel-Stadt auch jetzt noch bereit gewesen, an den Beratungen über die Bundesrevision teilzunehmen, wenn die Tagsatzung zuvor alle Hindernisse, die durch die Anerkennung des Kantons Basel-Landschaft geschaffen worden waren, aus dem Weg geräumt hätte. Die Stände des Siebnerkonkordats glaubten dagegen, daß mit der Erledigung der Bundesrevision die Basler- und Schwyzerfrage von selbst dahinfallen würde. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand eine mittlere Gruppe von Kantonen, die zunächst die eingetretene Spaltung beheben wollte, um dann in Ruhe und Frieden die Bundesrevision in Angriff nehmen zu können. Noch bevor am 1. Juli die Tagsatzung, von der beide Parteien eine Beschleunigung der Entscheidung erwarteten, wieder zusammentrat, machte Graubünden im Sinne dieser dritten Gruppe nochmals einen Vermittlungsvorschlag. Basel-

⁵³ Tr.Ak.: Abschlußrechnung, 13. Januar 1836.

⁵⁴ Tr.Ak.: ohne Datum.

⁵⁵ Tr.Ak.: ohne Datum.

Stadt erklärte sich bereit, seine Gesandten an die von Graubünden vorgeschlagene Vermittlungskonferenz zu schicken, doch wollte es einen solchen Schritt nur in Übereinstimmung mit den andern Sarnerständen unternehmen ⁵⁶.

So wurde der graubündnerische Vermittlungsvorschlag, als sich die Bundesgetreuen wiederum fünf Tage vor Beginn der ordentlichen Tagsatzung in Schwyz trafen, als erstes zur Beratung gestellt. Im Gegensatz zu Altschwyz, das sich von einer solchen Vermittlung nur Nachteile versprach, erklärten sich alle übrigen Gesandten bereit, auf den Vorschlag einzugehen, und nachdem sich schließlich auch Altschwyz gefügt hatte, wurde am 27. Juni beschlossen, den Vermittlungsvorschlag in bejahendem Sinn zu beantworten ⁵⁷.

Sodann berieten die Sarnerstände, ob sie sich, was bisher noch nicht geschehen war, in einer besonderen Erklärung gegen den neuen Bundesentwurf, dessen Annahme durch ein Ständemehr aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze erwartet werden mußte, aussprechen sollten. Neuenburg und Basel rieten von einem solchen Schritt ab, weil man damit die Atmosphäre für die geplante Vermittlungskonferenz nur noch stärker vergiften würde. Mit der Verwerfung der neuen Bundesurkunde durch das Volk von Luzern erwies sich die Erklärung dann ohnehin als überflüssig.

Das Luzerner Wahlergebnis hatte den Bundesgetreuen überhaupt großen Auftrieb gegeben. Vor allem Altschwyz drängte nach dieser offensichtlichen Niederlage der Liberalen immer mehr aus der bisherigen Passivität heraus. Auf diese Weise führte es, indem es für sich selbst zu einer aktiveren Politik überging, eine für die Sache der Sarner verhängnisvolle Entscheidung herbei.

Seit der Selbständigkeitserklärung von Außerschwyz hatte sich die Lage im Kanton Schwyz noch weiter zugespitzt, zumal sich im äußeren Lande starke Widerstände gegen das neue Regiment geltend machten. Unruhen in Küßnacht gaben Altschwyz Veranlassung, am 30. Juli die Ortschaft mit Truppen zu besetzen. Die übrigen Konferenzstände waren von dieser Aktion vorher nicht verständigt worden. Obgleich sie es nicht billigen konnten, daß Altschwyz hinter ihrem Rücken gehandelt hatte, schickten sie sich jedoch in die vollzogene Tatsache und gratulierten ihm sogar zum glücklichen Erfolg des Unternehmens ⁵⁸. Wenn sie aber geglaubt hatten, der Küßnachter Zug werde auf die geplante Vermittlungskonferenz keinen Einfluß haben, so hatten sie die Entschlossenheit der Tag-

⁵⁶ St.A.B. Missiven, Basel an die Gesandtschaft in Schwyz, 10. Juli 1833.

⁵⁷ Tr.Ak.: Relation der Basler Gesandtschaft, 27. Juni 1833.

⁵⁸ Tr.Ak.: Relationen der Basler Gesandtschaft, 31. Juli, 2. Aug. 1833.

satzung wesentlich unterschätzt. In Zürich hatte man mittlerweile bereits die militärische Intervention beschlossen und die ausgeschriebene Vermittlungskonferenz verschoben.

Als die in Schwyz Versammelten diese Nachricht erfuhren, wollten sie der Tagsatzung sofort durch eine Abordnung eine Protesterklärung übergeben lassen, in welcher dargestellt werden sollte, daß Altschwyz die Besetzung von Küßnacht zwar ohne Wissen und Mitwirken der in Schwyz versammelten Gesandten unternommen habe, doch sei ihm, als einem souveränen Kanton, das Recht zu einem solchen Schritt völlig freigestanden.

Am Nachmittag des 3. August überraschte Landammann Zelger⁵⁹ von Nidwalden die Konferenz mit der Nachricht, sein Stand mißbillige das Unternehmen von Altschwyz und werde, aus Furcht vor dessen Folgen, keine Hilfstruppen zur Verteidigung von Küßnacht senden. Für den Fall, daß Altschwyz innerhalb seiner eigenen Marken angegriffen werde, sicherte er jedoch nach wie vor Nidwaldens tatkräftige Unterstützung zu. Schließlich erklärte er sich auch noch beauftragt, die Konferenz dahin zu bewegen, den Stand Altschwyz gemeinsam zur Räumung von Küßnacht aufzufordern⁶⁰.

Zur größten Bestürzung aller eröffnete hierauf Landammann Wäber, die Regierung von Altschwyz habe bereits den Befehl erteilt, Küßnacht wieder zu räumen. Man fand beinahe einstimmig, wenn schon Altschwyz ohne Mitwirken und Wissen der Konferenz seine voreilige Aktion unternommen habe, so hätte es zumindest nach dieser unüberlegten Kraftentfaltung Küßnacht mit allen verfügbaren Kräften behaupten müssen⁶¹.

Die Absendung der vorgesehenen Deputation nach Zürich konnte jetzt nur noch als Schwäche ausgelegt werden. Bürgermeister Burckhardt⁶² und Staatsrat von Chambrier faßten deshalb eine neue Erklärung ab, die im wesentlichen den gleichen Inhalt wie die frühere hatte, aber mit den Worten schloß: «Die Abgeordneten waren eben im Begriffe abzureisen, als die Regierung des hiesigen Standes die Anzeige an die Konferenz machte, sie habe den Befehl gegeben, ihre Truppen von Küßnacht zurückzuziehen und zu entlassen. Mit dieser letzten Verfügung ist nun der Zweck der in Zürich beschlossenen militärischen Vorkehrungen weggefallen, nicht desto weniger erachten sich die hier versammelten Gesandtschaften verpflichtet, ihre feierliche Verwahrung dagegen einzulegen, daß man

⁵⁹ Clemens Zelger (1793–1868), Dr. phil., Arzt, 1831 erstmals Landammann.

⁶⁰ Tr.Ak.: Relation der Basler Gesandtschaft, 5. Aug. 1833.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Carl Burckhardt (1795–1850), von 1832–1847 Basler Bürgermeister.

im Begriffe stand, Waffengewalt anzuwenden, um die mit Hintersetzung eines Mitstandes und mit Verletzung des Bundes seinerzeit gefaßten Beschlüsse zu behaupten; sie ihrerseits werden in diesem Bunde auch fernerhin, wie bisher, die einzige Richtschnur ihres Verhaltens sehen ⁶³.»

Inzwischen hatten auch im Kanton Basel die Spannungen wieder ein Höchstmaß erreicht. Während die Landschaft befürchtete, die Besetzung Küßnachts habe lediglich den Anfang einer allgemeinen Erhebung der konservativen Kräfte gebildet, glaubten die stadttreuen Gemeinden und die Stadt selbst, die Insurgenten würden ihrerseits einen großen Angriffsplan vorbereiten. Das verleitete die Stadt am 3. August 1833 eine bewaffnete Auseinandersetzung zu wagen. Im Gegensatz zum Küßnachter Zug wurden die städtischen Truppen aber kläglich geschlagen.

«Während der Sitzung vom 4. August», meldeten die Basler Gesandten nach Hause, «erhielten wir die ‚Basler Zeitung‘, welche uns von dem unerwarteten Ereignisse in unserem Kanton unterrichtete. Es zeigte sich ungeteilte Teilnahme und man verabredete sich, nachmittags zu einer vertraulichen Sitzung zusammenzukommen ⁶⁴.»

Da man von der Basler Niederlage noch nichts gewußt hatte, war man am Morgen des 4. August noch voller Zuversicht. So beriet die Konferenz allen Ernstes, wie sie sich am besten gegen ein bevorstehendes militärisches Eingreifen der Tagsatzung verteidigen könne. Man kam dabei überein, Basel solle sein Kantonsgebiet so lange als möglich besetzt halten und sich erst unter dem Druck des Feindes hinter seine Mauern zurückziehen, während die Urkantone innert ihrer Marchen einen kräftigen Kern des Widerstandes zu bilden versprachen ⁶⁵.

Die Tagsatzung hatte durch die letzten Ereignisse in den Kantonen Schwyz und Basel plötzlich die Kraft zu entscheidenden Handlungen gefunden. Im Gegensatz zu den beiden vergangenen Jahren folgte ein Beschluß dem andern. Das Gebiet des Kantons Schwyz wurde mit ein paar tausend Mann besetzt und die Wiedervereinigung des Kantons verfügt. Unter der Aufsicht eidgenössischer Repräsentanten mußten beide Parteien zusammen eine neue Verfassung ausarbeiten, die das Abbild der außerschwyzerischen

⁶³ Tr.Ak.: Konferenzprotokoll.

⁶⁴ Tr.Ak.: Relation der Basler Gesandtschaft, 5. Aug. 1833.

⁶⁵ Anton von Tillier: Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des so geheißenen Fortschritts von dem Jahre 1830 bis zur Einführung der neuen Bundesverfassung im Herbst 1848, 3 Bde., Bern 1854/55, Bd. I, S. 219.

Verfassung war und schon Mitte Oktober 1833 in Kraft trat. Der Kanton Basel wurde ebenfalls von eidgenössischen Truppen besetzt und, im Gegensatz zu Schwyz, die endgültige Trennung in zwei Halbkantone ausgesprochen.

Hatten die Mitglieder der Sarnerkonferenz noch am 4. August von entschlossenem Widerstand gesprochen, so entsank ihnen tags darauf, als eine Unglücksbotschaft nach der andern eintraf, aller Mut. In ihrer Ratlosigkeit war es den Bundesgetreuen nicht mehr möglich, einen gemeinsamen Beschluß zu fassen. Basel und Neuenburg schlugen zwar vor, alle Gesandten sollten unverzüglich nach Zürich reisen und den dort versammelten Miteidgenossen persönlich Vorstellungen machen, doch wollten sich die Urstände an einem solchen Schritt nicht beteiligen.

Als die Besetzung von Schwyz durch eidgenössische Truppen unmittelbar bevorstand, flüchtete sich die Konferenz, mit Ausnahme der Altschwyzer Gesandten, nach Beckenried, wo sie ihre sofortige Auflösung beschloß. Um dem Auseinandergehen aber doch eine gewisse Würde zu verleihen, erließen die Gesandten eine abschließende Erklärung⁶⁶, in welcher sie die Miteidgenossen zum letztenmal von ihren reinen und bundesgetreuen Motiven zu überzeugen suchten. Mit dieser Erklärung hatte die Sarnervereinigung eigentlich schon zu bestehen aufgehört, und als fünf Tage später auch die Tagsatzung die Auflösung der Sarnerkonferenz beschloß, stellte sie dadurch die Regierungen der Sarnerstände vor keine schwierigen Entscheidungen mehr.

Vor allem in der Stadt Basel hatte die Niederlage vom 3. August so niederschmetternd gewirkt, daß nur noch wenige an weiteren Widerstand dachten. Auch hatte man mit dem Einlassen der eidgenössischen Truppen in die Stadt die Beschlüsse der Tagsatzung praktisch schon anerkannt⁶⁷. Der Große Rat beschloß darum, offiziell von der Sarnervereinigung zurückzutreten und die Tagsatzung wieder zu besuchen. Den andern Sarnerständen machte er davon schriftlich und mündlich Mitteilung. So reisten Professor Burckhardt-Heß⁶⁸ nach Neuenburg und Ratsherr Minder⁶⁹ sowie Ratsherr LaRoche⁷⁰ in die Urstände. Berichtete Burckhardt-Heß nach seiner Rückkehr,

⁶⁶ A.o. Tags. 1833, S. 66.

⁶⁷ Tr.Ak.: Gutachten des Staatskollegiums, 14. Aug. 1833.

⁶⁸ Christoph Burckhardt-Heß (1805–1835), Ratsherr, Professor beider Rechte.

⁶⁹ Samuel Minder (1782–1868), Müller, Ratsherr. Stellte 1862 im G. Rat den Antrag auf Wiedervereinigung der beiden Halbkantone Baselland und Baselstadt.

⁷⁰ Emanuel LaRoche (1771–1849), Handelsmann, Appellationsgerichtspräsident, Tagsatzungsgesandter und 1847 eidg. Kriegskommissär.

die meisten Staatsmänner in Neuenburg hätten ihre große Abneigung gegen eine Beschickung der Tagsatzung ausgesprochen, so meldeten Minder und LaRoche, daß die Urstände sich den Umständen fügen und die Tagsatzung besuchen wollten, falls die für diese Entscheidung eigens zusammenberufenen Landsgemeinden sich nicht anders entscheiden würden ⁷¹.

Die Gesandtschaften der ehemaligen Sarnerstände trafen auch wirklich alle nach und nach in Zürich ein. Natürlich hatten sie zunächst einen sehr schweren Stand, denn die siegreichen liberalen Stände behandelten sie in der gehässigsten Weise. Am ärgsten erging es dabei Altschwyz und Basel-Stadt. Oberst Abyberg ⁷² und Oberst Vischer ⁷³, die Kommandanten der schwyzerischen und baslerischen Truppen, wurden, obwohl sie lediglich die Befehle ihrer Regierungen ausgeführt hatten, «als des Zutrauens der obersten Bundesbehörde verlustig» aus der Liste der eidgenössischen Stabs-offiziere gestrichen ⁷⁴. Von den drei baselstädtischen Gesandten mußten Bürgermeister Burckhardt und Ratsherr Vischer ⁷⁵, als ehemalige Mitglieder von Sarnerkonferenzen, gegen weniger belastete Delegierte ausgetauscht werden. Über die schwierige Stellung der baselstädtischen Gesandtschaft meldete Ratsherr Oswald ⁷⁶ seiner Regierung, «daß, wenn selbst ein Engel mit überirdischer Kunst unsere Sache zu verteidigen übernehmen würde, bei der gegenwärtigen Stimmung gegen uns alles fruchtlos bleiben würde» ⁷⁷.

So konnte es nicht ausbleiben, daß die fünf ehemaligen Sarnerstände, auch nachdem sie wieder in den Schoß der Tagsatzung aufgenommen waren, ihre bisherige Politik beibehielten und weiterhin den Kern der konservativen Kräfte bildeten. Das Fortbestehen ihrer Freundschaft zeigte sich nicht nur im Einklang ihrer Standesstimmen, sondern auch im vertraulichen Verkehr der Gesandten untereinander. Nicht einmal Schwyz war aus ihrem Kreis ausgeschieden, denn die alte Gesinnung hatte sich dort schon bald nach der Wiedervereinigung erneut durchgesetzt. Sofort nach dem Eintreffen der

⁷¹ Tr.Ak.: Relation der Basler Gesandtschaft, 19. Aug. 1833.

⁷² Theodor Abyberg (1795–1869), vieljähriger Landammann von Schwyz. Führer der Konservativen im Hörner- und Klauenhandel.

⁷³ Benedikt Vischer (1779–1856), Chef der Basler Artillerie, Oberst, seit 1814 Großrat.

⁷⁴ A.o. Tags. 1833, S. 77.

⁷⁵ Wilhelm Vischer (1789–1849), Bruder von Oberst Vischer, 1827–1840 und 1845–1847 Mitglied des Kleinen Rats.

⁷⁶ Matthias Oswald (1774–1864), Metzgermeister, dann Kerzenfabrikant.

⁷⁷ St.A.B. Eidgenossenschaft K 3: Relation der Basler Tagsatzungsgesandtschaft, 12. Sept. 1833.

beiden Unterwaldner Gesandtschaften in Zürich teilten diese vertraulich den Vertretern von Basel-Stadt mit, sie seien ermächtigt, zu allem zu stimmen, was Basel-Stadt wünsche⁷⁸. Vorab das bisher so ängstliche Nidwalden führte auf der Tagsatzung eine außerordentlich mutige Sprache und wollte, im Gegensatz zu den übrigen Sarnerständen, keinen der während der Separation gefaßten Tagsatzungsbeschlüsse anerkennen. Außerdem forderte es auch jetzt noch, kein Mittel, das zur Wiedervereinigung des Kantons Basel beitragen könne, unversucht zu lassen. Basel war für diese Freundeshilfe sehr dankbar. Selbst ständig den gehässigsten Anträgen der Landschaft ausgesetzt, berichteten seine Gesandten voll Wehmut nach Hause, in welch vorbildlicher Weise der Gesandte der äußeren Landesteile von Schwyz der Tagsatzung die milde und schonende Behandlung von Altschwyz empfohlen habe⁷⁹.

Besiegt, beraubt und verhöhnt, war Basel-Stadt dazu verurteilt, in den kommenden Jahren auf der Tagsatzung eine recht bescheidene und wirkungslose Rolle zu spielen, weil seine halbe Standesstimme fast immer durch die für die Gegenmeinung abgegebene Stimme der Landschaft wertlos gemacht wurde. So zog sich die Stadt zunächst ganz auf sich selbst zurück und suchte das Gerettete so gut als möglich zu sichern. Die durch die Wirren geschaffene Einigkeit aller Bürgerklassen und die damit verbundene Entschlossenheit der Regierung, den Halbkanton Basel-Stadt trotz seiner Winzigkeit zu einem lebensfähigen Staatswesen auszubauen, trug dazu bei, daß nicht nur das Gerettete gesichert werden konnte, sondern sich schon nach einigen Jahren viele Bürger bei der Trennung ganz wohl befanden. Alle fortschrittlichen Forderungen liberaler Stände blieben trotzdem für Basel immer mit den persönlichen, schmerzlichen Erinnerungen an die Trennungswirren verbunden. Es war in den folgenden Jahren das Ziel der Stadt, überall das Recht gegenüber der Gewalt zu schützen und alle Änderungen des bestehenden Rechtszustandes nur auf legalem Rechtswege zu erlauben.

Zur harten Bestrafung von Altschwyz und Basel-Stadt gehörte die zeitlich unbegründet lange und zahlenmäßig übertrieben starke militärische Besetzung der beiden Halbkantone, sowie die Aufbürdung der gesamten Okkupationskosten seit Beginn der Wirren. Die wiederholten Proteste der beiden Gesandtschaften gegen die unerträgliche Einquartierungslast verhallten wirkungslos, und nur die ehemaligen Sarnerfreunde sprachen sich für einen Nachlaß aus⁸⁰.

⁷⁸ St.A.B. Eidgenossenschaft K 3: Tagsatzungsrelationen, 26. Aug. 1833.

⁷⁹ St.A.B. Eidgenossenschaft K 3: Tagsatzungsrelationen, 28. Sept. 1833.

⁸⁰ A.o. Tags. 1833, S. 188.

Während Basel-Stadt schon bald alle Okkupationskosten bezahlt hatte, war es Altschwyz ganz unmöglich, die von ihm geforderten mehr als vierhunderttausend Franken aufzubringen. In Erinnerung an sein eigenes Schicksal verlangte Basel bis 1840 auf jeder Tagsatzung, man möge doch dem armen Altschwyz die Zahlung dieser Summe erlassen⁸¹. Trotz dieser beschwörenden Worte konnte der Bezirk Schwyz keinerlei Nachgiebigkeit erlangen⁸². Erst auf der Tagsatzung von 1835 gewannen die zur Milde geneigten Stände die Oberhand und erließen Schwyz drei Viertel der Kosten. Aber auch nach dieser beachtlichen Reduktion war «das arme Hirtenvolk»⁸³ nicht zahlungsfähig und mußte vom Tagsatzungspräsident gemahnt werden, wenigstens eine erste Rate zu zahlen⁸⁴. 1840 war die Sache letztmals unter den Traktanden. Bis dahin hatte Schwyz Fr. 7840.-gezahlt, der Rest wurde ihm erlassen.

3. Nach der Auflösung der Sarkerkonferenz

Waren die ersten drei Jahre der Regenerationsepoche hauptsächlich vom Kampf um Rechtsgleichheit und Zentralisation, also von politischen und wirtschaftlichen Differenzen erfüllt, so begann der liberale Umgestaltungsdrang seit 1834 auch auf kirchliches Gebiet überzugreifen. Wieder waren es die um Baselland vermehrten Stände des Siebnerkonkordats, die den Angriff, der sich mit den sogenannten Badener Artikeln zunächst vor allem gegen die romtreue, katholische Kirche richtete, vortrugen. Aber auch auf kirchlichem Gebiet sollten sie ihr Ziel nicht erreichen. Die Unzufriedenheit in den treu kirchlich gesinnten Kreisen des katholischen Volkes wurde so groß, daß die Liberalen ihre Bemühungen um die Errichtung einer schweizerischen Nationalkirche und den Ausbau eines gemeinsamen schweizerischen Staatskirchenrechts schon im Anfangsstadium wieder aufgeben mußten. Immerhin gelang es ihnen, mit Erfolg am Bestand der schweizerischen Klöster zu rütteln. Da aber die meisten dieser von den liberalen Kantonen aufgehobenen Klöster schwach besetzt und ohnehin in sterbendem Zustand waren, widersetzten sich auch viele fromme, romtreue Katholiken diesen Klostersaufhebungen nicht.

Außenpolitisch hatte die Eidgenossenschaft seit 1834 mehrere

⁸¹ A.o. Tags. 1834, S. 105; 1835, S. 192; 1838, S. 269.

⁸² A.o. Tags. 1834, S. 106.

⁸³ Ebenda, S. 105.

⁸⁴ A.o. Tags. 1837, S. 229.

Krisen durchzumachen, die zu peinlichen diplomatischen Verhandlungen mit den Nachbarstaaten führten. Dafür hatte sich die innenpolitische Lage wesentlich entspannt⁸⁵. Zu engeren politischen Beziehungen zwischen Basel und der Innerschweiz kam es während dieser Jahre nicht, denn die meisten der auf der Tagsatzung behandelten Fragen erschienen nicht gefährlich genug, um ihretwegen erneut eine konservative Abwehr aufzubauen.

Basel stimmte keineswegs, lediglich der Freundschaft wegen, immer gleichlautend mit den Urständen. Das zeigte sich am deutlichsten bei der alljährlich wieder aufgenommenen Frage der Bundesrevision. Während die Urstände auch weiterhin jede Art von Revision ablehnten, war Basel, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, mit einer allmählichen und teilweisen Modifikation des Bundesvertrages einverstanden. Doch sollte jede Änderung nur bei Einmütigkeit aller Stände vorgenommen werden dürfen⁸⁶.

Auch in allen finanziellen Fragen stimmte das reiche Basel abweichend von den armen Urkantonen. So ließ sich die Stadt bei der Neueinteilung der kantonalen Geldbeiträge an die Zentralausgaben des Bundes ohne Murren allein in die höchste Klasse einteilen⁸⁷, während die Urstände namentlich gegen die Erhöhung der Militärausgaben protestierten, weil sie in keinem Verhältnis zu den ökonomischen Kräften ihrer Bevölkerungen stünden⁸⁸.

In der Frage der Anerkennung der neuen Glarner Verfassung von 1836, durch die sich die dortigen Katholiken wesentlich benachteiligt und der Willkür einer reformierten Mehrheit ausgesetzt fühlten, stellte sich Basel nicht auf die Seite seiner katholischen Freunde. Während diese ihre Anerkennung erst aussprechen wollten, nachdem der katholischen Bevölkerung von Glarus genügende Sicherheiten gewährt worden seien, anerkannte Basel die unter eidgenössische Gewährleistung genommene Verfassung ohne alle Vorbehalte, weil es sie für gerecht hielt⁸⁹.

Einen Beweis besonderer Sympathie für das konservative Altschwyz erbrachte Basel im Jahre 1838. Ein Allmendstreit im inneren Lande Schwyz gab damals Anlaß zu ernststen Unruhen und zu einem erneuten Trennungsversuch. Der Grund zu allem war eine schon lange schwelende soziale Unzufriedenheit, denn in der Benutzung

⁸⁵ Vgl. die Tagsatzungsrelationen Bürgermeister Freys von 1835 und 1837. St.A.B. Eidgenossenschaft K 8.

⁸⁶ A.o. Tags. 1837, S. 126 ff. Basler Zeitung, 8. April 1834.

⁸⁷ A.o. Tags. 1837, Beilage Z. A.o. Tags. 1838, S. 49.

⁸⁸ A.o. Tags. 1836, S. 27.

⁸⁹ A.o. Tags. 1839, S. 145.

der sogenannten Oberallmeindgüter waren die Großviehbesitzer (Hornmänner) gegenüber den Kleinbauern, die nur Schafe und Ziegen aufreiben konnten (Klauenmänner), in ungerechtem Vorteil. Die unzufriedenen Klauenmänner schlossen sich deshalb den liberalen äußeren Bezirken an, die schon seit längerer Zeit wieder eine Änderung in der Besetzung der Regierung anstrebten. So wurde die soziale Frage zu einer politischen und rief die ganze Eidgenossenschaft zur Stellungnahme auf. Anlässlich der Landsgemeinde vom 6. Mai 1838 am Rotenturm kam es zu Schlägereien, bei denen die Hornmänner die Oberhand behielten und die Regierung in ihrem Sinn bestellten. Die Klauenmänner wandten sich an den gesinnungsverwandten Vorort Luzern, der alsbald die gewählte Schwyzer Regierung als nicht zu Recht bestehend erklärte und Repräsentanten in den Kanton Schwyz schickte, die direkt mit dem Volk Fühlung nehmen sollten. Als sich beide Schwyzer Parteien zu einer bewaffneten Entscheidung rüsteten und die Waffen, trotz eidgenössischen Mahnens, nicht niederlegen wollten, drohte der Vorort mit militärischer Intervention. Er mußte aber zuletzt von einem solchen Unternehmen abstehen, weil sich zu viele Stände auf die Seite von Altschwyz stellten. Inzwischen wurde das Begehren nach einer Revision der Schwyzer Verfassung immer lauter, und am 28. Juni stellten die äußeren Bezirke in Einsiedeln eigene Behörden auf. Doch hatten gleichzeitige Vermittlungsbemühungen, namentlich von seiten Uris, schließlich Erfolg, und die ordentliche Tagsatzung in Luzern konnte eine neue Landsgemeinde anordnen, die unter Aufsicht eidgenössischer Repräsentanten am 22. Juli mit einem entscheidenden Sieg der Hörnerpartei endete. Letztere besetzte die Behörden in ihrem Sinn, worauf allmählich die Ruhe wieder zurückkehrte.

Wie die übrigen Urstände ergriff Basel-Stadt im Schwyzer Horn- und Klauenhandel unverhohlen die Partei der Hornmänner. Als die von diesen besetzte Regierung wegen des bundeswidrigen Vorgehens des Vororts und zu ihrer eigenen Verteidigung eine außerordentliche Tagsatzung verlangte, riet Basel Schwyz, im Gegensatz zu den übrigen Sarnerständen, von einem solchen Gesuch ab. Schwyz möge selbst für Ruhe und Ordnung sorgen, dann werde sich eine außerordentliche Tagsatzung völlig erübrigen⁹⁰. Auch an den Vorort richtete Basel ein Schreiben, in welchem es Luzern vorhielt, es habe den Boden der Bundesurkunde verlassen, weil es die verfassungsmäßige Regierung von Schwyz einfach beiseite geschoben habe⁹¹.

Die vom Vorort nicht mehr anerkannte Regierung von Schwyz

⁹⁰ St.A.B. Schwyz 4, Basel an Schwyz, 23. Mai 1838.

⁹¹ A.o. Tags. 1838, S. 137.

beharrte aber weiterhin auf einer außerordentlichen Tagsatzung und forderte Basel erneut auf, sich für eine solche einzusetzen. Wenn es auch nur eine wertlose, halbe Stimme habe, so müßten sich doch alle gleichgesinnten Stände bestimmt und offen beschweren ⁹². Die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung lag aber nicht im Interesse Luzerns und es tat darum nichts für deren Zusammentritt ⁹³. Die Regierung von Schwyz schritt nun zur Selbsthilfe und berief von sich aus eine Kantonsgemeinde auf den 17. Juni ein. Die vom Vorort eingesetzten Repräsentanten erhielten sofort Befehl, die Abhaltung dieser Landsgemeinde zu vereiteln, wogegen die liberale Gegengemeinde, die am gleichen Tag in Einsiedeln stattfand, vom Vorort in keiner Weise verhindert wurde. In Basel fragte man sich ernstlich, ob man gegen das parteiische Vorgehen des Vororts nicht sofort kräftig protestieren sollte, doch setzte sich schließlich die Meinung durch, man müsse mit Protesten sparsam sein, weil sie sonst im Ernstfall nicht mehr wirken würden ⁹⁴. Dafür brandmarkte Basel, als im Juli 1838 die ordentliche Tagsatzung in Luzern zusammentrat, das Vorgehen des Vororts als grobe Mißachtung der verfassungsmäßigen Behörden eines souveränen Mitstandes und als bundeswidriges Überschreiten der vorörtlichen Befugnisse. Als die liberalen Stände die Gesandten von Schwyz, als Delegierte einer illegalen Regierung, nicht zur Tagsatzung zulassen wollten, kämpften die Vertreter von Basel mit großer Verbissenheit für die Anerkennung der Schwyzer Gesandtschaft. Obwohl sich schließlich keine Mehrheit für oder wider ihre Aufnahme aussprach, blieb sie von der Tagsatzung ausgeschlossen. 1833 war Basel-Landschaft gerade deshalb in der Tagsatzung verblieben, weil sich keine Mehrheit für oder wider seinen Ausschluß ausgesprochen hatte.

Als im Jahre 1839 das liberale Unterwallis seine Gleichberechtigung mit den ehemals herrschenden konservativen oberen Zehnten zu erzwingen suchte, was beinahe zur Kantonstrennung geführt hätte, entschied sich die Tagsatzung wiederum zugunsten des Unterwallis, indem sie erklärte, die Gesandtschaft des zerrissenen Kantons solange nicht anzuerkennen, bis eine neue Verfassung ausgearbeitet und von der Mehrheit des Volkes angenommen worden sei. Dieser Beschluß vereinigte die ehemaligen Sarnerstände wieder erstmals zu einem gemeinsamen Schritt. Ihnen schloß sich der Kanton Tessin an, weil dessen klerikale Regierung ebenfalls einen liberalen Putsch befürchtete. Bei einer gemeinsamen Besprechung kamen die Ge-

⁹² St.A.B. Schwyz 4, Schwyz an Basel, 28. Mai 1838.

⁹³ Ebenda, Kreisschreiben des Vororts Luzern, 1. Juni 1838.

⁹⁴ Ebenda, Staatskollegium an Kl. Rat, 15. Juni 1838.

sandten der sechs Stände überein, die alte Walliser Verfassung von 1815 als die rechtlich allein gültige anzuerkennen, und faßten in einer Protestnote alle ihre Besorgnisse über den gefaßten Tagsatzungsbeschluß zusammen. Aber wie gewöhnlich blieb auch dieser Protest der Konservativen wirkungslos. Die Tagsatzung schritt einfach über ihn hinweg ⁹⁵.

Ende der dreißiger Jahre zeigte sich immer deutlicher, daß in einigen regenerierten Kantonen das Regiment der liberalen Führungsschicht nur oberflächlich Wurzel gefaßt hatte. War schon den meisten der tiefgreifenden liberalen Reformen in Gesetzgebung, Verwaltungs- und Justizwesen der gebührende Anklang versagt geblieben, so gab die liberale Schul- und Kirchenpolitik schließlich den Ausschlag. In zwei der führenden liberalen Kantone, in den beiden Vororten Zürich und Luzern, mußte die Regeneration einer gegenläufigen Bewegung Platz machen. Am 5. September 1839 erhob sich das Zürcher Landvolk, zog bewaffnet gegen die Stadt und konnte nach blutigem Kampf mit den Staatstruppen alle seine religiösen Forderungen durchsetzen. Die liberale Regierung mußte abdanken und wurde durch konservative, von religiösem Geist beseelte Männer ersetzt. Der konservative Umschwung in Luzern vollzog sich erst zwei Jahre später, bahnte sich aber schon 1839, als direkte Folge des «Züriputsches», an. Wie in Zürich hatte auch in Luzern die Kirchenpolitik der liberalen Regierung die konservativ-kirchlichen Gefühle der Landbevölkerung so tief verletzt, daß sie mit allen Mitteln einen politischen Umschwung ersehnte. Der Führer dieser konservativ-kirchlichen Volksbewegung war Joseph Leu von Ebersol ⁹⁶. Im Mai 1841 hatte er sein Ziel erreicht. Die alte liberale Regierung mußte abtreten, und eine neue, konservative Regierung, die jedoch politische Formen modernster Ausprägung in den Dienst ihrer katholischen Politik stellte, trat an ihren Platz. Die bisherige repräsentative Demokratie, in der die Intelligenz der Hauptstadt ein starkes Übergewicht besaß, wurde durch eine direkte Demokratie, die sich vor allem auf das Landvolk und dessen geistige Führer, die Geistlichkeit, stützte, ersetzt. Konservativ war das neue Luzerner Staatswesen nicht in bezug auf die Staatsform, sondern nur in bezug auf die geistespolitische Haltung des Staates ⁹⁷.

⁹⁵ St.A.B. Pr.Ar. 328 E 48, Bürgermeister Frey an Ratsherrn Heusler, 8., 13. Juli und 2. August 1839.

⁹⁶ Joseph Leu von Ebersol (1800–1845). Vgl. Alois Bernet und Gottfried Boesch: Josef Leu von Ebersol und seine Zeit. Luzern 1945.

⁹⁷ Vgl. dazu Eugen Kopp: Die konservative Partei des Kantons Luzern von 1831–1948. Luzern 1950.

Merkwürdigerweise hatte die Sache des Fortschritts durch die Rückschläge in Zürich und Luzern nur an Schwungkraft gewonnen, denn seit Ende der dreißiger Jahre spaltete sich von der großen liberalen Bewegung immer deutlicher der linke Flügel der Radikalen ab, die sich durch kühnere und schärfere Verfolgung ihrer Ziele von den Liberalen unterschieden. Viele Fragen, an die sich der Liberalismus nur mit ängstlicher Zurückhaltung gewagt hatte, wurden nun von den Radikalen mit rücksichtsloser Gewalt in Angriff genommen. So suchten sie den unbedingten Souveränitätsanspruch des Staates auch gegenüber der Kirche zur Geltung zu bringen. Zwar mußten sie in Zürich und Luzern das Feld räumen, doch holten sie, noch bevor sich in Luzern der konservativ-klerikale Umschwung gänzlich vollzogen hatte, im Aargau um so machtvoller zum Gegenschlag aus⁹⁸. Zur Strafe für einen mißglückten Aufstand der katholischen Kantonsbevölkerung beschloß der Aargauer Große Rat am 13. Januar 1841 acht blühende Aargauer Klöster aufzuheben, weil sie allgemein für die Anstifter der Unruhen gehalten wurden.

Diese brutale Vergewaltigung der katholischen Minorität durch eine reformierte Großratsmehrheit bedeutete nicht nur eine grobe Verletzung des Artikels 12 des Bundesvertrags, worin der Bestand der schweizerischen Klöster ausdrücklich garantiert worden war, sie war gleichzeitig auch der bisher schwerste Angriff auf den Katholizismus überhaupt und wurde deshalb von den romtreuen Katholiken aller Kantone sofort als offene Kampfansage aufgefaßt. Die Urkantone, Zug und Freiburg, unterstützt vom protestantischen Neuenburg, verlangten sofort den Zusammentritt einer außerordentlichen Tagsatzung. Diese trat im März 1841 in Bern zusammen und brachte nach langen Debatten schließlich einen Mehrheitsbeschluß zustande, der die Klosteraufhebung für ungesetzlich erklärte und den Aargau aufforderte, neue Verfügungen zu treffen, die den Bundesanforderungen besser entsprächen⁹⁹. Die Urkantone sowie Freiburg und Neuenburg gaben sich jedoch mit diesem Ergebnis nicht zufrieden, sondern verlangten die förmliche Wiederherstellung aller Klöster.

Basel versuchte, seiner alten Tradition getreu, in der Auseinandersetzung vermittelnd und schlichtend aufzutreten. Es hielt deswegen, im Gegensatz zu seinen Sarnerfreunden, zunächst mit Protesten zurück. Auch hatte es nicht für die Abhaltung einer außerordent-

⁹⁸ Zur damaligen Geschichte des Kantons Aargau vgl. Eduard Vischer: Rudolf Rauchenstein und Andreas Heusler. Aarau 1951, S. 13 ff. In Quellen zur aargauischen Geschichte, 2. Reihe, 2. Band.

⁹⁹ A.a.o. Tags. 1841, S. 77 f.

lichen Tagsatzung gestimmt, denn die Klöster lagen der reformierten Stadt nicht besonders am Herzen, und sie hätte sich an sich leicht über deren Verlust hinwegtrösten können. Wenn sich Basel trotzdem in der Folge für die Wiederherstellung der Aargauer Klöster einsetzte, so tat es dies nur deshalb, weil es auch in dieser Frage nicht vom Boden des hergebrachten Bundesrechts abweichen wollte. Dabei dachte es nie an eine vollständige Restituierung der Klöster, sondern hoffte lediglich auf einen die Klosterfreunde besser befriedigenden Vergleich¹⁰⁰.

Die Aargauer Klosterfrage beherrschte mehrere Jahre hindurch die Tagsatzungsverhandlungen, ohne in eine Lösung einzumünden. Als mit Anfang des Jahres 1843 die vorörtliche Leitung der Bundesangelegenheiten von Bern an Luzern überging, blickten alle romtreuen Katholiken der Schweiz mit großen Hoffnungen auf den katholischen Vorort. Luzern war auch von sich aus entschlossen, die Klosterfrage nun endlich zur Entscheidung zu bringen. Doch vermochte auf der Tagsatzung von 1843 weder der Antrag der Katholisch-Konservativen auf völlige Wiederherstellung der Klöster noch das Angebot Aargaus, von den acht aufgehobenen Klöstern wenigstens drei am Aufstand nachweisbar unbeteiligte Frauenklöster wiederherzustellen, eine Mehrheit von Standesstimmen auf sich zu vereinigen. Erst als Aargau, zum Beweis für seine versöhnliche und bundesgemäße Gesinnung, auch noch das vierte aufgehobene Frauenkloster wiederherzustellen versprach, erklärte sich die Tagsatzung für befriedigt und ließ am 31. August 1843 die Aargauer Klosterfrage mit einer Mehrheit von 12 $\frac{2}{2}$ Stimmen aus Abschied und Traktanden fallen. Für die katholisch-konservativen Stände war die Sache damit noch nicht erledigt. Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis, also diejenigen Stände, die sich später zum Sonderbund zusammenschließen sollten, erhoben mit Appenzell I.-Rh. zusammen sofort heftigen Protest gegen den Beschluß und überbanden der Tagsatzung alle daraus entstehenden Folgen¹⁰¹. Basel und Neuenburg, die während der ganzen Klosterverhandlungen die katholischen Stände am treuesten unterstützt hatten, legten gesonderte Verwahrungen ein. Basel erklärte in seiner Verwahrung, daß Aargau den Wünschen der bundesgetreuen, katholischen Stände nur ungenügend entsprochen habe. Der Tagsatzungsbeschluß sei deshalb «ein Machtspruch und kein Vergleich»¹⁰².

¹⁰⁰ A.a.o. Tags. 1841, S. 29 und 59, sowie Beilage Lit. T, S. 9 des A.o. Tags. 1841. – A.o. Tags. 1842, S. 158, 165. – A.o. Tags. 1843, S. 209.

¹⁰¹ A.o. Tags. 1843, S. 242.

¹⁰² A.o. Tags. 1843, S. 247.

Man war sich in Basel merkwürdig früh über die verhängnisvollen Folgen der Aargauer Klosteraufhebung im klaren. Bürgermeister Frey, der Basler Gesandte zur Tagsatzung von 1841, hatte schon im August 1841 nach Hause geschrieben: «An Muri hängen Uri und Schwyz mit Leib und Seele.» «Wird Muri nicht wieder hergestellt, so werden sich die Katholiken nicht zufrieden geben, das glaube ich als ganz bestimmt annehmen zu dürfen. Aber die andern Orte glauben es nicht ¹⁰³.»

4. Basel und die Entstehung des Sonderbundes

Ein engerer Zusammenschluß der katholischen Orte war um so mehr zu befürchten, da sich der völlig veränderte Geist, der die neue Luzerner Regierung beseelte, schon bald immer stärker fühlbar machte. Der bisher so freisinnige Vorort hatte die Führerrolle in der katholischen Schweiz sofort wieder an sich gerissen und suchte seither unablässig die Abwehr der katholischen Kantone gegen den kämpferisch vorwärtsschreitenden und alle Lebensgebiete durchdringenden Radikalismus zu organisieren. Die Seele dieser Politik war Konstantin Siegwart, der Luzerner Schultheiß und eidgenössische Bundespräsident von 1844 ¹⁰⁴.

Wie schon in den ersten Jahren der Regeneration begannen die katholisch-konservativen Stände wieder zu eigenen Konferenzen zusammenzutreten und legten damit den ersten Grundstein zum späteren Sonderbund. Nachdem am 25. April 1841 in Brunnen zunächst die Urstände nur allein zusammengekommen waren ¹⁰⁵, nahmen an den beiden folgenden Konferenzen, die am 18. Juni und 9. Oktober 1842 in Beckenried und Brunnen stattfanden ¹⁰⁶, bereits Vertreter der fünf Stände Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug teil. Auf allen diesen Konferenzen stand die Aargauer Kloster-

¹⁰³ St.A.B. Pr.Ar. 328, E 48. Bürgermeister Frey an Ratsherrn Heusler, 7. Aug. und 15. Aug. 1841.

¹⁰⁴ Konstantin Siegwart-Müller (1801–1869), Sohn eines eingewanderten und eingebürgerten Schwarzwälders. Advokat, zunächst in Uri, siedelte aber 1832 nach Luzern über. 1834 Staatsschreiber der liberalen Regierung. Übertritt zur Partei Leus. 1841 Großrat, dann Regierungsrat, 1844 Schultheiß und Tagsatzungspräsident, Führer des Sonderbundes.

Rüf, Elisabeth: Der Stellungswechsel Constantin Siegwart-Müllers 1839–1840. Diss. Wien 1952 (Teildruck).

¹⁰⁵ Tillier: a. a. O., Bd. III, S. 102.

¹⁰⁶ Konstantin Siegwart-Müller: Der Kampf zwischen Recht und Gewalt. Altdorf 1864, S. 521.

frage im Mittelpunkt. Dabei kam man überein, auch künftig unablässig die völlige Wiederherstellung aller Klöster zu beantragen, und im Falle, daß sich keine Mehrheit dafür ergeben sollte, jede weitere Teilnahme an den Tagsatzungsberatungen und Abstimmungen über diese Angelegenheit zu verweigern. Weitere Maßnahmen wurden vorbehalten. Freiburg und Wallis, die an den Konferenzen nicht aktiv teilgenommen hatten, versprachen kurze Zeit später ebenfalls, ihre Gesandtschaften in gleichem Sinne zu instruieren. Das unbefriedigende Ergebnis der entscheidenden Tagsatzungssitzung vom 31. August 1843 schien einen engeren Zusammenschluß der katholisch-konservativen Stände besonders notwendig zu machen. Nachdem sie sich, mit Ausnahme von Wallis, am 12. September 1843 im Bad Rothen zu einer privaten Vorbesprechung getroffen hatten, kamen sie am 13. und 14. September in Luzern im größeren Kreis zusammen, um die zum Schutz des Bundesvertrages und des katholischen Glaubens erforderlichen weiteren Schritte gemeinsam zu beraten.

Neuenburg und Basel waren zu der Luzerner Konferenz ebenfalls eingeladen worden. Sie blieben ihr aber beide fern, wodurch die Konferenz, sehr zu ihrem Nachteil, den Charakter einer katholischen Separatverbindung erhielt. Auch wären bei Anwesenheit von Gesandten aus Basel und Neuenburg die Beschlüsse derselben wohl wesentlich gemäßigter ausgefallen.

In Basel bedauerte man den Zusammentritt der Konferenz außerordentlich, weil man glaubte, sie könne nur geeignet sein, «das Mißtrauen in der Eidgenossenschaft zu mehren»¹⁰⁷. Die Basler Regierung versuchte deshalb in ihrem Absageschreiben, Luzern von allen gefährlichen Schritten abzumahnern, und erklärte, auch Basel wolle treu am Bundesvertrag festhalten und ihn vor Schädigung schützen, doch erscheine ihm die Einberufung einer Konferenz momentan nicht als passende Maßregel. Jede Art von Separatverbindung neben dem Bund sei ein bedenkliches Ereignis, und ein geschädigter und geschwächter Bund immer noch besser als eine völlige Trennung von dessen Gliedern. Auch dürfe man nicht vergessen, daß die Gegner des Bundes nur darauf warteten, daß ihr Vorgehen mit Gegenmaßnahmen beantwortet werde, um die Schuld am Bundesbruch dann besser von sich selbst abschieben zu können¹⁰⁸.

Alle diese wohlgemeinten Freundesworte hatten aber keinen Erfolg. Die Vertreter der katholischen Stände berieten in Luzern schon

¹⁰⁷ St.A.B. Kl. Ratsprotokoll, 9. Sept. 1843.

¹⁰⁸ St.A.B. Eidgenossenschaft K 8, Basel an Luzern, 9. Sept. 1843.

ernsthaft eine Trennung der Eidgenossenschaft und wußten nur noch nicht recht, ob sie selbst aus dem eidgenössischen Verband ausscheiden oder aber die fortschrittlichen Kantone als bundesbrüchig aus dem Bund ausstoßen sollten. Von einer vertraulichen Fühlungnahme mit den auswärtigen Mächten wurde vorläufig abgesehen. Dafür wurde bereits die Schaffung einer katholischen Zentralbehörde ins Auge gefaßt und beschlossen, auf einer weiteren Konferenz Mittel und Vollmachten zu gemeinsamen militärischen Maßnahmen zu beraten.

Auch wenn die Basler Regierung nicht um die vertrauliche Übersendung des Konferenzprotokolls gebeten hatte, was die Innerschweizer Freunde tief empfanden¹⁰⁹, so war sie über den Verlauf der Konferenz und deren Beschlüsse dennoch bestens orientiert. Die zuverlässigsten Nachrichten hatte sie durch den Luzerner Schultheiß Rüttimann¹¹⁰ und den Zürcher Bürgermeister Mousson¹¹¹ erhalten, von denen der erstere selbst Teilnehmer der Konferenz war¹¹². Je deutlicher sich die Absichten der Luzerner Konferenz abzeichneten, desto weniger hielt Mousson mit seinen Befürchtungen über die gefährlichen Folgen derselben zurück. Mit dem Hinweis, «Ihnen steht nicht wie uns ein natürliches Mißtrauen entgegen»¹¹³, beschwor er die Basler Regierung, kein Mittel unversucht zu lassen, um die katholischen Orte von ihrem verhängnisvollen Weg zurückzureißen. Auch aus andern Kantonen ließen hochgestellte Persönlichkeiten Basel wissen, daß, wenn überhaupt noch von irgendeiner Seite auf die Konferenzstände eingewirkt werden könne, dies von Basel aus geschehen müsse¹¹⁴.

Durch diese Aufforderungen in ihrer eigenen Ansicht bestärkt, hielt es die Basler Regierung nunmehr für ihre Pflicht, eine Gesandtschaft in die Innerschweiz zu schicken¹¹⁵, und hoffte, auch Neuenburg für eine solche Vermittlungsmission zu gewinnen. Ein Gesandter, der deswegen eigens nach Neuenburg reiste, mußte aber erfahren, daß man es dort bei einer nochmaligen schriftlichen Abmahnung bewenden lassen wollte¹¹⁶.

Man war sich in der Stadt sehr wohl bewußt, daß nur wenig

¹⁰⁹ St.A.B. Eidgenossenschaft K 8, Rüttimann an Frey, 1. Okt. 1843.

¹¹⁰ Rudolf Rüttimann (1795–1843), Oberst, seit 1841 Schultheiß.

¹¹¹ Heinrich Mousson (1803–1863), Bürgermeister von 1840–1845.

¹¹² Ihre Briefe an Frey: St.A.B. Eidgenossenschaft K 8.

¹¹³ Ebenda. Mousson an Frey, 30. Sept. 1843.

¹¹⁴ St.A.B. Kl. Ratsprotokoll, 4. Okt. 1843.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Ebenda. Der Gesandte war wahrscheinlich Andreas Heusler.

Hoffnung auf einen günstigen Erfolg der Vermittlung bestehe. Der spätere Zuger Landammann Konrad Bossard ¹¹⁷ hatte am 1. Oktober an Bürgermeister Frey geschrieben: «Wenn Sie auch (eine) Majorität für (die) Annahme der Konferenzvorschläge nicht verhindern werden können, so werden Sie doch friedlich denkende Leute vielleicht bewegen, zur Ablehnung zu stimmen.» Bossard hielt es auch für entscheidend, daß Bürgermeister Frey an der Spitze der Basler Abordnung stehe, weil er am meisten zu wirken vermöge und überall Freunde habe ¹¹⁸.

Die Basler Regierung trug dem Wunsche Bossards gerne Rechnung und wählte Bürgermeister Frey und Ratsherrn Heusler, der in Luzern und der Urschweiz ebenso bekannt und angesehen war wie Frey, zu ihren Repräsentanten.

Die beiden Basler kamen am Abend des 5. Oktober in Luzern an ¹¹⁹, und, als sie hörten, daß bereits am 6. morgens eine Sitzung des Regierungsrates angesagt war, in welcher der Antrag der Luzerner Konferenz behandelt werden sollte, beeilten sie sich, Schultheiß Rüttimann sofort von ihrer Ankunft Kenntnis zu geben. Außerdem baten sie ihn, ihnen noch vor Beginn der Sitzung eine Audienz zu gewähren. Die Audienz wurde gewährt, und die beiden Basler konnten Rüttimann nicht nur das Abmahnungsschreiben ihrer Regierung übergeben, es wurde ihnen auch gestattet, dasselbe vor der zuständigen Behörde noch mündlich zu begründen. Dazu mußten sie am Nachmittag des 6. Oktober vor der Luzerner Standeskommission erscheinen, von deren fünf Mitglieder vier, nämlich Schultheiß Rüttimann, Statthalter Siegwart und die Regierungsräte W. Kost ¹²⁰ und J. Zünd ¹²¹ anwesend waren. Für den verreisten Regierungsrat J. E. Kopp ¹²² war Staatsschreiber Meyer ¹²³ erschienen. Die beiden Basler bemühten sich nach Kräften, auf das Gefährliche und Bedenkliche der Luzerner Konferenzbeschlüsse aufmerksam zu machen, wobei sie insbesondere die Stellung Luzerns als Vorort hervorhoben, der sich in keiner Weise auch nur einen Augenblick zurückziehen könne, ohne eine Bundesanarchie herbeizuführen und die andern Stände zu entscheidenden Schritten zu nötigen. Siegwart antwortete

¹¹⁷ Konrad Bossard (1802–1859), seit 1846 Landammann.

¹¹⁸ St.A.B. Eidgenossenschaft K 8.

¹¹⁹ Heuslers Bericht über die Vermittlungsmission. St.A.B. Pr.Ar. 328 C 2.

¹²⁰ Wendelin Kost (1797–?), Landwirt, seit 1841 Regierungsrat.

¹²¹ Joseph Zünd (1793–1858), Oberst, seit 1842 Regierungsrat.

¹²² Josef Eutyck Kopp (1793–1866), Philologe, Dichter, Geschichtsforscher, Lehrer, Regierungsrat von 1841–1845.

¹²³ Bernhard Meyer (1810–1874), Advokat in Luzern, 1841 Staatsschreiber.

darauf sehr einläßlich und wies auf die fortdauernden, sich immer erneuernden Übergriffe und Rechtsverletzungen von seiten der Radikalen hin, welchen endlich ein kräftiger, entschlossener und kompakter Widerstand entgegengesetzt werden müsse, falls nicht alles Recht, alle Sitte, alle Ordnung und alle Religion zugrunde gehen sollten. Kost und Zünd sprachen nur kurz und erklärten, sich die Sache nochmals genau überlegen zu wollen. Frey und Heusler wollten sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben, weshalb sie den Rest des Abends und den folgenden Morgen zu Privatbesuchen und Unterhaltungen mit Luzerner Magistraten benutzten. Sie suchten insbesondere in einer anderthalbstündigen Unterredung nochmals auf Statthalter Siegwart einzuwirken.

Am 7. Oktober begaben sie sich per Dampfschiff nach Uri, wo sie ebenfalls Gelegenheit fanden, sich mit mehreren Magistraten über den Zweck ihrer Mission zu besprechen. Auch hier wurden sie zu einer Sitzung der Urner Instruktionskommission eingeladen, wo sie ihre Ansichten nochmals ausführlich motivieren konnten. Keiner der anwesenden Urner nahm zu ihren Ausführungen Stellung. Die Basler Gesandten gewannen aber durch die im Anschluß an die Sitzung mit allen Standeshäuptern geführten Gespräche den Eindruck, daß in Uri die Meinungen ziemlich geteilt seien.

Am Morgen des 10. Oktobers fuhren sie per Schiff nach Beckenried und übergaben in Stans dem regierenden Landammann Ackermann¹²⁴ das Schreiben ihrer Regierung. Auch hier hatten sie in einer Sitzung, der alle wichtigsten Standeshäupter beiwohnten, Gelegenheit, ihren Auftrag zu eröffnen. Vor allem aus den nachfolgenden Privatgesprächen konnten sie zu ihrer Freude entnehmen, daß man in Nidwalden allgemein gegen die Konferenzbeschlüsse eingenommen war und in die allermüßlichste Lage zu geraten fürchtete, falls Luzern und die andern Konferenzstände dieselben annehmen würden.

Auch in Obwalden, wohin die beiden Basler noch am gleichen Tag reisten, entwickelten sie ihren Auftrag vor der dortigen Instruktionsbehörde. Es wurde ihnen versprochen, ihre Vorschläge eingehend zu prüfen.

Am 11. Oktober fuhren Frey und Heusler wieder nach Luzern zurück, wo sie sich nochmals mit verschiedenen Mitgliedern der Regierung besprachen, vor allem aber eine lange Unterredung mit Ratsherrn Leu hatten, dem sie ihre Sache aufs eindringlichste vorstellten, worauf er sie sorgfältig zu überlegen versprach.

¹²⁴ Stanislaus Ackermann (1780–1858). Seit 1816 neunmal regierender Landammann.

Am 12. Oktober begaben sie sich nach Schwyz, wo sie ebenfalls mit allen wichtigen Persönlichkeiten Unterredungen führten. Dabei mußten sie erkennen, daß die Erbitterung über die seit dreizehn Jahren begangenen Rechtsverletzungen und Gewalttaten der Radikalen hier weitaus am tiefsten Wurzel gefaßt hatte, weshalb ihre Vermittlungsbemühungen überhaupt keinen Eingang finden konnten. Allgemein herrschte die Meinung vor, man müsse dem schändlichen Unwesen des Radikalismus endlich entschlossenen Widerstand entgegensetzen und wolle lieber in ehrenvollem Kampf untergehen, als sich ehrlos die edelsten Güter entreißen zu lassen.

Als letzten Ort besuchten die Basler am 14. Oktober Zug. Hier war die Stimmung ganz anders. Die Zuger Instruktionskommission hatte bereits tags zuvor den Antrag gestellt, es bei den eingelegten Protestationen bewenden zu lassen und an weitem Schritten keinen Anteil zu nehmen. Die Basler wurden trotzdem eingeladen, sich inmitten der Instruktionskommission einzufinden, um durch ihre Bemerkungen die Ansichten dieser Behörde noch mehr zu befestigen. Allgemein wurde lebhaft Freude über ihre Mission ausgesprochen und dieselbe aufs beste verdankt.

Kaum wieder nach Basel zurückgekehrt, schrieb Andreas Heusler in der «Basler Zeitung»: «Welchen Eindruck die Abgeordneten gemacht, wissen wir nicht; welchen Eindruck sie empfangen, wissen wir aus nächster Quelle. Wir wissen, daß sie überall nicht nur höflich, sondern zuvorkommend, ja meist auch herzlich, zutraulich, ächtheidgenössisch empfangen wurden. Auch da, wo ihre Bemerkungen am wenigsten Eingang gefunden zu haben scheinen, gab sich doch nicht das mindeste Mißvergnügen, nicht die mindeste Spannung in persönlichen Berührungen zu erkennen. In Privatgesprächen konnten die gegenwärtigen Verhältnisse der Eidgenossenschaft aufs alleroffenste und unumwundenste besprochen werden, und das unbedingte Vertrauen in die gegenseitige Gerechtigkeitsliebe bildete meist eine Grundlage, auf welcher die abweichenden Ansichten über Zweckmäßigkeit oder Gefährlichkeit der besprochenen Maßregel freundlich gegen einander ausgetauscht werden konnten¹²⁵.»

Die «Katholische Staatszeitung», das offizielle Organ der Luzerner Regierung, konnte dagegen in ihrem Kommentar zur Basler Mission gewisse Seitenhiebe nicht unterdrücken und schrieb: «Dieser bundesbrüderliche Schritt der Basler Regierung verdient alle Anerkennung. Man hätte es aber angemessener gefunden, wenn die Basler Abgeordneten, statt zu den bundesgetreuen fünf katholischen

¹²⁵ Basler Zeitung, 23. Okt. 1843.

Orten zu gehen und ihnen Nachgiebigkeit anzuempfehlen, sich vorerst an die bundesverletzenden Stände gewendet und diesen die Gutmachung des Unrechts ans Herz gelegt hätten. Wenn wir auch der guten Absicht der Regierung von Basel-Stadtteil alle Rechnung tragen, so scheint uns gerade dennoch Basel-Stadt infolge seiner eigenen früheren Vorgänge am wenigsten geeignet, um die fünf katholischen Orte zur fernerer Duldung des radikalen Unrechts bewegen zu können. Oder bedauert es Basel-Stadt jetzt, daß es im Jahre 1833 seine Selbständigkeit erhalten und durch Nichtnachgeben und sogar politische Trennung sich dem Joche des Radikalismus entwunden hat? Was aber die Stadt Basel gegenüber der ganzen damals starken radikalen Eidgenossenschaft vermochte, das werden doch wohl die fünf alten katholischen Orte auch gegenüber der seither in sich selbst um vieles schwächer gewordenen radikalen Zwölferzentralität vermögen!¹²⁶»

Im Bewußtsein ihrer Einigkeit und vermeintlichen Stärke traten die katholisch-konservativen Stände am 24. Januar 1844, mit Ausnahme von Wallis, schon wieder in Luzern zu einer geheimen Konferenz zusammen¹²⁷. Man war in Basel auch über diese Verabredungen wiederum durch den Zuger Konrad Bossard bestens orientiert. Was schon Frey und Heusler bei ihrer Mission festgestellt hatten, wurde aus seinen Berichten bestätigt¹²⁸: Während Zug, Freiburg und Nidwalden immer wieder zur Mäßigung und zum Verbleiben in den Schranken der Bundesverhältnisse mahnten, waren es namentlich Luzern und Schwyz, die für einen aktiven Widerstand eintraten.

Neuen Zündstoff brachten im Mai die Wirren im Kanton Wallis. Hier hatten die altgesinnten Oberwalliser, nachdem die politisch und religiös freisinnigen Unterwalliser im Jahre 1840 eine Verfassungsänderung in ihrem Sinne durchgesetzt hatten, jetzt wieder die Mehrheit im Großen Rat zurückerobert. Die Unterwalliser beantworteten diesen Umschwung mit Protesten und Gewaltakten. In ihrer bedrohten Lage rief die Walliser Regierung den Vorort Luzern um Intervention an. Als bald wurden Landammann Schmid¹²⁹ von Uri und Bürgermeister Burckhardt von Basel zu eidgenössischen Repräsentanten ernannt, doch lehnte der letztere die Mission ab, worauf er durch den Luzerner Staatsschreiber Bernhard Meyer ersetzt wurde. Anstatt nun versöhnend aufzutreten, ermunterte

¹²⁶ Abgedruckt in der Basler Zeitung, 20. Okt. 1843.

¹²⁷ Manifest der sechs Stände, vom 7. Febr. 1844.

¹²⁸ St.A.B. Eidgenossenschaft K 8, Bossard an Frey, 12., 18. Jan. und 5. Febr. 1844.

¹²⁹ Anton Maria Schmid (1792–1880), Landammann und Landeshauptmann.

Meyer die altgesinnte Regierung zum Kampf. So konnten die Altgesinnten, ohne daß die eidgenössische Behörde eingriff, den Liberalen eine vernichtende Niederlage beibringen und sich damit die unumschränkte Herrschaft im Wallis sichern. Wallis trat endgültig ins Lager der Katholisch-Konservativen über.

Wie sehr die Walliser Ereignisse die allgemeine eidgenössische Spannung erhöht hatten, zeigte die außerordentliche Tagsatzung von 1844. Luzern, und vor allem sein Gesandter Bernhard Meyer, mußte seiner parteiischen Stellungnahme wegen die heftigsten Anschuldigungen über sich ergehen lassen. Basel stellte sich während dieser Verhandlungen entschlossen hinter Luzern und billigte das Vorgehen des Vororts als völlig bundesgemäß. Auch wies es jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Wallis als einen Eingriff in dessen Kantonsouveränität schärfstens zurück.

Bekanntlich hatte die Übergabe der höheren Lehranstalten Luzerns an die Jesuiten schon seit 1839 zu den Forderungen der Leuschen Partei gehört¹³⁰. Die Frage war aber bei den Beratungen über die Verfassungsrevision nicht zur Sprache gekommen. Auch in den folgenden Jahren gelang es der Leuschen Partei nur allmählich, das Luzerner Volk für die Berufung des Ordens zu erwärmen. Vor allem wollten fast alle Mitglieder der Regierung aus höheren politischen Rücksichten zunächst von der Berufung der Jesuiten nichts wissen, und sogar ein Siegwart oder Meyer waren anfangs ganz berufungsfeindlich eingestellt. Je kirchfeindlicher sich aber die Radikalen in der Behandlung der Aargauer Klosterfrage zeigten, desto ungestümer verlangte die Leuenpartei die Jesuiten, und desto größer wurde auch ihr Anhang. Der Orden selbst drängte keineswegs nach Luzern zu kommen, sondern suchte eine Berufung möglichst hinauszuschieben. Die Radikalen waren aber seit Ende 1843 entschlossen, die Jesuitensache zu einer gemeineidgenössischen Sache zu machen und mit ihr endlich eine Entscheidung im Kampfe mit den katholisch-konservativen Ständen heraufzubeschwören. Als die für Februar 1844 als bevorstehend erwartete Luzerner Jesuitenberufung ausblieb, wurden die Walliser Maiwirren, indem man die Jesuiten als die eigentlichen Schuldigen an der blutigen Auseinandersetzung hinstellte, zum Anlaß genommen, die Jesuitenfrage als eidgenössische Frage aufzurollen. Am 29. Mai forderte Augustin Keller¹³¹ vor dem Aargauer Großen Rat erstmals ihre Ausweisung aus der

¹³⁰ Vgl. dazu Ferdinand Strobel: Die Jesuiten und die Schweiz im 19. Jahrhundert. Olten 1954.

¹³¹ Augustin Keller (1805–1883), Schulmann und Politiker. Seit 1835 Großrat. Direktor des aargauischen Lehrerseminars.

Schweiz. Die Reaktion Luzerns auf den plötzlich vom Zaune gerissenen neuen konfessionellen Streit war ganz den Wünschen der Radikalen entsprechend, denn der bisherige Widerstand in Regierung und Parlament brach zusammen und, nachdem auch der Orden sein Kommen zugesagt hatte, konnte der Luzerner Große Rat am 24. Oktober 1844 beschließen, den Jesuiten den Unterricht an der theologischen Lehranstalt und die Seelsorge in der Kleinstadt zu übertragen.

An sich hatte Luzern das gute Recht, den Orden in sein Gebiet zu rufen, denn der Großratsbeschluß verletzte weder das bestehende Bundesrecht, noch die Luzerner konservative Verfassung. Auch wirkten die Jesuiten schon längst als Lehrer und Prediger in andern katholischen Kantonen. Im Hinblick auf die Vorortstellung Luzerns und die gespannte politische Lage der Schweiz war der Schritt jedoch denkbar ungeschickt. Denn mit dem Kampf gegen die Jesuiten hatten die Radikalen endlich das zündende Losungswort gefunden, das sie im Kampf um die Bundesreform schließlich zum Siege führen sollte. Es gelang ihnen, mit der Jesuitenhetze der großen politischen Auseinandersetzung, welche die Schweiz beherrschte, eine derart konfessionelle Färbung zu geben, daß viele Reformierte, die bisher immer noch mit den bundesgetreuen konservativen Föderalisten der Innerschweiz sympathisiert hatten, deren in der Abwehr extrem klerikale Formen annehmende Politik nicht mehr länger billigen konnten und sich wohl oder übel auf die Seite der Radikalen stellen mußten, die in dem entfesselten Religionskampf die Sache der Reformierten zu vertreten vorgaben.

In Basel hatte man, auch noch als Siegwart auf der Tagsatzung von 1844 den Antrag Aargaus auf gänzliche Ausweisung der Jesuiten mit der Drohung beantwortete, die katholischen Stände würden den hingeworfenen Handschuh unbedenklich aufnehmen, bis zuletzt gehofft, Siegwart werde die Sache nicht auf die Spitze treiben und die bestehende Zerrissenheit der Schweiz nicht noch größer werden lassen. Aber Luzern blieb taub gegenüber allen Warnungsrufen. War Basel bisher aus Rechtssinn weitgehend zur Politik Siegwarts gestanden, so war ihm dies in der Jesuitenfrage zum erstenmal unmöglich. Wie schwer es der Basler Regierung fiel, nicht für die von den Radikalen geforderte Austreibungsmaßregel zu stimmen, zeigte Bürgermeister Freys Votum bei der Instruktionsberatung für die außerordentliche Tagsatzung von 1845. «Ich will nicht untersuchen», führte er im einzelnen aus, «ob diejenigen, welche den Antrieb zu diesen Bewegungen und zu dem Austreiben der Jesuiten gegeben haben, es aufrichtig meinen und darin wirklich die Rettung des

Vaterlandes erblicken, oder ob ihnen die Jesuiten nicht nur zum Vorwand dienen, um andere Pläne und Gedanken damit durchzusetzen... Ebenso freimütig will ich offen bekennen, daß auch ich dem Jesuitenorden kein Zutrauen schenke, daß ich denselben ungern in unserem Vaterlande sehe und seine Berufung nach Luzern, wenn es auch nur für die theologische Fakultät ist, nur bedauern kann¹³².» Trotzdem sollte Basel, nach Freys Überzeugung, auch in der Jesuitenfrage versöhnend und vermittelnd auftreten, da sie ja ohnehin nicht mit Gewaltbeschlüssen, sondern nur mit geistigen Waffen gelöst werden könne. Frey hatte sich schon am 20. Dezember 1844 an Siegwart gewandt und ihm darzulegen versucht, daß man den Radikalen mit der Jesuitenberufung ein Mittel wie kein anderes in die Hände gegeben habe, um die Massen zu fanatisieren und der guten Sache «ungeheuer» zu schaden¹³³.

Als der Basler Bürgermeister sein Votum vor dem Basler Großen Rat abgab, hatte der erste Freischarenzug bereits stattgefunden. Die Basler Regierung hatte Luzern nicht nur ihre Freude über die gelungene Unterdrückung des Aufruhrs zum Ausdruck gebracht, sondern auch ein Gerichtsverfahren gegen fünf ihrer Bürger, die sich an dem Freischarenzug beteiligt hatten, angestrengt¹³⁴. In der «Basler Zeitung» waren die Namen der steckbrieflich verfolgten, flüchtigen Luzerner Freischärler veröffentlicht worden. Obwohl die fünf Basler Freischärler am Kampfe selbst nicht teilgenommen hatten und überhaupt nur einer von ihnen Luzerner Boden betreten hatte, wurden sie dennoch hart bestraft. Ihr Anführer, Dr. Carl Brenner¹³⁵, wurde zu einer einmonatigen Gefängnisstrafe, die andern vier zu je acht Tagen Haft verurteilt¹³⁶.

Seit dem mißglückten ersten Freischarenzug hatte sich die Jesuitenhetze in den freisinnigen Kantonen noch wesentlich verschärft. In umfangreichen Adressen und zahlreichen Bittschriften an Behörden und Tagsatzung wurde ziemlich gleichlautend immer wieder die Entfernung der Jesuiten aus der Schweiz gefordert. Gegenüber diesen eindrucksvollen Manifestationen mußten die Vermittlungsbemühungen protestantisch-konservativer Friedensfreunde, wie sie von Zürich und Basel aus unternommen wurden, recht kläg-

¹³² St.A.B. Eidgenossenschaft K 8, Votum Bürgermeister Freys bei der Instruktionsberatung für die a.o. Tags. 1845.

¹³³ Ebenda, 20. Dez. 1844.

¹³⁴ St.A.B. Missiven, Basel an Luzern, 14. Dez. 1844.

¹³⁵ Carl Brenner (1814–1883), Jurist, Journalist und Politiker, Großrat und Stadtrat.

¹³⁶ Schweizerische Nationalzeitung, 31. Dez. 1844.

lich erscheinen. Zudem wurden sie von Luzern nicht einmal als Unterstützung empfunden, weil sie ebenfalls Luzerns freiwilligen Verzicht auf die Jesuiten bezweckten¹³⁷.

Inzwischen war auf Antrag Zürichs zur Lösung der Jesuitenfrage eine außerordentliche Tagsatzung ausgeschrieben worden, die aber bei der Erbitterung auf beiden Seiten zu keinen großen Erfolgen führte. Es kam zwar ein Beschluß, der das Freischarenwesen verbot, zustande, doch konnte sich in bezug auf die Jesuitenfrage keine Mehrheit bilden. Immerhin vereinigte der Antrag, die Niederlassung des Ordens in Luzern zu verbieten, bereits 10 ½ Stimmen auf sich. Basel-Stadt hatte eine Mittellösung vorgeschlagen, nach welcher Luzern zwar von der Tagsatzung aufgefordert werden sollte, auf die Jesuitenberufung zu verzichten, wobei die Entschließung darüber aber völlig dem freien Ermessen Luzerns überlassen bleiben sollte. Obwohl in diesem Antrag der Kantonsouveränität Luzerns volle Rechnung getragen war, erhielt er keinerlei Unterstützung von seiten der katholisch-konservativen Stände.

Wie wenig sich die radikalen Kantone an das eben erst beschlossene Verbot des Freischarenwesens hielten, bewies der zweite Freischarenzug vom 1. April 1845. Man hatte die Luzerner Regierung von Basel aus mehrfach von dem bevorstehenden Angriff unterrichtet¹³⁸, und als man dann von dem glänzenden Sieg der Luzerner Regierungstruppen erfuhr, gab die Basler Regierung unverhohlen ihrer Freude Ausdruck «über den dem Rechte und der Bundestreue von Gott verliehenen Sieg». Doch konnte Basel die Mahnung nicht unterdrücken, Luzern möge seinen Sieg durch Mäßigung und Menschlichkeit gegenüber den Freischärlern krönen. «Ihr werdet dadurch einen zweiten, schönen Sieg erringen¹³⁹.»

Von Basel-Stadt waren diesmal nur zwei zweifelhafte Subjekte mit nach Luzern gezogen. Ein weiterer Bürger wurde, als von ihm ähnliche Absichten bekannt wurden, von der Regierung während der kritischen Zeit im Lohnhof in Haft gesetzt¹⁴⁰.

Wie schon nach dem ersten Freischarenzug ging Luzern aber auch nach dem zweiten mit großer Härte gegen die Aufrührer vor. In Basel bedauerte man diese kurzsichtige Politik Luzerns sehr. Trotzdem stimmte die Basler Gesandtschaft auf der Tagsatzung von 1845 zusammen mit Neuenburg und den übrigen katholisch-

¹³⁷ Vgl. den Aufruf des Basler Komitees. Tagblatt 1845, Nr. 32.

¹³⁸ Konstantin Siegwart-Müller: Ratsherr Joseph Leu von Ebersoll. Altdorf 1863, S. 801 ff.

¹³⁹ St.A.B. Missiven, Basel an Luzern, 5. April 1845.

¹⁴⁰ Ebenda. Basel an Luzern, 19. April 1845.

konservativen Ständen gegen jegliche eidgenössische Einladung, die Luzern zur Milde auffordern wollte. Nach Basels Ausführungen war jede Amnestie «Ausfluß der souveränen Befugnisse der Kantone»¹⁴¹. Auch in bezug auf die Kloster- und Jesuitenfrage änderte es seine Meinung nicht. In der Jesuitenfrage ließ es sogar seine im Februar vorgeschlagene, vermittelnde Einladung an Luzern wieder fallen, weil es inzwischen zur Einsicht gekommen war, daß der Tagsatzung überhaupt kein Recht zustehe, auf Luzern irgendwelchen Druck auszuüben¹⁴².

Die Entwicklung lief auf beiden Seiten nicht im geringsten auf eine Versöhnung hin. Nachdem in den Kantonen Waadt, Zürich und Bern die gemäßigten Regierungen gestürzt und durch radikale ersetzt worden waren, suchten die radikalen Führer nun auf dem Umweg über die kantonalen Regierungen das zu erreichen, was ihnen auf dem direkten Wege der Freischarenzüge nicht gelungen war. Auch die katholisch-konservativen Stände blieben nicht untätig. Die ruchlose Ermordung Leus und die anarchischen Landfriedensbrüche der beiden Freischarenzüge veranlaßten sie zu weiteren, schärferen Gegenmaßnahmen. In der sogenannten «Schutzvereinigung», zu der sich am 11. Dezember 1845 die Stände Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis zusammenschlossen¹⁴³, fand der sich schon seit einigen Jahren immer mächtiger ausbreitende Abwehrwille der katholisch-konservativen Stände gegenüber dem bundeswidrigen Vorgehen des Radikalismus seine feste und endgültige Gestalt. Der Form nach war die «Schutzvereinigung» ein militärisches Defensivbündnis zur Sicherung der Kantonsgebiete der sieben teilnehmenden Stände gegen künftige Freischarenzüge. Über den defensiven Charakter des Bündnisses hinaus sollte die «Schutzvereinigung» aber auch dazu dienen, die durch den Bundesvertrag geregelten föderativen Verhältnisse der Schweiz zu sichern und die kulturelle Autonomie der einzelnen Kantone zu bewahren. Da die «Schutzvereinigung» völlig geheim abgeschlossen wurde, erfuhr die übrige Schweiz erst im Sommer 1846 von ihrem Abschluß, als sie im Freiburger Kantonsrat öffentlich verhandelt wurde.

So galt der Hauptangriff der radikalen Zeitungen bis in den Sommer 1846 immer noch der Jesuitenfrage, die, nachdem in den ersten Wintermonaten 1845 wirklich sieben Jesuiten in Luzern ihren

¹⁴¹ A.o. Tags. 1845, S. 120.

¹⁴² Ebenda, S. 140.

¹⁴³ A.o. Tags. 1847 (II), Beilage Nr. III, Protokoll der Konferenz und Akte der Schutzvereinigung.

Einzug gehalten hatten, noch gesteigerte Aktualität bekommen hatte. Sobald aber der «Sonderbund», unter welchem Namen die «Schutzvereinigung» in die Geschichte eingegangen ist, bekannt wurde, bemächtigten sich die radikalen Blätter sofort dieses neuen Angriffszieles. Sie erklärten ihn für einen irregulären Bund im Bunde und forderten seine Unterdrückung.

Als auf der Tagsatzung von 1846 auf Antrag Zürichs darüber abgestimmt wurde, ob der Sonderbund gegen die Bestimmungen des Bundesvertrags verstoße und deshalb aufzulösen sei, fehlten für einen auf Auflösung lautenden radikalen Mehrheitsbeschluß nur noch die Stimmen Genfs und St. Gallens. Basel-Stadt hatte sich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil seine Gesandtschaft hinsichtlich des Sonderbundes ohne Instruktion war und weil sie durch die Ausführungen der sieben Stände, vor allem aber durch die meisterhafte Verteidigungsrede Bernhard Meyers davon überzeugt worden war, daß die Schutzvereinigung keine gefährlichen Absichten hege.

*5. Basels Vermittlungsbemühungen während der Sonderbundswirren*¹⁴⁴

Es waren zwei Faktoren, die es der Basler Regierung außerordentlich erschwerten, ihren bisherigen politischen Kurs weiterzusteuern: Einerseits die immer extremere Formen annehmende Politik der katholisch-konservativen Stände, deretwegen sich das Band zwischen Basel und der Innerschweiz schon merklich gelockert hatte, andererseits die Kritik, die sich im Basler Volk selbst schon seit mehreren Jahren immer stärker bemerkbar machte.

Während der ganzen dreißiger Jahre hatte die offizielle, anti-liberale Politik der Basler Regierung im Volke keinen Anstoß erregt. Mit dem Anbruch des neuen Jahrzehntes zeigte sich aber immer deutlicher, daß sich dieser Zustand geändert hatte. Es war auch in

¹⁴⁴ Diese Vermittlungsbemühungen sind bereits ausführlich dargestellt worden in Edgar Bonjour: Basels Vermittlung in den Sonderbundswirren 1847/48. Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern, 39. Band, Heft 2, 1948. An Originalquellen habe auch ich folgende im Basler Staatsarchiv deponierte Aufzeichnungen benutzt: Das Privattagebuch Bürgermeister Felix Sarasins. Pr.Ar. 212, L 4. Das Tagsatzungstagebuch Felix Sarasins. Pr.Ar. 212, L 22 II. Die Relation über die Tagsatzung von 1847, erstattet in der Großratssitzung vom 18. Mai 1848 durch Bürgermeister Sarasin. Pr.Ar. 212, L 37. Außerdem die Tagsatzungsrelationen der Jahre 1847 und 1848, Eidgenossenschaft K 3. Edgar Bonjour: Briefe von Johann Rudolf Merian an Peter Merian aus der Sonderbundszeit 1847/48. Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, 46. Bd. 1947.

Basel eine zahlenmäßig zunächst geringe, aber bald nicht mehr zu überhörende liberale Minderheit entstanden, die sowohl gegen die städtische als auch gegen die eidgenössische Politik der Regierung kräftig opponierte. 1839 hatte es Dr. Carl Brenner, der sich bald zum Führer des Basler Freisinns aufschwingen sollte, im Großen Rat erstmals gewagt, die offizielle Stellung Basels an der Tagsatzung zu mißbilligen. 1841 hatten sich bereits mehrere Basler Großräte bei der Diskussion über den Aargauer Klosterhandel entschieden auf die Seite der Aargauer Regierung gestellt. Seither war die liberale Basler Oppositionsgruppe ständig angewachsen. Hatten sich schon die Aargauer Klöster beim Basler Volk keiner besonderen Sympathien erfreut, so galt dies für die Jesuiten in noch viel stärkerem Maße. Die Jesuitenhetze der «National-Zeitung», des politischen Organs der Basler Liberalen, konnte deshalb bei vielen Basler Bürgern lebhaften Anklang finden. Es war nicht von ungefähr, daß sich gerade damals die Freisinnigen Basels in aller Stille zum «Patriotischen Verein» zusammenschlossen, dessen erste Tat in einer Sammlung für die in Luzern gefangengehaltenen Freischärler bestand. Schon einige Wochen vorher hatten sie 200 Unterschriften gesammelt, die alt Schultheiß Jakob Kopp¹⁴⁵ und Dr. Casimir Pfyffer¹⁴⁶ in Luzern in ihrem Widerstand gegen die Jesuiten bestärken sollten. Für eine Petition auf Austreibung der Jesuiten, Rücknahme des Luzerner Berufungsdekrets und Generalamnestie für alle Freischärler bekamen sie damals 348 Unterschriften zusammen¹⁴⁷. Ein gutes Jahr später, am 10. Juni 1846, trug eine ähnliche, wenn auch milder abgefaßte Petition an den Basler Großen Rat bereits mehr als 700 Unterschriften¹⁴⁸. So wurden die Stimmen derjenigen, die die politische Verbindung mit den Sonderbündlern als unnatürlich und gefährlich ansahen, immer zahlreicher, und als im Oktober 1846 eine revolutionäre Erhebung die liberal-konservative Regierung von Genf hinwegfegte, erwartete man überall in der Schweiz, nun werde es auch in Basel bald losgehen.

Tatsächlich waren die Basler Liberalen jetzt mehr denn je entschlossen, eine Versöhnung mit den übrigen freisinnigen Kantonen zustandezubringen, und es wäre vielleicht auch in Basel zum blutigen Aufstand gekommen, hätte sich nicht eine Gruppe einsichtiger

¹⁴⁵ Jakob Kopp (1786–1859), Luzerner Politiker gemäßigt radikaler Richtung. Während der dreißiger Jahre Großrat und Regierungsrat, 1838 Bundespräsident.

¹⁴⁶ Casimir Pfyffer (1794–1875), Jurist, Politiker radikaler Richtung, 1826 bis 1846 im Großen Rat.

¹⁴⁷ A. a. o. Tags. 1845 (I), Beilage H.

¹⁴⁸ St.A.B. Kirchenakten N 4 (Jesuiten).

Männer ins Mittel geworfen. Dieser als «juste milieu» bezeichneten und einen gemäßigten Konservatismus vertretenden Gruppe gelang es, die entstandene Vertrauenskrise zwischen Regierung und Bürgerschaft friedlich zu beheben, indem sie den Liberalen einen Wechsel in der eidgenössischen Politik Basels zusicherte, wogegen letztere die von der Mittelpartei vorgeschlagene Art einer Verfassungsrevision zu unterstützen versprachen. So zeigte, gemessen an den anfangs geäußerten Forderungen der Liberalen, die neugeschaffene Basler Verfassung im Vergleich mit der alten nur recht bescheidene Veränderungen. Die Konservativen waren im neuen Großen Rat immer noch stärker als Juste Milieu und Liberale zusammen. Dafür hatte sich die Zusammensetzung der Regierung wesentlich geändert. Bürgermeister Burckhardt, Ratsherr Andreas Heusler und drei andere konservative Ratsherren, die für den bisherigen politischen Kurs die Hauptverantwortung trugen, wurden nicht mehr gewählt, sondern durch Männer der Mittelpartei und durch Liberale ersetzt. Dem bewährten Bürgermeister Frey trat der konservative, aber stets zum Vermitteln bereite Großindustrielle Felix Sarasin¹⁴⁹ als zweiter Bürgermeister zur Seite.

Wie lautete aber das neue Programm der eidgenössischen Politik Basels? Schon nahte die ordentliche Tagsatzung von 1847, und Basels Gesandte mußten dafür instruiert werden. Dies war um so schwieriger, als von der kommenden Tagsatzung Beschlüsse von enormer Tragweite erwartet werden mußten, nachdem auch noch St. Gallen ins Lager des Fortschritts übergetreten war, wodurch die Radikalen endlich jene zwölf Stimmen beisammen hatten, die es ihnen erlauben sollten, nun in allen bisher ungelösten eidgenössischen Fragen gesetzeskräftige Mehrheitsbeschlüsse zu fassen. In Basel war man sich der großen Gefahr, in der sich die Eidgenossenschaft befand, wohl bewußt, denn bei dem entschlossenen Abwehrwillen der Sonderbundsstände gab es für die Radikalen keine andere Möglichkeit als ihre Beschlüsse mit Gewalt durchzusetzen. Darin unterschied sich Basel aber grundlegend von den übrigen Ständen, daß es den elementaren Willen, mit welchem diese einmal das Äußerste wagen wollten, damit es nachher besser werde, nicht kannte. Lage und Naturell hatten Basel schon seit Jahrhunderten zum eidgenössischen Vermittler bestimmt, und es war sich dieser geschichtlichen Tradition voll bewußt, wenn es auch in der jetzigen Existenzkrise der Eidgenossenschaft alles daran setzte, der Schweiz den Frieden

¹⁴⁹ Felix Sarasin (1797–1862), Baumwollfabrikant, Ratsherr seit 1840. ADB, Bd. 30, S. 371. Emil Schaub: Geschichte der Familie Sarasin in Basel. Basel 1914, Bd. II.

zu erhalten. Es war Basels Wunsch, sich in der großen Auseinandersetzung möglichst neutral zu verhalten. Durch diese Tendenz, sich keinem der beiden Lager anzuschließen, erhielt die Instruktion der Basler Gesandtschaft einen merkwürdig widerspruchsvollen Charakter. Zwar wurde die Gefahr, die durch die extremen Schritte der Sonderbundsstände für die Schweiz entstanden war, darin restlos anerkannt, doch sollten die Vertreter Basels in keinem Fall dafür stimmen, diese Gefahr etwa mit Gewaltmitteln wieder vom Vaterland zu entfernen.

Es geschah gewiß mit Absicht, wenn Basel zu seiner Vertretung zwei Männer auf die Tagsatzung beordnete, die vorher noch nie an einer solchen Versammlung teilgenommen hatten. Beide, der neue Bürgermeister Felix Sarasin, wie auch sein Freund, der Großratspräsident Rudolf Merian¹⁵⁰, waren erst vor kurzem durch die Verfassungsrevision zu ihren Ämtern gelangt und verkörperten beide aufs beste die neue politische Gesinnung Basels. Sie reisten ohne fixe Sympathien oder Antipathien an die Tagsatzung. Die Gefahr, wieder völlig in die alten Geleise zu treten, war damit weitgehend gebannt.

Die Tagsatzung wurde am 5. Juli 1847, unter dem Präsidium des ehemaligen Freischarenführers Ulrich Ochsenbein¹⁵¹, in Bern eröffnet. Wie spannungsgeladen die Atmosphäre von Anfang an war, bewies das Fehlen der Sonderbundsgesandten beim Eröffnungsdiner. Zu leidenschaftlichen Verhandlungen kam es aber erst, als man am 19. Juli geradewegs zur Behandlung der Hauptfrage, der Auflösung des Sonderbundes, schritt. Zum letzten Mal versuchten dabei die Vertreter der sieben Sonderbundsstände in ausführlichen Voten die Rechtmäßigkeit und Ungefährlichkeit ihres Schutzbündnisses zu verteidigen und kamen mit scharfen Worten immer wieder auf die frevelhaften Vorkommnisse zu sprechen, die zu ihrer Schutzvereinigung geführt hatten. Deshalb lautete auch die Grundvoraussetzung für jegliches Entgegenkommen ihrerseits: Wiederherstellung aller Aargauer Klöster, Fallenlassen der Jesuitenfrage, Schutz vor ferneren Freischarenzügen und Aufgabe jeder weiteren, die Souveränität der Kantone beschneidenden Änderung des Bundesvertrags. Bei den radikalen Gesandten blieben diese Erklärungen aber völlig wirkungslos, weil sie alle instruiert waren, für die Auflösung des

¹⁵⁰ Johann Rudolf Merian (1797–1871), Prof. der Mathematik. Vgl. Eduard His: Basler Staatsmänner, a. a. O., S. 120 f. Derselbe: Basler Gelehrte, a. a. O., S. 84 f.

¹⁵¹ Ulrich Ochsenbein (1811–1890), Führer der Berner Radikalen, seit 1845 Großrat. Vgl. Rudolf A. Heimann: Johann Ulrich Ochsenbein. Bern 1954.

Sonderbundes zu stimmen. Mitten hinein in diese im Grunde bereits unvereinbaren Gegensätze hatte nun Sarasin Basels «Friedensgruß» zu übermitteln. In seinem langen Votum gab er zunächst der Hoffnung Ausdruck, die friedliche Verständigung, wie sie in seinem Heimatkanton stattgefunden habe, möge auch im weiteren Vaterland gelingen. Wie es dem neuen politischen Kurs Basels entsprach, bezeichnete auch er sodann den Sonderbund als im Widerspruch mit dem Bundesvertrag stehend, erinnerte aber gleichzeitig daran, daß allein Not und Selbsterhaltungstrieb die katholischen Stände zu dieser Vereinigung geführt hätten, weshalb er vorschlage, den Sonderbundsständen durch Zusicherung kräftiger und sofortiger Bundeshilfe gegen alle unbefugten Eingriffe in ihre inneren Angelegenheiten möglichste Beruhigung zu verschaffen und sie gleichzeitig freundeidgenössisch einzuladen, das unter ihnen abgeschlossene Bündnis aufzuheben. Er schloß sein Votum mit den Worten: «In diesem Nachgeben und Verlangen, in diesem Versprechen und Einladen, in dieser milden und versöhnlichen Sprache liegt nach der Überzeugung von Basel-Stadt das einzige Heilmittel für unsere krankhaften Zustände... Daß sie krankhaft, daß sie unbehaglich sind, diese Zustände, wer wird das leugnen?... Darf man aber wirklich hoffen, durch die äußersten Mittel, durch Androhung, Entfaltung oder gar Anwendung von Gewalt das gewünschte Ziel zu erreichen? Gewiß nicht!... Bürgerkrieg, wer mag dieses Wort ohne Entsetzen aussprechen? Ist es nicht der Inbegriff alles Unglücks, aller Greuel, ist es nicht Auflösung aller Bande, ist es nicht das Verderben des Vaterlandes?... Friede und Versöhnung, das ist das einzige, was unsere krankhaften Zustände heilen, was uns eine glückliche Zukunft bereiten kann. Entgegenkommen in Treue und Wahrheit, aufrichtige Verständigung, gegenseitiges Vertrauen, das sind die Worte, die die Gesandtschaft von Basel-Stadt erbitterten Bundesbrüdern zurufen soll. Und wenn, was der sprechende Gesandte nicht glaubt, wenn er allein in dieser hohen Versammlung diese Sprache führen sollte, so sind nichtsdestoweniger in allen Gauen des Vaterlandes Tausende von Eidgenossen, die dasselbe glauben, dasselbe wünschen und dasselbe von dem Gott unserer Väter erfliehen¹⁵².»

Während Luzern und die Urkantone über Sarasins Rede große Freude bezeugten¹⁵³, blieb sie auf die radikalen Stände ohne jede Wirkung. Mit der Mehrheit von 12²/₂ Stimmen, die von nun an Machtentscheid auf Machtentscheid fallen sollte, wurde auf Antrag

¹⁵² A.o. Tags. 1847 (I), S. 118 f.

¹⁵³ Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 19. Juli 1847.

Berns am 20. Juli das Separatbündnis der sieben Stände als mit den Bestimmungen des Bundesvertrags unverträglich und deshalb für aufgelöst erklärt.

Der Auflösung des Sonderbunds folgte schon bald mit gleicher Stimmenzahl ein Beschluß, demzufolge alle eidgenössischen Offiziere und Beamten, die unter den Truppen der sieben Kantone militärische Stellen innehatten, aus dem eidgenössischen Stab ausgestoßen werden sollten. Auch hier wurde Basels Warnung vor den schwerwiegenden Folgen, die daraus entstehen könnten, einfach ignoriert¹⁵⁴.

Entschlossen, sich keinem Mehrheitsentscheid der Tagsatzung zu fügen, waren die Sonderbundsstände inzwischen nicht untätig geblieben. Sie nahmen verstärkte Kriegsrüstungen vor und suchten sich durch Einfuhr von Kriegsmaterial aus dem Ausland und Aufwerfen von Schanzen in ihren Gebieten bestmöglichst auf die drohende militärische Auseinandersetzung vorzubereiten. Als die Mehrheitsstände von diesen Vorgängen offiziell Kenntnis erhielten, zögerten sie nicht, sofortige Gegenmaßnahmen anzuordnen. Aus den Reihen ihrer Führer wählten sie eine Siebnerkommission, die nicht nur in dieser Frage den Gegenschlag der Tagsatzung vorbereitete, sondern auch in der Folge mit beinahe diktatorischer Vollmacht den Gang der Geschäfte leitete. Auf ihren Antrag hin kam am 11. August ein erneuter Mehrheitsbeschluß zustande, in welchem der Sonderbund ernstlich gemahnt wurde, seine außerordentlichen Rüstungen einzustellen, die übrigen eidgenössischen Stände aber aufgefordert wurden, alle für den Sonderbund bestimmten Sendungen an Kriegsmaterial anzuhalten und dem Vorort davon Kenntnis zu geben. Dieser erneute Machtentscheid der Mehrheit brachte die Sonderbundsstände in größte Erregung, weil sie darin den niederträchtigen Versuch zu erkennen glaubten, sie schon vor dem Angriff wehrlos zu machen¹⁵⁵.

Waren die Tagsatzungsverhandlungen bisher noch mit einer gewissen Würde geführt worden, so ließ der gereizte Ton, mit dem einige Gesandten beider Lager bei der Rüstungsdiskussion ihre Meinungen vertreten hatten, die Hoffnung auf eine friedliche Einigung immer mehr schwinden. Die Basler Gesandtschaft suchte mit einer erneuten Friedensrede die Mitstände von ihrer gefährlichen Bahn zurückzureißen. Dabei machte sie sich wiederum zur Sprecherin des anonymen Schweizervolks, das, im Gegensatz zur kriegstreiberischen Ungeduld der radikalen Führer, keinen Bürgerkrieg wolle. Sodann warnte sie erneut vor den verhängnisvollen Mehr-

¹⁵⁴ A.o. Tags. 1847 (I), S. 185 und S. 183 f.

¹⁵⁵ A.o. Tags. 1847 (I), S. 172.

heitsentscheiden der Tagsatzung, die nur dazu beitrügen, die allgemeine Aufregung im Land zu verstärken. «Wollte man die Frage aufwerfen», rief Sarasin mit beschwörender Stimme, «ob es denn wohl der obersten Bundesbehörde geziemen würde, in einem so wichtigen Momente die Hände untätig in den Schoß zu legen, so würde ich antworten: Lieber, ja unendlich lieber den Schein des Nichtstuns, des ruhigen Zuschauens, als hastiges, verderbliches Handeln. Will man aber handeln, will man der heilenden Zeit nicht auch die Heilung dieser Wunde überlassen, so darf denn gefragt werden, ob der Tagsatzung nicht noch andere Mittel zu Gebote stehen, als Dekrete, Dekrete und abermals Dekrete? Hat sie nicht in andern, minder Gefahr drohenden Momenten Repräsentanten ausgesandt zur Belehrung von Eidgenossen; hat sie nicht schon Besprechungen angeordnet oder gemischte Kommissionen aufgestellt? Böte sich nicht der eben für diese Angelegenheit erwählten Kommission ein ganz einfaches, natürliches, ganz naheliegendes Mittel dar? Das Mittel, mit den Gesandten der sieben Stände zusammenzutreten, ihre Klagen und ihre Besorgnisse anzuhören, sie im engern Kreise wohlwollend zu besprechen. Ist denn gar kein Stoff zu gütlicher Verständigung vorhanden? Können keine Konzessionen bewilligt, keine Garantien gegeben werden? Kann denn die obschwebende Streitfrage nur durch Demütigung oder Niederlage der einen oder andern Seite erledigt werden? Ist es nicht eidgenössisch, ist es nicht ehrenvoll in den Augen der Eidgenossen und nach dem Urteil der Geschichte, Bundesbrüdern den Frieden zu bieten und ihnen zuerst die Hand zur Versöhnung zu reichen? Ist es denn wirklich so weit gekommen im Vaterland, daß nur noch das Schwert entscheiden kann? ¹⁵⁶»

Die aus innerster Überzeugung gesprochenen Friedensworte Basels prallten an der unbeugsamen Entschlossenheit der Zwölfermehrheit ebenso wirkungslos ab wie sein Antrag, die radikalen Abrüstungsforderungen nochmals an die Siebnerkommission zurückzuweisen. Basel mußte sich der von der Tagsatzung beschlossenen Munitions- und Waffensperre fügen. War es dank seiner tätigen Mithilfe bis zum Juli 1847 immer wieder gelungen, Kanonen, Gewehre und Munition unbemerkt durch die Gebiete von Baselland, Solothurn und Aargau nach Luzern gelangen zu lassen, so gab die Regierung nun der Kaufhauskommission den Befehl, keine solchen Sendungen mehr abgehen zu lassen ¹⁵⁷.

¹⁵⁶ A.o. Tags. 1847 (I), S. 171 f.

¹⁵⁷ Konstantin Siegwart: Der Sieg der Gewalt über das Recht. Altdorf 1866, S. 251. St.A.B. Missiven, 21. Febr. 1846. Politisches EE 10, 21. Aug. 1847.

In der Aargauer Klosterfrage hatte die Instruktion der Basler Gesandtschaft gegenüber früher nun eine Änderung erfahren. Man schien auch in der Stadt die Klöster inzwischen abgeschrieben zu haben, weshalb die Gesandtschaft auf das Begehren der Sonderbundsstände nicht mehr weiter eintreten sollte¹⁵⁸.

In der Frage der Bundesrevision, die auch ohne die Mithilfe Basels von der Mehrheit beschlossen worden wäre, hatte Basel seine bisherige Stellung ebenfalls aufgegeben. Es glaubte zwar immer noch, einer partiellen Revision den Vorzug geben zu müssen, erklärte sich aber unter gewissen Einschränkungen erstmals bereit, auch an einer Totalrevision teilzunehmen¹⁵⁹.

In der Jesuitenfrage hatte dagegen die Instruktion der Basler Gesandtschaft keine wesentliche Veränderung erfahren. Wie bisher beharrte es bei der Auffassung, die Jesuitenfrage könne nicht zu einer Bundesfrage erhoben werden und forderte Luzern erneut auf, den Orden freiwillig aus seinem Gebiet zu entfernen¹⁶⁰. Auch die bei diesen Verhandlungen ständig wiederholten Friedens- und Versöhnungsworte Basels wurden entweder völlig überhört oder riefen bei den radikalen Gesandten lediglich höhnische Worte über Basels Zuckerwasserpolitik hervor. Nach einer mit größter Leidenschaft geführten Diskussion beschloß die Tagsatzung mit dem üblichen Mehr, es seien die Stände Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis aufzufordern, die Jesuiten aus ihren Gebieten zu entfernen und jede künftige Aufnahme des Ordens in den Kantonen der Eidgenossenschaft zu untersagen.

Hierauf vertagte sich die Bundesversammlung am 9. September. Basels Versuch, die getrennten Brüder zu versöhnen, war vollkommen gescheitert. Die Stadt hatte sich zudem in eine völlig isolierte und vereinsamte Stellung hineinmanövriert. Die Basler Gesandten hatten ihre Vermittlungsbemühungen nicht auf die öffentlichen Verhandlungen beschränkt. Sie waren ihnen am «grünen wie am weißen Tisch»¹⁶¹, das heißt im offiziellen wie im privaten Gespräch nachgekommen. Besonders während der ersten Wochen ihrer Anwesenheit in Bern hatten sie ganz bewußt den Kontakt mit beiden Lagern gesucht, und nichts verdeutlicht besser die neutrale Stellung, die Basel im eidgenössischen Machtkampf einnahm, als die freundliche Aufnahme, die seine Gesandtschaft bis zuletzt in beiden Lagern fand. Allerdings hatten die Basler Gesandten zu den wirklich ent-

¹⁵⁸ A.o. Tags. 1847 (I), S. 200.

¹⁵⁹ A.o. Tags. 1847 (I), S. 86.

¹⁶⁰ A.o. Tags. 1847 (I), S. 246.

¹⁶¹ Sarasins Relation über die Tags. a. a. O.

scheidenden Besprechungen, in denen die Mehrheit wie die Minderheit ihr weiteres Vorgehen festlegten, eben dieser neutralen Stellung wegen, keinen Zutritt. Trotz dieser häufigen Kontaktnahmen verband sie auch nur mit wenigen Tagsatzungsgesandten ein wirklich enges Vertrauensverhältnis, denn ihrem ganzen Herkommen, Denken und Handeln nach standen sie zu den meisten ihrer Kollegen in einem allzu großen Gegensatz. Da Sarasin und Merian im «Falken», dem ersten Gasthause Berns, wohnten und dort nur mit den Neuenburger Gesandten zusammenkamen, mußten sie die Vertreter der andern Stände, wenn sie mit ihnen ins Gespräch kommen wollten, an denjenigen Orten aufsuchen, an denen diese mit ihren Gesinnungsfreunden zu speisen pflegten. So aßen die Basler etwa gleich oft im «Becken», dem Versammlungsort der Sonderbundsvertreter, wie im «Distelzwang» oder «Mohren», den Treffpunkten der radikalen Gesandtschaften. Sarasins Tagebuch gibt leider keinerlei Aufschluß über die bei diesen Mahlzeiten geführten Gespräche. Es läßt aber deutlich erkennen, daß die beiden Basler, nach anfänglichem Erstaunen über das freundliche Entgegenkommen einiger führender Mehrheitsvertreter, mit der Zeit doch lieber mit den Sonderbundsgesandten und vor allem mit den «Neuchâtellern» zusammensaßen. Je unerfreulicher und isolierter Basels Stellung auf der Tagsatzung wurde, desto schwächer wurde auch der Kontakt seiner Vertreter mit den übrigen Gesandten. «Wir hatten weder Lust mit der einen oder andern Partei zu speisen¹⁶²», schrieb Sarasin noch ganz unter dem erschütternden Eindruck der ersten Exekutionsbeschlüsse in sein Tagebuch. Die beiden Basler aßen nun häufig für sich allein und gaben vor allem den Kontakt mit den Mehrheitsvertretern fast gänzlich auf. Sobald sie einmal zur Überzeugung gekommen waren, daß die eigentlichen Kriegstreiber im Lager der Radikalen saßen, galten ihre Sympathien immer offener den Sonderbundsständen, und als sie am 9. September von Bern abreisten, nahmen sie nur von zwei Mehrheitsgesandten persönlich Abschied, dafür aber von jedem einzelnen der Sonderbundsvertreter¹⁶³.

Anfangs August hatte sich auch alt Bürgermeister Burckhardt für kurze Zeit in Bern aufgehalten, um seinerseits in privatem Gespräch Friedens- und Vermittlungsgedanken Eingang zu verschaffen¹⁶⁴. Er nahm als Zuhörer an der Tagsatzung teil und reiste, besorgt über die gefährliche Wendung, welche die Verhandlungen

¹⁶² Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 11. Aug. 1847.

¹⁶³ Ebenda, 9. Sept. 1847.

¹⁶⁴ Basler Zeitung, 20. Aug. 1847. Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 5. Aug. 1847 und folgende.

genommen hatten, bald weiter in die Innerschweiz. Über das Ausmaß und den Erfolg seiner Bemühungen ist nichts bekannt.

Inzwischen hatten während der Vertagung der Bundesversammlung in allen Kantonen die Landsgemeinden und Großen Räte ihr letztes Wort gesprochen. In den Ständen der Mehrheit hatten die Gesandten überall die Vollmacht erhalten, für die gewaltsame Auflösung des Sonderbundes zu stimmen. In den Sonderbundsständen hatte die Aussicht auf den nahe bevorstehenden Bürgerkrieg die Stimmung im Volk nicht etwa niedergedrückt, sondern zu größter Begeisterung erhoben.

Die unerschütterliche Zuversicht, mit der die Sonderbundsstände in dem ungleichen Kampf gegen den überlegenen Feind zu siegen hofften, verfehlte ihre Wirkung auf Basel nicht. Die «Basler Zeitung» und der ebenso konservativ eingestellte «Christliche Volksbote» brachten ausführliche Berichte über die Landsgemeinden der Urkantone, von denen der Augenzeugenbericht Johann Jakob Bachofens über die Schwyzer Landsgemeinde vom 26. September 1847 wohl am bekanntesten ist. Selbst einer der extremsten Konservativen Basels, war Bachofen von der Widerstandsentschlossenheit des Schwyzervolks völlig hingerissen. «Ich hatte», so schrieb er, «den Leuten angesehen, daß sie zu halten gesinnt waren, was sie ihrem Führer versprochen, wie sie es noch immer gehalten in der Zeit der Gefahr¹⁶⁵.» Auch in Uri, berichteten zwei andere Basler Augenzeugen, hätten sich unter Jubel alle Hände für Widerstand mit Gut und Blut erhoben. Ein an der Hauptstraße errichteter, mit Blumen geschmückter Bogen habe den Eingang zum Landsgemeindeplatz bezeichnet. An demselben seien die Fahnen der Sonderbundsstände geflattert. «Und gegenüber dem Wappenschild von Uri war das von Neuenburg zu sehn. Unser Baslerschild hätte wohl früher an diesem Bogen auch nicht gefehlt. Aber bei unserer neuen Stellung ist es den Leuten nicht zu verdenken, daß sie das alte Zutrauen nicht mehr zu uns haben. „Basel hat es früher auch gut gemeint“, sagte ein Urner zu uns¹⁶⁶.»

Als die Tagsatzung am 18. Oktober wieder in Bern zusammentrat, schritt sie bekanntlich nicht sofort zum erwarteten Exekutionsbeschluß gegen den Sonderbund, sondern ließ zunächst noch einen letzten Versuch friedlicher Vermittlung vorausgehen. Die Friedensversicherungen der Tagsatzung kamen aber zu spät. Das Volk der Sonderbundsstände war mit mündlichen und schriftlichen Zuge-

¹⁶⁵ Über Schwyzer Landsgemeinde: Basler Zeitung 29./30. Sept. 1847. Johann Jakob Bachofens Gesammelte Werke, Bd. I, Basel 1943, S. 389 ff.

¹⁶⁶ Christlicher Volksbote, 6. Okt. 1847. Basler Zeitung, 4. Okt. 1847.

ständnissen nicht mehr wankend zu machen. Es verweigerte den von der Tagsatzung geschickten Repräsentanten den Zutritt vor seine Landsgemeinden und Instruktionsbehörden, und fast überall wurde die Verbreitung der sehr versöhnlich gehaltenen Tagsatzungsproklamation verboten.

Noch bevor die eidgenössischen Repräsentanten in die Sonderbundsstände abgereist waren, hatte Sarasin eine letzte große Friedensrede gehalten und einen eigenen Vermittlungsvorschlag zur Diskussion gestellt. Im Gegensatz zu seinen früheren Voten wagte er dabei ziemlich offen, die Bundesmäßigkeit des Sonderbundes in Schutz zu nehmen, und verwarf die Auffassung, ein Mehrheitsbeschluß der Tagsatzung, der unter dem unschuldigen Kanzleiausdruck von Exekution die Anwendung von Gewalt gegen einen oder mehrere Stände verhängte, sei durch den Bundesvertrag gerechtfertigt. Eine solche Theorie sei unvereinbar mit dem Lebensprinzip eines Bundesstaates und werde unweigerlich zur Diktatur der grösseren Stände oder zur Auflösung des Bundes führen. Sarasin richtete deshalb nochmals einen beschwörenden Appell an die Zwölfertmehrheit, von einer bewaffneten Auseinandersetzung abzustehen. «Oh, bedenken Sie alle die Folgen des zu fassenden Beschlusses, den Verlust so vieler Söhne des Vaterlandes, die Zerstörungen und Greuel eines Bürgerkrieges, die Steigerung des Hasses auf Jahrzehnte hinaus. Alles das, auch im Falle eines für die Mehrheit günstigen Ausganges. Sonst aber noch Anarchie, Auflösung von Gesetz und Ordnung, Reaktionen, vielleicht auch fremde Einmischung. Und wer sind denn die Gegner? Sieben gleichberechtigte Stände, unter denen die drei, die wir als Stifter und Gründer der schweizerischen Freiheit verehren, ohne deren erstes Bündnis wir alle übrigen vielleicht nur Bruchteile großer Nachbarländer wären¹⁶⁷.» Die weiteren Ausführungen Sarasins zeigten deutlich, wie sehr er sich über den eigentlichen Urgrund des ganzen Machtkampfes täuschte, wenn er den Kern der Auseinandersetzung immer noch in der Jesuitenfrage sah und den bevorstehenden Bürgerkrieg vor allem als Religionskrieg betrachtete. Sein Vorschlag, eine Kommission zu bilden, die mit den Gesandten der sieben Stände zusammentreten solle, um deren Beschwerden zu vernehmen und dann der Tagsatzung Bericht und Vorschläge einzugeben, erhielt nur die Stimmen von Zug, Neuenburg und Appenzell I.-Rh. Die Mehrheit entschloß sich für die Absendung von Repräsentanten und die Verbreitung einer Proklamation. Merian, der zum zweiten Gesandten nach Freiburg gewählt

¹⁶⁷ A.o. Tags. 1847 (II), S. 41.

worden war, lehnte diese Wahl ab, da er in betreff der Jesuiten mit den Ansichten der Mehrheit nicht übereinstimme¹⁶⁸.

Nachdem am 21. Oktober ein Friedensvorschlag Zugs ebenfalls gescheitert war, begannen die radikalen Führer, während die Repräsentanten noch in den Sonderbundskantonen weilten, bereits das Aufgebot ihrer Truppen vorzubereiten. Die Auslösung des Bürgerkriegs konnte im jetzigen Zeitpunkt um so eher gewagt werden, als es Metternich nicht gelungen war, die europäischen Mächte für eine gemeinsame Maßregel zum Schutze der bundesgetreuen Stände zu gewinnen¹⁶⁹. Am 20. Oktober gab die Tagsatzung dem Vorort Vollmacht, einen Teil des Generalstabs einzuberufen. Am 24. wurde sodann, in Abwesenheit der Sonderbundsgesandten, die Aufstellung eines Armeekorps von fünfzigtausend Mann beschlossen. Als Vorwand diente die Nachricht von einer durch sonderbündische Einflüsse ausgelösten Meuterei unter den sanktgallischen Truppen. Vergeblich hatte die Gesandtschaft von Basel-Stadt eine Verschiebung des Aufgebots gefordert, hatte aber immerhin die Garantie erhalten, daß es nicht dem Sonderbund gelte¹⁷⁰.

Je mehr sich die Lage zuspitzte, desto eifriger waren die Basler Gesandten bemüht, schließlich doch noch eine Verständigung zustandezubringen. Schon am 18. Oktober hatte der Bündner Gesandte Abys¹⁷¹ Sarasin den Vorschlag gemacht, mit den St. Gallern zusammen eine Vermittlung zu versuchen. Sarasin nahm den Gedanken sofort auf und tastete in den folgenden Tagen die Gesinnungen verschiedener Gesandten mit unterschiedlichem Erfolg ab. Die Bemühungen nahmen eine hoffnungsvolle Wendung, als nicht nur Genf, sondern auch Tessin ihre Mitwirkung zusagten, falls die Sonderbundsstände die Jesuitenfrage dem Entscheid des Papstes unterstellen würden. Sarasin teilte diesen Vorschlag sofort Landammann Bossard, Staatsschreiber Meyer und Landammann Hermann¹⁷² mit, die ihn «mit Beifall» aufnahmen. Meyer machte allerdings den Einwand, daß die Sonderbundsstände ihr Bündnis erst dann aufgeben könnten, wenn gleichzeitig mit der Jesuitenfrage auch die Aargauer Klosterfrage mit dem Papst bereinigt werde, wobei er

¹⁶⁸ Tagsatzungsrelationen, a. a. O., 20. Okt. 1847.

¹⁶⁹ Vgl. Edgar Bonjour: Die Gründung des Schweizerischen Bundesstaates. Basel 1948, S. 122 ff.

Derselbe: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Basel 1946, S. 188 ff.

¹⁷⁰ Neuenburg, Appenzell I.-Rh. und Basel-Stadt hatten sich der Stimme enthalten.

¹⁷¹ Raget Abys (1791–1866), Kaufmann, Oberst, Bürgermeister der Stadt Chur.

¹⁷² Nikolaus Hermann (1818–1888), Landammann von Obwalden.

weniger an eine Wiederherstellung der Klöster als an deren vom Papst zu legitimierende Säkularisation dachte¹⁷³.

Das Aufgebot vom 24. Oktober stellte alle diese Friedensgespräche wieder völlig in Frage. Die Sonderbundsvertreter sahen darin nichts anderes als die bereits ausgesprochene Kriegserklärung und wären, im richtigen Bewußtsein, daß nur noch ein rascher offensiver Schlag ihre Sache retten konnte, am liebsten sofort von Bern abgereist. Wegen der großen Verantwortung, die auf ihnen ruhte, glaubten sie aber, das angebahnte Vermittlungswerk nicht völlig ausschlagen zu dürfen. Doch erklärten sie, höchstens noch bis zum 28. Oktober in Bern bleiben zu wollen.

Diese Festsetzung eines letzten Termins ließ die Basler ihre Friedensbemühungen verdoppeln. Dabei kam ihnen der Umstand zu Hilfe, daß einige der aus der Innerschweiz zurückgekehrten Repräsentanten nun eher zu einer Vermittlung geneigt waren, nachdem sie sich selbst von der unbeugsamen Entschlossenheit der dortigen Völkerschaften überzeugt hatten. Vor allem alt Landammann Näff¹⁷⁴ und Regierungsrat Böschenstein¹⁷⁵, die ersten Gesandten St. Gallens und Schaffhausens, schienen nun ehrlich an der Verhinderung des Bürgerkriegs interessiert zu sein.

So konnte Merian, als Näff am Morgen des 27. Oktobers bei den Basler Gesandten Besuch machte, mit einiger Hoffnung auf Erfolg den Zuger Landammann Bossard herbeirufen, wodurch die erste Besprechung zwischen Gesandten der entgegengesetzten Richtungen zustandekam. Es wurde dabei vereinbart, sich am Nachmittag in erweitertem Kreise nochmals zu treffen.

Zu dieser zweiten Sitzung erschienen von seiten der Minderheit Meyer, Bossard, Muheim¹⁷⁶ und Fournier¹⁷⁷, von seiten der Mehrheit Näff und Böschenstein. Letztere kamen in ihren Vorschlägen sehr weit entgegen und erklärten, falls das Schutzbündnis aufgelöst werde, sich in der Jesuitenfrage dem Entscheid des Papstes zu unterwerfen und in der Revisionsfrage eine gleiche Verteilung der Kantone zu garantieren. Die Sonderbundsvertreter wollten sich mit solchen Teilkonzessionen nicht zufrieden geben, sondern verlangten über das Angebotene hinaus auch noch die gleichzeitige Regelung der Klosterfrage und, als *conditio sine qua non* jeder weiteren Unter-

¹⁷³ Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 22.–24. Okt. 1847, außerdem seine Relation über die Tagsatzung von 1847/48, a. a. O.

¹⁷⁴ Wilhelm Näff (1802–1867), JUD, Landammann, Bundesrat von 1848–1875.

¹⁷⁵ Georg Böschenstein (1804–1885), Kaufmann, Regierungsrat.

¹⁷⁶ Karl Muheim (1800–1867), alt Landammann.

¹⁷⁷ Louis Fournier (1782–1871), Advokat, Schultheiß.

handlung, die sofortige beidseitige Entwaffnung der Truppen¹⁷⁸. Derart weitreichende Forderungen mußten an der Friedenswilligkeit der Minderheit ernsthafte Zweifel aufkommen lassen, da doch kaum zu glauben war, daß die Klosterfrage allein zu einem bewaffneten Einschreiten der Zwölfermehrheit führen würde. Das erkannte auch der Zuger Landammann Bossard, der einzige wirklich vermittlungsbereite Gesandte der Sonderbundsstände. Doch konnte er seine Kollegen nicht von ihren unerfüllbaren Forderungen abbringen. So wie die Sache nun stand, mußte das Entwaffnungsbegehren der Sonderbundsstände in der Tagsatzungssitzung des folgenden Morgens unweigerlich den Bruch bringen.

Die letzte Angst der Sonderbundsvertreter vor der Auslösung des Bürgerkriegs kam den Basler Gesandten gewiß zu Hilfe, wenn ihr unermüdliches Drängen schließlich den Erfolg hatte, daß sich die Sonderbundsgesandten bereiterklärten, noch einen Tag länger in Bern zu bleiben, um an einer letzten, großen Vermittlungskonferenz, die im «Falken», der Wohnung der Basler, stattfinden sollte, teilzunehmen. Wie Böschenstein mitteilte, hatte sich auch Ochsenbein damit einverstanden erklärt, die auf den 28. Oktober anberaumte Tagsatzungssitzung um einen Tag zu verschieben¹⁷⁹.

Die Vermittlungskonferenz fand am folgenden Tag nachmittags vier Uhr statt. Nachdem sich am Morgen beide Lager noch einmal über ihre Bedingungen schlüssig geworden waren, erschienen dazu von seiten der Minderheit die sämtlichen ersten Gesandten des Sonderbundes, mit Ausnahme von Polizeidirektor Durrer¹⁸⁰. Von seiten der neutralen Stände hatten sich die Gesandten von Neuenburg und Basel-Stadt eingefunden. Die Zwölfermehrheit war, zum Erstaunen aller Uneingeweihten, übereingekommen, nur eine Viererdelegation, nämlich Bürgermeister Furrer¹⁸¹, Landammann Munzinger¹⁸², Präsident Kern¹⁸³ und Landammann Näff, also durchaus nicht nur ihre vermittlungsbereitesten Vertreter, an die Besprechung zu schicken. Sarasin eröffnete die Konferenz mit einer kurzen Anrede und forderte dann Näff auf, sich als Bestorientierter über die bisherigen Besprechungen als erster auszusprechen. Als Näff nicht

¹⁷⁸ Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 27. Okt. 1847, außerdem seine Relation über die Tagsatzung 1847/48, a. a. O.

¹⁷⁹ Ebenda.

¹⁸⁰ Franz Durrer (1790–1857), 1850 erstmals Landammann.

¹⁸¹ Jonas Furrer (1805–1861), Fürsprech, Bürgermeister, erster Bundespräsident.

¹⁸² Joseph Munzinger (1791–1855), Handelsmann, Landammann, von 1848 bis 1855 Bundesrat.

¹⁸³ Johann Konrad Kern (1808–1888), JUD, Großrat.

recht mit der Sprache herauswollte, übergab er Furrer das Wort, doch blieb auch dieser wie die übrigen Mehrheitsgesandten bei allgemeinen Phrasen stehen. Immerhin erklärten alle vier, daß sie beauftragt seien, anzuhören, ob und welche Vermittlungsvorschläge von der Gesandtschaft von Basel-Stadt oder den Sonderbundsständen gemacht würden und darüber unverzüglich Bericht zu erstatten. Die Sonderbundsgesandten traten ebenfalls nicht in einzelne Fragen ein, sondern verlangten wie am Vortage als Grundbedingung für jede weitere Unterhandlung die beidseitige Entwaffnung der Truppen. Die Vertreter der Zwölferstände wollten auf diese Forderung nicht eintreten und erklärten, man könne erst entwaffnen, wenn man sich vorher über einige Präliminarien geeinigt habe. Auch Basel unterstützte diese Ansicht, und als das Gespräch völlig ins Stocken gekommen war, machte Merian die Anregung, nochmals die am Vortage besprochenen Hauptgegenstände der Reihe nach durchzugehen. Aber schon der erste Vorschlag, der Sonderbund solle sich auflösen und dafür die Jesuitenfrage dem Entscheid des Papstes anheimgestellt werden, gab Anlaß zu mancherlei Vorbehalten. Lediglich St. Gallen erklärte sich bereit, auf den Antrag einzugehen; die übrigen Mehrheitsgesandten fanden die Berufung auf den Papst nicht unbedenklich. Die Sonderbundsstände behaupteten, es sei am Vortage nicht davon die Rede gewesen, die Jesuitenfrage im allgemeinen, sondern nur soweit sie auf Luzern Bezug habe, dem Papste vorzulegen. Als sie dann auch noch die Klosterfrage in die Diskussion einbezogen, wich man noch weiter voneinander ab. Furrer meinte, darauf zurückzukommen wäre nichts anderes als eine Kriegserklärung an Aargau. Auch als der Gesandte von Freiburg andeutete, daß es sich bei der Forderung nicht um die tatsächliche Wiederherstellung der Klöster, sondern nur um die vom Papst auszusprechende Säkularisation derselben handle, wollten die Mehrheitsgesandten nicht auf die Frage eintreten. Die Basler ermahnten die Sonderbundsgesandten «warm und eindringlich», die Klosterfrage doch aus der Präliminarübereinkunft wegzulassen, doch waren alle Bitten vergeblich. Lediglich Zug schien geneigt, auf die Verkopplung der beiden Fragen zu verzichten. Als die Sonderbundsgesandten nun dazu übergingen, Garantien für die Souveränitätsrechte ihrer Kantone zu verlangen, kam es auch in diesem Punkt, trotz beruhigender Zusicherungen der Mehrheitsvertreter, zu keiner Einigung. Schließlich brachte Luzern, als Grundvoraussetzung für alle weiteren Verhandlungen, erneut die Entwaffnungsfrage vor, die für die Sonderbundsstände recht eigentlich der Prüfstein für den guten Willen ihrer Gegner zu sein schien. Aber warum sollte die Mehrheit ent-

waffnen, ohne das geringste Zeichen von Nachgiebigkeit von den Sonderbundsständen erhalten zu haben? Alles Zureden, namentlich von seiten Basels, blieb vergeblich. Die Sonderbündler wollten von ihrem Ultimatum nicht abgehen. So wurde es zur traurigen Gewißheit, daß eine friedliche Verständigung nicht mehr möglich war. Gegen acht Uhr abends ging die Versammlung ergebnislos auseinander¹⁸⁴.

Für die Basler Gesandtschaft war das Scheitern der Vermittlungskonferenz ein schwerer Schlag. Ihre ganze vaterländische Mission war damit zusammengebrochen. Dabei hatten sie deren Erfolgsaussichten bis zuletzt merkwürdig hoch eingeschätzt, indem sie sich von der Hoffnung leiten ließen, daß ja nur eine einzige Gesandtschaft der Mehrheit vom Auflösungsbeschluß zurücktreten müsse, um die ganze Exekution hinfällig zu machen. Aber der Wille zum Nachgeben war auf beiden Seiten viel geringer, als die Basler gehnt hatten. Sarasin erfuhr erst nachträglich, daß die Mehrheitsgesandten am Morgen des Konferenztages eine Sitzung abgehalten hatten, in der allein Graubünden für ein weiteres Herausschieben der Entscheidung gestimmt hatte. Trotzdem lag die Schuld für das Scheitern der letzten Verständigung ganz offensichtlich auf der Seite der Sonderbündler. Hatten sich die Basler im Verlauf der Tagsatzung immer unverhohlener an die Seite dieser Minderheit gestellt, so nahmen sie nun, unter dem Eindruck von deren starrer Unnachgiebigkeit, eine erneute Wandlung in ihrer eidgenössischen Stellung vor. Merian schrieb am 30. Oktober an seinen Bruder in Basel: «Wie geschwind sich nicht alles ändert! Während Du Deinen Brief von gestern schriebst mit den schönsten Friedenshoffnungen, war bei uns schon längst die letzte Hoffnung verschwunden, und das diesmal durch das starre Verhalten der Sonderbündler. Ich muß die feste Überzeugung aussprechen, der Friede wäre möglich gewesen, möglich auf eine ehrenvolle Weise für den Sonderbund. Aber sie haben ihn nicht wollen, sie haben mit Absicht in die Unterhandlungen einen Stein geworfen, der nach ihrem Dafürhalten nicht

¹⁸⁴ Die Vermittlungsverhandlungen sind von verschiedenen Teilnehmern einläßlich dargestellt worden: Sarasin: Privattagebuch, Tagsatzungstagebuch und Relation über die Tagsatzung von 1847, a. a. O. Meyer: Erlebnisse, a. a. O., Bd. I, S. 240 ff., außerdem bei Siegwart: Der Sieg der Gewalt, a. a. O., S. 434 ff. Der Bericht Konrad Bossards ist ebenfalls abgedruckt bei Siegwart: Der Sieg der Gewalt, a. a. O., S. 449 ff. Der von Furrer, Munzinger, Kern und Näff gemeinsam unterzeichnete «Bericht über die Vermittlungskonferenz vom 28. Weinmonat 1847» ist abgedruckt: A.o. Tags. 1847 (II), Beilage Lit. B. Vgl. außerdem A.o. Tags. 1847 (II), S. 58 ff.

überwältigt werden konnte. Sie glaubten sich in diesem Augenblick die Stärkeren und wollen um jeden Preis den Krieg jetzt ausbrechen machen... Kurz: ich für meinen Teil habe nun die vollkommene Überzeugung erlangt, daß das Wahrheit ist, was ich diesen Sommer schon oft vermutet: Luzern hat mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen, zu dem Ausbruch des Krieges getrieben, in dem Glauben, dieser Krieg gebe dem Radikalismus den Todesstoß¹⁸⁵.»

Wie zu erwarten, brachte der 29. Oktober den endgültigen Bruch. Die Gesandten der Sonderbundsstände nahmen zum letztenmal an den Verhandlungen der Tagsatzung teil und verließen, nachdem ihr Wortführer Bernhard Meyer noch eine letzte verwahrende Erklärung verlesen hatte, den Sitzungssaal. Es war ein feierlich erschütternder Moment, der die Gesandten von Neuenburg und Basel-Stadt laut aufschluchzen ließ.

6. Basels Haltung während des Sonderbundskrieges

Nachdem der Krieg nun jeden Tag beginnen konnte, sahen sich diejenigen Stände, die sich während der ganzen Auseinandersetzung neutral verhalten hatten, vor die schwierige Entscheidung gestellt, wie sie sich einem eidgenössischen Aufgebot ihrer Truppen gegenüber verhalten sollten. Hatten sie zunächst geglaubt, ihrer Sonderstellung wegen nicht gegen den Sonderbund ziehen zu müssen, so wurde es bald immer deutlicher, daß die Tagsatzung die Bildung eines zweiten Sonderbundes der Neutralen niemals dulden werde. Denn bereits hatte sie den Beschluß gefaßt, mit den äußersten ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen alle diejenigen Stände, die ihr Kontingent verweigern würden, vorzugehen, sie wie die Sonderbundsstände als im Zustand der Rebellion gegen die Bundesbehörde anzusehen und sie mit den gleichen Mitteln wie diese zum Gehorsam zu zwingen¹⁸⁶.

Als sich Neuenburg als erster der neutralen Stände weigerte, dem Aufgebot seiner Milizen Folge zu leisten, blieb zwar die allgemein erwartete, sofortige Okkupation Neuenburgs aus. Trotzdem sah sich die Basler Regierung vor die schwerwiegendsten Entscheidungen gestellt, als am 30. Oktober auch für das Basler Bundeskontingent das allgemeine Aufgebot eintraf, dem an den beiden folgenden Tagen die Marschbefehle für das Infanteriebataillon und die Zwölfpfünderbatterie folgten. Die Regierung berief das ange-

¹⁸⁵ Bonjour: Merianbriefe, a.a. O., 30. Okt. 1847.

¹⁸⁶ A.o. Tags. 1847 (II), S. 129 ff.

forderte Truppenkontingent am 1. November in die Kaserne ein, nahm es aber vorerst nur in kantonalen und nicht in eidgenössischen Dienst. Gleichzeitig setzte sie alle nur erdenklichen Mittel in Bewegung, um in Bern die Befreiung von der Auszugspflicht zu erwirken¹⁸⁷. Auf Bürgermeister Freys dringende Bitten hin machten Sarasin, Merian und der als Kommandant der II. eidgenössischen Armee-division in Bern weilende Oberst Burckhardt¹⁸⁸ wiederholte Vorstellungen beim eidgenössischen Kriegsrat und andern wichtigen Persönlichkeiten, die aber alle vergeblich waren. Unter dem Eindruck dieser allgemeinen Unnachgiebigkeit sahen Sarasin und Merian bereits keinen andern Ausweg mehr, als das Aufgebot anzuerkennen. Sarasin befürchtete im Verweigerungsfall schwere Unruhen in Basel; auch hatte er wohl vertrauliche Zusicherungen erhalten, das Infanteriebataillon müsse gar nicht ausziehen, wenn Basel seine Grenzlage ins Feuer führe. Merian tröstete sich mit dem Gedanken, daß Basel bei Befolgung des Aufgebots seine neutrale Stellung gegenüber den Sonderbundsständen nicht verliere, weil es der Notwendigkeit weiche. Oberst Burckhardt riet ebenfalls, das Aufgebot anzuerkennen, wobei man aber dessen Ausführung so wenig als möglich beeilen möge. Auch ihm hatte Ochsenbein versichert, bei Basels Bereitwilligkeit dessen neutrale Stellung zu berücksichtigen¹⁸⁹. Um die vielfachen Gründe, die gegen Basels Auszug sprachen, noch ein weiteres Mal mündlich darzustellen, war auch noch Emanuel LaRoche¹⁹⁰ nach Bern gereist. Seine zusammen mit den Basler Gesandten unternommenen erneuten Demarchen hatten schließlich den Teilerfolg, daß General Dufour erklärte, Basels besondere Stellung berücksichtigen zu wollen und es auf keine «boucherie» in den Straßen Basels ankommen zu lassen. Das Basler Infanteriebataillon, das bereits Marschordre an die Luzerner Grenze erhalten hatte, durfte für die «mögliche, doch nicht wahrscheinliche Verteidigung» der exponierten Basler Grenze in der Stadt verbleiben¹⁹¹. Dagegen mußte die Zwölfpfünderbatterie, auf die der eidgenössische Kriegsrat unter keinen Umständen verzichten konnte, trotz allem dem Marschbefehl Folge leisten.

¹⁸⁷ Briefe von Bürgermeister Johann Rudolf Frey an Bürgermeister Felix Sarasin. St.A.B. Pr.Ar. 212, L 38, und Missiven 31. Okt. 1847.

¹⁸⁸ Johannes Burckhardt (1798–1855), Hauptmann in französischen Diensten. Während der Wirren Kommandant der Basler Standestruppen. Kommandant der Militärschule in Thun.

¹⁸⁹ Vgl. Bonjour: Merianbriefe, a. a. O.

¹⁹⁰ Emanuel LaRoche, vgl. Anmerkung 70.

¹⁹¹ St.A.B. Politisches EE 10, 1. Nov. 1847.

Inzwischen war in Bern die letzte Entscheidung gefallen. Am 4. November hatte die Tagsatzung mit dem üblichen Mehr beschlossen, die Auflösung des Sonderbundes durch Anwendung von bewaffneter Macht durchzuführen. Die Gesandtschaft von Basel-Stadt hatte dabei die Erklärung zu Protokoll gegeben, daß sie diesen Beschluß weder durch die Verhältnisse noch durch den Bundesvertrag gerechtfertigt finde, daß sie einen Bürgerkrieg, wie den bevorstehenden, einen Bürgerkrieg in solcher Ausdehnung und mit so entschieden konfessioneller Färbung für höchst unheilbringend für das Gesamtvaterland ansehe und daß sie sich daher berechtigt glaube, für die Gegenwart und für die Zukunft jede moralische Verantwortlichkeit für alle möglichen Folgen von ihrem Stande abzulehnen¹⁹².

Nachdem es damit unwiderruflich feststand, daß die Basler Artillerie sich am Krieg beteiligen mußte, glaubte die Regierung sich moralisch verpflichtet, ihren Entscheid nicht allein zu treffen, sondern zuvor auch den Großen Rat über den Auszug zu befragen. Die außerordentliche Sitzung des Basler Großen Rates, in der die letzte Entscheidung fallen sollte, fand am 6. November statt. Auf Wunsch des Staatskollegiums war Bürgermeister Sarasin eigens aus Bern gekommen, um an der Sitzung teilzunehmen.

Die Basler Regierung war sich inzwischen nach reiflichen Erwägungen darüber schlüssig geworden, dem Truppenaufgebot Folge zu leisten und hatte diese Entscheidung in einer ausführlichen Erklärung an den Großen Rat folgendermaßen begründet: «Die vorliegende Frage ist eine ernste und das Gemüt tief ergreifende; wir haben sie unseres Orts ernst und reiflich erwogen, und wenn wir einen Vorschlag bringen, der manches ehrenhafte und vaterländische Gefühl im Innersten verletzt, so seien sie überzeugt, daß derselbe auch den Mitgliedern ihrer Regierung einen harten Kampf gekostet hat, und daß nur die Pflicht, in einer so folgenreichen Frage seine individuellen Empfindungen zu unterdrücken und lediglich die Lage und das Bedürfnis unsers Gemeinwesens zu berücksichtigen, uns zu denselben bewegen konnte... Allein... beim Blick auf den gegenwärtigen Zustand unseres engern und weiteren Vaterlandes können wir uns zugleich nicht die unabsehbaren traurigen Folgen hehlen, welche eine Weigerung dermalen über unsere Vaterstadt, ja wohl auch über die ganze Schweiz herbeiführen werde. Wir würden durch eine Verweigerung des Aufgebots den Bürgerkrieg im Herzen der Schweiz, gegen den wir bisher treulich gekämpft haben, nicht

¹⁹² A.o. Tags. 1847 (II), S. 65.

verhindern, sondern denselben lediglich auch noch bis zu uns ausdehnen; wir würden die bestehenden Wirren der Schweiz dadurch nicht heben, sondern dieselben lediglich noch vermehren. Diese Verantwortlichkeit glauben wir gegenüber unserer Bürgerschaft, ja gegenüber der Schweiz, nicht über uns nehmen zu sollen, sondern halten dafür, die Pflicht einer ernsten Berücksichtigung unserer Lage gebiete uns, unsere Gefühle zu unterdrücken und der Gewalt der Umstände zu weichen. Indem wir aber anraten dieses zu tun, glauben wir nicht, daß die Stellung unseres Standes auf der Tagsatzung und die unserer Gesandtschaft erteilte Instruktion irgendwie eine Änderung erleiden sollte. Wir halten die Gesinnungen, die Hochdieselben in Ihrer Instruktion an die diesjährige Tagsatzung über die traurigen eidgenössischen Tagesfragen ausgesprochen haben, noch immer für die richtigen, wir halten die Ihrer Gesandtschaft aufgetragene vermittelnde und versöhnliche Einwirkung noch immer für eine gute, Basels würdige Politik und sind weit entfernt, Hochdenselben vorschlagen zu wollen, für die Zukunft von denselben abzuweichen, wir glauben im Gegenteil, daß unsere E. Gesandtschaft auch unter den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen und auch nach der heutigen Schlußnahme unvermindert fortfahren solle, ihrer inhabenden Instruktion gemäß jeden Anlaß zu benützen, ihre vermittelnde Stimme und Einwirkung walten zu lassen. Möge die Zeit bald kommen, wo ihre wohlgemeinte, treue Stimme offenen Ohren und Herzen begegnet!¹⁹³»

Der Ratschlag der Regierung wurde mit großer Leidenschaft diskutiert¹⁹⁴, wobei der heiße Redekampf über elf Stunden dauerte und insgesamt mehr als fünfzig Voten abgegeben wurden. Zunächst ergriffen die beiden Bürgermeister das Wort, um die Haltung der Regierung zu verteidigen. Dabei riet Sarasin eindringlich, der Große Rat möge dem Befehl der Tagsatzung gehorchen und wie Dufour und andere hohe Offiziere, wie überhaupt alle Konservativen in den Zwölferständen das Opfer der Überzeugung bringen, wobei er nicht unerwähnt ließ, daß es den Sonderbündlern, besonders Luzern, entschieden an Friedensliebe gefehlt habe. Bürgermeister Frey meinte, daß sich Basel, wie 1833, der von der Tagsatzung nur mit Stimmenmehrheit beschlossenen Bewaffnung unbedingt fügen müsse, wenn seine Gesandtschaften auf späteren Tagsatzungen überhaupt noch etwas bedeuten wollten. Es folgten die Voten mehrerer Mitglieder des Kleinen Rats, die sich alle für den Ratschlag der Regierung aus-

¹⁹³ St.A.B. Politisches EE 10, Ratschlag betreffend des hiesigen Truppenaufgebots, 5. Nov. 1847.

¹⁹⁴ St.A.B. Protokoll des Großen Rats, 6. Nov. 1847.

sprachen. Im Gegensatz zu diesen zum Nachgeben bereiten Stimmen trat die Mehrheit aller, die überhaupt das Wort ergriffen, für entschlossenen Widerstand ein. Die ehemaligen konservativen Führer, wie alt Bürgermeister Burckhardt, Andreas Heusler und ihre Freunde wehrten sich zum letztenmal für ihre verlorene Sache und erklärten den kommenden Krieg für ungerecht und den Vollziehungsbeschluß der Tagsatzung für bundeswidrig. Alt Gerichtspräsident Niklaus Bernoulli¹⁹⁵, der schon am Vortage in einem Schreiben an die Regierung die Hilfe Gottes angerufen hatte, damit sich in Basel niemand «zu diesem Judaskrieg» rühre¹⁹⁶, warnte auch jetzt wieder, Basel möge sich die eigene Rettung nicht mit dem Verrat unschuldigen Blutes erkaufen. Wilhelm Vischer¹⁹⁷ erklärte: «Wenn wir so weit sind, daß wir aus Furcht vor Unordnung unrecht tun müssen, dann verdienen wir nicht mehr zu existieren; dann mag man uns wieder mit der Landschaft vereinigen¹⁹⁸.» Viele konservative Rats Herrn fällten ihre Entscheidung aus tiefster religiöser Überzeugung und bezeichneten es als Sünde, lieber Unrecht zu tun, als Unrecht zu leiden. Die Basler Liberalen suchten diese entschlossene konservative Opposition vor allem durch die drastische Ausmalung des Basel bevorstehenden Unheils nachgiebig zu machen. So prophezeite Brenner, die Tagsatzung werde bei Verweigerung des Aufgebots, Basel mit aller Energie zum Gehorsam zwingen und Tausende von Bürgern würden, falls die Stadt bewaffneten Widerstand zu leisten wage, den Eidgenossen selbst die Tore öffnen. Trotz dieser wirkungsvollen Einschüchterungsversuche schien es die längste Zeit, als ob der Antrag der Regierung vom Großen Rat verworfen würde¹⁹⁹. Erst nachdem die verantwortlichen Staatsleiter nochmals das Wort ergriffen hatten und viele bisher noch unentschlossene Großräte endgültig davon überzeugt worden waren, daß im Ablehnungsfall ernsthafte Gassentumulte stattfinden würden, konnte der Antrag der Regierung die Mehrheit erringen und wurde mit 64:49 Stimmen angenommen²⁰⁰.

Damit diese Entscheidung aber nicht «von der Eidgenossenschaft und der Nachwelt» mißdeutet werden könne, wurde außerdem

¹⁹⁵ Niklaus Bernoulli (1793–1876), Kriminalgerichtspräsident.

¹⁹⁶ St.A.B. Politisches EE 10, 5. Nov. 1847.

¹⁹⁷ Wilhelm Vischer (1808–1874), Professor für griechische Sprache und Literatur. Ratsherr.

¹⁹⁸ Basler Zeitung, 9. November 1847.

¹⁹⁹ Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 6. Okt. 1847.

²⁰⁰ Eine namentliche Liste, wie die einzelnen Großräte abgestimmt haben, befindet sich im Nachlaß Bernoulli-Bär. St.A.B. Pr.Ar. 304, A 4, 1.

beschlossen, der Tagsatzung eine Erklärung zu übergeben, in welcher nochmals alle Gründe aufgezählt waren, die den Großen Rat von Basel-Stadt schließlich bewogen hatten, dem zerrütteten Vaterland «das schwere Opfer seiner Überzeugung» zu bringen und die Tagsatzung aufgefordert wurde, die Größe dieses Opfers auch gebührend zu würdigen ²⁰¹.

Es waren ganz wenige Konservative, die sich dem Großratsbeschuß nicht fügten. Drei Großräte nahmen ihren Rücktritt, und als am 9. November die aufgebotenen Truppen in den eidgenössischen Dienst gestellt wurden, weigerten sich fünf Offiziere und drei Gemeine, den Fahneneid zu schwören. Hauptmann J. J. Speiser ²⁰², der später so hochverdiente bundesrätliche Münzexperte, hatte sich dem Aufgebot durch eine Auslandsreise entzogen. «Aber was auch kommen mag», hatte er aus Straßburg an seine Frau geschrieben, «an meiner Überzeugung werde ich nie zum Verräter werden und vor den Schlechten werde ich mich nie beugen ²⁰³.» Nach seiner Rückkehr wurde er, «obwohl bei der Entfernung des Indulgierten eine vorbedachte Absicht obgewaltet» hatte, vom Gericht freigesprochen.

Die Basler Konservativen haben allgemein die eidgenössische Bedeutung der Großratsentscheidung vom 6. November stark überschätzt. «Was . . . die Stimmung in Basel anbelangt», schrieb Merian nach Hause, «so ist mir schon oft vorgekommen, wir hätten dort oft wunderliche Ansichten über den Einfluß, den unsere Stimme in den allgemeinen Angelegenheiten haben soll ²⁰⁴.»

Die Basler Batterie, die am 9. November Basel verließ, kam während des ganzen Sonderbundskrieges nicht zum Schuß. Dafür durfte sie mit in Luzern einziehen und traf am 3. Dezember wieder vollzählig in Basel ein. Der einzige Basler, der nachweisbar auf Seiten des Sonderbunds kämpfte, war der «Millionär und Ehrenmann» Eduard Merian. Er reiste anfangs November nach Luzern und schenkte der Regierung neben barem Geld auch noch zweihundert Kaputröcke ²⁰⁵.

Unterdessen hatte man in Basel das Kriegsgeschehen mit sehr ungleichen Gefühlen verfolgt. Die Konservativen vernahmen mit

²⁰¹ St.A.B. Politisches EE 10, Erklärung von Basel-Stadt an die Tagsatzung, 6. Okt. 1847.

²⁰² Johann Jakob Speiser (1813–1856), Bankdirektor. Hervorragender schweiz. Wirtschaftspolitiker.

²⁰³ St.A.B. Pr.Ar. 572, B I 3 a, 5. Nov. 1847.

²⁰⁴ Bonjour: Merianbriefe, a. a. O., 8. Dez. 1847.

²⁰⁵ Eduard Merian (1824–1859). Vgl. Siegwart: Der Sieg der Gewalt, a. a. O., S. 351. I. M. Rudolf: Ereignisse in der Schweiz. Zürich 1848.

ehrlicher Mitfreude vom siegreichen Vorstoß der Sonderbündler in den Tessin und Merian schrieb: «Den Urnern möchte ich wohl gönnen, wenn sie das Tessin behaupten könnten²⁰⁶.» Als dann aber eine Hiobsbotschaft nach der andern eintraf, war man über den schlappen Widerstand der Sonderbündler sehr enttäuscht. Um so mehr frohlockten die Basler Liberalen, und viele bisher noch Unentschlossene schwenkten endgültig mit ihren Sympathien ins Lager der Sieger über.

Für die Basler Tagsatzungsgesandtschaft bedeutete die Tatsache, daß Basels Truppen im Tagsatzungsheer mitfochten, eine Art Wendepunkt in ihrer eidgenössischen Stellung. Sie glaubte sich von nun an wieder berechtigt, an Beschlüssen und Wahlen teilzunehmen, wobei sie aber alles zu tun suchte, was zur Annäherung und Aussöhnung der Gemüter und zur Herstellung des wahren Friedens in der Eidgenossenschaft beitragen konnte.

Als die Zwölfer beschlossen, den sieben ehemaligen Sonderbunds-kantonen nach deren Niederlage sämtliche aus dem Krieg entstandenen Kosten aufzuerlegen und deren Gebiete so lange militärisch besetzt zu halten, bis diese Summe abbezahlt sei, wiesen die Basler Gesandten als erfahrene Sachverständige in Finanzfragen sofort auf die Unerfüllbarkeit dieser Tagsatzungsforderung hin. Von den eigenen Wirren her wußten sie, was es hieß, sich mit Schulden und großen Reparationen neu konstituieren zu müssen. So riefen sie den Mehrheitsvertretern noch einmal nachdrücklich in Erinnerung, daß man die Kostentragung sieben Kantonen aufbürden wolle, in denen wenig Handel und Gewerbe blühten und von denen fünf zu den ärmsten der Eidgenossenschaft gehörten. Auch würde mit den erdrückenden Forderungen nur die schon ohnehin mühsame Aufgabe der neuen Kantonsregierungen erschwert, weshalb eine solch unpolitische Maßregel den kaum errungenen Frieden im Innern nur gefährden könne. Das Basler Votum schloß mit den Worten: «Meine Herren, üben Sie Großmut an den Besiegten, mit denen wir fernerhin als Brüder und Eidgenossen in guten und bösen Zeiten leben sollen und wollen, und das Volk, das sich so kräftig erhoben hat auf ihren Ruf, wird Ihnen freudig zustimmen, und die Geschichte wird es einst dankbar anerkennen²⁰⁷.» Von solcher Nachsicht wollten die Mehrheitsstände aber nichts wissen und wiesen Basels Friedensworte mit der Erklärung zurück, «die nämlichen Freunde, welche dem Sonderbund behülflich gewesen, in seiner illegalen Opposition gegen die Tag-

²⁰⁶ Bonjour: Merianbriefe, a. a. O., 22. Nov. 1847.

²⁰⁷ A.o. Tags. 1847 (II), S. 100.

satzung zu beharren, mögen sich nun auch herbeilassen, ihre allfällige Not zu lindern»²⁰⁸. Überhaupt ließen viele Mehrheitsvertreter keine Gelegenheit unbenutzt, Basel immer wieder seine sonderbundsfreundliche Haltung während der vergangenen Krise vorzuwerfen, und es wurde auf diese Weise so recht deutlich, wie gerne sie auch Basel gezüchtigt hätten²⁰⁹. Trotzdem setzten sich die beiden Basler unbeirrt für die ehemaligen Sonderbundsstände ein und suchten auch, als Neuenburg und Appenzell I.-Rh., zur Strafe für die Nichterfüllung ihrer Bundespflichten, zu einer hohen Geldbuße verurteilt wurden, zugunsten der Gebüßten zu vermitteln²¹⁰.

Als die Tagsatzung am 31. Januar 1848 die Jesuitenfrage endgültig aus Abschied und Traktanden fallenzulassen beschloß und den Vorort beauftragte, die genaue Beachtung des letztjährigen Septemberbeschlusses zu überwachen, erklärte die Basler Gesandtschaft, daß sie sich in bezug auf den zweiten Teil des neuen Beschlusses auf ihr früheres Votum beziehe, wogegen sie dem ersten Teil desselben zustimmen könne, sofern auch die Stände des ehemaligen Separatbündnisses ihr Einverständnis erklären würden²¹¹.

In der verbleibenden Zeitspanne bis zur zweiten Vertagung der Bundesversammlung setzte sich Basel nur noch einmal stärker für die ehemaligen Sonderbundsstände ein. Dies war bei der Frage eines zu erlassenden Straf- und Amnestiedekretes. Bern hatte den Antrag gestellt, gegen alle diejenigen, die sich des Landesverrates sowie der Entwendung von Geldern des eidgenössischen Kriegsfonds schuldig gemacht hätten, gerichtlich einzuschreiten, die Kriegskosten ausschließlich denjenigen Korporationen und Schuldigen aufzuerlegen, die sich beim Bürgerkrieg kompromittiert hätten, im übrigen aber eine allgemeine Amnestie auszusprechen. Sobald Basel erkannt hatte, daß der Antrag nicht auf Versöhnung abzielte, sondern lediglich die Rache- und Strafgelüste der Mehrheit befriedigen sollte, nahm es gegen ihn sofort heftig Stellung. Sein Gegenvorschlag lautete, den ehemaligen Sonderbundsständen die Hälfte der ihnen auferlegten Kriegskosten unter der Bedingung zu erlassen, daß die neuen Regierungen jeden Rückgriff auf Private und Korporationen unterlassen würden, im übrigen aber eine allgemeine, unbedingte Amnestie auszusprechen. Wiederum verhallte Basels Ruf zur Milde und Humanität völlig wirkungslos. Als über Berns Antrag nach langer Diskussion endlich abgestimmt wurde, erhielt das Strafdekret die übliche Mehr-

²⁰⁸ Ebenda, S. 97.

²⁰⁹ Sarasins Privattagebuch, a. a. O., 11. Dez. 1847.

²¹⁰ Sarasins Relation über die Tags. von 1847, a. a. O.

²¹¹ Ebenda.

heit von zwölf Stimmen, dagegen fehlte für die Amnestieerteilung eine halbe Stimme. Da entschloß sich die Basler Gesandtschaft, weil sie nicht wünschte, daß das Strafdekret allein zum Beschluß erhoben würde, obwohl sie ohne Instruktion darüber war, der von Bern vorgeschlagenen Amnestieempfehlung ebenfalls zuzustimmen²¹². Basel hatte sich damit nicht nur erstmals in Frage des Sonderbunds an einem Mehrheitsbeschluß der Tagsatzung beteiligt, es hatte gleichzeitig auch seiner eidgenössischen Politik einen neuen, durch die veränderten Verhältnisse bedingten, Kurs verliehen, der durch die Opferung seiner bisherigen neutralen Stellung zugunsten einer aktiveren Mitarbeit am neu entstehenden jungen Bundesstaat gekennzeichnet war.

²¹² Ebenda.

C. BASELS FINANZIELLE UND MATERIELLE UNTERSTÜTZUNG DER INNERSCHWEIZ

1. Basels allgemeine Mildtätigkeit und seine gesteigerte Hilfsbereitschaft zur Zeit der Freischarenzüge und des Sonderbunds

Die große Armut der im Gebirge lebenden schweizerischen Kantonsbevölkerungen und ihre häufige Heimsuchung durch Naturkatastrophen hatte schon früher immer wieder die Teilnahme der reichen Schweizerstädte erweckt, was in spontanen Geld- und Kleidersammlungen zugunsten der vielgeprüften Bergbauern äußeren Ausdruck fand. Basel, als größter Bankplatz der Schweiz, nahm in dieser Mildtätigkeit stets eine führende Stellung ein, und der Ruf von seinem großen Reichtum führte dazu, daß sich alle Schweizer, die für irgendeinen Zweck Geld brauchten, immer zunächst nach Basel wandten.

Auch die Innerschweiz durfte Basels Hilfsbereitschaft mehrfach erfahren. So finanzierte Basler Kapital teilweise den Ausbau der Innerschweizer Florettspinnerei und Florettkämmerei, wie zum Beispiel das Unternehmen der Familie Camenzind in Gersau¹. Im Jahre 1816 schickte die Stadt aus ihrem Zeughaus geschenkwise zwei Glocken nach Altdorf, nachdem der bei der Einäscherung des Fleckens beschädigte Turm auf dem Hauptplatz wiederhergestellt worden war². Dem Kanton Obwalden ließ Basel «großmütige Unterstützung» angedeihen, als 1813 die Pfarrkirche von Kerns abbrannte und gewährte 1817 außerdem ein Anleihen von etwa achttausend Gulden für den Neubau der Kirche³. Anfangs der fünfziger Jahre schenkte Basel, nachdem es seine eigene Straßenbeleuchtung modernisiert hatte, den Ständen Uri und Nidwalden einige seiner alten Laternen⁴.

¹ Gerold Meyer von Knonau: Der Kanton Schwyz, St. Gallen und Bern 1835, S. 135 ff. Rudolf Faßbind: Die Schappe-Industrie in der Innerschweiz. Diss. Stans 1950.

² St.A.B. Uri 1, Uri an Basel, 15. Febr. 1817.

³ St.A.B. Obwalden 1, Sarnen an Basel, 4. Okt. 1817.

⁴ Briefwechsel Kaiser-Heusler (1852). Pr.Ar. 328, E 74, St.A.B.

In Schwyz wurde nicht nur das Jesuitenkloster zum Teil mit Basler Geld erbaut, auch für die Errichtung einer neuen Schule in Ingenbohl hoffte man auf die Hilfe der durch Wohltätigkeit so ausgezeichneten Stadt⁵. Interessanterweise nahm ausgerechnet der pietistische «Christliche Volksbote» die Sammlung in die Hand, wobei er sich nicht enthalten konnte, die Hoffnung auszusprechen, daß das Wort Gottes, das ja auch in katholischen Übersetzungen vorhanden sei, der beabsichtigten Schule nicht fremd bleiben möge⁶.

Durch das Beispiel Ingenbohls angeregt, richtete im Jahre 1846 auch Engelberg seine Bitten an den «Christlichen Volksboten», ihm bei der Errichtung einer Anstalt zur Versorgung verwahrloster Kinder und armer, kranker Menschen zu helfen. «Du siehst, mein lieber Bote», schrieb es nach Basel, «daß der liebe Gott manchem Deiner begüterten Leser einen Anlaß darbietet, Ihm seinen Dank werktätig zu beweisen⁷.»

Natürlich wirkten sich die tiefen politischen Sympathien, die Basel seit der Sarnerkonferenz mit der Innerschweiz verbanden, auch auf Basels Hilfsbereitschaft aus. So veranstaltete der «Christliche Volksbote» seit Januar 1834 unter seinen Abonnenten eine Geldsammlung für die in Not geratene Bevölkerung von Altschwyz, wobei viele kleinere Beträge eingingen, die gewöhnlich noch mit einigen Begleitworten versehen waren. Da hieß es beispielsweise: «Zu Händen der auf ungerechte Weise zu Grunde gerichteten Begründer der Schweizerischen Freiheit im Kanton Schwyz. Fr. 4.–» oder «Eine kleine Liebesgabe für Not leidende Familien im Kt. Schwyz, die durch Eidgenössische Bundesbrüder ihre Lebensmittel für diesen Winter eingebußt haben. Fr. 7.–» oder «Von einer unbemittelten Frau für die durch die militärische Besetzung ihres Landes in Dürftigkeit geratenen, gutdenkenden Leute im alten Lande Schwyz, denen der alte Gott Hülfe und Trost sein möge»⁸. Schon im April waren nahezu tausend Franken beisammen und Landammann Theodor Abyberg verdankte die Beisteuer mit den Worten: «Wenn wir in Erwägung ziehen den außerordentlichen Druck, unter welchem Basels Bewohner mit uns gleichzeitig schmachten und das Opfer wilder Leidenschaft werden mußten, so finden diese Unterstützungen bei uns noch einen um so höheren Wert und können unsern Dank nur vermehren⁹.»

⁵ Friedrich Holdener an Andreas Heusler, 3. Okt. 1838. Pr.Ar. 328, A 1, St.A.B.

⁶ Christlicher Volksbote, 26. Sept. 1837.

⁷ Ebenda, 20. Mai 1846.

⁸ Ebenda, 30. Jan., 6. Febr. 1834.

⁹ Ebenda, 13. März 1834.

Im Winter 1839 flossen, auf Anregung Bürgermeister Freys, die milden Gaben Basels vornehmlich in die durch die Wirren zu besonderem Schaden gekommenen Gemeinden des Oberwallis¹⁰.

Der zweite Freischarenzug vom 1. April 1845 erweckte dann wieder die besondere Anteilnahme Basels. Kaum hatte man von der blutigen Vertreibung der Freischärler vernommen, so versammelten sich auch schon am Abend des 4. April auf der Basler Lesegesellschaft einige konservative Basler, um die Hilfe für die Verwundeten in Luzern und die Hinterlassenen der Gefallenen zu beraten¹¹. Ein Hilfskomitee wurde gebildet, in dessen Auftrag ein besonderer Delegierter nach Luzern reiste, um an Ort und Stelle die genauesten Erkundigungen über den Umfang der Bedürfnisse und die Zahl der Verwundeten und Hinterbliebenen einzuziehen. Bereits hatten vier Basler Ärzte dort ihre chirurgische Hilfe angeboten¹². Im Basler «Tagblatt» wurde die Bevölkerung aufgefordert, für die «17 von Seite Luzerns und der Urkantone» sich im Luzerner Spital befindlichen Verwundeten und deren Angehörige Kleider und Geld zu sammeln¹³. Nach kurzer Zeit waren Fr. 6215.40 beisammen. Sie wurden, nebst Wäsche, Kleidern, Schuhen und Charpie, sofort nach Luzern geschickt¹⁴.

Ein weiterer Beweis der «freundeidgenössischen Gesinnung» Basels gegenüber dem Stand Luzern war die Bereitwilligkeit, mit der die Stadt Luzerns Bitte um eine größere Anleihe entgegenkam. Wenn die Luzerner Gesandten auch nicht die ganze gewünschte Summe erhielten, so vermittelte ihnen das Basler Finanzkollegium doch immerhin Fr. 105 000.– zu besonders günstigen Bedingungen¹⁵.

Aber nicht nur die konservativen Basler waren tätig. Auch der am 1. April 1845 gegründete «Patriotische Verein» der Basler Liberalen schickte Gaben nach Luzern, die aber allein für die gefangengehaltenen Freischärler und nicht zuletzt für die Luzerner Landjäger, die in «patriotischer» Pflichtverletzung den zum Tod verurteilten Dr. Steiger aus dem Kesselturm befreit hatten, bestimmt waren¹⁶.

Zu neuer, verstärkter Hilfe der Basler Konservativen kam es

¹⁰ Frey an Heusler, 23. Okt. 1839. Pr.Ar. 328, E 48, St.A.B.

¹¹ St.A.B. Pr.Ar. 212 L 4. Privattagebuch Bürgermeister Sarasins, 4. April 1845. St.A.B. Politisches EE 10, Basel an Luzern, 9. April 1845.

¹² Basler Zeitung, 3. und 9. April 1845.

¹³ Tagblatt, 20. April 1845.

¹⁴ Basler Zeitung, 13. Mai, 5. und 18. Juli 1845.

¹⁵ St.A.B. Protokoll des Finanzkollegiums G 6, 3, 23. April 1845. Missiven: Basel an Luzern, 23. April 1845. Luzerns Dank vom 29. Mai 1845: Finanzakten S 1.

¹⁶ Paul Burckhardt: Geschichte der Stadt Basel. Basel 1942, S. 241 f.

nach der Niederlage des Sonderbunds. Hatte man den Krieg nicht verhindern können, und war man schließlich sogar selbst mit der Tagsatzungsarmee gezogen, so wollte man wenigstens nach dem Krieg das Los der Besiegten, wo es nur immer möglich war, erleichtern. Da die Tagsatzung beschlossen hatte, die gesamten Kriegskosten den besiegten Kantonen aufzubürden, hatte Basel vielfache Gelegenheit zur Hilfe. So erklärte sich das Basler Bankhaus Ehinger bereit, die Kriegsschuld Uris, etwa Fr. 55 000.—, in drei Jahresraten abzuführen und inzwischen das restierende Kapital zu vier vom Hundert jährlich zu verzinsen¹⁷. Der neuen Luzerner Regierung wurde, wie schon der sonderbündischen, ein Anleihen von Fr. 100 000.— gewährt¹⁸. Schließlich bat auch Nidwalden bei Rats Herrn Andreas Heusler um Fr. 8000.—, da es erst dann von den eidgenössischen Truppen geräumt werde, wenn es die ihm auferlegte Summe bezahlt habe¹⁹. Wie es scheint, schickte Heusler zunächst nur Fr. 2000.—²⁰, ließ aber den Rest der Summe später auch noch folgen, denn es ist ein Beleg erhalten, daß Nidwalden für ein von «Hauptmann Häusler in Basel» aufgenommenes Darlehen von Fr. 6000.— Gülden aus dem Diözesan- und Bischofszellerfonds als Hinterlage eingesetzt hat²¹. Der spätere Landammann Jacob Kaiser²² versicherte Heusler, Nidwalden werde Basels Edelsinn nie vergessen. «Daß auch in fremdem Lande, in Basels Mauern, ein fühlendes Herz für uns schlägt, trocknet zum Teil die Tränen Nidwaldens, das nun gegenwärtig unter dem Druck der Radikalen so schwer geprüft wird.» Heusler hatte sich Kaiser gegenüber auch anerbieten, Verwundeten oder Eltern verlorener Söhne zu helfen, doch hatte Nidwalden nur einen einzigen Verwundeten zu beklagen, der zudem der Sohn eines wohlhabenden Bauern war. Trotzdem bat Kaiser um eine weitere Liebessteuer für das arme Ländchen, weil die Reichen durch die Einquartierungen zu so harten Steuern und Abgaben herangezogen würden, daß den Armen dadurch ihre einzige bisherige Stütze entzogen worden sei. Auch von dem ehemaligen Obwalder Landammann Nicolaus Hermann^{22a}, der mit seinen sechs Kindern nach der Niederlage des

¹⁷ Anton von Tillier: Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des so geheißenen Fortschritts von dem Jahre 1830 bis zur Einführung der neuen Bundesverfassung im Herbst 1848. Bern 1854, Bd. III, S. 182.

¹⁸ Paul Burckhardt: Neujahrsblätter, Bd. II, S. 80.

¹⁹ St.A.B. Pr.Ar. 328 C 2, Jacob Kaiser an Andreas Heusler, 16. Nov. 1847.

²⁰ Ebenda, Kaiser an Heusler, 5. Dez., 20. Dez. 1847 und 6. Jan. 1848.

²¹ Franz Odermatt: Der Kt. Unterwalden nid dem Wald im 19. Jahrhundert. Stans 1937, S. 98.

²² Jacob Kaiser (gest. 1874).

^{22a} St.A.B. Pr.Ar. 328, Hermann an Heusler, 2. Jan. 1848.

Sonderbundes völlig unbemittelt dastand, erhielt Heusler ein herzliches Dankeschreiben für seine «großmütigen Geschenke».

Durch die Vermittlung Joseph Eutyeh Kopps gelangte schließlich auch noch ein Bittgesuch des ehemaligen Luzerner Regierungsrats Wendelin Kost an Heusler. Die neue provisorische Regierung hatte Kosts Vermögen beschlagnahmt und ihn selbst in Anklagezustand versetzt. Nun sollte er mithelfen, die großen Kriegskosten zu zahlen, was er aber freiwillig niemals tun wollte. Wie er glaubte, würde er in Luzern seinen politischen Einfluß beibehalten, falls man ihn aus Basel finanziell unterstützte. Sein Brief schloß mit der Versicherung, «daß in kurzer Zeit in unserm Kanton wieder eine konservative, aber nicht Siegwartsche Politik eingehalten wird»²³.

Heuslers Antwort an Kopp lautete: «Betreffend Ihrer Anfrage habe ich mit einigen Freunden darüber gesprochen. Es sind schon mehrere Klagebriefe aus Luzern und den Ländern angelangt, und wir traten nun zusammen, um uns über wirksame Abhilfe zu beraten. Im Allgemeinen kann ich bemerken, daß indeß für die Führer keine große Teilnahme vorhanden ist. Sie hätten der Sache durch allzu schnelle Flucht geschadet und nicht den erforderlichen Mut gezeigt. – Hauptsächlich aber kommt es auf die Frage an, mit wie vielem ist Ihrem Freunde zu helfen? Handelt es sich um eine große Summe, in die er als Ersatz des verschwundenen Staatsgutes verfällt werden könnte? In diesem Fall begreifen Sie wohl, daß es bei den mancherlei sonst sich erhebenden Hilfsansprüchen etwas schwer wäre, Bedeutendes auf einen einzelnen Punkt hin zu leisten. Oder handelt es sich um eine verhältnismäßig kleine Beisteuer? ²⁴»

Aber nicht nur Heusler sorgte für die alten, in Not geratenen politischen Freunde. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß Bürgermeister Sarasin das dringliche Gesuch um Übersendung von Lebensmitteln, das ein Stanser Pfarrer an ihn richtete, unbeantwortet ließ²⁵. Auch haben neben Heusler sowohl Benedict LaRoche²⁶ als auch Niklaus Bernoulli wiederholt der Familie des geflüchteten Luzerner Staatsschreibers Bernhard Meyer Unterstützung zukommen lassen. In einem Brief Meyers an LaRoche heißt es: «Gott im Himmel lohne Ihnen... die Teilnahme, die Sie mir und meiner Familie stetsfort erwiesen. Im Unglück zeigen sich die wahren Freunde ²⁷.»

²³ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 7. und 14. Dez. 1847.

²⁴ Heusler an Kopp, 9. Dez. 1847. Nachlaß Kopp Bü.Bi. Luzern.

²⁵ St.A.B. Pr.Ar. 212, L. 17, 8, Augustin Jöry an Felix Sarasin.

²⁶ Benedict LaRoche (1802–1876), Spediteur und Bankier. Eidgenössischer Spezialist in Postfragen. Als solcher war er 1847 und auch schon vorher mit Meyer häufig zusammengetroffen.

²⁷ St.A.B. Pr.Ar. 78, Meyer an LaRoche, 29. Sept. 1848.

Reiche Gaben von Basel flossen auch dem von A. Ph. v. Segesser²⁸ sofort nach Kriegsende organisierten Hilfskomitee zugunsten der Verwundeten und Kriegsgeschädigten zu²⁹. In Basel selbst hatte der große Sonderbundsfreund Niklaus Bernoulli bereits eine Kleider- und Geldsammlung für die Unterlegenen in die Wege geleitet. Im Auftrag dieses Basler Komitees reisten Dr. Heinrich Iselin-Passavant³⁰ und Johann Jakob Lützelmann³¹ nach Luzern und in die kleinen Kantone, um an Ort und Stelle die Not und die Bedürfnisse der Bevölkerung kennenzulernen. Bernoullis Aufrufe in der «Basler Zeitung»³² hatten erfreulichen Erfolg. Neben einer großen Menge von Kleidern und dergleichen, gingen an Geld rund Fr. 5000.– ein. Davon erhielten Luzern: Fr. 1520.–, Uri: Fr. 1100.–, Unterwalden: Fr. 1280.–, Schwyz Inneres Land: Fr. 700.– und Wallis: Fr. 350.–³³.

Bernoulli hatte außerdem in seinem Hause zwei vor der Rache der neuen Regierung geflüchtete Luzerner aufgenommen, von denen der eine ihm von Segesser geschickt worden war³⁴.

2. Basel und die Tieferlegung des Lungernsees

Es war die Not der etwa 1450 Einwohner zählenden Gemeinde Lungern, daß sie für ihren Viehstand ausgedehnte Alpweiden zur Sömmerung, dagegen nur wenige Wiesen zur Winterfütterung und beinahe kein bepflanzbares Ackerland besaß, denn der Lungernsee, dessen Abfluß nach den tieferliegenden Gegenden von Giswil durch den Kaiserstuhlfelsen versperrt wurde, bedeckte fast den ganzen Talgrund. Dieser unglücklichen Lage suchten die Talleute schon seit langem Abhilfe zu schaffen, indem sie auf mannigfache Weise den Seespiegel zu senken und dadurch neues Nutzland zu gewinnen suchten. Dem ersten Versuch einer solchen Tieferlegung wurde durch die Revolution im Jahre 1798 ein jähes Ende gesetzt. Auch hatte es die kleine und finanzschwache Gemeinde Lungern nicht verstanden, dem Unternehmen die notwendige finanzielle Grundlage zu geben. Zur Zeit der Helvetik wurde dann das Werk von neuem aufgenom-

²⁸ Anton Philipp v. Segesser (1817–1888), seit 1841 Luzerner Ratschreiber.

²⁹ Eduard His: Briefwechsel zwischen Philipp Anton von Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner, BZ, Bd. 31, S. 101 f.

³⁰ Heinrich Iselin (1814–1879), Arzt und Großrat. Er war einer der vier Ärzte, die im April 1845 in Luzern die Verwundeten pflegten.

³¹ Johann Jakob Lützelmann (1808–1877), Feger.

³² Basler Zeitung, 5., 18. und 27. Januar 1848.

³³ Nachlaß Bernoulli-Bär. St.A.B. Pr.Ar. 304, A 9.

³⁴ Ebenda.

men, doch wollte die Helvetische Regierung die dazu erforderlichen Geldmittel nicht gewähren. Nach dem Zusammenbruch der Helvetik gelangte Obwalden unverzüglich an die Tagsatzung und bat alle Stände, der Gemeinde Lungern doch bei ihrem Werk zu helfen. Wie in andern Kantonen wurde damals auch in Basel unter der Bevölkerung gesammelt und von den Fr. 24 250.–, die insgesamt von den Ständen aufgebracht wurden, stammten genau Fr. 1000.– aus Basel. Aber auch der zweite Versuch, den See tiefer zu legen, blieb erfolglos³⁵.

Diese betrübliche Tatsache bewog im Dezember 1831 eine Anzahl verantwortungsbewußter Einwohner von Lungern, noch einen letzten Versuch zu wagen. Sie gründeten zu diesem Zweck die sogenannte «Seegesellschaft» und begannen unter großen persönlichen Opfern erneut die Arbeit an der Durchbohrung des Felsens. Doch auch ihnen fehlte es bald wieder an Geld, und die Anstrengungen wären auch diesmal vergeblich gewesen, hätten sie nicht im Stanser Melchior von Deschwanden³⁶ diejenige leitende Persönlichkeit gefunden, die bisher immer gefehlt hatte. Deschwanden erkannte sofort, daß man das Werk zunächst einmal finanziell auf eine viel breitere Basis stellen müsse, und schlug zu diesem Zweck den Verkauf von Aktien vor, deren Sicherheit in dem neuerscheinenden Seegrund liegen sollte. Dabei glaubte er, das Werk mit einer Summe von Fr. 16 000.– vollenden zu können. Im Frühjahr 1832 erließ er einen Aufruf an alle Schweizer, Aktien der Seegesellschaft zu zeichnen und versprach, das Kapital und die Zinsen, sobald die Tieferlegung glücklich vollzogen sei, zurückzuzahlen. Da die Wiederaufnahme der Arbeiten gerade in die Zeit der Sarnerkonferenz fiel, richteten sich die Hoffnungen der Seegesellschaft ganz besonders auf Basel, weshalb sie die Stadt mit einem besonderen Schreiben um tatkräftige Mithilfe bat³⁷.

Bevor man aber in Basel irgendeinen Beschluß faßte, wollte man doch noch Näheres über das Werk und die Sicherheit der Aktien wissen. Zu diesem Zweck suchte der Basler Deputat German LaRoche³⁸ in Luzern nähere Auskünfte über das Unternehmen zu erhalten. In der Antwort, die am 2. März 1833 in Basel eintraf, hieß es, man habe

³⁵ Vgl. darüber Melchior Deschwanden: Geschichtlicher Umriß von der Unternehmung der Tieferlegung des Lungernsees und Aufruf zur Unterstützung durch gemeinnützige Darleihen. Sursee 1832. Ferdinand Keller: Die Tieferlegung des Lungernsees im Kanton Unterwalden. Zürich 1836.

Ignaz und Otto Heß: Der wandernde See von Lungern. Sarnen 1935.

³⁶ Melchior von Deschwanden (gest. 1885), Handelsmann und Philanthrop. Gründer der Ersparniskasse von Stans und Stifter der dortigen Sekundarschule.

³⁷ St.A.B. Obwalden 6, 14. Febr. 1833.

³⁸ German LaRoche (1776–1863), Handelsmann, Inspektor der Artillerie, Ratsherr und Deputat.

drei Gewährsmänner konsultiert und von ihnen erfahren, daß die Mitglieder der Seegesellschaft zwar unermöglich aber sehr ehrlich seien und die verheißenen Fronarbeiten gewissenhaft und ohne Entschädigung leisten würden. Die geforderte Summe werde sicher hinreichen, und wenn einmal das Geld vorhanden sei, so könne binnen zwei Jahren das ganze Unternehmen vollendet werden. Die Landleute der Gemeinde Lungern hätten sich schon lange vor den Sarnerbeschlüssen günstig für die Sache Basels ausgesprochen. Jede Unterstützung werde mit großer Dankbarkeit aufgenommen, und gewiß werde man in Lungern dankbarere Menschen und biederere Schweizer antreffen als an der Linth ³⁹.

Die beste Gelegenheit, sich über das Werk zu erkundigen, hatte Basel aber auf den Sarnerkonferenzen, bei denen seine Vertreter in engste Berührung mit den hohen Magistratspersonen Obwaldens kamen. So konnte Bürgermeister Frey in der zweiten Sarnerkonferenz, die am 6. März 1833 in Schwyz begann, Landammann Spichtig gegenüber andeuten, es sei der Sache gewiß dienlich, wenn auch die Regierung von Obwalden das Unternehmen offiziell unterstützen würde; eine Anregung, die dann einige Wochen später wirklich durchgeführt wurde ⁴⁰. Major Geigy nahm ebenfalls mit den Obwaldener Standeshäuptern Verbindung auf, und, nachdem er sich überzeugt hatte, daß die Tieferlegung des Sees in technischer Hinsicht durchführbar sei, empfahl er das Unternehmen mit allem Nachdruck der Basler Unterstützung. Man könne, so meinte er, dem Mut dieser kleinen Bevölkerung, ein so großartiges Werk zu beginnen, doch wirklich nicht gut die Hilfe versagen; vor allem, da diese Leute auch in politischer Beziehung Basel nahe verwandt seien. Die Basler Aktionäre würden bei Gelingen des Unternehmens, wegen des Wertes der neugewonnenen Grundstücke, keine finanziellen Verluste haben und hätten bei Mißlingen kein anderes Gefühl, «als ein großartiges Unternehmen und ein wackeres Völklein unterstützt zu haben». Die Regierung von Obwalden wünsche den Bau, und die ersten Magistratspersonen hätten, in der Hoffnung, damit auch Basel anzureizen, bereits Aktien übernommen ⁴¹.

Wie stark in Basel das Gefühl vorherrschte, man müsse den treuen politischen Freunden helfen, bewies der Eifer, mit dem einige Handelsherren ⁴² eine «Commission zur Übernahme von Aktien zur

³⁹ St.A.B. Obwalden 6, Luzern an Basel, 2. März 1833.

⁴⁰ Ebenda, Obwalden an Basel, 30. Mai 1833.

⁴¹ Ebenda, Geigy an Iselin-Forcart, 12. März 1833.

⁴² Es waren die Besitzer der Handelshäuser «Burckhardt und VonderMühl», «Johann Jakob und Rudolf Iselin» und «Gebrüder Iselin».

Tieferlegung des Lungernsees» bildeten. In ihrem Zeichnungsauf⁴³ schilderten sie zunächst die Notlage der Leute von Lungern, um sich dann mit folgenden Worten an ihre Mitbürger zu wenden: «Wir wagen es schüchtern, in diesem ungünstigen Augenblick, wo unsere Mitbürger ohnehin vielfältig in Anspruch genommen sind, eine neue Subscription zu eröffnen, allein es liegt in diesem Unternehmen ein so großartiger Gedanke, die mutige Beharrlichkeit und aufopfernde Hingebung dieses wackern Bergvolkes erregt so viel Bewunderung, daß wir ihm die lebhafteste Teilnahme nicht versagen würden, wenn es uns auch fremd wäre, wie viel mehr aber, da die braven Talleute von Lungern zu unsern treuesten Eidgenossen und erprobtesten Freunden gehören und wir also durch heilige Bande mit ihnen verbunden sind.»

Der Aufruf erhielt ein günstiges Echo, denn schon bald war von privater Seite eine erfreuliche Anzahl Aktien gezeichnet worden. Ratsherr Achilles Bischoff ⁴⁴, der Präsident der Basler Rechnungskammer, regte sogar an, Basel möge auch als Stand etwa zehn Aktien zeichnen. Die Stadt habe in neuester Zeit die Treue dieser wackern Talleute und der Unterwaldner überhaupt immer wieder erproben können; «Erwiderung derselben wird beinahe zur Pflicht» ⁴⁵. Bei der Beratung dieses Antrags fand aber die Mehrheit, man dürfe, weil vom Publikum schon etwa 140 Aktien gezeichnet worden seien und sich zudem die Staatskasse in einem recht bedenklichen Zustand befinde ⁴⁶, von einer Teilnahme von seiten des Staates abstrahieren. Die Minderheit hingegen hielt dafür, «in Betracht unsrer politischen Verhältnisse» sogar fünfzehn Aktien zu übernehmen ⁴⁷. Die Regierung schloß sich der Meinung der Majora an und erklärte es für unnötig, allein aus politischen Gründen Aktien zu zeichnen ⁴⁸. Eine weitere Beteiligung von Basel als Stand war auch gar nicht mehr nötig, denn Deschwanden hatte die von ihm errechnete Summe schon nach kurzer Zeit beisammen, da, außer in Basel und Unterwalden, auch noch in Neuenburg und Zürich einige Aktien gezeichnet worden waren.

Deschwanden hatte aber das Unternehmen nicht nur finanziell, sondern auch technisch auf viel solidere Grundlagen gestellt. Er hatte schweizerische und ausländische Ingenieure und Wasserbau-

⁴³ Vom 22. März 1833.

⁴⁴ Achilles Bischoff (1795–1867), Tuchhändler und Ratsherr.

⁴⁵ St.A.B. Obwalden 6, Bischoff an den Kleinen Rat, 17. April 1833.

⁴⁶ Wegen der Trennungswirren.

⁴⁷ St.A.B. Protokolle G 6, 1, 25. April 1833.

⁴⁸ St.A.B. Obwalden 6, Beschluß des Kleinen Rats vom 1. Mai 1833.

kundige aufgefordert, Pläne und Gutachten über einen möglichen Durchbruch des Kaiserstuhlfelsens einzureichen. Aus diesen wurde das Projekt des Frauenfelder Ingenieurs Sulzberger ⁴⁹ von der Seegesellschaft angenommen, stieß aber von seiten einer Oppositionspartei, die den glücklichen Erfolg des Unternehmens bezweifelte, auf starken Widerstand. Um sich gegenüber dieser fortgesetzten Kritik durchsetzen zu können, ließ Deschwanden alle Pläne und Anordnungen Sulzbergers von einer Expertenkommission begutachten, die sich in Zürich gebildet hatte, und zu der unter anderen auch Major Geigy aus Basel gehörte. Geigy hielt das Projekt Sulzbergers nicht nur für ingeniös und für das einzige finanziell ausführbare, er unterstützte Deschwanden auch aktiv im Kampf mit seinen Gegnern, indem er erklärte, daß die Basler Aktionäre nur dann ihr Geld einzahlen würden, wenn man Sulzbergers Pläne verwende ⁵⁰, eine Drohung, der sich die Oppositionspartei natürlich fügen mußte.

Die Bauarbeiten dauerten knapp drei Jahre, und als im Januar 1836 die Hauptsprengung und der Stollendurchbruch gelungen waren, floß ein Teil des Sees, wie vorgesehen, ab. Der Wunschtraum aller Einwohner von Lungern schien damit in Erfüllung gegangen zu sein, doch dauerte ihre Freude nur kurze Zeit. Schon bald folgte eine Katastrophe der andern. An vielen Orten begann das Ufer in den See zu rutschen, die Hauptstraße wurde mehrfach unterbrochen, es gab große Risse im Boden und die Häuser drohten zusammenzufallen. An Stelle der verheißenen Verbesserung hatte die Tieferlegung des Sees nur Not und Elend gebracht, denn auch mit dem neugewonnenen Land war zunächst nichts anzufangen. Der Basler Johann Friedrich Ecklin ⁵¹, der damals Obwalden bereiste, schrieb in sein Tagebuch: «Aber welcher Anblick! Es ist als ob man eine Leiche liegen sähe. Es ist hier ein wahrer Greuel der Verwüstung. Das steile, felsige Ufer an beiden Seiten, die Nacktheit desselben, der Stempel der Zerstörung eines schönen Gotteswerks... In 30 Jahren wird man dieses Werk loben, aber jetzt ist es nicht so, daß man es loben kann. Die herablaufenden Bäche, denen man auf keine Weise zu wehren weiß. Gerölle und Geschiebe überschwemmt immer wieder das Land. Diesen Umstand hatte man scheint's bei allen Vorberechnungen übersehen ⁵².»

So war Deschwanden im Jahre 1839 gezwungen, zunächst nur bei den Basler Aktionären, später aber auch bei den restlichen anzu-

⁴⁹ Johann Jakob Sulzberger (1802–1855), Ingenieur, Hauptmann, Trigometer.

⁵⁰ Heß: a. a. O., S. 125 und 129.

⁵¹ Jakob Friedrich Ecklin (1816–1871), Pfarrer.

⁵² St.A.B. Pr.Ar. 576 D 6. Tagebuch einer Schweizerreise (1838).

fragen, ob sie zugunsten der Notleidenden bereit wären, ganz oder teilweise auf Zins und Kapitalrückzahlung zu verzichten. Jedoch versprach er, allen Verpflichtungen auch dann nachzukommen, wenn man keinen Verzicht leisten könne⁵³. Es zeigte sich nun deutlich, wie groß die Sympathien vieler Basler für das Volk von Obwalden waren, denn von den rund 180 Aktien, die man in Basel gezeichnet hatte, wurden der Seegesellschaft 135 Aktien zugunsten der notleidenden Bevölkerung geschenkt⁵⁴.

Wie sehr der Gemeinderat von Lungern die Hilfe der Basler Kommission zu schätzen wußte, und wie er sie auf die gleiche Stufe mit den Leistungen eines Deschwanden oder Sulzbergers stellte, zeigte das abschließende Dankesschreiben an alle Beförderer des Unternehmens, worin es hieß: «So lange ein Mensch in dem neuen Erdreich Nahrung finden... wird, solange sollen und werden die teuren Namen Deschwanden, Iselin, Burckhardt und Von der Mühl⁵⁵ und so viele andere in unvergeßlichem Andenken bleiben⁵⁶.»

Als im Jahre 1844 hundertsechzig Obwaldner das eidgenössische Schützenfest in Basel besuchten, benutzte die Gemeinde Lungern die günstige Gelegenheit, Basel nochmals ihre große Dankbarkeit zu beweisen, indem sie der Stadt zwei fette Käse vom Lungerer Seeboden zum Geschenk machte⁵⁷.

⁵³ Heß: a. a. O., S. 162.

⁵⁴ Ebenda, S. 163. Basler Zeitung, 19. Jan. 1836.

⁵⁵ Vgl. Anmerkung 42.

⁵⁶ Schlußbericht an die Tit. Aktionäre über die Tieferlegung des Lungernsees im Kanton Unterwalden ob dem Wald und Dankesschreiben von dem wohlweisen Gemeinderat in Lungern an alle Beförderer dieses Unternehmens. Luzern 1841, S. 18.

⁵⁷ Heß: a. a. O., S. 166.

D. PERSONELLE BEZIEHUNGEN BASELS ZUR INNERSCHWEIZ

1. Basler Ferienreisen in die Innerschweiz und sonstige Beziehungen einzelner Basler zu den Inneren Orten

Die engen politischen Sympathien, die Basel seit der Sarnerkonferenz mit der Urschweiz und später auch mit Luzern verbanden, brachten es mit sich, daß viele Basler ihre Ferien seit dem Beginn der Regenerationszeit mit besonderer Vorliebe in der Innerschweiz verbrachten und dieser Vorliebe auch noch bis weit hinein in die Zeit des neuen Bundesstaates treugeblieben sind. Natürlich war die Innerschweiz auch schon vor der Regenerationszeit von Basler Ferienreisenden aufgesucht worden, und es war auch schon früher zu Freundschaften zwischen Baslern und Innerschweizern gekommen. So hatte Isaak Iselin eine ganze Reihe guter Freunde in der Innerschweiz, und die Basler Familien Schorndorff und Burckhardt waren mit der Schwyzer Familie Hedlinger sogar durch mehrere Generationen überdauernde Freundschaft verbunden¹. Zudem gehörten die Gegenden um den Vierwaldstättersee seit dem Erscheinen von Schillers *Wilhelm Tell* zu den großen Sehenswürdigkeiten der Schweiz überhaupt, und gerade die Generation der Romantik hatte die Naturschönheiten dieser Alpenwelt mit einer bis dahin noch völlig unbekannten Intensität zu erleben begonnen². Trotzdem kann nicht übersehen werden, daß der Strom der Basler Ferienreisenden in die Innerschweiz seit Beginn der dreißiger Jahre, vor allem aber seit der Basler Kantonstrennung, eine auffallende Zunahme erfahren hatte. Viele Basler sahen sich damals gezwungen, ihre Landsitze im radikalen Kanton Baselland aufzugeben. Andere, die sich dort nur alljährlich einzumieten pflegten, wollten ihre Ferien nun

¹ Vgl. hiezu Werner Kaegi: *Jacob Burckhardt, eine Biographie*, Bd. I, Basel 1947, S. 180 ff. Karl Lindau: *Das Medaillenkabinett des Postmeisters Johann Schorndorff zu Basel*. *Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 28, Basel 1947.

² Gustav Peyer: *Geschichte des Reisens in der Schweiz*. Basel 1885.

ebenfalls lieber in politisch gesinnungsverwandteren Kantonen zu bringen. So sind uns gerade für die Regenerationszeit besonders zahlreiche Zeugnisse von Basler «Lustreisen» und Ferienaufenthalten in der Innerschweiz überliefert. Merkwürdigerweise ist in ihnen von den politischen Sympathien sozusagen nie die Rede. Sie waren wohl so selbstverständlich, daß man von ihnen gar nicht reden mußte. Dafür spricht aus allen Berichten eine große Begeisterung über die wilde und unberührte Landschaft der Innerschweiz und eine schwärmerische Freude an der Einfachheit, Frömmigkeit und Gesundheit ihrer Bevölkerungen. Zu dieser Liebe zu Land und Leuten gesellte sich bei vielen auch noch die Bewunderung für die großartige Geschichte dieser Orte, wie sie sich seit der Lektüre von Johannes von Müllers Schweizergeschichte jedem gebildeten Basler unvergeßlich eingeprägt hatte. So gab es gerade den konservativen Baslern eine besondere Genugtuung, sich immer wieder selbst davon zu überzeugen, daß der Geist, der einst die Gründer der Eidgenossenschaft beseelt hatte, auch unter deren Nachfahren noch nicht ausgestorben sei.

Es waren vornehmlich zwei Gegenden, die von den Basler Feriengästen in der Innerschweiz bevorzugt wurden: der Rigi und der Kanton Unterwalden. Aber auch die übrigen Urkantone wurden durchreist, und die dort befindlichen, durch Freiheitserinnerungen geheiligten Stätten mit nahezu religiöser Verehrung aufgesucht. So vor allem die Wirkungsstätten Tells³, dann aber auch der klassische Boden, auf dem 1798 Aloys Reding mit seinen Schwyzern des Vaterlandes Ehre rettete⁴, und nicht zuletzt die trauervollen Stätten, an denen im gleichen Jahr Schauenburgs Horden Nidwaldens beklagenswertes Los entschieden hatten⁵. Für die Jugend wurden so die Wanderungen durch die Innerschweiz zu regelrechten Turnfahrten im patriotischen Stil.

Die meisten und begeistertsten Zeugnisse über die landschaftliche Schönheit der Innerschweiz sind von Baslern erhalten, die den Rigi besuchten. Es lassen sich fast für jedes Jahr mindestens ein, wenn nicht mehrere Basler nachweisen, die sich für kürzere oder längere Zeit auf diesem Gipfel aufhielten⁶. So berichtet Gelzer⁷

³ Vgl. dazu I. W. Heß: Reise eines Baslers nach dem St. Gotthard und auf den Rigi im September 1791. BJ 1909, S. 51 ff.

⁴ Vgl. Aus den Aufzeichnungen von Pfarrer Daniel Kraus 1786–1846. Mitgeteilt von Paul Meyer. BJ 1910, S. 79.

⁵ Ebenda, S. 76.

⁶ Vgl. auch H. Vormann: Aus den Fremdenbüchern von Rigi-Kulm. Bern 1883.

⁷ Heinrich Gelzer (1813–1889), seit 1839 Professor der Geschichte in Basel, von 1844–1850 in Berlin.

beispielsweise in seinem Tagebuch ⁸, er habe am 30. Juli 1839 Wilhelm Wackernagel ⁹, Andreas Heusler und Frau His ¹⁰ auf dem Rigi angetroffen. Und nach Wilhelm Vischers ¹¹ Angaben muß im Juli 1847 einmal der reinste «Familientag» beisammen gewesen sein, als Vischers, Hagenbachs und Paravicinis ¹² gemeinsam im Kalten Bade Ferien machten. – Viele Basler glaubten, in den alpinen Einöden dieses Gipfels Gott selbst aus der Majestät seines Wunderreichs reden zu hören, und wurden von tief religiösen Stimmungen erfaßt. Bei andern wurden hauptsächlich patriotische Gefühle erweckt, weil sie hier, wie sonst nirgendwo, spürten, daß sie auf Schweizerboden standen. Die meisten besuchten den Rigi aber «der reinen Luft» wegen, vor allem dann, wenn sie erst vor kurzem von irgendeiner Krankheit genesen waren ¹³. Von allen Baslern wurde jedoch das Erlebnis des Sonnenaufgangs, für das der Rigi besonders berühmt war, als einer der grandiosesten Eindrücke ihres Lebens geschildert und auch vielfach in Versen festgehalten. Dagegen verloren Salomon Geßners idyllisch gezeichnete Äpler bei näherer Bekanntschaft recht bald ihren poetischen Glanz, und mancher enthusiastische Basler war tief enttäuscht, an Stelle der zarten Schäfer und Schäferinnen lediglich raube Sennen vorzufinden, die sich zudem als unangenehm geschäftstüchtig, aber auch als unwissend und oft noch in finsterem Aberglauben versunken darstellten ¹⁴.

In Unterwalden lobten die Basler ebenfalls die herrliche Luft, die Ruhe der friedlichen Alpengegend und die wirksamen Molkenkuren ¹⁵. Vor allem muß das Leben hier besonders wohlfeil gewesen sein, was für die sich selbst gegenüber so sparsamen Basler keine unwichtige Rolle gespielt haben mag ¹⁶. Daneben schien Unterwal-

⁸ Das Tagebuch ist im Besitz von Herrn Prof. Matthias Gelzer in Frankfurt a. Main.

⁹ Wilhelm Wackernagel (1806–1869), Professor der deutschen Sprache und Literatur in Basel.

¹⁰ Läßt sich nicht mehr eruieren, da verschiedene Damen dieses Namens in Frage kommen könnten.

¹¹ Briefe Wilhelm Vischers an seine Frau Emma, geb. Bilfinger, Juli 1847. Im Besitz von Herrn Prof. Wilhelm Vischer, Basel.

¹² Gemeint sind wahrscheinlich Hagenbach-Geigys und Paravicini-Vischers.

¹³ Vgl. dazu die Aufzeichnungen der späteren Frau Bankdirektor Speiser-Hauser. St.A.B. Pr.Ar. 572, B I, 3a.

¹⁴ «Der Wanderer in der Schweiz», eine malerische Zeitschrift, herausgegeben von mehreren Freunden des Vaterlandes. Basel 1834, Nr. 7.

¹⁵ Vgl. den Briefwechsel Bankdirektor J. J. Speisers mit seiner Frau Dorothea Esther, geb. Hauser, die sich im Sommer 1846 zur Kur auf dem Rotzberg in Unterwalden befand. St.A.B. Pr.Ar. 572, B I 3a, 6. Juli 1846 und B I 3b, 13. Mai 1846.

¹⁶ St.A.B. Pr.Ar. 576, Jakob Friedrich Ecklin: Tagebuch einer Schweizerreise.

den, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vom Touristenstrom noch kaum berührt wurde, seine Unschuld noch treuer bewahrt zu haben als die meisten andern berühmten schweizerischen Gebirgstäler. Die Bewohner hingen noch fest an den Freiheiten ihrer Altvordern und waren deshalb, nach der Meinung der Basler Feriengäste, in vielem rückständig. So war für die Volksbildung noch wenig getan. Es gab zwar Schulen in den meisten Dorfschaften, doch stand es den Eltern frei, ihre Kinder in eine derselben zu schicken oder nicht ¹⁷. Alle Versuche, dieser Rückständigkeit auf irgendeine Weise abzuhelfen, wurden von den Baslern jeweils lobend erwähnt, und diejenigen Männer, die durch Privatinitiative irgendwelche Neuerungen einzuführen suchten, gewöhnlich auch besucht. Überhaupt fällt auf, welche wichtige Rolle damals auf allen Reisen das Besuchemachen gespielt haben muß. So suchten viele Basler, die sich für das Lungernseeunternehmen interessierten, Melchior Deschwanden auf, um sich mit ihm über die nach der Tieferlegung eingetretene Katastrophe zu unterhalten. Eine andere vielbesuchte Persönlichkeit war der Schulherr Aloys Businger ¹⁸, der 1836 ein in Basel viel gelesenes Büchlein über den Kanton Unterwalden herausgegeben hatte ¹⁹. Wie «heimelig» es im übrigen damals noch in Unterwalden zugegangen sein muß, ersieht man daraus, daß die dortigen Regierungshäupter sich im Wirtshaus mit Einheimischen und Fremden offen über die kantonale und eidgenössische Politik unterhielten ²⁰. Von drei Basler Theologen wird berichtet, daß sie in jedem Ort die katholischen Kapläne aufgesucht, sich mit ihnen über religiöse Fragen unterhalten und sich gegenseitig Bücher empfohlen hätten ²¹. Als besondere Sehenswürdigkeit galt das Kloster Engelberg, wo Basel treue Freunde besaß, weil es die Engelberger Schule mit Geld unterstützt hatte ²². Auch der Abt des Klosters, Eugenius von Büren ²³, pflegte Beziehungen zu Basel. Schon 1836 hatte er Wackernagel aufgefordert, mit ihm schweizerische Medaillen und Münzen auszutauschen ²⁴. Daneben unterhielt er auch einen regen Tauschverkehr mit dem Basler Antistes Jakob Burckhardt ²⁵.

¹⁷ Der Wanderer in der Schweiz, a. a. O., Nr. 24.

¹⁸ Aloys Businger (1793–1867), 1816 Priester, dann Schulherr und Organist in Stans. 1847 Pfarrer in Riemenstalden.

¹⁹ Aloys Businger: Der Kanton Unterwalden, St. Gallen und Bern 1836.

²⁰ Ecklin, a. a. O.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Abt des Klosters von 1822–1851. Eifriger Förderer wissenschaftlicher und künstlerischer Interessen.

²⁴ St.A.B. Pr.Ar. 82, B 16.

²⁵ Lindau, a. a. O., S. 135.

Überhaupt waren wissenschaftliche oder künstlerische Interessen eine wichtige Quelle der Beziehungen zwischen Baslern und Innerschweizern. Vor allem in der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz trafen die Basler Geschichtsfreunde immer wieder mit ihren Innerschweizer Kollegen zusammen. Hier haben Andreas Heusler oder Wilhelm Wackernagel viele ihrer Innerschweizer Freunde kennengelernt, und da viele Mitglieder der Gesellschaft gleichzeitig auch führende Stellungen im politischen Leben ihrer Kantone innehatten, kamen diese Freundschaften oft auch dem gemeinsamen politischen Kampfe zugute. In den Briefwechseln, die Andreas Heusler mit den beiden Luzernern Philipp Anton von Segesser sowie Joseph Eutyck Kopp führte, läßt sich diese Verquickung von historischen und politischen Interessen aufs schönste verfolgen²⁶. Heuslers bis zuletzt nicht aufgegebener Gedanke, auch die Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft könne zur Überbrückung der eidgenössischen Spaltung beitragen, mußte allerdings von Anfang an eine edle Geste bleiben, weil er so wenig wie die andern ihm gleichgesinnten Historiker eine politische Macht hinter sich hatte, die ihnen bei der Durchsetzung ihrer Friedenspläne geholfen hätte. Vor allem kamen die engeren Beziehungen unter den Geschichtsfreunden aber ihren wissenschaftlichen Studien zugute. Die Basler Forscher hätten zu vielen Innerschweizer Urkunden und Quellen ohne einheimische Vermittlung oft gar keinen Zugang gefunden. Einen interessanten Einblick in die damaligen Ausleihverhältnisse aus der Engelberger Klosterbibliothek vermittelt ein Brief des Engelberger Großkellners Pater Conrad Frunz²⁷, worin er Wackernagel mitteilt, er werde ihm die von ihm gewünschten Codices in einem für die Firma I. S. Alioth bestimmten Seidenballen nach Basel senden²⁸.

Eine große Anziehungskraft auf die Basler Feriengäste übten die Unterwaldner Künstler aus, vor allem der Maler Paul von Deschwanden²⁹, dessen fromm-sentimentale Altarbilder noch heute viele Gotteshäuser der katholischen Schweiz zieren. Neben diesen religiösen Werken hatte er in seiner Frühzeit auch ausgezeichnete

²⁶ Eduard His: Briefwechsel zwischen Philipp Anton von Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner. BZ, Bd. 31, S. 5 ff. Die Briefe Kopp's an Heusler befinden sich im Basler Staatsarchiv, Pr.Ar. 328, E 79, diejenigen Heuslers an Kopp in der Bürgerbibliothek Luzern.

²⁷ Der Engelberger Großkellermeister war u. a. Mitarbeiter an der 1846 erschienenen Geschichte des Klosters Engelberg, stammte aus Sarnen und versah sein Amt von 1835–1850.

²⁸ St.A.B. Pr.Ar. 82, B 16, Frunz an Wackernagel, 7. Dez. 1838.

²⁹ Paul von Deschwanden (1811–1881).

Porträts geschaffen, und mancher Basler, wie beispielsweise Bürgermeister Sarasin oder Bankdirektor Speiser, ließ sich oder seine Kinder von ihm malen³⁰. Als große Sehenswürdigkeit galt auch die Landschaftensammlung des Alpenmalers Jakob Josef Zelger³¹, der seine Bilder hauptsächlich im Wallis und Engadin gemalt hatte. Als Felix Sarasin ein Zimmer seines Hauses «gotisch» dekorieren ließ³², mußte ihm der Kernser Bildhauer Ettlin³³ dafür ein Holzbaldachin schnitzen, und Franz Kaiser³⁴ aus Stans drei Statuen «aus gebranntem Ton» – einen Froben, Erasmus und Sevogel – verfertigen. Auch Joh. Jak. Bachofen³⁵, der Vater des berühmten Rechtsgelehrten, bestellte bei Kaiser eine Steinfigur³⁶. Als Kaiser im Jahre 1844 zum Schützenfest nach Basel kam, durfte er bei Sarasin wohnen und, da ihm beim Einzug die Kantonsfahne anvertraut war, durften sich auch die Nidwaldner Harsthornbläser seiner Begleitung in Sarasins Garten in alte Schweizer verkleiden³⁷.

Die meisten Zeugnisse von Freundschaften zwischen Baslern und Innerschweizern sind aus dem Kreis der Basler Regierungsmitglieder überliefert, die als Tagsatzungsgesandte oder Delegierte zu andern Konferenzen immer wieder mit den ihnen entsprechenden Magistratspersonen der Innerschweiz zusammentrafen. Bei diesen Gelegenheiten kam es ganz natürlicherweise zu engerer Kontaktnahme, ja gelegentlich zu lebenslangen Freundschaften. Der Grundstein dieser Freundschaften wurde während der Sarnerkonferenzen gelegt. Man hatte sich immer wieder im kleineren Kreise getroffen, hatte zusammen gespiesen und sich immer enger aneinander angeschlossen. So berichtete der spätere Bürgermeister Sarasin³⁸, er habe am 20. Juli 1833 im Hirschen zu Schwyz zusammen mit den Basler Gesandten und den Urschweizer Landammännern Lauener, Spichtig und Zelger zu Mittag gegessen. Auf den Tagsatzungen der folgenden Jahre ließ der gemeinsame Abwehrkampf gegen den Liberalismus diese Freund-

³⁰ Vgl. das Privattagebuch Felix Sarasins, St.A.B. Pr.Ar. 212, L 4, 22. Aug. 1843. Den Hinweis auf die Porträts von Bankdirektor Speiser und dessen Frau habe ich Frl. Dr. Ruth Speiser in Basel zu verdanken.

³¹ Josef Zelger (1812–1885).

³² St.A.B. Pr.Ar. 212, L 18.

³³ Da um diese Zeit sieben Angehörige dieses Geschlechts Holzbildhauer und Maler waren, läßt sich nicht mehr feststellen, um welchen von ihnen es sich hier handelt.

³⁴ Franz Kaiser (1804–1883), Schüler Thorwaldens.

³⁵ Johann Jakob Bachofen (1788–1876), Tuchfabrikant.

³⁶ St.A.B. Pr.Ar. 212, L 18.

³⁷ Ebenda.

³⁸ St.A.B. Privattagebuch Sarasins, Pr.Ar. 212, L 4.

schaften weitergedeihen, und wenn auch die Quellen darüber schweigen, so darf doch angenommen werden, daß die Basler Staatslenker auch deshalb ihre Ferien häufig in der Innerschweiz verbrachten, weil sie den Kontakt mit den dortigen Freunden nicht abbrechen lassen wollten und immer wieder das Bedürfnis hatten, sich gemeinsam über das weitere politische Vorgehen auszusprechen. Es muß ein intimes Vertrauensverhältnis zwischen diesen Führern bestanden haben, sonst hätte wohl nicht ein Landammann Bossard oder ein Schultheiß Rüttimann dem Basler Bürgermeister Frey die geheimsten Vereinbarungen der katholisch-konservativen Stände rückhaltlos mitgeteilt. Nur dieser Freundschaften wegen konnte die Basler Regierung auf einigen Erfolg bei ihren Vermittlungsbemühungen vom Herbst 1843 rechnen, und es ist wohl auch anzunehmen, daß sich alt Bürgermeister Burckhardt, als er im Sommer 1847 seine private Friedensmission unternahm, in der Innerschweiz zunächst an alle diejenigen Persönlichkeiten gewandt hat, die ihm persönlich und der politischen Gesinnung nach nahestanden.

2. *Andreas Heuslers publizistische Einflußnahme auf die Innerschweiz durch die «Basler Zeitung»*

In keiner Basler Persönlichkeit spiegeln sich die vielseitigen Beziehungen und Sympathien, die das konservative Basel der Regenerationszeit mit der Innerschweiz verbanden, so warm und reich wieder, wie in derjenigen Andreas Heuslers¹, des Basler Rats Herrn und Rechtsprofessors. Heusler war einer der treuesten Freunde der Innerschweiz in Basel, und er hat die Gegenden um den Vierwaldstättersee nicht nur als offizieller Basler Gesandter, sondern eben so häufig auch als einfacher Feriengast immer wieder aufgesucht. So nahm er im Oktober 1832 an der entscheidenden Sitzung der Bundesgetreuen teil, die bald darauf zur Sarnerkonferenz führen sollte. 1838 weilte er als Tagsatzungsgesandter in Luzern und hatte sich und seine Familie für einige Monate auf dem Schuhmacherschen²

¹ Vgl. hierzu Eduard His: Ratsherr Andreas Heusler und seine Politik in der «Basler Zeitung» (1831–1859), BZ, Bd. 28, S. 249 ff. Derselbe: Basler Staatsmänner des 19. Jahrhunderts. Basel 1930, S. 123 ff. Werner Kaegi: Jacob Burckhardt, eine Biographie. Basel 1950, Bd. II, S. 385 ff. Eduard Vischer: Rudolf Rauchenstein und Andreas Heusler. Quellen zur aargauischen Geschichte. 2. Reihe, Bd. II, Aarau 1951, S. 171 ff.

² Josef Schuhmacher-Uttenberg (1793–1860), Offizier, Politiker und Staatsmann. 1839 Luzerner Schultheiß. 1847 erneut kurz Mitglied der Regierung nach der Sonderbundskatastrophe.

Gute Dorenbach eingemietet. Im Juli 1839 verbrachte er einige Tage auf dem Rigi und im Sommer 1842 hielt er sich wiederum eine Zeitlang in Luzern auf. 1843 bereiste er als offizieller Basler Gesandter mit Bürgermeister Frey zusammen die ganze Innerschweiz, und 1844 wie 1845 verbrachte er mit seiner Familie die Ferien in Luzern und Unterwalden ³.

Wenn Heusler in der ganzen übrigen Schweiz nicht nur als unerschütterlicher Freund der Innerschweiz, sondern als der bekannteste Repräsentant des konservativen Basel überhaupt galt, so verdankte er diesen Ruf in erster Linie seiner publizistischen Tätigkeit als Redaktor der «Basler Zeitung». Die «Basler Zeitung» erschien seit dem Jahre 1831, zunächst nur dreimal pro Woche, bald aber täglich, und blieb lange Jahre hindurch die einzige Tageszeitung der Schweiz. Während der Basler Trennungswirren vertrat sie entschieden die Interessen der Stadtbevölkerung, und Andreas Heusler nahm an der Redaktion von Anfang an regen Anteil. Seit 1839 übernahm er dann immer stärker selbst die Redaktionsleitung und prägte dem Blatt bald einen ganz persönlichen Stempel auf. Trotzdem stand die «Basler Zeitung» in der übrigen Schweiz und im Ausland im Ruf, in allen politischen Fragen die Meinung der Basler Regierung zu vertreten, und wurde wegen der geistvollen Art und dem untadeligen Rechtssinn, mit denen sie gegen alle andringenden zentralistischen Tendenzen den bewährten föderalistischen Standpunkt verteidigte, von allen schweizerischen Konservativen gerne gelesen.

Heusler war sich wohl bewußt, daß der große Umgestaltungsprozeß, in dem sich die Schweiz befand, nicht mehr aufzuhalten war. Doch wollte er ihn bremsend beeinflussen. Wohl hauptsächlich durch seine wissenschaftlichen Studien angeregt, lebte er noch ganz in der Wirklichkeit des alteidgenössischen Staatensystems, weshalb ihm die alten historischen Orte immer noch souveräne und freie staatliche Individuen waren, deren Rechte auf ein freigewähltes Eigenleben er als überzeugter Föderalist unermüdlich verteidigte ⁴. So sehr er den Radikalismus überall dort, wo er sein totalitäres Gesicht zeigte, bekämpfte, so gefährlich schien ihm aber auch der seit dem konservativen Umschwung in Luzern immer extremere Formen annehmende Ultramontanismus der Innerschweiz. Er erkannte in ihm eine dem Radikalismus formal sehr verwandte Erscheinung, und wenn er ihm trotzdem in der Folge auf eidgenössischem Boden nicht mit der gleichen Schroffheit entgegentrat wie

³ St.A.B. Pr.Ar. 328, E 74.

⁴ Vischer, a. a. O., S. 175.

dem Radikalismus, so offenbar nur deshalb, weil er die Doktrin der Minderheit darstellte⁵. Heusler befürwortete die Politik der Katholisch-Konservativen rückhaltlos, solange sie sich an die festen Grenzen des Bundesrechts hielt. Dagegen versagte er ihr ebenso konsequent die Gefolgschaft, sobald sie diesen Rechtsboden verließ, um in eine extreme Religionspolitik einzumünden. Aus diesem Grunde wurde die «Basler Zeitung» zur großen Hoffnung aller derjenigen katholisch-konservativen Innerschweizer, denen die gefährlichen ultramontanen Bestrebungen ihrer führenden Politiker ebenfalls mißfielen, und es war kein Wunder, daß gerade aus Luzern mehrere Korrespondenten immer wieder durch dieses Sprachrohr die Meinungsbildung ihrer Kantonsbevölkerung zu beeinflussen suchten.

So bat im Frühjahr 1842 der Luzerner Regierungsrat Joseph Eutyck Kopp⁶ Heusler dringend um Unterstützung der «Basler Zeitung» im Kampf gegen die immer drohendere Jesuitenberufung. Kopp, der vor allem als der erste kritische Erforscher der eidgenössischen Frühgeschichte berühmt und durch diese Forschungen auch mit Heusler bekannt geworden war, hatte sich nach einer kurzen politischen Tätigkeit während der zwanziger Jahre im Frühjahr 1831 vom politischen Leben zurückgezogen, um sich ganz auf seine Studien konzentrieren zu können. Erst 1840 wurde er wieder in die politische Brandung hineingerissen und beteiligte sich an der Ausarbeitung der neuen Luzerner Verfassung, für die er sogar apologetische Artikel in die «Basler Zeitung» schrieb⁷. Am 31. Mai 1841 wurde er zum Regierungsrat gewählt und bald darauf zum Präsidenten des Erziehungsrats ernannt.

Bekanntlich hatte schon während der ganzen Luzerner Verfassungsrevisionsbewegung die Jesuitenberufung als wünschenswert figuriert, doch wurde der Orden, auch als die Partei Leus von Ebersol den Kampf um ein katholisch-demokratisches Regime gewonnen hatte, zunächst noch nicht berufen, weil die Mehrheit der Regierung aus höheren politischen Rücksichten die Berufung nicht befürwortete. Für Leu und die Führer der Parlamentsmehrheit hatten aber alle politischen Rücksichten hinter den religiösen zurückzutreten, und so stellten am 9. Dezember acht Großräte aus dem Entlebuch erneut den Antrag, die höheren Lehranstalten Luzerns den Jesuiten zu übergeben. Mit diesem Antrag hatte sich nun zunächst der Luzer-

⁵ Ebenda.

⁶ Alois Lütolf: Joseph Eutyck Kopp als Professor, Dichter, Staatsmann und Historiker. Luzern 1868.

⁷ Ebenda, S. 183.

ner Erziehungsrat zu befassen, dessen Präsident, J. E. Kopp, persönlich ein überzeugter Gegner der Jesuiten war ⁸.

Am 10. Juli 1842 gab er seinem Freund Heusler von dem ausgebrochenen «neuen Jesuitensturm» Kenntnis und schilderte ihm die große Notwendigkeit, «durch ein möglichst unbefangenes Organ» mit ein paar aufklärenden Artikeln der allgemeinen Volksstimmung entgegenzuarbeiten ⁹. Schon zwei Tage vorher hatte er Heusler geschrieben: «Es täte Not, die öffentliche Meinung in einem besonnenen, ruhigen, wenn auch entschiedenen Tone in gutem Sinne zu bearbeiten und auf das Gefährliche eines solchen Schrittes mit dem nötigen Ernst aufmerksam zu machen. Dieses Amt könnte am besten die Zeitung Ihrer Stadt übernehmen. . . Vorerst würde ich die konfessionelle Frage gänzlich beiseite lassen. Sie begreifen am besten, ohne daß ich darauf aufmerksam mache, daß im gegenwärtigen Augenblick die Bundesfrage ¹⁰ ohnehin bei uns böses Blut genug macht. Die Aufsätze mögen immerhin verraten, daß sie von einem protestantischen Eidgenossen herrühren, aber in Parallelisierung zwischen Katholischen und Reformierten einzugehen, dürfte sehr untunlich sein. . . Wollen Sie gefälligst sich dieser Sache, da sie zum Teil Sache aller Konservativen ist, so gut Sie Zeit dafür finden, in der nächsten Zukunft annehmen, damit auch aus einiger Ferne aus Ihrem vielgelesenen und prachtvollen Blatt eine ruhige, besonnene, die Verhältnisse beherrschende Stimme vernommen werde ¹¹.»

In einem nicht mehr erhaltenen Brief vom 9. Juli ¹² muß sich Heusler bereiterklärt haben, die gewünschte Artikelserie zu übernehmen. Hatte er sich in einem Leitartikel vom 11. Juli noch mit der Aargauer Klosterfrage beschäftigt und davor gewarnt, das rücksichtslose Vorgehen der Radikalen werde die katholischen Stände zum offenen Bruch veranlassen, so beleuchtete er am 13. Juli erstmals die Jesuitenfrage vom eidgenössischen Standpunkt aus. Dabei erklärte er unter anderem: Er ehre jede Konfession und wolle sich in ihre Angelegenheiten nicht einmischen, trotzdem halte er eine Luzerner Jesuitenberufung für unklug, weil sie nicht nur die konservative Partei Luzerns spalte, sondern auch die Stellung der Luzer-

⁸ Ferdinand Stobel: Die Jesuiten und die Schweiz im XIX. Jahrhundert. Olten und Freiburg i. Breisgau 1954, S. 78 ff.

⁹ St.A.B. Pr.Ar. 328, E 79, Kopp an Heusler, 10. Juli 1842.

¹⁰ Die Aargauer Klosterfrage.

¹¹ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 8. Juli 1842. Stobel, a. a. O., S. 602 f.

¹² Aus Kopp's Briefen an Heusler läßt sich erschließen, daß Heusler ihm im Jahre 1842 mindestens drei Briefe geschrieben haben muß, die aber alle nicht mehr erhalten sind.

ner Regierung gegenüber der Eidgenossenschaft außerordentlich erschwere. In seiner Stellung als Vorort müsse Luzern viel umsichtiger zu Werke gehen. Allerdings verhindere der Bundesvertrag Luzern nicht, seine Schulen dem Jesuitenorden zu übergeben, doch möge Luzern auch an den eigentlichen Kern der Nation denken, an die ruhigen, rechtlichen und gemäßigten Schweizer. Diese hätten die Umgestaltung Luzerns vom Jahre 1841 mit Freuden begrüßt, und Luzern habe seither Achtung und Vertrauen genossen. Dies Vertrauen würde aber durch die Berufung des Ordens stark getrübt werden, weil sie das deutliche Zeichen dafür wäre, daß Luzern unter den Einfluß einer extremen, ausschließlichen Partei geraten sei.

Kopp meinte zu diesem Artikel, «er habe durchaus nicht geschadet, und es kann auch der eine oder andere, allgemein gehalten, früher oder später folgen, ohne daß Nachteil daraus entstehen dürfte»¹³.

Wie Kopp des weiteren berichtete, war der Erziehungsrat, der sich aus fünf Laien und vier Geistlichen zusammensetzte, in verschiedene Meinungen aufgespalten. Vier Mitglieder der Behörde waren in einem eigenen Gutachten entschieden für die Berufung des Ordens eingetreten. Die Kommission für Gymnasium und Lyzeum, der Kopp mit zwei andern Mitgliedern des Erziehungsrats angehörte, hatte sich nach monatelangen Untersuchungen über den Zustand der Luzerner Lehranstalten in einem ausführlichen Bericht deutlich gegen die Übergabe der Schulen an die Jesuiten ausgesprochen. Siegwart, der sich für keine der beiden Gruppen entscheiden konnte, wünschte die Errichtung einer geistlichen Professorenkommunität in gleichsam klösterlichem Verband. Gerade dieser zwitterhafte Vorschlag Siegwarts erregte den größten Unwillen Kopps, der das Projekt für unausführbar und lediglich für eine Vorstufe des Jesuitenkollegs hielt. Als am 11. August über alle drei Anträge im Erziehungsrat abgestimmt wurde, erhielt sowohl der Antrag auf Berufung der Jesuiten als auch Siegwarts Antrag auf Bestellung eines sogenannten collegium professorum je vier Stimmen. Kopp als Präsident mußte, gegen seinen Willen, den Stichentscheid geben. «Ich entschied für das, was das geringere Übel erschien, für das letztere; diese Meinung wird nun als Majoritätsgutachten an den Großen Rat gehen»¹⁴.

Heusler hatte inzwischen in einem zweiten Artikel die Luzerner Jesuitenfrage, diesmal vom kantonalen Standpunkt aus, beleuchtet. Dabei stellte er zunächst fest, Luzern habe 1841 seine Erziehung

¹³ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 15. Juli 1842.

¹⁴ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 14. Aug. 1842.

einem Erziehungsrat übergeben, der je zur Hälfte aus Geistlichen und aus Laien bestand, damit für Staat und Kirche brauchbare Bürger und Beamte herangebildet würden. Wenn man jetzt den Erziehungsrat beiseiteschiebe und einen der wichtigsten Teile des Erziehungswesens einem auswärtigen Orden übergebe, so habe das Volk durch seine Vertreter keinen Einfluß mehr auf die Erziehung, und die so laut proklamierte Demokratie sei eine Täuschung. Warum wolle man aber dem Erziehungsrat und der Landgeistlichkeit ihre verfassungsmäßige Wirksamkeit beschneiden? Hätten sie etwa versagt? – Nein! Es sei darum nicht verständlich, wenn sich das Luzerner Volk, ein Jahr nach Einführung seiner demokratischen Verfassung, einer fremden Ordensgewalt unterwerfen und sich für geistig insolvent erklären wolle. «Durch das einfache Mittel neuer Wahlen wird ein Orden nicht so leicht zu entfernen sein, der mit tausend Wurzeln sich festzuklammern weiß, und zu dessen Reform der Kanton Luzern keine Macht besitzt, dessen Entfernung nur auf die Gefahr einer Revolution hin möglich sein wird¹⁵.»

In einem dritten Aufsatz schilderte Heusler, welch große Nachteile die Jesuitenberufung auch für die Luzerner Kirche und Schule mit sich bringen werde. Denn es werde zur Herabwürdigung und Entmutigung der Geistlichkeit führen, wenn man ihr die Mitwirkung am Schulwesen entziehe. Der höhere Lehrerstand wäre damit praktisch aufgehoben, und jedem Landekind die Aussicht auf eine Anstellung genommen. Außerdem sei es durchaus nicht sicher, ob die Leistungen der Schulen durch die Jesuiten wirklich gehoben würden¹⁶.

Zum Artikel vom 11. August meinte Kopp: «Allerdings kann... ich nicht versichern, ob er irgend einen Verstockten bekehren werde, dagegen hat er, wie bei mir, so bei andern Mitgliedern der Regierung und außer dem Ratsaale bei vielen Unbefangenen, die ich sprach, volle Anerkennung gefunden, um so mehr, weil der Aufsatz ganz Luzernisch gehalten war und keinerlei konfessionelle Färbung verriet¹⁷.» «Auch der darauf folgende Aufsatz war ganz nach meinem Sinne, und irgend eine wohltätige Wirkung wird sich immer zeigen, schon darum, daß man nicht schweigt¹⁸.» Schließlich bat er Heusler, doch ja mit Schreiben fortzufahren, und übersandte ihm den Bericht der Kommission für Gymnasium und Lyzeum, sowie drei lithographierte Schulbücher der Jesuiten. Einige Tage später schrieb er empört, die vier Jesuitenfreunde im Erziehungsrat hätten ihr

¹⁵ Basler Zeitung, 11. Aug. 1842.

¹⁶ Basler Zeitung, 13. Aug. 1842.

¹⁷ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 17. Aug. 1842.

¹⁸ Ebenda.

Gutachten, noch bevor ein offizieller Beschluß des Erziehungsrats an den Regierungsrat gelangt sei, in der «Schweizerischen Kirchenzeitung» veröffentlicht¹⁹. Er gebe darum auch Heusler Vollmacht, mit dem Kommissionsbericht so frei zu verfahren wie er wolle²⁰.

In diesem Sinne beschäftigte sich Heusler in einem weiteren Artikel nun mit der Frage, ob denn nur der Jesuitenorden die Garantie für eine gute religiöse und wissenschaftliche Bildung der Jugend biete. Dabei kam er zum Schluß, daß in wissenschaftlicher Beziehung dem Orden kein Vortritt gebühre. Denn es seien nicht die Jesuiten gewesen, die das Reich der Wissenschaft gefördert und die Grenzen des menschlichen Wissens ausgedehnt hätten. Der ganze Umschwung in der philosophischen Denkweise und alle Verdienste in den Naturwissenschaften seien ihnen fremd geblieben. Dafür herrsche bei ihnen geisttötender Formalismus und äußerlicher Gedächtniskram. Zudem schreibe die Ordensregel den Jesuiten vor, daß der Orden zwar wohl Ansichten und Wünsche der Regierung anhören, aber nur soweit berücksichtigen könne, als dieselben mit dem Zweck und den Gesetzen des Ordens vereinbar seien. Darum stellte Heusler die Frage: «Hat das Volk von Luzern seine Regierung mit der Ausübung seiner Souveränität beauftragt oder hat es dieselbe dem Jesuitenorden abgetreten? ²¹» «Soll es die Zeiten zurückführen, wo die Eidgenossenschaft auch äußerlich in zwei konfessionelle Lager geteilt war, wo die Gesandten fremder Herren ihre Intriguen durch diesen Hader hindurch spannen und die Eidgenossenschaft mit Unglück überhäuften? . . . Man pflanze nicht einen Baum, der schon einmal giftige Früchte getragen, wieder in seinen Garten! ²²»

Inzwischen hatte Kopp, unzufrieden über die unglückliche Entwicklung, die seine Politik in der Jesuitensache genommen hatte, durch ein Schreiben an den Regierungsrat mit seiner Demission als Präsident des Erziehungsrats gedroht, falls der Große Rat die völlige Umgestaltung der höheren Schulen mit oder ohne Jesuiten beschließen sollte. Heusler hatte das Protestschreiben fast wörtlich in der «Basler Zeitung» abgedruckt²³. Da außer Kopp auch noch mehrere andere Professoren und Geistliche antijesuitische Erklärungen bei der Luzerner Regierung eingereicht hatten, entschied sich der Regierungsrat, zur großen Freude Kopps, am 2. September mit überwiegendem Mehr für die jesuitenfeindliche Auffassung, das heißt für

¹⁹ Schweizerische Kirchenzeitung, 20. Aug. 1842.

²⁰ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 22. Aug. 1842.

²¹ Basler Zeitung, 26. Aug. 1842.

²² Basler Zeitung, 27. Aug. 1842.

²³ Basler Zeitung, 29. Aug. 1842.

das Gutachten der Kommission für Gymnasium und Lyzeum. «Damit ist freilich die Sache noch nicht gewonnen», schrieb Kopp an Heusler. «Petitioniert wird zwar im Kanton nicht, aber für die Jesuiten geworben. Das Volk ist vielfältig durch die Missionen geködert und die Geistlichkeit größtenteils durch die Stimmung ihrer Gemeinden erschöpft. Siegwart, erbittert, wird alles daran setzen, um den Großen Rat dem Konvikte beliebt zu machen²⁴.»

Die Botschaft und der Gesetzesantrag, den die Regierung am 2. September an den Luzerner Großen Rat erließ, sprach sich entschieden gegen die Jesuiten aus. Darum setzte die Mehrheit des Parlaments die Berufung des Ordens nicht durch. Doch wurde die Regierung beauftragt Erkundigungen über die Jesuiten und ihre Bedingungen einzuziehen. Die Frage war damit erneut hinausgeschoben worden, und, obwohl die Regierung im Grunde unterlegen war, triumphtierte Kopp: «Die Jesuiten dürften diese Entscheidung eher für eine Niederlage halten und daher für einstweilen die Lust verlieren, nach Luzern zu kommen. Man erwartet, die Sache dürfte in Schlaf gelegt werden²⁵.»

Heusler hatte während der ganzen Zeit der Luzerner Großratsverhandlungen selbst keinen Artikel geschrieben und sich darauf beschränkt, die Botschaft und den Gesetzesantrag der Luzerner Regierung im wesentlichen in seinem Blatte wiederzugeben. Im übrigen druckte er Kopp's Brief über die entscheidende Großrats-sitzung einfach wörtlich ab. Erst am 13. September griff er auch selbst wieder zur Feder und lobte die für die höchsten Güter des Volks eifrig besorgte Regierung von Luzern, die sich nicht wie die radikale Regierung von Zürich durch die Berufung von Strauß einfach über den Glauben des Volks hinweggesetzt habe. Der baldige Vorort der Schweiz habe sich der augenblicklichen Verblendung des Volks gegenüber wirklich gut gehalten und gegenüber dem hohlen und hochtrabenden Phrasenwerk der aargauischen Staatsschriften mit seiner Botschaft bewiesen, daß er keine «Schlagwörterregierung» besitze.

Mit dem vorläufigen Waffenstillstand in der Jesuitenfrage brach auch der Briefwechsel zwischen Kopp und Heusler sofort ab. Kopp hatte der ganze Kampf sehr schwer mitgenommen. Als langjähriger Lehrer am Luzerner Lyzeum mußte er alle Angriffe auf die Unzulänglichkeit dieser Anstalt mit Recht persönlich auffassen, und wenn er seine Wahl zum Präsidenten des Erziehungsrats gleichzeitig als Huldigung dieser Schule betrachtet hatte, so beendete ihn deren

²⁴ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 2. Sept. 1842. Strobel, a. a. O., S. 604.

²⁵ St.A.B. Pr.Ar. 328, Kopp an Heusler, 9. Sept. 1842.

Verdammung durch die Jesuitenfreunde um so mehr. «Die Regiererei ist mir so gänzlich verleidet», schrieb er am 16. September an Heusler, «daß ich auf Mittel und Wege sinne, wieder einen Lehrstuhl zu erhalten, der mir nicht all zu viel Zeit wegnehmen und doch mich mit Weib und Kindern zu nähren vermöchte. Sie werden mich vielleicht auslachen oder gar schelten, allein es ist einmal so, und ich bin in meiner regierungsrätlichen Herrlichkeit völlig melancholisch, daß die Sache diesen Gang genommen hat, und daß ich nicht mehr arbeiten kann²⁶.» Kopp kehrte aber erst nach Ablauf seiner Amtszeit, im Jahre 1845, ins Privatleben zurück, nachdem ausgerechnet er, am 12. September 1844, den Vertrag mit der Gesellschaft Jesu unterzeichnet hatte.

Damit er in seinem Blatt stets genaue Nachrichten über die Zustände in den einzelnen Kantonen mitteilen konnte, wandte sich Heusler auch von sich aus immer wieder an bedeutende, seiner politischen Auffassung nahestehende Konservative in allen Gauen der Schweiz, um sie zur Mitarbeit an der «Basler Zeitung» zu ermuntern²⁷. So gehörten aus der Innerschweiz die Landammänner Konrad Bossard und Georg Josef Sidler²⁸ in Zug, Landammann Niklaus Hermann in Sachseln und Kanzleidirektor Ambros Eberle²⁹ in Schwyz zu seinen gelegentlichen Korrespondenten. Aus Luzern versorgten ihn bisweilen die Chorherren Burkart Leu³⁰ und Anton Tanner³¹ mit Nachrichten, doch lassen sich ihre Beiträge nicht mehr mit Sicherheit feststellen, weil Heusler, um seinen Korrespondenten in ihrer Heimat nicht zu schaden, deren Zeichen am Beginn der Artikel häufig wechselte oder aber ihre Einsendungen gänzlich umarbeitete und damit unkenntlich machte. Allen an Eifer und Mittheilung voran, stand seit 1842 als treuer Korrespondent Philipp Anton von Segesser, dessen hochinteressanter Briefwechsel mit Heusler bereits veröffentlicht worden ist³². In der ersten Jahres-

²⁶ Ebenda, Kopp an Heusler, 16. Sept. 1842.

²⁷ Eine Liste der hauptsächlichsten Korrespondenten befindet sich bei His: Ratsherr A. Heusler, a. a. O., S. 279 ff.

²⁸ Georg Josef Sidler (1782–1861), mehrfacher Zuger Landammann. Lebte später in Zürich.

²⁹ Ambros Eberle (1820–1883), zweiter Kantonsschreiber von Schwyz, dann Kanzleidirektor, Kantonsrat. Später Nationalrat, Regierungsrat und Landammann.

³⁰ Josef Burkart Leu (1808–1865), Luzerner Geistlicher liberaler Richtung. Theologieprofessor und grimmiger Gegner der Jesuiten.

³¹ Anton Tanner (1807–1893) Schwyzer Theologe. Lebte als Professor in Luzern. Gemäßigt konservativ.

³² Eduard His: Briefwechsel zwischen Philipp Anton von Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner. BZ, Bd. 31, S. 5 ff.

hälfte 1843 hielt sich Heusler mit eigenen Leitartikeln sehr zurück. Erst mit dem Herannahen der ordentlichen Tagsatzung von 1843 trat hierin eine Änderung ein. Merkwürdigerweise nahm er zum Tagsatzungsbeschluß vom 31. August 1843, durch welchen die Aargauer Klosterfrage aus Abschied und Traktanden entfernt wurde, nicht eingehend Stellung. Er schien schon seit längerer Zeit keine günstigere Lösung mehr erwartet zu haben.

Viel größeres Interesse als der Klosterfrage widmete er den ersten Nachrichten von der sich langsam abzeichnenden Separatverbindung der katholisch-konservativen Stände. Hatte er schon am 29. Juni die Drohungen der «Katholischen Staatszeitung», sich den Jesuiten in die Arme zu werfen, ja sich sogar zu einer Separatverbindung zusammenzuschließen, falls Aargau nicht nachgebe, als einen höchst unglücklichen Gedanken und als «eine zweite Auflage des borromäischen Bundes» bezeichnet, so bemerkte er zu den beiden Konferenzen von Bad Rothen und Luzern: «Daß man über ernste Plane sich beriet, mag schon das zweitägige Zusammenbleiben der Konferenz Jedem klar machen; ob aber diese Plane wirklich auf eine vollständige Trennung von den übrigen Ständen ausgehen, oder ob diese auch jetzt noch in eine nähere oder fernere Zukunft bloß in Aussicht gestellt wird, darüber wird das tiefste Geheimnis bewahrt. Dieser Umstand würde uns beinahe zum Glauben vermögen, daß die Sache wirklich ernst gemeint sei, und daß man, des Ernstes und der Wichtigkeit der Sache wegen, das Publikum nicht zu voreilig damit betraut machen wolle. – Von der Haltung des luzernischen Großen Rats und des luzernischen Volkes wird übrigens der Erfolg der Beschlüsse der Konferenz, welcher Natur sie auch sein mögen, abhängen. Entscheidet sich der Große Rat... für Trennung, so werden die Urkantone sofort ihre Landsgemeinden versammeln und an Luzern sich anschließen. Ja es kann sogar als sicher angenommen werden, daß von Seite der Urkantone keine Einwirkung wird gespart werden, um eine solche Schlußnahme von demselben zu provozieren... Wir gehen, das ist gewiß, einer düstern Zukunft entgegen. Hinter uns ein Bundesbruch und gänzliches Vermisssen eidgenössischer Treue, vor uns Auflösung des letzten Bandes, Zernichtung der letzten Form, in welcher die Eidgenossenschaft sich bisher noch als Ganzes bewegen konnte³³.»

Durch die Vermittlungsmission, die Heusler zusammen mit Bürgermeister Frey in die Innerschweiz unternommen hatte, war er in

³³ Basler Zeitung, 19. Sept. 1843. (Nach der von Gallus Jacob Baumgartner redigierten «Schweizerzeitung».)

dieser Auffassung nur noch bestärkt worden. Ob es als ein Erfolg ihrer Demarchen zu buchen war, daß der Luzerner Große Rat die angedrohte Bundesauflösung nicht aussprach, wußte er nicht. Er fand es schon traurig genug, daß der Große Rat die Luzerner Regierung ermächtigt hatte, gegen allfällige Angriffsversuche von außen gemeinsame Verteidigungsmaßregeln zu ergreifen. «Dieser Artikel wäre... besser weggeblieben», schrieb er, kaum wieder nach Basel zurückgekehrt. «Die radikale Partei wird Gift daraus zu saugen suchen³⁴.»

Luzern wagte sich aber auf der gefährlichen Bahn immer weiter vorwärts, und die Tatsache, daß ausgerechnet Siegwart zum Bundespräsidenten für das Jahr 1844 gewählt wurde, war wohl der deutlichste Beweis dafür, das es auf keinen Warnungsruf hören wollte.

Segesser wie Heusler haben beide zu dieser Wahl in der «Basler Zeitung» Stellung genommen. Segesser bedauerte vor allem, daß nun ein ehemals führender Kopf der Radikalen und zudem ein Landesfremder an die Spitze Luzerns trete, und suchte Siegwart als das Symbol für den gegenwärtigen Zustand des Kantons Luzern hinzustellen³⁵. Heusler fand an Siegwarts Karriere besonders merkwürdig, daß er im Grunde nur durch Niederlagen zur höchsten Würde emporgestiegen sei. In der Klosterfrage, mit seinem Gedanken der Bundestrennung und auch in der Jesuitenfrage, die er seit kurzem restlos unterstützte, habe er überall den kürzeren gezogen. «Dieser Mann also, der die Eidgenossenschaft als aufgelöst erklären wollte, soll die oberste Bundesbehörde präsidieren?³⁶» Mit Sätzen wie diesem zeigte der Basler Redaktor deutlich, daß er keinerlei Sympathien für Siegwart besaß.

Es war Heuslers Los, daß er mit seinen scharfen Artikeln immer entweder im radikalen Lager oder aber im extrem katholischen Lager das größte Mißfallen erregte. So hatte er auch mit den beiden Siegwart-Artikeln in Luzern in ein Wespennest gestochen und schrieb am 22. Dezember: «Es ist die alte Leier. Wenn wir die Folgen voraussagten, die nun mehr und mehr eintreten; wenn wir vor Erweiterung des konfessionellen Zwiespaltes warnten: so beschuldigten uns die Leidenschaftlichen, die Gutmütigen, die Kurzsichtigen, wir schürten den Konfessionshaß, wir hetzten die Katholiken. Wenn wir jetzt vor den Folgen eines verhängnisvollen Schrittes warnen... so können wir uns daher über einen gleichen Vorwurf von dieser Seite her nicht wundern... Freilich wir haben sogar auf die Mög-

³⁴ Basler Zeitung, 23. und 24. Okt. 1843.

³⁵ Basler Zeitung, 13. Dez. 1843. His: Briefwechsel, a. a. O., S. 56 ff.

³⁶ Basler Zeitung, 15. Dez. 1843.

lichkeit hingedeutet, daß der Widerstand die gesetzliche Bahn verlassen könnte. Haben wir damit dazu aufgefordert? Das sei ferne! Eine gewalttätige Erschütterung im Kanton Luzern wäre ein großes Unglück nicht nur für den Kanton, sondern für die ganze Schweiz. Die Folgen wären unabsehbar. Um so weniger aber soll man auch diese Möglichkeit, und sie ist nicht so unendlich fern, bei seinen Berechnungen unbeachtet lassen, um so mehr ist es nicht nur gestattet, ist es sogar Pflicht, auf dieselbe warnend hinzuweisen ³⁷.»

Heusler teilte den Übermut, der seit dem unerwartet glücklichen Ausgang der Walliserwirren die Innerschweiz ergriffen hatte, nicht. Er hielt die Berufung des Jesuitenordens nach Luzern für eine «Sünde gegen die Eidgenossenschaft»³⁸ und machte sich von Anfang an keinerlei Hoffnungen, daß ein Volksveto gegen den Beschluß zustandekomme³⁹. Hatte er die Jesuitenfrage bisher, mit Rücksicht auf die konservative Opposition in Luzern, ausschließlich vom politischen Standpunkt aus beleuchtet, so gab er nun diese Beschränkung auf und schrieb am 28. Oktober 1844: «Der Orden hat zum Zwecke Bekämpfung des Protestantismus, er lebt daher ganz eigentlich von dem Hasse gegen den Protestantismus. Es ist das genug gesagt, um die eidgenössische Bedeutung eines Beschlusses zu ermessen, wodurch sich der katholische Vorort diesem Orden in die Arme wirft ⁴⁰.»

Mit dem ersten Freischarenzug gab Heusler diese konfessionelle Polemik schon wieder gänzlich auf und stellte sich entschlossen auf die Seite der frevelhaft Überfallenen. «Die öffentliche Moral und das Gefühl für Recht und Ordnung sind so geschwächt und untergraben, daß man einen ‚Putsch‘ der Luzerner gegen ihre Regierung ohne viel Aufhebens als vollendete Tatsache neben so vielen andern Erscheinungen ähnlicher Art ad acta gelegt hätte. – Neu aber und auffallend ist die Art, wie dieser Aufruhr von andern Kantonen aus hervorgerufen und begünstigt worden ist. Noch nie haben Regierungen benachbarter Kantone so offen einen Aufbruch von Freiwilligen begünstigt... Man wird wohl eingestehen, so offen ist noch nie seit 1830 eine schweizerische Kantonsregierung von andern Regierungen bekriegt worden... Der Bund ist auf die frevelste Weise gebrochen und verletzt. Statt des Rechtszustandes ist ein Gewaltzustand eingetreten, in welchem Luzern zu jeder Art von Selbsthilfe oder Repressalie sich befugt halten kann ⁴¹.»

³⁷ Basler Zeitung, 22. Dez. 1843.

³⁸ Basler Zeitung, 7. Nov. 1844.

³⁹ Basler Zeitung, 28. Okt. 1844.

⁴⁰ Vgl. Basler Zeitung, 14. Juni 1845.

⁴¹ Basler Zeitung, 13. Dez. 1844.

Heuslers Publizistik galt von nun an dem alleinigen Ziel, einen zweiten Freischarenzug zu verhindern. Er warnte Luzern vor unbedachten Racheakten, sucht aber vor allem die Radikalen davon zu überzeugen, daß der Kampf gegen die Jesuiten nicht durch direkte Angriffe, sondern allein mit den Waffen des Geistes gewonnen werden könne⁴². Wie stellte er sich aber die geistige Bekämpfung des Jesuitenordens vor? «Ein Hauptmittel besteht darin, daß man den Jesuitismus entwaffnet. Worin aber besteht seine vorzüglichste Waffe? In der Beängstigung vieler tausend Katholiken um ihre Religion... Aargau soll also zuerst seine Katholiken zu versöhnen trachten: der Anlaß dazu ist gerade jetzt gegeben, denn die meisten ihrer Führer wollen nichts von den Jesuiten wissen... Sodann unterlasse die radikale Presse das rohe Schimpfen über Institute der katholischen Kirche... Ferner hat es sich gezeigt, daß ein großer Teil der luzernischen Geistlichkeit der Jesuitenberufung entgegen war... Man versuche darum, sich aufrichtig diesem einflußreichen Teile des Volkes zu nähern... Endlich bestrebe man sich für Bildung tüchtiger katholischer Geistlicher zu sorgen... Wird auf diese Weise der Kampf gegen den Jesuitismus... aufgenommen, so wird der Feind nicht nur sein ‚bis hieher und nicht weiter‘ gefunden haben, es wird auch möglich sein, ihm das verlorene Terrain wieder abzugewinnen... Um so weniger hat dann aber vollends der Protestantismus etwas zu besorgen⁴³.»

Während Heusler immer noch bemüht war, die bis zur klaffenden Zerrissenheit gesteigerte Spannung innerhalb der Eidgenossenschaft zu mildern, war es bereits zum zweiten Freischarenzug gekommen, der von Luzern wiederum glanzvoll niedergeschlagen wurde. Die «Basler Zeitung» nahm zu dem Ereignis folgendermaßen Stellung: «Der seit Monaten getriebene unerhörte Frevel, die Verhöhnung, die Mißhandlung, die Bedrohung eines tüchtigen und gesunden Kernvolkes, die Aufhetzereien, die Kriegsaufrufe, die Aufforderungen zur Anarchie haben ihre schrecklichen, blutigen Früchte getragen... Zuerst sprechen wir unsern tiefsten Schmerz aus, daß es soweit kommen mußte, unsere innige Teilnahme an dem Unglücke, das so viele schwer getroffen hat, unsere Trauer über den Jammer, der viele Familien in der Eidgenossenschaft heimsucht. – Sodann aber verhehlen wir auch ein anderes Gefühl nicht, nämlich das der Freude über das mannhafte Auftreten des Volkes von Luzern, wodurch es die mit solcher Zuversicht verbreiteten Gerüchte von

⁴² Basler Zeitung, 16. Dez. 1844.

⁴³ Basler Zeitung, 24. Dez. 1844.

Feigheit und Kraftlosigkeit widerlegt hat, über den des alten Ruhmes würdigen Heldenmut der Länder, ja sogar darüber, daß ein großer Teil der Freischar ihre Schuld wenigstens durch mutiges Einstehen, wenn auch nicht gut zu machen, so doch männlich auszulösen suchten. Europa wird erkennen, daß die alte Kraft des Schweizervolkes noch nicht erloschen ist, wenn sie auch auf verderbliche Abwege geführt werden kann. . . Sodann aber dürfen wir vielleicht Hoffnung schöpfen, daß die blutige Krise das Vaterland einer besseren Zukunft entgegenführen werde. Möge man nun erkennen, daß der bisher betretene Weg nur zum Verderben aller führen kann ⁴⁴.»

Heusler war voll Lobes über die würdige Art, mit der die Sieger an der Apriltagsatzung von 1845 auftraten ⁴⁵. «Je öfter wir uns bei früheren Anlässen erlaubt haben, Herrn Siegwarts Politik offen und entschieden zu tadeln, desto freudiger verdanken wir ihm jetzt sein Benehmen. . . Herr Siegwart weiß, was er bei einem Sieg der Freischaren zu erwarten gehabt hätte, dessen ungeachtet hat er, wie wir wissen, nach Kräften für milde Behandlung der Gefangenen gewirkt und mit allem Grunde konnte er daher in der Tagsatzung auch Verschonung mit ungebührlichen Zumutungen verlangen ⁴⁶.»

Inzwischen hatte sich Heusler im Sommer 1845 selbst in der Innerschweiz vom kräftigen Abwehrwillen der dortigen Bevölkerungen überzeugt. Er schrieb darüber in die «Basler Zeitung»: «Man täusche sich nicht, es sind nicht bloß einige ‚Pfaffen‘, nicht bloß einige ‚Magnaten‘, wie sich manche vorstellen möchten, es ist dort auch der Geringste im Volke von dem Gefühle durchdrungen, daß es sich um Bewahrung seiner heiligsten Güter handle. Erscheinungen wie sie seit Jahrhunderten nicht gesehen worden, treten dort zu Tage, insbesondere die freiwilligen Wallfahrten ganzer Volksmassen nach dem Grabe des Bruders Klaus in Sachseln. Mag die Aufklärung des Jahrhunderts über solche Wallfahrten von ihrem Standpunkt aus urteilen wie sie will, es handelt sich darum nicht, aber jeder denkende Beobachter wird sich eingestehen müssen, daß solche Erscheinungen sowohl nach ihrer Ursache als nach ihrer Wirkung höchst bedeutungsvoll sind, und in Bezug auf letztere insbesondere wird wohl kein Menschenkenner leugnen, daß solche Wallfahrten ein weit tiefer gehendes, ein den ganzen Menschen weit kräftiger ergreifendes Agitationsmittel sind als Volksversammlungen ⁴⁷.»

⁴⁴ Basler Zeitung, 3. April 1845.

⁴⁵ Basler Zeitung, 25. April 1845.

⁴⁶ Basler Zeitung, 15. April 1845.

⁴⁷ Basler Zeitung, 14. Aug. 1845.

Zum Mord an Joseph Leu nahm die «Basler Zeitung» merkwürdigerweise zunächst kaum Stellung, wohl hauptsächlich darum, weil sie, im Gegensatz zu Leus Anhängern in Luzern, den Mörder nicht für von den Radikalen gedungen hielt. Um so besorgter mußte das Blatt feststellen, in welch gefährlichem Ausmaß die Separationsbestrebungen der katholisch-konservativen Stände gerade wegen der Ermordung Leus zugenommen hatten. Wenn die «Basler Zeitung» den sieben katholischen Ständen auch vollkommen das Recht einräumte, sich gegen einen dritten Freischarenzug zu rüsten, so sollten diese Rüstungen jedoch niemals zu einem Heraustreten aus der defensiven Stellung verleiten⁴⁸. «Eine Lossagung vom Bunde endlich, wovon bei früheren... Anlässen... die Rede war, wäre ein nicht geringerer Fehler als ein bewaffneter Angriff, und wir haben vernommen, daß Männer, welche früher diesem Gedanken nicht abhold waren, nun selbst das Zweckwidrige und Verderbliche desselben einsehen und gänzlich davon zurückgekommen sind⁴⁹.»

Je größer die Spaltung zwischen dem radikalen und dem ultramontanen Lager wurde, desto schwieriger gestaltete sich Heuslers bundestreue Vermittlerrolle zwischen den feindlichen Brüdern. Schon lange war er ohne direkte Nachrichten aus Luzern⁵⁰, und dieser völlige Mangel an Mitwirkung von anderer Seite ließ ihn gerade jetzt häufig am Sinn seines Zeitungsschreibens zweifeln. Seine Artikel wurden von beiden Seiten heftig angegriffen, und auch in Basel selbst wurde die Kritik an seinem Blatte immer lauter⁵¹. «Ist es wohl natürlich, fragen manche, daß Basel, am äußersten Ende der Schweiz gelegen, sich verfeinde mit den größten ihm näher liegenden Kantonen, in welchen es seine meisten Handelsverbindungen besitzt, um sich an die Gebirgskantone zu halten, die ihm in der Stunde der Gefahr die Hand nicht reichen können, von denen es überhaupt keine Vorteile zu erwarten hat? Ist es natürlich, daß das protestantische Basel mit seiner geistigen Bildung, seinem Weltverkehr... sich in das gleiche Joch spannen lasse mit einigen Hirtenkantonen? Hat Basel seiner ganzen Natur, seinen Verhältnissen nach nicht offenbar mehr Verwandtschaft mit den größern und industriellen Kantonen? Sind denn politische Fragen ganz nur nach dem Buchstaben des Rechts, etwa wie ein jeder Zivilprozeß zu entscheiden, soll man sich nicht auf einen freiern Standpunkt stellen, wobei auch Convenienz, Interessen, Sympathien mit in Anschlag zu bringen sind? Zum

⁴⁸ Basler Zeitung, 9. Sept. 1845.

⁴⁹ Basler Zeitung, 4. Sept. 1845.

⁵⁰ Vgl. His, a. a. O. (Briefwechsel), S. 62 ff. und S. 72.

⁵¹ Vgl. Basler Zeitung, 12. Aug. 1845.

Unrechte, zum Niedertreten des Rechtes sollen wir freilich nicht Hand bieten, Gott bewahre! Aber wir sollten uns doch keine Feinde zu machen suchen durch allzuängstliches oder allzustarres Festhalten am Rechte! – Und dieser gehässige Schein von Jesuitenfreundschaft, den man allerwärts der Stadt Ökolampads anzuhängen sucht, sollte man den nicht aufs sorgfältigste meiden? ⁵²»

Heusler wußte nur allzu gut, daß die Stimmung in Basel nicht mehr wie früher war, und daß man auch hier nicht ohne Erfolg an die konfessionellen Sympathien appelliert hatte. Dabei schob er allerdings den meisten seiner Mitbürger, die sich für eine neue Linie der Basler Politik einsetzten, recht egoistische und menschliche Beweggründe zu. «Ungestörter Gewinn und Genuß ist es, was unsere Leute suchen, daher ist ihnen bang, ein ernster Widerstand gegen das radikale Treiben könnte ihnen Ungelegenheiten bereiten. Berichtet dann vollends ein *commis voyageur* aus dem Aargau, wie erbittert man dort sei über die Basler Jesuiten, erhielt er schnöde Worte von Zahlungssäumigen, die ihr Geld diesen Winter durch zu Pulver, Blei, Volksbund und Kriegen gebraucht haben, wurde ihm gar gedroht, man werde den Baslern auch noch die Perücken ausklopfen, da schneidet hier mancher gar ein bedenkliches Gesicht und kömmt zur Einsicht, daß die Jesuiten doch gar gefährlich seien ⁵³.»

Gegenüber all diesen Duckmäusern suchte Heusler immer wieder die offizielle Politik Basels zu verteidigen, indem er ausführte, daß für die Erhaltung der gegenwärtigen Bundesverhältnisse eine mäßigende Mittelpartei eminent wichtig sei, «und es sind die vom Mittelpunkt entfernten, kleinern Stände vorzüglich geeignet, diese Rolle zu übernehmen. . . Nein! Die Tage von Kappel und Villmergen sollen sich nicht wiederholen, und das abzuwenden, ist eine schöne, eine herrliche Aufgabe für einen eidgenössischen Stand. . . Der Große Rat von Basel hat sich daher der bisher von ihm befolgten Politik in keiner Weise zu schämen, er darf mit frohem Bewußtsein sich sagen: Wäre Basels Vorstellungen Gehör geschenkt worden, in der Klosterfrage wie in der Jesuitenfrage, so stände die Schweiz jetzt nicht in so unseliger Zerrissenheit da ⁵⁴.»

Vom Abschluß des Sonderbundes erfuhr auch Heusler erst durch die Freiburger Großratsverhandlungen und meinte dazu: «Wer wird es leugnen, die Tatsache, daß sieben Stände sich veranlaßt sehen, einen solchen Sonderbund abzuschließen, ist eine höchst traurige, es bezeichnet dieselbe jedenfalls einen solchen Riß in unserem öffent-

⁵² Basler Zeitung, 7. Nov. 1845.

⁵³ Briefbrouillon Heuslers aus dem März 1845. St.A.B. Pr.Ar. 328, C 2.

⁵⁴ Basler Zeitung, 8. Nov. 1845.

lichen Leben, soviel Mißtrauen und Entzweiung, daß neben dieser Seite der Sache die Frage, in wiefern das Konkordat dem Bundesvertrag gemäß oder zuwider sei, fast nur noch von untergeordneter Bedeutung erscheint ⁵⁵.»

Trotzdem setzte sich Heusler in den folgenden Tagen dann doch mit der Frage auseinander, ob der Sonderbund als Bundesbruch bezeichnet werden müsse. Nachdem er die einzelnen Bestimmungen der Schutzvereinigung in der «Basler Zeitung» abgedruckt hatte, schrieb er: «Der Zweck, den sich die konkordierenden Stände vorsezen, ist ein rechtmäßiger und erlaubter, es kann das in keiner Weise geleugnet werden, und dennoch ist das Konkordat eine traurige, die Einheit des Bundes gefährdende Erscheinung. Es ist mithin dem allgemeinen Bunde nachteilig ⁵⁶.» «Nicht durch seine Bestimmungen als durch die Voraussetzungen, von denen er ausgeht, ist der Schutzvertrag der sieben Stände von moralischem Nachteile für die Eidgenossenschaft... Wir möchten sagen, der Schutzvertrag löse den eidgenössischen Bund nicht auf, aber er setze dessen Auflösung voraus... Hier ist nun gerade der Widerspruch, hier der Knoten, der durch politische Weisheit gelöst werden soll. Die von jenem Konkordate vorausgesetzte Tatsache ist leider nur zu wahr, aber die Eidgenossenschaft kann diese Wahrheit nicht anerkennen. Der Bund der XXII Stände kann nicht seine eigene Auflösung voraussetzen, er muß an sein Leben glauben, und selbst wenn er nicht daran glaubt, muß er dafür sorgen, daß andere daran glauben. Und wenn das Recht zehnmal niedergetreten worden ist, die Eidgenossenschaft kann den Zustand der Rechtlosigkeit und der Selbsthilfe nicht als ihren ordinären anerkennen, sie muß an die sich selbst restaurierende Kraft des Rechts glauben, sie darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Bund wieder zuheile ⁵⁷.»

Inzwischen hatten die Radikalen das Protokoll der 1843 stattgefundenen Konferenz von Luzern veröffentlicht, um damit zu zeigen, daß die katholisch-konservativen Stände schon seit langem ihren Separatbund vorbereitet hatten. Heusler korrigierte diese Behauptungen, indem er bemerkte: «Ruhigere Überlegungen, vielleicht auch wohlgemeinte Vorstellungen von verschiedenen Seiten her, haben damals bewirkt, daß gerade jene Drohungen von Aufhebung der Bundesgemeinschaft nicht genehmigt wurde, und daß die Konferenzstände sich darauf beschränkten, in wiederholten Manifesten ihre Beschwerden über das geschehene Unrecht zu

⁵⁵ Basler Zeitung, 22. Juni 1846.

⁵⁶ Basler Zeitung, 25. Juni 1846.

⁵⁷ Basler Zeitung, 26. Juni 1846.

erneuern... Wenn nun dieser im Jahre 1843 nicht genehmigte Vorschlag dem katholischen Schutzvertrage von 1846 im wesentlichen zu Grunde läge oder sich darin wiederholte, so wäre man vielleicht berechtigt anzunehmen, die Männer, von welchen der Vorschlag im Jahre 1843 ausgegangen, hätten ihn damals nicht aufgegeben, sondern auf geeignetere Zeit verschoben. Wir sagen vielleicht, denn möglich wäre es ja auch, daß jene Männer den Gedanken aufgegeben und erst in Folge neuer Ereignisse wieder aufgegriffen hätten. Überhaupt glauben wir, man tue dem Herrn Siegwart zu viel Ehre oder auch zu viel Unehre an (man kann es nehmen, wie man will), wenn man ihm einen konsequent durchdachten, auf Jahre hinaus berechneten, beharrlich durchgeführten Plan unterschiebt. Wir halten vielmehr Herrn Siegwart für einen Mann des Augenblicks, der seine Segel nach dem Winde zu richten versteht, für so eine Art luzernischen Druey⁵⁸, der nach seiner Weise die Volksstimme als Gottesstimme verehrt, und um ihr zu gehorchen selbst die Stimme des eigenen Gewissens hintansetzt... Leser, welche zum Denken überhaupt nicht zu träge sind, müssen wir daher einfach ersuchen, sich den Unterschied zwischen einer Aufkündigung der Bundesgemeinschaft und einer Verabredung zum Schutze gegen bundeswidrige Angriffe klar zu machen... Wären aber beide Dinge eins und das gleiche, was sie offenbar nicht sind, so fragen wir weiter, läge nicht gerade in dem Umstande, daß im Jahre 1843, als man von Freischaren nichts wußte, jene Vorschläge keinen Eingang fanden, daß sie aber im Jahre 1845 solchen fanden, ein ganz genügender Grund, um anzunehmen, die durch die Freischarenzüge zu Tage getretene Bundesanarchie und die dadurch in den katholischen Ständen hervorgerufenen gegründeten Besorgnisse hätten ihnen Eingang verschafft?⁵⁹»

Inzwischen war es auch in Basel zum politischen Umschwung gekommen. Für Heusler war das Ausscheiden aus der Regierung ein sehr schwerer Schlag, aber er wußte sich mit Seelengröße in sein Schicksal zu fügen. Im Bewußtsein, daß er seine Unpopularität in erster Linie seinen Zeitungsartikeln zu verdanken hatte, legte er sich in der folgenden Zeit bewußt eine gewisse Zurückhaltung auf. Eine Artikelserie «Nun gilt's ein neues Bauen»⁶⁰, in welcher er in versöhnlichem und maßvollem Ton die neuen Staatsaufgaben Basels

⁵⁸ Henry Druey (1799–1855), bedeutender extrem-radikaler Waadtländer Journalist und Politiker. Führer der Revolution von 1845.

⁵⁹ Basler Zeitung, 7. Juli 1846.

⁶⁰ Die zehn Artikel erschienen am 3., 4., 5., 6., 7., 11., 15., 20., 21. und 22. Mai 1847.

besprach, legte dafür das deutlichste Zeichen ab. Andererseits hatte Heuslers Ausscheiden aus der leitenden Staatsbehörde den Vorteil, daß die «Basler Zeitung» nicht mehr länger im Rufe eines halb-offiziellen Regierungsorgans stand. So konnte Heusler in manchem noch freier und offener reden als bisher.

Während des ganzen Frühjahrs 1847 suchte er den Radikalen klarzumachen, daß der Sonderbund zusammenbreche, sobald sie ihre unaufhörlichen Drohungen einstellen würden⁶¹. Ein deutliches Zeichen seines ständig wachsenden Mitgefühls für die schwerbedrohte Minderheit war sein wiederholtes Zurückkommen auf den frevelhaften Mord an Joseph Leu, dessen Anstiftung durch die Radikalen er nun, nach Kenntnis der darüber angestellten Untersuchungen, nicht mehr bezweifelte. Er wollte damit die Radikalen immer wieder daran erinnern, welch großes Unrecht sie an Luzern gutzumachen hätten⁶².

Mit großer Anteilnahme verfolgte Heusler die Friedens- und Vermittlungsversuche der Basler Gesandtschaft auf der Tagsatzung von 1847. Er hoffte, auch nachdem die Mehrheit die Auflösung des Sonderbundes bereits beschlossen hatte, immer noch, daß das Äußerste vermieden werden könne. Heusler wünschte keinen Sieg des Sonderbundes, wenn er sich auch immer wieder am Abwehrwillen der sieben Stände aufzurichten suchte. Er hielt die «katholische Partei» ebenso wenig geeignet, der Schweiz den wahren Frieden zu geben wie die radikale. «Ihre ganze Idee ist gerade wie ihre äußere Stellung, eine bloß abwehrende, sie hat keine frischgestaltende Kraft in sich, welche im Stande wäre, die anarchischen Elemente in der protestantischen Schweiz zusammenzufassen, . . . zu beherrschen und zu gutem Ziele zu führen⁶³.»

Heusler legte auch Wert darauf, noch vor Ausbruch des Bürgerkriegs die Frage der Kriegsschuld eindeutig abgeklärt zu haben. So stellte er fest: «Die sieben Konferenzstände bedrohen die äußere Schweiz in keiner Weise, am allerwenigsten die protestantischen Kantone, es ist keine Tatsache bekannt, wodurch sie die innere Entwicklung derselben gehindert, oder den kirchlichen oder unkirchlichen Bestrebungen im Schoße des Protestantismus das mindeste Hindernis in den Weg gelegt hätten. . . . Sie wollen politisch frei bleiben, und sie haben das. . . ganz richtige Gefühl, daß sie nicht mehr frei sind, sobald der Grundsatz gilt, daß zwölf Stände über beliebige Materien verbindliche Beschlüsse fassen können. Dieser

⁶¹ Basler Zeitung, 3. März 1847.

⁶² Basler Zeitung, 18. Mai 1847.

⁶³ Basler Zeitung, 19. Okt. 1847.

Grundsatz der Omnipotenz der zwölf Stimmen ist ein durch und durch bundeswidriger Grundsatz... Der Krieg, den man den sieben Ständen zu machen gedenkt, ist daher nicht nur ein ungerechter, sondern auch ein naturwidriger, das Ziel, das man anstrebt, ist ein unmögliches, weil es gegen die Natur der Eidgenossenschaft läuft ⁶⁴.» «Der Gott der Schlachten wird richten, aber komme, was da wolle, wir werden uns auf alle Fälle hin des getrösten können, daß wir bis zum letzten Augenblick zum Frieden geredet, gewarnt und damit durch böse und gute Gerüchte hindurch nie aufgehört haben ⁶⁵.»

Bis zuletzt konnte Heusler nicht daran glauben, daß man auch Basels Truppen zu dem ungerechten Bruderkrieg aufbieten werde. Falls es aber doch dazu kommen sollte, so durfte Basel, nach seiner Meinung, «seiner Ehre nichts vergeben»⁶⁶. Es durfte sich nicht an einem Krieg beteiligen gegen Bundesgenossen, «die ihm nie etwas zu Leide getan, die in der Not ihm treu zur Seite gestanden, deren rechtliche Stellung es immerfort anerkannt hat ⁶⁷.»

Der klägliche Widerstand der Sonderbündler während des Krieges bereitete Heusler eine unsägliche Enttäuschung. Er fragte sich ernsthaft, ob denn die ganze Entschlossenheit vor dem Kampf nur ein «Gaukelspiel» gewesen sei, denn sonst hätten sich die Inner-schweizer doch wohl kaum so vollständig den Nimbus ihrer kriegesischen Unüberwindlichkeit zerstören lassen. «Die Zerstörung», schrieb er am 18. Dezember 1847, «erfüllt uns mit tiefem Schmerz, denn wir lieben jene Völker, wir lieben sie, weil von ihnen der Bund und die Freiheit ausgegangen, wir lieben sie wegen ihrer herrlichen Geschichte, wir lieben sie, weil wir uns überzeugt haben, daß auf ihren Bergen noch gesunde Kraft, Einfachheit und frommer Sinn herrschen... Bei mehrmaligem Aufenthalte in jenen Kantonen haben wir, und seither auch andere Beobachter, die Stimmung des Volkes als eine für die Wahrung alten Rechtes und konfessioneller Unabhängigkeit sehr entschlossene, aber keineswegs fanatische anerkannt; gegen die protestantischen Kantone als solche, gegen einzelne Protestanten war keine Animosität wahrzunehmen... Sogar bei den Wallfahrten gab sich das zu erkennen, man konnte schlichten Wallfahrern sich ganz ungescheut als Protestanten zu erkennen geben, ihnen erklären, daß man als solcher die Anrufung der Heiligen nicht gutheiße, man konnte in der Kirche zu Sachseln mitten unter der knieenden Menge stehend verweilen usw., ohne dafür im min-

⁶⁴ Basler Zeitung, 8. Okt. 1847.

⁶⁵ Basler Zeitung, 16. Okt. 1847.

⁶⁶ Basler Zeitung, 19. Okt. 1847.

⁶⁷ Basler Zeitung, 8. Nov. 1847.

desten belästigt zu werden ⁶⁸.» Heusler suchte die Niederlage des Sonderbundes nicht mit einer im Augenblick der Entscheidung eingetretenen Lähmung des Mutes zu erklären. Der Hauptgrund schien ihm vielmehr im Versagen der Führung gelegen zu haben, eine Auffassung, die ihm auch mehrere seiner Innerschweizer Freunde bestätigten ⁶⁹.

Diese Auffassung lag auch der Broschüre zugrunde, mit der Segesser unmittelbar nach der Niederlage eine möglichst detaillierte Beschreibung des ganzen Kampfes, wie er ihn als Bürochef des Sonderbundsgeneralstabs miterlebt hatte, liefern wollte ⁷⁰. Da die Schrift niemals hätte in Luzern erscheinen können, ließ sie Segesser durch den Basler Arzt Dr. Heinrich Iselin an Heusler gelangen, der sie mit Hilfe Wilhelm Vischers ⁷¹ druckfertig machte, worauf sie im Frühjahr 1848 im Handel erschien.

Auch für Heuslers eigene Politik bedeutete die Niederlage der katholisch-konservativen Stände ein schwerer Schlag, denn er hatte ihren Abwehrkampf in der «Basler Zeitung» so weitgehend verteidigt, daß er allgemein als ultramontan und jesuitisch verschrien war. Er war aber entschlossen, jetzt gerade erst recht zu seinen alten Freunden zu halten, und ermahnte sie immer wieder, ihr Unglück mit Würde zu tragen, denn dies sei das Zeichen eines edlen Charakters ⁷². Gleichzeitig forderte er die neue Luzerner Regierung auf, Milde walten zu lassen, denn «nur aus der lebendigen Erkenntnis, daß nicht bloß auf der einen Seite gefehlt worden», könne dem Kanton eine bessere Zukunft erblühen ⁷³. Natürlich konnte sich Heusler auch nicht versagen, der im Siegesrausch schwelgenden radikalen Presse immer wieder neue Meldungen von Greuelthaten der Tagsatzungsarmee während und nach dem Sonderbundskrieg entgegenzuhalten und auf die Roheit und den Unverstand, mit denen die neuen liberalen Regierungen der Innerschweiz ihre erbarmungswerten Bevölkerungen bedrückten, hinzuweisen. Die meisten Nachrichten darüber hatte er von seinem Freunde Segesser bezogen, aber auch die beiden Basler Iselin und Lützelmann, die als Mitglieder eines Hilfskomitees für die Notleidenden des Sonderbundskrieges die

⁶⁸ Basler Zeitung, 18. Dez. 1847.

⁶⁹ Vgl. den undatierten, aber aus dem Winter 1847/48 stammenden Bericht Heinrich Iselins an Heusler. St.A.B. Pr.Ar. 328, C 2.

⁷⁰ Beiträge zur Geschichte des innern Krieges in der Schweiz im November 1847, von einem luzernischen Milizoffizier. Basel 1848.

⁷¹ Wilhelm Vischer (1808–1874), Professor für griechische Sprache und Literatur an der Universität Basel. Streng konservativ.

⁷² Basler Zeitung, 11. Dez. 1847.

⁷³ Basler Zeitung, 6. Dez. 1847.

Innerschweiz bereisten und überall Erkundigungen über den Hergang und die Folgen des Feldzuges einzogen, werden ihm nach ihrer Heimkehr alles, was sie über Exzesse der Radikalen in Luzern und der Urschweiz erfahren hatten, mitgeteilt haben. Natürlich erregte diese Flut von Greuelmeldungen, wie sie die «Basler Zeitung» während des ganzen Winters 1847/48 verbreitete, sofort in höchstem Maße die Wut der Radikalen. Dagegen wurde sie in der Innerschweiz mit dankbarer Genugtuung aufgenommen⁷⁴. Leider waren aber Heuslers Berichte über die traurigen Zustände in der Innerschweiz ebenso einseitig wie die Darstellungen der radikalen Presse von der allgemeinen Dankbarkeit der dortigen Bevölkerung über die ihnen so unverhofft beschiedene Freiheit. Ein politisch gewiß nicht radikal eingestellter Basler wie August Alioth⁷⁵, der bis ins Frühjahr 1848 mit den eidgenössischen Okkupationstruppen in Schwyz verweilte und Heuslers Meldungen zum Teil selbst an Ort und Stelle nachprüfen konnte, gab seinem Ärger über die Lügen der «Basler Zeitung» wiederholt lebhaften Ausdruck⁷⁶. So erklärte er die Behauptung Heuslers, die Okkupationstruppen seien ganz bewußt nur bei ehemaligen Anhängern des Sonderbundes einquartiert worden, und das Militärkommando habe sich zugunsten der neuen Regierungen in die Wahlen gemischt, für eine böswillige Erfindung. «Man muß aber nur bedenken», schrieb er am 28. Januar 1848 nach Hause, «wie man früher immer von der Basler Zeitung bedient wurde, wie alle Ingredienzen des Sonderbunds als durchaus nobel, tadellos, unbefleckt, unschuldig, beinahe himmlisch dargestellt wurden, und was wir dagegen gesehen und gehört haben... Es ist traurig, daß wir, die letzten vom Regiment..., die wir alle von Sehnsucht nach der Heimat brennen und aus lauter unbeugsamem Gehorsam für die oberste Bundesbehörde hier bleiben und ausharren, noch von diesem Blatt so schnöde und schlecht durchgehechelt werden müssen⁷⁷.»

Die vielen Anfeindungen und groben Beschimpfungen, die sich Heusler durch seine übergroßen Sympathien für die geschlagenen Sonderbundsstände zuzog, hatten ihm im Frühjahr 1848 den Journalistenberuf wieder einmal gründlich verleidet. Er hatte plötzlich den Glauben an die Mission der «Basler Zeitung» verloren und fragte sich ernstlich, «ob es nicht besser wäre, den ohnehin nicht mehr aufzuhaltenden Strom der Torheit und Ungerechtigkeit unbe-

⁷⁴ Vgl. His: Briefwechsel, a. a. O., S. 94.

⁷⁵ August Alioth (1816–1889), Handelsmann, später Oberst.

⁷⁶ August Alioth: Briefe aus dem Sonderbundsfeldzug. BJ 1898.

⁷⁷ Ebenda, S. 230 ff.

schrien fortfließen zu lassen»⁷⁸. Schließlich siegte aber doch die Überzeugung, er dürfe die konservative Sache jetzt nicht im Stich lassen, und am 26. Februar 1848 schrieb er an einen Freund: «Folgende Gründe bestimmen mich... fortzufahren: 1. wäre es doch eine große Schmach für die Schweiz, wenn all diese Greuel vorfallen könnten, ohne daß auch nur von einer Seite her kräftig dagegen protestiert würde. 2. weiß ich, wie wohl es seiner Zeit uns in Basel getan hat, Stimmen ... zu vernehmen, die unsere Sache verteidigten; ich habe Grund zu glauben, daß mein Wort manchem Unrecht leidenden wohltut. 3. hoffe ich doch hier und da von grober Ungeerechtigkeit dadurch abzuhalten. 4. endlich denke ich, es sei immerhin gut, wenn die Fahne aufrecht erhalten bleibe; sammelt sich auch nur ein kleines Häuflein um dieselbe, ja nun man kann nicht wissen, was die Zukunft bringt, und ob der ausgestreute Same noch auf fruchtbares Land fällt. – Kurz, es ist etwas in mir, das mich treibt zu schreiben, höre ich einmal die Stimme ‚schreibe nicht weiter‘, so werde ich gerne die Feder niederlegen»⁷⁹.

⁷⁸ St.A.B. Pr.Ar. 328, A 1, Briefbrouillon vom 26. Febr. 1848. Ohne Anrede.

⁷⁹ Ebenda.

E. BASELS BESCHÄFTIGUNG MIT DER BEFREIUNGSTRADITION UND IHRER HELDENSAGE

Die alteidgenössische Geschichtschreibung hatte bekanntlich nicht nur die Tellgeschichte, sondern auch die Erzählung von der tyrannischen Herrschaft der Vögte, die mit dem Burgenbruch am Neujahrstag 1308 ihr gewaltsames Ende gefunden haben soll, als Selbstverständlichkeit hingenommen. In Wort und Bild hatte Etterlins 1507 in Basel erschienene «Kronika von der loblichen Eidgnoschaft» die Kunde von diesen Geschehnissen erstmals verbreitet, und seit dem Erscheinen von Stumpfs großer Landeskunde (1547) gehörte die Kenntnis der Befreiungsgeschichte zum geistigen Besitz jedes gebildeten Schweizers. Aber auch unabhängig von diesen Werken hatte sich der zunächst nur auf Uri und die Innerschweiz beschränkte Tellkult im Verlauf der Jahrhunderte immer weiter ausgebreitet, hatte neue Deutungen erfahren, und gerade das 18. Jahrhundert war beseelt von einer allgemeinen, enthusiastischen Tellverehrung¹. Darum erregte auch der erste monographische Angriff auf die Glaubwürdigkeit der überlieferten Tradition durch die 1760 anonym erschienene Schrift des Bernischen Pfarrers Uriel Freudenberger «Der Wilhelm Tell, ein Dänisches Mährgen» überall und vor allem im Kanton Uri großen Unwillen. Freudenberger, dessen Schrift darin gipfelte, Tell als einen Meuchelmörder hinzustellen, hatte darin nachzuweisen gesucht, «daß dies Mährgen seinen Ursprung in Dänemark habe», vieler Unklarheiten wegen «ein Gemeng von Fabeln» sei und, weil es vor Etterlin nie jemand erwähnt habe, sich auch nie wirklich abgespielt haben könne. Freudenberger war sich bewußt, nicht der erste zu sein, der das Märchen vom Tell bestritt. Dies hatte schon ein paar Jahre vorher Voltaire getan, in seinen 1753 in Basel erschienenen «Annales de l'Empire depuis Charlemagne». Vor allem aber sind es Basler Gelehrte gewesen, die Freudenberger sein Hauptargument geliefert haben. Denn

¹ Ricco Labhardt: Wilhelm Tell als Patriot und Revolutionär. Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 27. Basel 1947.

in Basel hatte man schon lange auf die merkwürdige Ähnlichkeit zwischen der Geschichte vom dänischen Schützen Toko und der Tellengeschichte hingewiesen.

Zum erstenmal war sie dem Basler Professor Heinrich Pantaleon² aufgefallen. – Als im Jahre 1534 in zweiter Auflage in Basel die «*Historiae Danicae libri XIV*» des dänischen Geschichtschreibers Saxo Grammaticus im Druck erschienen, hatte Pantaleon darin die Geschichte des berühmten Schützen Toko gefunden, der auf Befehl von König Harald, weil er sich seiner Schießkünste all zu sehr gerühmt hatte, einen Apfel vom Haupt seines Sohnes schießen mußte, und der auf des Königs Frage, warum er für diese einmalige Probe seines Könnens einen zweiten Pfeil bereitgelegt habe, mit der Antwort auswich, den König aber einige Jahre später auf einem Kriegszug aus Rache für seine Unmenschlichkeit tötete. Sowohl in seiner «*Prosographie*»³ als auch in seinem «*Heldenbuch*»⁴ erzählte Pantaleon diese Geschichte, wie er sie in der Quelle gefunden hatte, um dann noch zu bemerken: «Es hat fast harnoch in der Eydnosschaft ein gleichförmige Historien zugetragen, mit Wilhelm Tellen und dem Landvogt, als an seinem Orth solle geoffenbaret werden.»

Ungefähr ein halbes Jahrhundert später, im Jahre 1624, hatte dann wiederum ein Basler Professor, Jakob Grasser⁵, in seinem «*Schweitzerisch Heldenbuoch*»⁶, als er die Taten Tells berichtete, darauf hingewiesen, daß «fast dergleichen Historia» bei Saxo Grammaticus gelesen werde und, obwohl er nur die «Denkwürdigsten Taten und Sachen gemeiner, löblicher Eydgnosschaft» darstellen wollte, hatte er die ganze Geschichte vom «dapffern Mann in Denmark», wie er sie bei Saxo Grammaticus gefunden hatte, ebenfalls abgedruckt.

Die eigentliche Kritik an der Tellgeschichte setzte erst im Zeitalter der Aufklärung ein und hat ihren Anfang ebenfalls in Basel genommen.

² Heinrich Pantaleon (1522–1595). Vgl. Hans Buscher: Heinrich Pantaleon und sein Heldenbuch. Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 26, Basel 1946, S. 142, 257 und 276.

³ *Prosographiae Heroum atque illustrium virorum totius Germaniae*. Basel 1565, Bd. II, S. 73.

⁴ *Teutscher Nation Heldenbuch*, Basel 1570, Bd. II, S. 105 und 386.

⁵ Johann Jakob Grasser (1579–1627), königlicher Professor in Nîmes. 1607 in Padua eques aureatus, Pfalzgraf, Pfarrer zu Bennwil und zuletzt zu St. Theodor in Basel.

⁶ *Schweitzerisch Heldenbuoch*, darinn die Denkwürdigsten Thaten und Sachen Gemeiner Loblicher Eydgnosschaft aufgezeichnet und beschrieben. Basel 1624.

Hatten Pantaleon und Grasser vor allem historisch-antiquarische Interessen verfolgt, so schloß Jakob Christoph Iselin⁷ in seinem seit 1723 erscheinenden «Baselischen, neu vermehrten Historischen und Geographischen, Allgemeinen Lexicon» dem Bericht von Tells Taten ganz neuartige Überlegungen an. Da hieß es nämlich: «Doch wie viele neue Scribenten auch dieser Geschichte Meldung tun, so kann man gleichwohl nicht mit Stillschweigen übergehen, daß erstlich solche in keinem gar alten Geschichtschreiber gefunden werde, und fürs andere, daß Olaus Magnus⁸ und aus deme noch eine ganz gleiche Begebenheit von einem gewissen Toko erzählen, die sich zur Zeit des dänischen Königs Harald und also viele hundert Jahre, ehe noch die Schweizer von Österreichischen Landvögten gedrängt wurden, solle ereignet haben, und doch der vorerzählten Geschichte des Wilhelm Tell ganz gleich ist; so daß schier nicht zu zweifeln, daß nicht die eine Erzählung aus der andern hergenommen sei. Nur ist wahr, daß auch, was von Toko gemeldet worden, zwar in eine gar alte Zeit gesetzt wird, aber jedoch bisher, so viel uns bekannt ist, noch in keinem gar alten auctore gefunden worden⁹.»

Dieser Hinweis auf die Priorität der dänischen Sage hatte, schon lange vor dem Erscheinen von Freudenbergers Schrift, die Tell-Streitfrage in Fluß gebracht, und die ganze historisch gebildete Welt hatte daran teilgenommen. In Basel neigte Johann Rudolf Iselin¹⁰, der Herausgeber von Tschudis Schweizerchronik, eher zur traditionellen Auffassung, und Johann Jakob Spreng¹¹, der Neuherausgeber der Etterlinchronik, war sogar entschlossen, «den Tellen der helvetischen Ehre öffentlich zu behaupten und die vorgeblichen Widersprüche einmal für allemal aus dem Wege zu räumen»¹². Auch hatte er sich aus Uri Dokumente über die für die Existenz des Tells angerufenen Kapellen am Urnersee, zu Bürglen und Küssnacht kommen lassen, «um den zweifelnden oder gar läugnenden

⁷ Jakob Christoph Iselin (1681–1737), Professor für Geschichte, seit 1711 Professor für Theologie an der Universität Basel. Vgl. Fritz Heitz: Johann Rudolf Iselin, 1705–1779. Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 32, Basel 1949, S. 17 ff.

⁸ Iselin hielt ihn für den Verfasser der Dänengeschichte.

⁹ Bd. IV, S. 573.

¹⁰ Johann Rudolf Iselin (1705–1779), seit 1757 Professor der Rechte in Basel. Vgl. Anmerkung 7.

¹¹ Johann Jakob Spreng (1699–1768). Liest seit 1754 auch über Schweizergeschichte. Vgl. Adolf Socin: Joh. Jak. Spreng. BJ 1893.

¹² Spreng an Anton Felix v. Balthasar, Juni 1761. Nachlaß Balthasar, Bü.Bi. Luzern.

Herrn Iselin zu bestreiten»¹³. Mit dem leugnenden Herrn Iselin war aber nicht der Traditionsfreund Johann Rudolf Iselin, sondern der Ratsschreiber Isaak Iselin¹⁴ gemeint, der seine Zweifel an der Tellen-geschichte vor allem in seinen 1754 erschienenen «*Observationes Historicae Miscellaneae*»¹⁵ ausgesprochen hatte. Noch deutlicher war er in einem Brief an Felix von Balthasar¹⁶ geworden, dem er im Mai 1759 schrieb: «Herrn Freudenbergers Schrift über die Geschichte des Wilhelm Tell habe ich nie gesehen. Ich gestehe es, daß ich an dieser Erzählung zweifle. Die allzugroße Ähnlichkeit mit deren von dem Toko und andern solchen bewegt mich dazu¹⁷.» Und Balthasar vermochte ihm auch mit seiner 1760 erschienenen «*Défense de Guillaume Tell*», in der alle innerschweizerischen Argumente zur geschichtlichen Rettung Tells zusammengefaßt waren, nicht alle Zweifel zu nehmen, denn Iselin schrieb erneut: «Ich muß gestehen, daß mir die Erzählungen unsrer Chronikschreiber von den ersten Anfängen der eidgenössischen Verbindung und von noch ältern Zeiten sehr verdächtig sind. Denjenigen, welche vor dem vortrefflichen Gilg Tschudi geschrieben haben, traue ich eben nicht all zu viel Urteil zu. – Wenn ich die Mährgen betrachte, welche Stumpf und andere aus denselben ausgeschrieben, so glaube ich hiezu Grund zu haben. Ich sehe insonderheit, daß sie viele Fabeln andrer Völker ihren Landsleuten zugeeignet und, wie Livius von den Römern gestehet, ihre Anfänge durch die Reize des Wunderbaren und Großen verehrungswürdig machen wollen... Ein fremder Geschichtsschreiber, der zu Ende des 13. Jahrhunderts und ehe unsre Eidgenossenschaft entstanden war, gelebet hat, erzählt auch die Geschichte der Tällen. Sie ist mir also billig einigermaßen verdächtig, und ist es etwas so Ungereimtes, wenn ich denke, es sei diese Erzählung eine alte Sage, welche die Dänen und die Schweizer aus der gleichen Quelle geschöpft haben möchten?... Ich werde in meinen Zweifeln bestärkt, wenn ich erwäge, wie viel Verwirrung und Ungewißheit sich in unsern Geschichten befinden, und wie das in den Archiven zu Stanz und zu Schweiz neu gefundene Bündnis von 1291 eine

¹³ Viktor Laurenz Hedlinger an A. F. v. Balthasar, März 1759. Nachlaß Balthasar, Bü.Bi. Luzern.

¹⁴ Isaak Iselin (1728–1782), Basler Ratsschreiber. Vgl. Ulrich Imhof: Isaak Iselin, Basel 1947, 2 Bde.

¹⁵ Erschienen Basel 1754. Vgl. Imhof, a. a. O., Bd. II, S. 449.

¹⁶ Anton Felix von Balthasar (1736–1810), Luzerner Staatsmann und Historiker. Die von Bruno Laube über ihn geschriebene Dissertation wird demnächst in der Reihe der Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft erscheinen.

¹⁷ Isaak Iselin an A. F. v. Balthasar, 22. März 1760. Nachlaß Balthasar. Bü.Bi. Luzern.

Epoche ändre, die man seit zum mindesten 300 Jahren für unzweifelhaft angenommen hat¹⁸.»

Dies «neugefundene Bündnis von 1291» hatte der junge Basler Rechtsgelehrte Johann Heinrich Gleser¹⁹ im Jahre 1760 im Anhang seines Büchleins «Specimen observationum ex jure gentium et jure publico circa Helvetiorum Foedera» zum erstenmal sowohl in lateinischer als auch in deutscher Fassung veröffentlicht. Die Abschrift der deutschen Urkunde hatte er von seinem Freund, dem Ratsschreiber Iselin, erhalten. Ihre Seltenheit und ihr merkwürdiger Inhalt ließen ihn zunächst an ihrer Glaubwürdigkeit zweifeln, und da er dachte, das Original der deutschen Urkunde liege in Schwyz, bat er den dort lebenden Ratsherrn und Geschichtsfreund Viktor Laurenz Hedlinger²⁰ um weitere Aufschlüsse²¹. Zu seinem Erstaunen schickte ihm Hedlinger die bis dahin in Basel unbekannte Abschrift der lateinischen Urkunde. Das Original der deutschen Urkunde lag in Stans. Obwohl beide Urkunden immer in staatlichen Archiven geruht hatten, waren sie der Öffentlichkeit, mit Ausnahme von einigen innerschweizerischen Geschichtskennern, die sie für unecht hielten, unbekannt geblieben²². Aber auch nach ihrer Veröffentlichung zweifelten Sachverständige wie Hedlinger oder Anton Felix von Balthasar weiterhin an ihrer Echtheit, und das war wohl der Hauptgrund, warum Glesers bahnbrechende Erkenntnis, daß das Schutz- und Abwehrbündnis von 1291 «ipsorum Pagorum et totius corporis Helvetici libertatis firmissima est basis»²³ sozusagen unbeachtet blieb.

Immerhin läßt sich zusammenfassend sagen, daß den der Tradition gegenüber freien Baslern eine bewußt die Tradition wahrende Innerschweiz gegenüberstand, was vor allem damit zusammenhängen mochte, daß sich in der Innerschweiz das kritische Denken der Aufklärung noch kaum durchgesetzt hatte, und man an vielen

¹⁸ Ferdinand Schwarz: Briefwechsel des Basler Ratsschreibers Isaak Iselin mit dem Luzerner Ratsherr Felix Balthasar. BZ, Bd. 24, S. 1 ff. Brief vom 22. März 1760.

¹⁹ Johann Heinrich Gleser (1743–1773) war u. a. von 1759–1763 Privatdozent für Schweizergeschichte an der Universität Basel.

²⁰ Viktor Laurenz Hedlinger (1733–1793), Landessäckelmeister und Mitglied des Rats. Mehrfacher Landammann. «Archivist» von Schwyz.

²¹ Vgl. dazu Glesers Briefe an A. F. v. Balthasar und die Briefe V. L. Hedlingers an Balthasar. Privatschatz Balthasar M 252, 4, Bü.Bi. Luzern.

²² Die Originale der beiden Urkunden hat Gleser nie eingesehen. Vgl. Leo Weisz: Wann wurde der erste Schweizerbund geschlossen? Neue Schweizer Rundschau. N.F. 3, 1935/36, S. 202 ff.

²³ Specimen, S. 42.

Dingen noch achtlos und ohne schärfere Beobachtung und Vergleichung vorübergehend. Auch ist bekannt, wie man in der Innerschweiz jegliche freie Meinungsäußerung und jegliche Kritik an den hergebrachten Zuständen von Staats wegen sofort zu unterdrücken suchte. So schritt Luzern zu Maßnahmen gegen die Helvetische Gesellschaft, Uri ließ Freudenbergers Schrift vom Henker in Altdorf öffentlich verbrennen, und der Basler Professor Johann Jakob Spreng verursachte mit seinen 1756 erschienenen «Abhandlungen von dem Ursprung und Altertum der Stadt Basel», in denen er alte katholische Legenden anzuzweifeln gewagt hatte, sogar einen diplomatischen Konflikt zwischen Basel und den katholischen Ständen²⁴. Die Tatsache, daß in der Innerschweiz jegliche Kritik am Althergebrachten sofort eine hochpolitische Färbung annahm, trug gewiß die Hauptschuld, wenn sich, trotz aller Zweifel an der Existenz Tells, das überlieferte Geschichtsbild bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht verändern konnte.

Johannes von Müllers «Geschichten Schweizerischer Eidgenossenschaft», deren erster Band, allerdings noch unter dem Titel «Die Geschichten der Schweizer», 1780 in Bern erschien, bedeuteten noch einmal die Bestätigung und Befestigung dieser alten Tradition. Müller wollte mit seinem Werk erzieherisch wirken. Er wollte den schon fast erstorbenen Patriotismus seiner Zeitgenossen zu neuem Leben erwecken, sie zu der Söhne Tells würdigen Taten, größerer Sitteneinfalt und edlerer Denkungsart begeistern²⁵. Zu diesem Zweck überhöhte er die Anfangszeiten der Eidgenossenschaft zu einem so idealen Vorbild, daß seine gewaltige und mitreißende Darstellung für die kommenden Generationen nahezu kanonische Geltung besitzen sollte. Noch keiner vor ihm hatte ein so großes Quellenmaterial gesammelt und verarbeitet wie er. Doch war ihm die strenge Methode der Quellenkritik, wie sie sich dann im 19. Jahrhundert immer mehr zur selbstverständlichen Grundvoraussetzung jeder historischen Forschung ausbildete, noch fremd. Uriel Freudenbergers Schrift bezeichnete er als «seicht»²⁶. Auch Glesers Ansichten übernahm er nicht, sondern sah erst in der Bundeserneuerung nach Morgarten die Grundlage der Schweizerischen Eidgenossenschaft²⁷. Am tref-

²⁴ Ferdinand Schwarz: Das Sprengische Geschäft, ein Religionshandel im alten Basel. BJ 1922, S. 25 ff.

²⁵ Edgar Bonjour: Johannes von Müller, Schriften in Auswahl. 2. Aufl., Basel 1955, S. 338.

²⁶ Johannes von Müller: Der Geschichten Schweizerischer Eidgenossenschaft Erster Theil. Verb. Aufl. Reutlingen 1824, S. 645, Anmerkung 224.

²⁷ Ebenda, 2. Teil, S. 45.

fendsten aber kennzeichnete seine Darstellung der Tellgeschichte²⁸, die er mit jeder Neuausgabe noch erweiterte, seine von Jahr zu Jahr zunehmende Sagengläubigkeit.

Auch Müllers Fortsetzer blieben dieser Methode treu. Wohl trachteten sie nach den besten Quellen, stellten sie aber mehr nach ästhetischen, der nationalen Erbauung dienenden, als nach kritischen Gesichtspunkten dar. Erst durch den Einfluß der von Deutschland übernommenen genetisch-vergleichenden Methode kam es zu einer entscheidenden Wendung²⁹.

Der Bahnbrecher der neuen kritischen Forschung in der Schweiz war Joseph Eutyck Kopp³⁰. Im Jahre 1793 in Beromünster als Sohn einfacher Eltern geboren, hatte er in Freiburg i. Br. und Paris klassische Philologie studiert und wirkte von 1819 an bis zu seinem Tod als Professor der alten Sprache am Lyzeum zu Luzern. Im Jahre 1819 hatte er sich auch erfolglos um den Lehrstuhl der klassischen Philologie an der Universität Basel beworben³¹. Kopp war als Schulmann zur Geschichte gekommen und konnte sich zeit-
lebens nur in der Freizeit seinen Forschungen widmen. In dem von ihm im Jahre 1828 für Schulen und Liebhaber zusammengestellten «Wörtlichen Auszug aus Johannes von Müllers Geschichten Schweizerischer Eidgenossenschaft» war vom späteren kritischen Forscher noch nichts zu bemerken. «So gläubig im Sinne der bisherigen Geschichtsauffassung, wie nur einer, war anfänglich auch ich», schrieb er viel später einmal, «und niemand kann betroffener sein, als ich es wurde, da die gleichzeitigen Quellen, welche allmählich an das Tagelicht traten, das Bild jener Zeit mit andern Zügen erscheinen ließen³².» Kopp hatte im Jahre 1828, als die Feier der fünfhundert-jährigen Verbindung Luzerns mit den drei Waldstätten langsam heranrückte, den Plan gefaßt, die Zustände und Ereignisse seit Luzerns Übergang von Murbach an Österreich bis zum Eintritt in den Bund zu schildern. Dabei war er, zuerst angezogen von Tschudi und Müller, nach einiger Zeit, weil beide zur Lösung vieler Bedenken und Zweifel nicht genügten, an die Quellen selbst gekommen und hatte zu seiner großen Überraschung festgestellt, daß die von ihm im Archiv eingesehenen Urkunden meist gar nicht mit den

²⁸ Ebenda, S. 644 ff.

²⁹ Richard Feller: Die Schweizerische Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert. Zürich und Leipzig 1938.

³⁰ Joseph Eutyck Kopp (1793–1866). Vgl. Alois Lütolf: Joseph Eutyck Kopp, als Professor, Dichter, Staatsmann und Historiker. Luzern 1868.

³¹ Lütolf, a. a. O., S. 416.

³² Archiv für Kunde Österreichischer Geschichtsquellen. Bd. VI, S. VII.

Büchern und der vulgären Anschauung zusammenstimmten. Immer freier werdend von den alten Autoritäten, traute er ihnen bald in keiner Silbe mehr, außer dort, wo er selbst die Originale eingesehen und nachgerechnet hatte. Dank der Mithilfe von vielen Freunden gelang es ihm, sich in kürzester Zeit eine gewaltige Sammlung von Urkundenkopien anzulegen, und erst als er im Jahre 1834 diese Sammeltätigkeit im groben abgeschlossen hatte, ging er ans Ordnen des Materials. Schon bald plante er eine nur auf seinen eigenen Urkundenforschungen beruhende Geschichte der eidgenössischen Bünde herauszugeben. «Sie wissen», schrieb er an einen Freund, «daß ich die Entstehung der Eidgenossenschaft überhaupt und insbesondere den Zustand der drei Länder mit ganz andern Augen sehe, als man es bisher zu tun gewöhnt war. Das Gebäude, welches Tschudi und nach ihm Müller aufgeführt haben, hat in der Welt Consistenz gewonnen; dennoch muß es abgetragen werden. Aus dem Schutte der Chroniken, der dann übrigbleibt, muß das Brauchbare wieder hervorgesucht werden; und im Einklange damit und mit den bisher bekannten oder auch nicht bekannten Urkunden, muß ein neues Gebäude aufgeführt werden, welches, wenn auch eben nicht überaus schön (das mag ich gar nicht versprechen), doch gewißlich wohlgefügt und zusammenhängend mit dem übrigen Weltbau erscheinen soll oder ich müßte mich über mich selber gröblich täuschen³³.» «Was ich sagen werde, wahr oder nur wahrscheinlich, paradox oder nicht, soll belegt werden; alles so gut es meine gedruckten oder ungedruckten Quellen erlauben³⁴.»

Leider war es aber Kopp nicht vergönnt, seinen Plan so schnell zur Ausführung zu bringen, wie er es gewünscht hatte, denn er war von der Luzerner Regierung zum Schulpräfekten ernannt worden und fand darum kaum noch Zeit für seine Studien. So verzichtete er zunächst auf eine zusammenhängende Darstellung und gab 1835 zu Luzern unter dem Titel «Urkunden zur Geschichte der Eidgenössischen Bünde» ein kleines Büchlein heraus, in welchem 82 Urkunden abgedruckt waren, die wiederum durch das Zeugnis von 262 andern urkundlichen Belegen erläutert und bekräftigt wurden. Daß sich Kopp genau bewußt war, welch revolutionäre Wirkung seine kleine zusammenhanglose Schrift auslösen würde, bewies sein Vorwort. «Die Zeiten sind vorüber», hieß es da, «wo die Geschichte unsres Vaterlandes in lobrednerischem Tone, oder wider Österreich mit glühendem Hasse, oder aus engherziger Scheelsucht des einen

³³ Lütolf, a. a. O., S. 131.

³⁴ Ebenda, S. 134.

Ortes auf das andere zu schreiben, Klugheit für notwendig, Vorurteil für edel, Wohlmeinung für rühmlich hielt. Die alte Eidgenossenschaft steht nicht mehr, auch das heilige römische Reich brach zusammen... Reich und Bünde sind dem Geschichtsforscher nur noch eine Tatsache, die längst hinter ihm liegt; und nicht für etwas anderes mag der Geschichtschreiber Begeisterung fühlen, als für Wahrheit und Recht. Nach diesen ringen ist die Aufgabe, die ich mir gesetzt habe ³⁵.»

Und um der Wahrheit und des Rechtes willen hatte Kopp denn auch fast bei jeder Urkunde, die er kommentierte, Tschudi oder Müller um einer glänzenden Schreibart willen Ungenauigkeiten, unrichtige Deutungen, ja freie Erfindung nachgewiesen. Des weiteren hatte er ihnen zum Vorwurf gemacht, bei der Benutzung der Chroniken den verkehrten Weg eingeschlagen zu haben, weil sie die Urkunden nach den Chroniken gedeutet hätten, anstatt die unsichern Berichte dieser Spätlinge an den gewissen Angaben der gleichzeitigen Briefe zu prüfen ³⁶. Durch seine ganz neue Bewertung der Urkunden war Kopp außerdem zu dem verblüffenden Ergebnis gekommen, daß die bisherige Geschichtschreibung die Habsburger schwer verleumdet habe, und er sah es nun als seine Aufgabe an, deren Ehre wieder zu retten. Mochte das auch zur Folge haben, daß nicht nur die Bundesgründung plötzlich in ein recht zweifelhaftes Licht rückte, sondern daß auch die Erzählungen von Tell und den grausamen Vögten keinen Platz mehr in der Schweizergeschichte hatten, so war er trotzdem entschlossen, diese geheiligten Mythen rücksichtslos seiner neuen Erkenntnis zu opfern. Zwar stand sein Hauptwerk noch in Vorbereitung, doch ließen sich Beifall und Angriff schon bald nach dem Erscheinen der «Urkunden» hören.

Waren es im 18. Jahrhundert immer wieder Basler gewesen, die sich nicht gescheut hatten, die ehrwürdigen Traditionen der Inner-schweiz anzugreifen, so hatte sich mittlerweile ein völliger Frontenwechsel vollzogen. Denn diesmal kam der Angriff aus dem Hort der Schweizerfreiheit selbst, und Basel war es, das sich zur Verteidigung der alten Tradition dem Luzerner Traditionszerstörer entgegenwarf.

Der erste Basler, der zu Kopps «Urkunden» Stellung nahm, war der sein Leben zwischen Politik und Wissenschaft teilende Basler Ratsherr und Rechtsprofessor Andreas Heusler ³⁷. Die Universität Basel hatte ja zur damaligen Zeit keinen Dozenten, der ex officio Schweizergeschichte las, und so war er, der in seiner Vorlesung über

³⁵ Urkunden zur Geschichte der Eidgenössischen Bünde, S. XIX.

³⁶ Ebenda, S. 23.

³⁷ Vgl. Seite 100, Anmerkung 1.

das eidgenössische Staatsrecht auch die Schweizergeschichte mitbehandelte, der berufenste Mann in Basel, um gegen Kopp aufzutreten³⁸. Heusler schrieb in jener Zeit, als Kopps «Urkunden» erschienen, gerade an seiner «Trennung des Kantons Basel»³⁹. Sein Herz war angefüllt mit Groll und Trauer über das seiner Vaterstadt von den Miteidgenossen zugefügte Unrecht, und diese Stimmung gab wohl den Ausschlag, daß er nach einer zunächst durchaus positiven Würdigung schließlich außerordentlich heftig auf Kopps Werk reagierte.

In einem Vortrag «Über die ältesten Verhältnisse von Uri», den er vor der Historischen Gesellschaft in Basel hielt, nahm Heusler 1836 zum erstenmal zu Kopps Werk Stellung⁴⁰. Er begann seine Ausführungen mit den Worten: «Bekanntlich hat Herr Professor Kopp in Luzern vor einem Jahr... es unternommen, die älteste Geschichte der Schweiz und insbesondere der drei Waldstätte einer durchgreifenden Kritik zu unterwerfen. Er übergibt 82 meist bisher ungedruckte Urkunden dem Publikum und trägt seine eigene Ansicht nur teils kurz und obenhin in der Vorrede, teils zerstreut und unzusammenhängend in den Anmerkungen zu den verschiedenen Urkunden vor. So wenig anziehend und befriedigend nun an und für sich diese Form des Vortrags auch sein mag, und so schwer es oft hält, aus den hin und wieder hingeworfenen Andeutungen Herrn Kopps eigene Ansichten mit Sicherheit und im Zusammenhang herauszufinden, so wird doch wohl darüber kein Zweifel sein können, daß Herrn Kopps Werk zu den bedeutendsten Erscheinungen der neueren Schweizerliteratur gehört, ganz geeignet, der Schweizerischen Geschichtsforschung einen neuen und mächtigen Anstoß zu geben. Mit der vollendeten Kühnheit eines Reformators greift Kopp die bisherigen Heroen schweizerischer Geschichtschreibung, Tschudi und Müller, an und sucht mit den von ihm vorgelegten Urkunden nachzuweisen, daß die älteste Geschichte des Schweizerbundes von ihnen auf heillose Weise entstellt worden sei. So schmerzlich es nun für manchen sein mag, diese doch gewiß trefflichen Männer unter Kopps Händen zerrissen und mißhandelt zu sehen, und so ungerecht namentlich manche seiner Vorwürfe gegen Joh. Müller sind, von dem er doch nicht vergessen sollte, daß er es vorzüglich war, welcher das Verständnis des Mittelalters seinen Zeitgenossen öffnete, und daß die neuere Geschichtsforschung dem von ihm gegebenen Anstoß so

³⁸ Werner Kaegi: Jacob Burckhardt, eine Biographie, Bd. II, Basel 1950, S. 354.

³⁹ Andreas Heusler: Die Trennung des Kantons Basel, 2 Bde. Zürich 1839.

⁴⁰ Der Vortrag wurde am 8. Dez. 1836 gehalten. Das Manuskript befindet sich St.A.B. Pr.Ar. 328.

vieles zu verdanken hat, so können sich doch gewiß die wahren Freunde der Geschichte nur freuen über das neue ihnen dargebotene, höchstwichtige Material, und sie mögen nun mit wissenschaftlicher Unbefangenheit sich hinsetzen zur Prüfung und Sichtung der alten und neuen Lehren, damit aus dem Zusammenwirken Vieler ein neuer Grund gewonnen werde für die Vaterländische Geschichte.»

Heusler ließ es nicht nur bei dieser positiven Würdigung bewenden. Bei der Vorbereitung seines Vortrags, mit dem er die von Kopp behaupteten erblichen Rechte Habsburgs auf Uri bestreiten wollte, war er auf einige Irrtümer Kopps gestoßen und scheute sich nun nicht, Kopp mit scharfen Worten als rechtshistorischen Dilettanten abzustempeln. «Ein sehr wichtiges Hilfsmittel zum Verstehen der Urkunden wie der Chroniken ist dann die Kenntnis des Rechtszustandes im deutschen Reich überhaupt, aber hier eben gebricht es Herrn Kopp am meisten, und man muß erstaunen, wenn man sieht, welche Begriffe er sich von den Reichsverhältnissen macht. . . Wer aber mit einigen hundert Urkunden eine Reichsverfassung konstruiert, von der z. B. weder Pütter noch Eichhorn ⁴¹ und andere etwas wissen, der läuft denn doch Gefahr, auf Sand gebaut zu haben. Das ist aber Herrn Kopp begegnet. . . Freilich die Verhältnisse der Vogtei gehören zu den schwierigeren der deutschen Rechtsgeschichte, aber eine so vollständige Unkenntnis derselben sollte wahrlich ein Schriftsteller sich nicht zu Schulden kommen lassen, der einen Johannes Müller auf so unanständige Weise schulmeistert!»

Als Heusler seinen Vortrag ein Jahr später im Druck erscheinen ließ ⁴², hatte er inhaltlich kaum etwas geändert, und doch hatte der Vortrag ein völlig neues Gesicht bekommen. Die positive Würdigung Kopps fehlte jetzt vollkommen. Hatte Heusler im Vorjahr noch von Kopps «vollendeter Kühnheit eines Reformators» gesprochen, dessen Forschungen man «mit wissenschaftlicher Unbefangenheit» prüfen müsse, so war diese Bewunderung jetzt einer völlig negativen Bewertung gewichen. «Kopps Angriff auf unsere älteste Geschichte», heißt es in der Einleitung zum gedruckten «Uri», «darf wohl ein unerhörter genannt werden. Nicht nur sucht er mit kalter Hand jenen poetischen Duft zu zerstören, welcher derselben einen so eignen, gemütlichen Reiz gibt, er geht weiter, er bestreitet die Unschuld der ältesten Bünde, die nach ihm nicht zur Wahrung guten alten Rechts, sondern zur Durchführung widerrechtlicher Anmaßungen gegen ein gerechtes aber unglückliches Fürstenhaus geschlos-

⁴¹ Die bekannten deutschen Rechtshistoriker.

⁴² Die Anfänge der Freiheit von Uri. Schweizerisches Museum für Historische Wissenschaft, Bd. I, Frauenfeld 1837, S. 181–216.

sen wurden. Insofern dürfte vielleicht auch Kopps Unternehmen sogar von politischer Seite her nicht ganz als gleichgültig angesehen werden: denn wenn es wahr ist, daß die Schweiz in ihrer Geschichte einen wichtigen Stützpunkt ihrer Freiheit hat, so kann dem Vaterlandsfreunde die Zerstörung dieser Geschichte nicht gleichgültig sein, und wenn allerdings die historische Wahrheit ein Heiligtum ist, das durch fromme patriotische Täuschung nicht angetastet werden soll, so soll doch wenigstens die in jedem bessern Gemüte wurzelnde Liebe des Vaterlandes warnen vor den Verirrungen der Eitelkeit und des ungebundenen Strebens nach Originalität, welche nur zu oft der zerstörenden Kritik unsrer Tage zu Grunde liegen ⁴³.»

Heusler ließ seinen Aufsatz 1837 im «Schweizerischen Museum» erscheinen, das von Gerlach ⁴⁴, Hottinger ⁴⁵ und Wackernagel redigiert wurde. Hottinger ließ Kopp sofort ein Exemplar dieser scharfen Kritik an seinem Werk zukommen, und da er annahm, daß Kopp keine besondere Freude an Heuslers Ausfällen haben würde, teilte er ihm gleichzeitig mit, daß das «Museum» zu jeder Erwidernng offenstehe ⁴⁶. Auch Wilhelm Wackernagel forderte Kopp brieflich auf, gegen Heusler in die Schranken zu treten. Kopp war aber gar nicht der Mann wissenschaftlicher Fehden, für den man ihn nach seinen «Urkunden» halten mußte. Er wollte «arbeiten und schweigen» ⁴⁷. Darum lautete auch seine Antwort an Wackernagel: «An eine Gegenschrift gegen irgend einen meiner Kritiker habe ich nie von ferne gedacht; am allerwenigsten wenn, wie von Herrn Heusler, die politische Saite angeschlagen wird. Die einzige Gegenschrift wird mein Werk selber sein; so habe ich es schon im Vorworte zu meinen «Urkunden» verstanden; Sie sehen, daß ich meinen Gegnern die Freude nicht verderben will ⁴⁸.»

Inzwischen hatten Hottinger und Wackernagel Heusler darüber unterrichtet, wie sehr er sich im Charakter und in den wissenschaftlichen Zielen Kopps getäuscht habe. Heusler schämte sich deshalb sehr seiner harten Abkanzelung und hätte sich gern durch ein persönliches Gespräch mit Kopp versöhnt. Aber er wagte es nicht, als er als Tagsatzungsgesandter Basels 1838 in Luzern weilte, diesen

⁴³ Ebenda, Einleitung.

⁴⁴ Franz Dorotheus Gerlach (1793–1876), Professor der lateinischen Sprache und Literatur an der Universität Basel. Vgl. Eduard His: *Basler Gelehrte*. Basel 1941, S. 51 ff.

⁴⁵ Johann Jakob Hottinger (1783–1869), Zürcher Historiker.

⁴⁶ Lütolf, a. a. O., S. 143.

⁴⁷ Ebenda, S. 144.

⁴⁸ Kopp an Wackernagel, 20. Jan. 1838. St.A.B. Pr.Ar. 82.

aufzusuchen. Der Luzerner wollte dagegen auf den Gedankenaustausch und die Bekanntschaft mit dem kenntnisreichen Basler nicht verzichten und versuchte, allerdings erfolglos, seinerseits Heusler zu besuchen. Kopp war bei seiner riesigen Urkundensammeltätigkeit auf die Hilfe von Freunden unbedingt angewiesen. Das war wohl mit ein Hauptgrund, warum er auch mit Heusler in Verbindung treten wollte. Schon einige Jahre früher hatte er zu dem gleichen Zweck eine Korrespondenz mit Wackernagel begonnen, und so eröffnete er am 3. April 1839 schließlich auch die brieflichen Beziehungen zu Heusler ⁴⁹. «Euer Wohlgeboren sind längst berechtigt einen Brief von mir zu erwarten und seit bald einem halben Jahre drückt mich die unerledigte Schuld. Ich will nicht wiederholen, was Ihnen schon von anderer Seite gesagt worden, daß ich während Ihrer ersten Anwesenheit in Luzern letztes Jahr mir die Ehre Ihrer persönlichen Bekanntschaft erwerben wollte. Ebenso bedaure ich, daß ich gerade abwesend sein mußte, als Sie darauf im Spätherbste mir das Vergnügen Ihres Gegenbesuches zudachten. Sie haben aus meinen Urkunden vielleicht geschlossen, ich sei sehr polemischer Natur und haben darum wohl auch eine Erwiderung erwartet; doch hierin hätten Sie sich gutenteils in mir geirrt. . . So ungern ich jedoch mich öffentlich herumzanke, so lieb ist es mir dagegen, wenn ich mich in vertraulichem Gespräche mit Freunden und Bekannten (und Sie verzeihen, wenn ich Sie nunmehr auch dazu rechne) über Dinge, von welchen ich auch etwas zu verstehen glaube, näher besprechen, selbst streiten kann. Sie wären mir so zum rechten Beichtspiegel geworden, und hätten mir säuberlich alle Sünden ins Gesicht gesagt, sogar solche, die ich unwissentlich begangen haben mag; auf diese Weise hätte ich der eigenen Gewissensforschung entbehren können.»

Heusler war natürlich hocherfreut über diesen Brief, besonders darum, weil ihm Kopp seinen «kleinen litterarischen Angriff» wirklich nicht mehr übelzunehmen schien. Trotzdem glaubte er in seinem Antwortschreiben sein gereiztes Verhalten doch noch einmal entschuldigen zu müssen. Was den politischen Teil seines Aufsatzes betreffe, so wolle er offen gestehen, daß ihm seither selbst der Ton desselben etwas rauh und herb erschienen sei. Er sei es in diesem Maße geworden, weil ihn die harten Urteile über Tschudi und Müller sehr geärgert hätten. Seit Kopps Brief sei er aber eigentlich froh, ihn nicht in Luzern angetroffen zu haben, «denn ich kann Sie ver-

⁴⁹ Im Nachlaß Andreas Heuslers (St.A.B. Pr.Ar. 328) befinden sich 23 Briefe Kopps. Es scheinen alle zu sein, die er je an Heusler geschrieben hat. In der Bü.Bi. Luzern (Nachlaß Kopp) sind dagegen von den aus Kopps Briefen zu erschließenden neun Briefen Heuslers nur noch sechs vorhanden.

sichern, Sie hätten sich vollkommen getäuscht. Ich darf mich nicht zu den Geschichtsforschern zählen und wäre nicht befugt, einem Mann wie Sie sind, durch alle schwierigen und verwickelten Untersuchungen hindurch zu folgen; ich betrachte mich nur als Dilettanten, der bloß eine Seite der Geschichte, die des öffentlichen Rechts in seinen Mußestunden betrachtet und einzelne kleine Partien derselben auch sich etwas genauer ansieht, und so wurde ich zu meiner Untersuchung über Uri geführt. Ich studiere die Rechtsverhältnisse und mache mir um die Tellensage keine grauen Haare. Ihre Verdienste um die Geschichtsforschung bin ich weit entfernt zu verkennen, obschon ich vor der Hand, bis ihr Werk wird erschienen sein, ihnen bloß einen negativen Wert beilegen kann. Sie haben alles ungewiß gemacht; ob es Ihnen gelingen werde aufzubauen, wird die Zukunft lehren. Aber bliebe es auch bei dem Bisherigen und würde uns Ihre zusammenhängende Darstellung kein größeres Licht bringen, immerhin müßte die Zukunft von Ihnen melden: Professor Kopp hat durch seine kühne Kritik das ganze Gebäude der früheren Schweizergeschichte erschüttert und dadurch den Anstoß zu neuer Forschung gegeben, wodurch dieselbe auf solidere Grundlagen gestellt worden ist ⁵⁰.»

Immer wieder war es die Beschaffung einer Urkunde, weswegen sich Kopp an Heusler wandte, denn er wußte in Basel und seiner Umgebung wenig Bescheid. Während seines letzten Aufenthaltes in Basel, im Jahre 1836, hatte ihm niemand gesagt, wo die Urkunden der verschiedenen Klöster zu finden seien. Er hoffte deshalb, wenn ihm je Muße zu einem erneuten Abstecher nach Basel werden sollte, dank der Mithilfe Heuslers nicht wieder mit leeren Händen nach Hause zurückkehren zu müssen ⁵¹. Noch bevor es aber zu dem geplanten «Herbstausflug» ⁵² nach Basel gekommen war, lernten sich Kopp und Heusler in Baden persönlich kennen. Nachdem Niklaus Friedrich von Mülinen ⁵³, der Gründer und die Seele der Schweizerischen Geschichtsforschenden Gesellschaft, 1833 gestorben war, fristete dieser Verein nur noch ein Schattendasein, und allgemein wurde das Bedürfnis nach seiner Neubelebung lebendig. So entstand auf Anregung Johann Caspar Zellwegers ⁵⁴ im Jahre 1841 eine neue

⁵⁰ Abgedruckt bei Lütolf, a. a. O., S. 157.

⁵¹ Kopp an Heusler, 29. April 1840.

⁵² Ebenda.

⁵³ Nikl. Friedrich v. Mülinen (1760–1855), Berner Staatsmann der Mediations- und Restaurationszeit.

⁵⁴ Johann Caspar Zellweger (1768–1855), Handelsmann, Philanthrop und Historiker.

Gesellschaft, die den Namen Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz annahm ^{54a}. Der Neugründung war eine beratende Versammlung in Baden vorausgegangen, zu der am 30. September 1840 Geschichtsfreunde aus elf Kantonen zusammengekommen waren. Aus Basel Professor Wilhelm Vischer ⁵⁵, Dr. August Burckhardt ⁵⁶ und Ratsherr Andreas Heusler. Luzern war durch Stadtarchivar Schneller ⁵⁷ und Professor Kopp vertreten. Zellweger war schon so alt und gebrechlich, daß Heusler von Anfang an die Leitung der Geschäfte übernehmen mußte. Kopp wurde in die Redaktionskommission für das «Archiv», das Publikationsorgan der neuen Gesellschaft, gewählt. Er sollte dabei vor allem die Rubrik der Regesten übernehmen, mußte sich aber wegen anderer Geschäfte schon bald wieder zurückziehen.

Seitdem sich Kopp und Heusler in Baden persönlich kennengelernt hatten, waren auch die Briefe, die sie sich seither schrieben, in einem viel herzlicheren Tone gehalten. So wies Kopp den Titel «Hochgelehrter Herr» ⁵⁸, mit dem ihn Heusler in seinem letzten Briefe angeredet hatte, zurück und schlug dafür die Anrede «Lieber Herr und Freund» vor. «Die Erinnerung an jene Zusammenkunft», schrieb Heusler, kaum wieder aus Baden nach Basel zurückgekehrt, «wird mir immer sehr angenehm bleiben, und besonders gewährte mir Freude, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen. Der Streit, wenn er fortgesetzt wird, wird in Zukunft nur noch ein freundlicher, friedsammer Streit sein. Kann ich Ihnen ferner bei Ihren Forschungen irgend einen Dienst erweisen, so wird es mit lebhafter Freude geschehen ⁵⁹.»

Schon in Baden hatte Heusler Kopp angekündigt, es sei ein zweiter Aufsatz gegen ihn unter der Presse. «Er behandelt eine Frage, die mir schwieriger scheint als die frühere. Hoffentlich werden Sie in meiner diesmaligen Polemik eine wesentliche Veränderung gegen früher wahrnehmen, und wenn Sie sich früher verletzt finden konnten, so glaube ich, es enthalte der gegenwärtige Aufsatz nichts, das sie beleidigen könnte ⁶⁰.»

Auch dieser zweite Aufsatz war aus einem Vortrag «Die Rechts-

^{54a} Vgl. Hundert Jahre Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz, 1841–1941. Bern 1941.

⁵⁵ Wilhelm Vischer-Bilfinger (1808–1874), Professor der griechischen Sprache und Literatur an der Universität Basel.

⁵⁶ August Burckhardt (1808–1863), Gerichtspräsident in Basel.

⁵⁷ Josef Schneller (1801–1879), Luzerner Stadtarchivar.

⁵⁸ Kopp an Heusler, 23. Okt. 1840.

⁵⁹ Heusler an Kopp, 3. Okt. 1840.

⁶⁰ Heusler an Kopp, 12. Okt. 1840.

frage zwischen Schwyz und Habsburg» entstanden, den Heusler am 2. April 1840 vor der Historischen Gesellschaft in Basel gehalten hatte⁶¹. Auch hier wollte er wieder nachweisen, daß der Anspruch des Hauses Habsburg auf landgräfliche Gewalt über Schwyz alles andere als erwiesen sei. In der Einleitung gab er seinem Erstaunen Ausdruck, daß man in der Schweiz noch kaum zu Kopps «Urkunden» Stellung genommen habe. Man wolle wahrscheinlich allgemein erst Kopps versprochene Gesamtdarstellung abwarten. «Indeß nimmt in Deutschland draußen die Koppische Kritik immer mehr Besitz von der öffentlichen Meinung, seine oft sehr gewagten Behauptungen werden als gediegene Resultate tüchtiger Kritik angesehen und die willkürlichsten Folgen daraus gezogen⁶².» Um gegen diese Entwicklung bestmöglichst anzukämpfen, hatte Heusler sein «Schwyz»⁶³ verfaßt. Natürlich hatte er auch Kopp ein Exemplar davon zukommen lassen. Aber Kopp ging in seinem Dankesbrief nicht im einzelnen auf den Aufsatz ein, da er lieber den Faden der zusammenhängenden Geschichte verfolgen als sich in Bruchstückpolemik einlassen wolle. «Immerhin sind mir Ihre Arbeiten von größtem Wert. Sie enthalten das Beste, Trifftigste, was sich gegen meine Urkunden sagen läßt, und wenn ich so widerlegungslustig wäre, als ich es nicht bin, so würde ich, wenn ich Sie widerlegt hätte, alle Gegner samt Escher, Henne und Zellweger⁶⁴ und wen ich sonst noch in Harnisch gebracht habe, widerlegt zu haben glauben. Ich werde seiner Zeit die Ergebnisse meiner Forschung öffentlich vorlegen und dann andern überlassen, was sie damit anfangen wollen. – Sie scheinen noch immer zu glauben, mich mit Ihren ‚Uria‘ erzürnt zu haben, wiewohl ich Ihnen bereits schriftlich und mündlich das Gegenteil versichert habe; auch wäre es von mir eine törichte Grille, über eine Entgegnung (wie ernst sie auch immer sein möchte) ungehalten zu werden, zumal ich selber herausgefordert habe. Was ich damals übelnahm und Hottinger nicht vorenthielt, weil ich den Fehler mehr den Herausgebern als Ihnen, dem Verfasser, zuschrieb, war der Ton an einigen Stellen, welcher eine Art von politischer provocatio ad populum zu sein schien, ein Ton, von dem ich nicht glaubte, daß ihn ein Forscher gegen den andern annehmen sollte. Doch das ist ja

⁶¹ Das Manuskript dieses Vortrags St.A.B. Pr.Ar. 328.

⁶² Ebenda.

⁶³ Die Rechtsfrage zwischen Schwyz und Habsburg. Schweizerisches Museum für historische Wissenschaften, Bd. III, Frauenfeld 1840, S. 257–292. Es ist natürlich ein Irrtum, wenn Lütolf das Erscheinen von Heuslers «Schwyz» vor die Zusammenkunft in Baden legt.

⁶⁴ Diese hatten alle kleinere Artikel gegen Kopp geschrieben.

längst unter uns gut gemacht. In der gegenwärtigen ‚Rechtsfrage‘ kommt allerdings nichts der Art vor, und man könnte sie eher all zu zahm nennen. Sollte ich Ihnen meine Meinung darüber sagen? Es ist gar wohl möglich, daß Sie viele in ihren bisherigen Geschichtsansichten bestärkt haben gegen die Andeutungen, die in meinen «Urkunden» enthalten sind, aber ich zweifle sehr, ob Sie durch Ihren Aufsatz sich selbst von der Richtigkeit Ihrer Ansicht überzeugt haben. An mir haben Sie leider mit der ‚Rechtsfrage‘ nichts ausgerichtet ⁶⁵.»

Bekanntlich brachte das Jahr 1841 für Kopp eine wichtige Lebenswendung. Hatte die Politik jahrelang den stillen Forscher wenig angefochten, so wurde er nun plötzlich in die vorderste Front des politischen Tageskampfes berufen. Da er aber für die neuen Berufsgeschäfte durchaus nicht gemacht war, ist ihm sein Amt als Regierungsrat außerordentlich schwer gefallen. Vor allem mußte er seine Arbeit an der geplanten Gesamtdarstellung seiner Forschungsergebnisse so sehr zurückstellen, daß er den ersten Band seiner «Geschichte der eidgenössischen Bünde» erst 1845 in Leipzig erscheinen lassen konnte ⁶⁶. Er zeigte sich darin wieder als Meister der quellenkritischen Methode, doch ging ihm leider das Talent des Erzählens im höchsten Maße ab. Ohne leitende Idee folgte eine Tatsache der andern, und nirgends hatte er seine Ergebnisse noch einmal zusammengefaßt ⁶⁷.

Ein freundschaftlicher Briefwechsel zwischen Heusler und Kopp wurde nicht mehr aufgenommen. Heuslers letzter noch erhaltener Brief an Kopp stammt aus dem Jahr 1848; Kopps letztes Schreiben, ein Bittgesuch, sich des gewesenen Standesweibels von Luzern freundlich anzunehmen, von 1850. Kopp scheint von dieser Zeit an gewisse Zeichen des Alters gezeigt und eigenwillige, pedantische und grillenhafte Manieren angenommen zu haben. Wenigstens betitelte ihn Segesser in einem Brief an Heusler als «wunderlichen Kauz» ⁶⁸ und einige Zeit später schrieb er noch schärfer: «Bezüglich Kopp – auch das gehört zur Geschichtsforschung – teile ich ganz Ihre Ansicht. Der Mann war immer eitel und grob und diese Qualitäten haben sich mit dem zunehmenden Alter nicht vermindert ⁶⁹.»

⁶⁵ Kopp an Heusler, 23. Okt. 1840.

⁶⁶ Im gleichen Verlag, in dem einst Johannes von Müllers «Geschichten Schweizerischer Eidgenossenschaft» erschienen waren.

⁶⁷ Georg Waitz: Göttingische Gelehrte Anzeigen, 1857, Stück 72–75.

⁶⁸ Eduard His: Briefwechsel zwischen Philipp Anton v. Segesser und Andreas Heusler. BZ, Bd. 31, S. 150.

⁶⁹ Ebenda, S. 195.

Ob Kopp, als er auf einer Archivreise im Jahre 1849 auch Basel berührte, Heusler besucht hat, ist nicht mehr bekannt. Die freundschaftlichen Beziehungen der beiden hatten sich wohl schon damals in eine kühle Entfremdung verwandelt.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Kopp hat Heusler bis an sein Lebensende weitergeführt. So schilderte er 1854 in einem Nachtrag zu einem Aufsatz über den Bund Zürichs mit den vier Waldstätten⁷⁰ noch einmal voll Wehmut, wie Kopp vor neunzehn Jahren das «uns allen schon von unsern Kinderjahren her liebe»⁷¹ und schöne Märchen von der Entstehung der Eidgenossenschaft zerstört habe, und drei Jahre vor seinem Tode trat er zum letztenmal mit einem Vortrag «Zur Tellsage»⁷² gegen Kopp auf. Er ging darin zunächst der Entstehung und der Entwicklung der Tellsage von Vitoduranus bis zum Luzerner Diebold Schilling nach und suchte Tschudi gegen Kopp zu verteidigen. Allerdings war auch ihm ein Rätsel, woher Tschudi alles wußte, und er kam zu dem Ergebnis, daß Tschudi, wenn er keine seither verlorene Quelle benutzt habe, alles, was über das Weiße Buch hinausgehe, erfunden haben müsse. Höchst originell und seine gute Kenntnis der Inner-schweiz verratend war aber die Art, wie er seinen Vortrag schloß: «Wollen Sie mich trotz der Kälte zu einer kleinen Reise in jene Länder begleiten; Sie können dann gelegentlich auch das Hotel Alpenklub im Maderanertal besuchen. – Wir kommen nach Schwyz, wir stellen uns auf eine der Stufen, die hinter Schwyz zum Mythen hinaufleitet. Wir sehen ein freundliches, fruchtbares Tal vor uns, das sich nicht zu enge von mäßigen Höhen eingeschlossen bis nach Brunnen zieht, zur rechten Hand liegt uns ein anderes nicht minder freundliches Tal mit Steinen und Lauerz, bis nach dem Zugersee hin, das erst in unserem Jahrhundert zum Teil verschüttet worden ist; zur linken Hand zieht sich durch vorspringende Felsen verdeckt ein drittes durch die Muotta bewässertes Tal mit fetten üppigen Weiden. Ein schönes Land und ein kräftiges Volk, voll Stolz und Energie. Als Zürich seinen ersten Verrat am Bunde übte, hat Schwyz ihn aufrecht erhalten... So groß war der Eindruck der Tatkraft der Schwyzer, daß vielleicht schon damals, jedoch sicher zur Zeit des Sempacherkrieges der ganze Bund nach ihnen benannt wurde. Auch später bis auf die neueste Zeit hinab ist Schwyz das tatkräf-

⁷⁰ Der Bund Zürichs mit den vier Waldstätten vom 1. Mai 1351. Beiträge der Basler Historischen Gesellschaft, Bd. V (1854).

⁷¹ Ebenda, S. 203.

⁷² Gehalten am 14. Dez. 1865 vor der Basler Historischen Gesellschaft. St.A.B. Pr.Ar. 328.

tigste der drei Länder... Ganz anders Uri. Das Tal ist enger, die Gebirge steiler und höher, ihre Strebepfeiler kommen im Tal fast zusammen, zwischendurch schlängelt sich die Reuß, sumpfige Widerwasser bildend, nicht selten ihr Geschiebe vom Gotthard auf die Weiden werfend... Hin und wieder liegende Granitblöcke erinnern uns, daß auch die Berge nicht fest stehen auf ihrem Grunde. Führt man hinauf nach Amsteg, so begegnet uns hier und da eine hohle Hand, welche zu einem dicken Kopf mit matten schielenden Augen und zu einem unmäßigen Halse gehört, und wir werden an das höhnende Wort erinnert, das die Schwyzer schon im 15. Jahrhundert sich erlaubt haben: Wie sind die Kröpff von Uri so göttlich fürwitzige. – Ich will die lieben Landlit von Uri nicht kränken, aber Land und Volk scheinen mir den Vergleich mit Schwyz nicht aushalten zu können. Und dennoch ist Uri bis auf den heutigen Tag das erste der drei Länder. Woher kam das? Das Weiße Buch und Etterlin sagen uns, es sei das älteste, zuerst urbar gemachte. Das ist sicher unrichtig, denn die Bewohner sind Alemannen, sie kamen nicht über den Gotthard, sondern von unten herauf, also zuerst nach Schwyz. Eine bessere Antwort gibt uns die urkundliche Geschichte. Uri ist das erste Land, weil es früher frei wurde. Unter dem Krummstab der Äbtissin von Zürich gelangte es gerade wie so viele Städte zur Reichsunmittelbarkeit, die ihm von Rudolf von Habsburg anerkannt und auch von Österreich im 14. Jahrhundert nicht bestritten wurde. Schwyz dagegen hatte allerdings einen Freiheitsbrief von Kaiser Friedrich II., aber Rudolf hat denselben nicht anerkannt, und die Herzöge von Österreich haben im 14. Jahrhundert geradezu Schwyz und Unterwalden als ihren Besitz angesprochen. – Uri hatte also ein besseres Recht als Schwyz... Ein zweites ist noch beachtenswerter: Die Tellsage ist der einzige Schlüssel zur Erklärung der Entstehung der ewigen Bünde. Wenn eine historische Tatsache unbestritten ist, so ist es der Bund von Uri, Schwyz und Nidwalden vom 1. August 1291. Wie kam nun Uri dazu, einen solchen Bund zu schließen?... Wahrlich, „die Kröpff von Uri mußten göttlich fürwitzig sein!“ Denn beachten Sie, meine Herren, daß Kopp ganz richtig sagt, es kann nicht bewiesen werden, daß die Herzöge von Österreich dem Lande Uri auch nur ein Haar gekrümmt haben. Und dennoch schließt Uri einen Bund gegen die drohende Übermacht, und zwar auf ewige Zeiten, aus purer Großmut, denn es selbst ist ja nicht im mindesten bedroht. Es konnte ja der Sympathie kriegslustiger Freischaren die Zügel schießen lassen, aber es zieht vor, sich auf ewig zu binden, ohne allen von Österreich gegebenen Anlaß. – Glaube das, wer will, ich bin geneigt zu glauben, daß etwas

geschehen sein müsse, wovon unsere Urkunden nichts melden, Uri habe seine Freiheit bedroht gesehen und sich deshalb in das gegenseitige Schutzbündnis eingelassen, mit anderen Worten: Österreich hat etwas gegen die Freiheit von Uri attentiert, und dadurch ist der Bund veranlaßt worden. . . . Und nun zum Schluß: ich bin fest überzeugt, daß die Tellsage einen historischen Grund hat, die Erhebung des freien Mannes von Uri gegen Usurpationsversuche Habsburgs. Alles einzelne aber ist unsicher. Werden nicht neue Quellen und Hilfsmittel gefunden, so dürfte es vergebliche Mühe bleiben, Wahres und Unwahres daran auszufinden. Man kann an der Blumenzwiebel eine Schicht nach der andern abschälen, bis man zuletzt nichts mehr in der Hand hat, weiß aber deshalb von derselben nicht mehr als vorher. Behalten wir sie lieber ganz, pflegen wir sie und freuen uns der herrlichen Blüten, die in Tschudis und Müllers Erzählungen, in Schillers Drama daraus emporgewachsen sind.»

Es ist interessant, wie sich auch dieser letzte Vortrag Heuslers als organischer Schlußstein in die Gesamtauseinandersetzung mit Kopp einfügt. Hatte er schon vor bald dreißig Jahren mit seinem «Uri» die von Kopp bezweifelte Unschuld der ältesten Bünde retten wollen, so verfolgte er auch mit seinem letzten Vortrag kein anderes Ziel, mochte er sich darin auch vor allem mit Einzelheiten der Tellgeschichte auseinandersetzen, deren historische Glaubwürdigkeit ihn im Grunde nie interessiert hatte⁷³.

Heusler war nicht der einzige, der in Basel zu Kopps Forschungen Stellung nahm. Wohl hatte er als erster gegen Kopp zum Schlage ausgeholt, doch war er seither unermüdlich bestrebt, auch noch andere für die Verteidigung der alten Auffassung zu gewinnen. So Heinrich Gelzer⁷⁴.

Ursprünglich aus Schaffhausen stammend, hatte sich Gelzer im Jahre 1837 in Bern niedergelassen, weil er mit dortigen Patriziern befreundet war und in ihren Familienarchiven arbeiten wollte. Er fühlte sich zunächst in gleichem Maße zur Geschichte wie zur Theologie hingezogen und sah sich von früher Jugend an dazu berufen, seine Zeitgenossen darauf hinzuweisen, auf welch verhängnisvolle Bahnen die menschliche Gemeinschaft bei der Sprengkraft des Fortschritts in Zukunft getrieben werde, wenn sie nicht von der christ-

⁷³ Vgl. dazu auch Heuslers Besprechung von Kopps 1854 in den «Geschichtsblättern aus der Schweiz» veröffentlichtem Aufsatz «Zur Tellsage». «Allgemeine Zeitung», Jahrgang 1845, Nr. 206 (Beilage).

⁷⁴ Heinrich Gelzer (1813–1889). Vgl. Karl Wall: Heinrich Gelzer. Diss. (Maschinentenschrift). Basel 1950.

lichen Liebesethik zusammengehalten sei⁷⁵. Gelzer war kein Gelehrter im strengen Sinn des Wortes. An der Geschichte interessierte ihn die menschliche, psychologische und ethische Seite. Quellenforschung und Quellenkritik ließen ihn unbefriedigt. Als ein begeisterter Verehrer Johannes von Müllers betrachtete er nicht die Forschung im einzelnen, sondern die Darstellung als seine Sphäre. Er wollte die Begebenheiten nicht ermitteln, sondern sie christlich verarbeiten, und die Vergangenheit diente ihm nur dazu, den Blick für die Zukunft zu schärfen. Er betrachtete darum alle Epochen der Geschichte möglichst umfassend nach ihrem religiösen und sittlichen Charakter. Aus seinen Resultaten versuchte er dann Aussagen über Gegenwart und Zukunft zu machen. Für diesen seinen Wunsch, daß die «Besseren» sich finden und mit vereinten Kräften auf verschiedenen Wegen zu dem gemeinsamen Ziel hinarbeiten, daß Gesinnung, Bildung und Leben der Gegenwart zu christlicher Durchbildung sich verklären, trat er zum erstenmal öffentlich im Winter 1837/38 in Bern mit seinen Vorlesungen über die drei letzten Jahrhunderte der Schweizergeschichte ein. Das Aufsehen, welches diese Berner Vorlesungen, die schon bald im Druck erschienen, erregte, und Gelzers damit verbundene religiöse, politische und sittliche Opposition gegen den Radikalismus veranlaßten 1838 seine Berufung nach Basel.

Bekanntlich gehörte es zu den großen Verdiensten von Andreas Heusler, daß er mit Bürgermeister Burckhardt und Rats Herrn Peter Merian⁷⁶ zusammen die Basler Universität nach der Kantonstrennung vor ihrer Aufhebung bewahrte. Ein Leitgedanke bei der Neuordnung der Universität war der, durch populäre Vorlesungen das Interesse weiterer Kreise zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wurde auch Gelzer nach Basel berufen. Bürgermeister Burckhardt hatte sich schon in Bern mit ihm besprochen, aber es war vor allem Heusler, der ihn immer wieder zum Kommen drängte. So ging er im Herbst 1838 nach Basel, um seine Wirkungsmöglichkeiten zu besprechen. Heusler hatte ihm auch brieflich die Redaktion der «Basler Zeitung» angetragen. Gelzer glaubte aber, wider den Geist zu sündigen, wenn er sich ausschließlich der Arbeit an einer Zeitung widmen müßte. Da sich ihm in Basel keine gesicherte finanzielle Stellung zeigte, blieb er vorerst in Bern. In dieser Zeit muß ihn Heusler aufgefordert haben, doch auch zu Kopps Urkunden Stellung

⁷⁵ Für die folgenden Ausführungen habe ich, teilweise unter wörtlicher Verwendung einzelner Formulierungen, Gelzers Tagebücher verwendet. Sie sind im Besitz von Prof. M. Gelzer, Frankfurt a. Main.

⁷⁶ Peter Merian (1795–1883), Professor der Naturwissenschaften, berühmter Geologe.

zu nehmen. Gelzer hatte schon als Student in Halle Kopps Büchlein gelesen und sich sofort darüber Rechenschaft gegeben, wie sehr Kopp damit «das Poetische in der Entstehung unsrer Bünde bedroht» habe ⁷⁷. An Heusler schrieb er, auch er ärgere sich seit langem über die Stumpfheit, womit Kopps Angriffe in der Schweiz aufgenommen würden, glaube aber nicht, daß ausgerechnet er zum Zweikampf berufen sei ⁷⁸. Er hatte bei Oberst Wurstemberger ⁷⁹ in Bern Kopp persönlich kennengelernt, und es war ihm sofort klar, wie wenig sie beide gemeinsam hatten. Auch später, als Gelzer dann in Basel lebte, wurde er von Heusler immer wieder bestürmt, irgend etwas Spezielles zur Diskussion beizutragen, wie zum Beispiel eine Arbeit über Tell, jedoch lockte ihn eine solche Einzelforschung überhaupt nicht. Auch die wiederholten Bitten Heuslers, Gelzer möge die Redaktion der «Basler Zeitung» übernehmen, oder doch wenigstens Redaktor «für das Schweizerische» werden, empfand Gelzer als Abfall von seiner eigentlichen Aufgabe. Schließlich gab er aber doch nach und versprach, die Redaktion wenigstens teilweise zu übernehmen. Wenn seine Tagebuchaufzeichnungen nicht trügen, ist es bei dem Versprechen geblieben, denn kaum hatte er definitiv zugesagt, begab er sich einer Krankheit wegen für längere Zeit ins Ausland.

Wenn auch Gelzer nicht, wie es Heusler gewünscht hatte, irgend etwas Spezielles zur brennenden Diskussion beitrug, so mußte er dennoch in seiner öffentlichen Vorlesung über die zwei ersten Jahrhunderte der Schweizergeschichte, die er in Basel während des Winters 1839/40 vor einem rund hundertköpfigen Publikum hielt, zu Kopps Angriff auf die Befreiungstradition Stellung nehmen.

Schon in der gedruckten Ausgabe seiner Berner Vorlesungen ⁸⁰ hatte er in einer Anmerkung erwähnt, daß in neuerer Zeit «zwei schöne Blätter unserer Geschichte entweder ganz herausgerissen oder doch aufs äußerste verunstaltet wurden: Die Geschichte Wilhelm Tells und der Bund im Grütli». Gelzer hielt dagegen an den Haupttatsachen der Erzählung Tells fest und war der Ansicht, Kopp habe mit seinen Untersuchungen den Glauben an die Rechtlichkeit der Bünde noch keineswegs zu erschüttern vermocht. «Die Sagen vom Übermute und der Freude der Vögte etc. sind keine Ausgeburt

⁷⁷ Tagebuch, a. a. O., 26. April 1836.

⁷⁸ Gelzer an Heusler, St.A.B. Pr.Ar. 328.

⁷⁹ Johann Ludwig v. Wurstemberger (1783–1862), Berner Militär und Historiker.

⁸⁰ Die drei letzten Jahrhunderte der Schweizergeschichte, mit besonderer Berücksichtigung der geistigen und religiösen Zustände und der Sittengeschichte. Aarau und Thun 1838.

demagogischer Verunstaltung und Berechnung; die erste Verbindung unserer Väter war nicht aufrührerischer Bauerntrotz. – Die Untersuchung ist nun einmal eröffnet und muß natürlich fortgeführt werden, aber wir verargen niemandem, dem es unheimlich dabei wird, eine Lebensfrage unserer Geschichte so gefährdet zu sehen ⁸¹.»

In seinen Basler Vorlesungen ⁸² suchte Gelzer einen Mittelweg einzuschlagen, indem er weder den Gewinn neuer Untersuchungen vernichtigte noch die Darstellung der Vergangenheit in ein «chemisches Experiment» verwandelte. «In der Behandlung des Stoffes war ich gewissermaßen in die Mitte gestellt zwischen die poetische Schönheit des Müller'schen Werkes und die rein kritische, die bisherige Basis aufgebende neuere Forschung von Kopp. In der Tiefe der Auffassung, in der lebensvollen Frische der Anschauung wird jener allen späteren voranleuchten, während bei diesem der unbestochene Sinn für die nackte historische Wahrheit, insofern sich diese noch entdecken läßt, rücksichtslos vorzuwalten scheint; achtungswert gewiß, so lange die erstrebte Unparteilichkeit nicht unversehens in eine neue parteiische Vorliebe umschlägt; eine Erfahrung, welche an der modernen Kritik schon mehr als einmal erlebt worden ⁸³.»

Das Urteil darüber, ob die eidgenössischen Bünde zum Zwecke revolutionärer Gewalttat oder aber zur Abwehr widerrechtlicher Gewalt geschlossen worden seien, wollte Gelzer den Gelehrten überlassen. Immerhin kam er, indem er sich vor allem auf die Forschungen Heuslers und Bluntschlis berief, zu folgendem Schluß: «Der ganze Stand der Dinge war erst ein werdender, sich bildender. Auf beiden Seiten hatten sich Ansprüche gebildet, die zuletzt sich feindselig begegnen mußten. Österreich hatte die Anfänge einer erblichen Herrschaft für sich, die Länder dagegen feste Ansprüche an die Reichsfreiheit. Zum Ausbruch kam der Streit durch die Vertreibung der Vögte und durch die Schlacht am Morgarten ⁸⁴.» Gelzer erwähnte den Rütlibund mit keinem Wort. Dafür bezeichnete er, in völliger Abhängigkeit von der alten Geschichtsauffassung, Morgarten als den sicheren, historischen Anfang der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Ausführlicher ging er diesmal auf die Tellsage ein. In ihr offenbare sich unverkennbar die Natur der dichterischen Sage, die Vorfälle, welche in verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten

⁸¹ Ebenda, S. 25 ff.

⁸² Die zwei ersten Jahrhunderte der Schweizergeschichte, von der Stiftung des Bundes bis zur Reformation. Basel 1840.

⁸³ Ebenda, Vorwort.

⁸⁴ Ebenda, S. 11.

geschehen seien, in ein einziges Gemälde zusammengegossen habe. Auch wenn man auf den geschichtlichen Charakter verzichte, müsse man die Sage doch nicht ganz fallen lassen. Sagen seien ja nicht Kindermärchen oder Produkte müßiger Köpfe, sondern fänden darum allgemeinen Glauben, weil sie lebendige Erzeugnisse aus dem Gemüt des Volkes darstellten. Menschlich zumindest kämen Sagen darum der Bedeutung gewöhnlicher, urkundlich belegter Nachrichten gleich. Gelzer glaubte deshalb zusammenfassend sagen zu dürfen: «Tell hat gelebt, hat kühn und für sein Volk gehandelt und ist eben darum von der Sage verherrlicht worden. Über das Einzelne seiner Abenteuer wird sich schwerlich gegen alle Zweifel Gesichertes sagen lassen; am besten tut wohl, wer die Sage nimmt, wie sie sich gibt, sich so an ihr erfreut und in ihr den Sinn und Charakter des Volkes erkennt, das in derselben seinen Glauben und seine älteste Politik niedergelegt hat: das Recht der Notwehr gegen die Anmaßungen des Übermutes und das Vertrauen auf göttlichen Schutz der Bedrängten. – Tells Geschichte sollte nur an einem Einzelnen die damalige Geschichte seines Landes ausdrücken; auch hier ist es das Unrecht, die Gewalttat der Vögte und ihre Bestrafung, was die Sage in der mannigfaltigsten Einkleidung durchführt und auch hier war die Sage Ausfluß einer Volksstimmung, die ohne Zweifel durch erlittenen Überdrang hervorgerufen war⁸⁵.»

Kopp mit seiner ganz andern Veranlagung hatte natürlich keinerlei Verständnis für derartige hinsichtlich der modernen Quellenkritik völlig unhaltbare Ausführungen und beklagte sich im Oktober 1840 in einem Brief an Heusler bitter über Gelzer, der «in seinen ersten Kapiteln bis 1332 nichts gesagt hat; muß denn alles gedruckt sein»⁸⁶.

Aber fünf Jahre nach Gelzers öffentlichen Vorlesungen und zehn Jahre nach dem Erscheinen von Kopps «Urkunden» kündigte schon wieder ein Basler, der eben erst zum außerordentlichen Professor der Geschichte ernannte siebenundzwanzigjährige Jacob Burckhardt, eine Vorlesung über die «Älteste Geschichte der Schweiz» an, in welcher er ebenfalls zu Kopps Abbruch der Befreiungstradition Stellung nahm⁸⁷. Burckhardt verkannte Kopps wissenschaftliche Bedeutung keineswegs, neigte aber wie Heusler und Gelzer eher zur Tradition. Gelegentliche Randbemerkungen in seinem Vorlesungsmanuskript wie «N'est-ce pas Mr. Kopp?» oder «Aber Herr Kopp, Herr

⁸⁵ Ebenda, S. 8.

⁸⁶ Kopp an Heusler, 23. Okt. 1840.

⁸⁷ Werner Kaegi: Jacob Burckhardt, eine Biographie. Basel 1950, B. II, S. 361 ff. Hier ist auf den Inhalt dieser Vorlesungen bereits ausführlich eingegangen worden.

Kopp», machten es besonders deutlich, daß er sich in einer ständigen Auseinandersetzung mit den gewagten Schlüssen des Luzerners befand. So versuchte er Kopps Betonung von bestehenden Unfreiheiten, wo er nur konnte, zu widerlegen und verblieb auch bei der Beurteilung Albrechts I., an dessen Charakter Kopp nur Lichtseiten zu entdecken vermochte, bei der überlieferten Auffassung. Bei seiner ausführlichen Digression über Wilhelm Tell war er, zumindest in bezug auf die Einzelheiten der Sage, fast noch konservativer als Gelzer, und, was den Zeitpunkt und die Berechtigung der schweizerischen Erhebung anbetraf, hielt er sich ebenfalls nahe an die Tradition. – Ob Burckhardt Kopp persönlich kannte, ist nicht mehr festzustellen. Immerhin hatte Heusler 1845 seinen Freund Segesser gebeten, Burckhardt bei Kopp einzuführen ⁸⁸.

Der Basler Gymnasiallehrer, VDM Remigius Meyer ⁸⁹ schlug mit seinen Forschungen dann bereits die Brücke zu Wilhelm Vischer. Meyer hatte sich schon im Jahre 1844 mit einem Aufsatz «Die Waldstätte vor dem ewigen Bunde von 1291 und ihr Verhältnis zum Hause Habsburg ⁹⁰» der Frage nach den Ursprüngen der Eidgenossenschaft zugewandt und hatte dann vor allem in den fünfziger Jahren (1850 und 1857) vor der Basler Historischen Gesellschaft zwei scharfsinnige Vorträge «Zur Entstehungsgeschichte des ewigen Bundes der Eidgenossen» ⁹¹ gehalten. Hatte er in seinem Vortrag von 1850 die Ermordung König Albrechts durch Johann behandelt und darin die altüberlieferte Auffassung gegenüber Kopps neuen Thesen verteidigt, so war sein zweiter Vortrag dem ersten, ernsthaften Versuch gewidmet, die erst vor kurzem aufgefundene Chronik des Weißen Buchs von Sarnen mit den Berichten der übrigen Chronisten und Dichter zusammenzustellen und zu vergleichen. Er war dabei zu keinem abschließenden Urteil gekommen, doch faßte er seine Ergebnisse wiederum mit einem Hieb auf Kopp, der kurz vorher erneut die «historische Gewißheit» Tells verneint hatte ⁹², folgendermaßen zusammen: «So sehr ich einerseits glaube, man dürfe, ohne des Leichtsinns beschuldigt zu werden, seine Bedenken äußern

⁸⁸ His: Segesser-Heusler, a. a. O., S. 69.

⁸⁹ Remigius Meyer (1801–1879).

⁹⁰ Abgedruckt als Einladung zur Promotionsfeier des Gymnasiums und der Realschule. Basel 1844.

⁹¹ Zur Entstehungsgeschichte des ewigen Bundes der Eidgenossen. Beiträge zur Vaterländischen Geschichte, Bd. IV, Basel 1850, S. 151 ff.

Zur Entstehungsgeschichte des ewigen Bundes der Eidgenossen. Beiträge zur Vaterländischen Geschichte, Bd. VI, Basel 1857, S. 1 ff.

⁹² Joseph Eutyech Kopp: Zur Tellsage, Letztes Heft der «Geschichtsblätter», Bd. 2, S. 323 ff.

gegen die Geschichte, wie sie seit Tschudis Zeit kristallisiert bei uns vorliegt, und es sei noch Vieles ein tief verborgenes und wohl verschlossenes Geheimnis; soweit bin ich davon entfernt zu glauben, daß der Mann, der in unsern Tagen die Schweizergeschichte in ausschließliche Pacht meint genommen zu haben, den passenden Schlüssel zu diesem Geheimnis schon gefunden habe ⁹³.»

Heusler, Gelzer, Burckhardt und Meyer verkörperten alle die erste Generation, die sich in Basel mit Kopps Forschungen auseinandersetzte. Mit Wilhelm Vischer ⁹⁴ und seiner die Schule von Georg Waitz ⁹⁵ verratenden Abhandlung «Die Sage von der Befreiung der Waldstätte nach ihrer allmählichen Ausbildung untersucht» ⁹⁶ war bereits eine neue Forschergeneration nachgerückt, für die Kopp schon ein wenig als historische Figur im Hintergrund stand, und die deshalb «für Manches einen freieren und unbefangeneren Blick erlangt» hatte ⁹⁷. Aber Vischer machte sich das von Kopp erstmals skizzierte Geschichtsbild ebenso wenig kritiklos zu eigen wie seine Vorgänger. Und dies besondere Interesse, immer wieder mit neuen Argumenten zur Stützung der überlieferten Tradition beizutragen, sollte auch das verbindende Kennzeichen aller Basler Forscher bleiben, die sich nach Vischer bis hin zur jüngsten Gegenwart mit der Befreiungstradition und ihrer Heldensage beschäftigt haben ⁹⁸.

Trotz dieser ausgesprochen traditionsfreundlichen Haltung wußte man in Basel Kopps epochemachende wissenschaftliche Leistung doch auch gebührend zu würdigen. So verlieh ihm anlässlich der Vierhundertjahrfeier ihrer Universität die Basler philosophische Fakultät den doctor honoris causa. Kopp nahm am Basler Fest nicht teil, aber Professor Joseph Ludwig Aebi ⁹⁹, der von Luzern

⁹³ Remigius Meyer: Zur Entstehungsgeschichte des ewigen Bundes der Eidgenossen (1857), a. a. O., S. 33.

⁹⁴ Wilhelm Vischer-Heußler (1833–1886), Sohn von W. Vischer-Bilfinger, vgl. Anmerkung 55. Professor der Geschichte.

⁹⁵ Georg Waitz (1813–1886), Historiker, Professor in Kiel, Göttingen und Berlin. Mitbegründer der hist.-krit. Schule.

⁹⁶ Die Sage von der Befreiung der Waldstätte nach ihrer allmählichen Ausbildung untersucht. Leipzig 1867.

⁹⁷ Ebenda, S. 2.

⁹⁸ Es sei hier nur an die Forschungen August Bernoullis, Andreas Heuslers (I), Andreas Heuslers (II) und Hans Georg Wackernagels erinnert. Vgl. dazu auch Hans Georg Wirz: Das Weiße Buch von Sarnen im Spiegel der Forschung, im Quellenwerk zur Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Abt. III, Bd. 1, Aarau 1947, S. XI ff.

⁹⁹ Josef Wilhelm Ludwig Aebi (1802–1881), ehemaliger Schüler Kopps, Schullehrer. Nimmt 1844 Priesterweihe und bekleidet verschiedene geistliche und weltliche Ämter.

offiziell an die Feier delegiert worden war, berichtete in einem Brief an Wilhelm Vischer¹⁰⁰, Kopp habe beim Empfang des Diploms eine ebenso aufrichtige als große Freude gezeigt¹⁰¹. Allerdings dankte Kopp selbst Vischer, als dem Vermittler seiner Auszeichnung, erst volle zwei Jahre später für die verliehene Ehre¹⁰². – Bei der gleichen Gelegenheit hatte die Basler Juristenfakultät auch Philipp Anton von Segesser, dem Verfasser der Luzernischen Rechtsgeschichte, den Ehrendoktor verliehen, und Segesser erklärte in seinem Dank an Heusler, er ziehe ein Diplom von Basel einem solchen von allen andern Universitäten vor¹⁰³.

Wie sehr die Basler Vierhundertjahrfeier auch die alten inner-schweizerisch-baslerischen Beziehungen wieder aufleben ließ, bewies ein Brief Professor Aebis, in welchem er auszusprechen suchte, was er in Erinnerung an die Basler Feier fühlte. «Ihr Fest», schrieb er an Vischer, «ist eine der schönsten, edelsten Erscheinungen in meinem Leben... Ich hange längst aufrichtig an Ihrer Universität, wissenschaftlich und durch Freunde, aber seit ihrem Fest ist meine Liebe verklärt und gehoben. Es war Alles so gemütlich, so innig und, was ich besonders hervorhebe, so kernhaft alteidgenössisch und so zart: auch der strengste Katholik konnte sich befriedigt fühlen. Zwischen Basel und der innersten Schweiz ist etwas Verwandtes, das manche Not geheiligt hat. Es war Sonntag in meinem Herzen. Überdies wie haben Sie, die edelen Herren von Basel, unser Luzern geehrt! Ja, die Bande zwischen uns sind enge geknüpft, sie sind geweiht durch Verdienst und Dankbarkeit. Uns ist die schöne Festzeit unvergeßlich... Dieselbe Gesinnung... teilen die Kollegen¹⁰⁴.»

¹⁰⁰ Der Gräzist Wilhelm Vischer war damals Dekan der philosophischen Fakultät.

¹⁰¹ Aebi an Vischer, 19. Sept. 1860. Nachlaß Vischer-Bilfinger A 1, im Besitz von Prof. Wilhelm Vischer, Basel.

¹⁰² Ebenda, Kopp an Vischer, 26. Nov. 1862.

¹⁰³ His: Briefwechsel Segesser-Heusler, a. a. O., S. 208.

¹⁰⁴ Siehe Anmerkung 101.

F. BASEL UND DER GOTTHARDTRANSIT¹

Das gemeinsame Interesse an der Gotthardstraße und am Gotthardtransit hatte schon lange vor der Gründung der Eidgenossenschaft zu engeren Beziehungen zwischen Basel und der Innerschweiz geführt. Diese Beziehungen waren die einzigen, die trotz der schweren politischen und konfessionellen Gegensätze der folgenden Jahrhunderte bis zum Ende der alten Eidgenossenschaft nie gänzlich abgerissen sind. Seitdem es wahrscheinlich anfangs des 13. Jahrhunderts² gelungen war, durch den ständigen Unterhalt eines Weges und den Bau mehrerer Brücken die Unwegsamkeiten der Schöllenschlucht zu überwinden, hatte die Straße über den St. Gotthard als Handels- und Pilgerstraße schon bald größte Bedeutung gewonnen³. Die oberrheinischen und lombardischen Lande hatten vorher nur über die Umwege des Großen St. Bernhard und der Bündnerpässe miteinander in Verbindung gestanden. Durch die Gotthardroute war eine viel kürzere, direktere und bessere Verbindung Deutschlands mit Italien eröffnet worden. Die Straße selbst war allerdings bis zum Ende der alten Eidgenossenschaft in einem recht primitiven Zustand und verengte sich an steilen und schwierigen Stellen zum schmalen Saumpfad⁴. Da die andern Paßstraßen im selben schlechten Zustand waren, und da die Erträge, die der Warentransport einbrachte, die Bevölkerung zufriedenstellten, erwies sich die Notwendigkeit, die Straße etwa so auszubauen, daß sie durchgängig mit Wagen befahrbar wurde, noch nicht als dringend. Erst durch die franzö-

¹ Die meisten der für diesen Abschnitt verwendeten Akten liegen in den Faszikeln «Handel und Gewerbe» im Basler Staatsarchiv. Abgekürzt HG.

² Der genaue Zeitpunkt ist umstritten. Vgl. Bruno Meyer: Die Entstehung der Eidgenossenschaft. Schweiz. Zeitschrift für Geschichte, 1952, S. 166 f. Dort auch die wichtigste Literatur verzeichnet.

³ K. C. Amrein: Der St. Gotthardpaß. Historische Skizze. Zürich 1878. Alois Schulte: Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien mit Ausschluß von Venedig, 2 Bde., Leipzig 1900. Karl Meyer: Zur Ursprungsgeschichte des St. Gotthards. Urner Neujahrsblatt 1920. Derselbe: Aufsätze und Reden. Zürich 1952.

sische Revolution und die ihr folgenden napoleonischen Zeiten geriet der blühende Gotthardtransit in eine schwere Krise. Als 1815 wieder friedliche Zeiten begannen, zeigte es sich, daß inzwischen andere Paßstraßen den Transit von Deutschland nach Italien weitgehend an sich gezogen hatten. Die meisten Waren gingen jetzt über den Splügen, aber auch der Simplon und der St. Bernhardin waren zu gefährlichen Rivalen geworden. Über den Simplon führte schon seit 1805 eine Fahrstraße und 1818 wurde gleichzeitig mit dem Bau von Kunststraßen über den Splügen und St. Bernhardin begonnen. Über diese neuen Straßen ging der Transit wesentlich schneller, billiger und sicherer als über den Gotthard, und es war darum nicht verwunderlich, daß der Gotthard plötzlich seine führende, jahrhundertalte Stellung eingebüßt hatte.

Von dem Nachlassen des Gotthardtransits wurden alle Kantone betroffen, durch deren Gebiet die Straße zum Gotthardpaß führte, vor allem die beiden Kantone Tessin und Uri. Der Kanton Tessin ⁵ hatte schon früh erkannt, daß die Konkurrenz der anderen sich im Ausbau befindlichen Paßstraßen keine andere Wahl ließ, als den Saumweg über den Gotthard ebenfalls in eine Fahrstraße umzuwandeln. So beschloß er im Jahre 1817, nachdem er schon seit der Mediationszeit an der Verbesserung seines Straßennetzes gearbeitet hatte, zunächst einmal die Straße von Giornico nach Airolo so auszubauen, daß man auf der ganze Strecke vierspännig fahren könne. Die Weiterführung bis zur Paßhöhe und Kantonsgrenze sollte dann später folgen. Das Unternehmen konnte aber nur einen Sinn haben, wenn Uri desgleichen seine Straßenstrecke bis zur Tessiner Kantonsgrenze hin fahrbar machte. Uri war jedoch nicht bereit, auf derartige Vorschläge Tessins einzugehen. Der in seinem Umfang und in seiner Bevölkerung begrenzte, von allen inneren Hilfsmitteln entblößte und durch den Krieg verarmte Kanton ⁶ fürchtete, mit einem solchen Unternehmen eine Schuldenlast auf sich zu laden, die er wohl nie mehr werde abtragen können. Der Kanton Tessin gab aber nicht nach und forderte, als alle direkten Bemühungen gescheitert waren, schließlich auch noch Luzern und Basel auf, bei Uri die Fahrbarmachung der Gotthardstraße zu empfehlen ⁷.

Basel wie Luzern waren einst wichtige «entrepôts» des Gott-

⁴ A. Kocher: Der alte St. Gotthardweg. Freiburg 1951.

⁵ Stefano Franscini: Der Canton Tessin. St. Gallen und Bern 1835. Giulio Rossi und Eligio Pometta: Geschichte des Kantons Tessin. Bern 1944.

⁶ K. Lusser: Der Canton Uri. St. Gallen und Bern 1834. Derselbe: Geschichte des Kantons Uri bis 1850. Schwyz 1862.

⁷ St.A.B. HG S 10, Tessin an Basel, Dez. 1817.

hardtransits gewesen, und besonders Luzern hatte mit Schrecken festgestellt, daß der Verkehr und Verdienst gegenüber früheren Jahren beträchtlich nachgelassen hatte. Es war deshalb zu allen Opfern bereit, um die alte Höhe wieder zu erreichen. Basel war während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unbestritten die erste schweizerische Handelsstadt und wegen seiner günstigen geographischen Lage ein gewaltiger Stapelplatz des ständig wachsenden Warenverkehrs⁸. Im Gegensatz zu Luzern war Basel aber nicht allein auf den Gotthardtransit angewiesen. Auch hatte die Stadt unter dem Rückgang des «reinen» Transits, der auf seinem Weg vom Ausland ins Ausland die Schweiz lediglich durchquerte, vorläufig noch nicht zu leiden. Die Waren, die vom Norden her nach Basel kamen, konnten von dort aus ebenso gut zum Splügen wie zum Gotthard instradiert werden. Wenn der Transit jetzt den Splügen bevorzugte, so leitete man ihn eben nicht mehr wie früher nach Luzern, sondern auf die Straße nach Zürich, die ohnehin die am meisten befahrene Straße war und blieb, die von Basel wegführte. Am Transit war Basel nur insoweit interessiert, als er durch die Stadt kam und ihr Verdienst brachte; welchen Weg er nachher nahm, war Basel zunächst noch gleichgültig. Die große Gefahr, welche die Splügenroute in sich barg, erkannte Basel erst allmählich. Sie bestand darin, daß Basel bald einmal weitgehend vom Transit umgangen werden würde⁹. Bereits instradierten sich viele niederländische Kaufmannsgüter via Friedrichshafen und Splügen ins Königreich Mailand oder nahmen ihren Weg durch Frankreich. Frankreich und einige deutsche Staaten, wie zum Beispiel Württemberg, hatten für rein transitierende Waren alle Binnenzölle abgeschafft, damit der Warenzug eine möglichst lange Strecke ihre Gebiete benutzen sollte. Wollte Basel in Zukunft vom Transit nicht immer stärker umgangen werden, so mußte es wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen, und zu diesem Zweck schien ihm die Bevorzugung und der Ausbau der Gotthardroute das geeignetste Mittel. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß Waren, die über den Splügen nach Italien gingen, Basel nicht unbedingt berühren mußten. War aber der Gotthard der vom Transit bevorzugte Paß, so mußte der ganze Warenzug notwendigerweise wieder durch Basel kommen.

Obwohl sich diese Erkenntnis im Dezember 1817, als der Kanton Tessin Luzern und Basel aufforderte, bei Uri die Fahrbarmachung

⁸ Paul Burckhardt: Neujahrsblätter, Teil I, S. 77 ff. Edgar Bonjour: Baslerisch-schweizerische Wirtschaftsbeziehungen, in «Das 75jährige Jubiläum der Basler Handelskammer vom 12. November 1951». Basel 1951.

⁹ St.A.B. HG S 10, Protokoll der Gotthardkonferenz vom 18. und 19. Aug. 1826.

der Gotthardstraße zu befürworten, in Basel noch nicht durchgesetzt hatte, empfahl es trotzdem mit Luzern zusammen Uri das geplante Werk ¹⁰, und das empfehlende Wort der beiden Stände bewirkte auch bald einen Gesinnungswechsel in Uri. Im März 1818 fand eine erste Konferenz zwischen Vertretern von Uri und Luzern statt ¹¹, auf der die Finanzierung der Fahrstraße und die Art und Weise der Ausführung besprochen wurden. Dabei machte Luzern hinsichtlich seiner Mithilfe so weitgehende Versprechungen, daß das Urner Volk auf der Mai-Landsgemeinde die Regierung ermächtigte, zunächst einmal die Strecke von Flüelen bis Göschenen fahrbar zu machen.

Uri benötigte für den Bau dieser Strecke Fr. 240 000.— und hoffte von Anfang an, diese Summe in Basel zu finden. Doch hatte es damit zunächst keinen Erfolg. Basel hatte zwar mehrfach seine Bereitschaft erklärt, den Transit auf der Gotthardstraße zu begünstigen ¹², doch war es vorläufig zu keinen größeren Opfern bereit. Das Basler Handlungskomitee hatte nach längeren Beratungen der Regierung empfohlen, sich nicht finanziell am Unternehmen zu beteiligen, weil die Fahrbarmachung der Gotthardstraße wohl kaum eine Vermehrung des Transits oder eine Verbilligung der Frachten bewirke. Vor allem sei aber das von Uri gewünschte Anleihen nur ungenügend gedeckt, und eine Anteilnahme Basels komme einer Investition à fonds perdu gleich ¹³. Als sich im Juni 1818 Vertreter von Uri, Luzern und Basel wegen der Beschaffung des Geldes trafen, machte der Basler Gesandte seinen Urner Kollegen, die ihn in dieser Sache wiederholt vertraulich angingen, wiederum keinerlei Zusicherungen und erklärte ihnen außerdem, daß es für das Unternehmen nur von Nachteil sei, wenn Basel die Abnahme der ganzen Summe garantiere, weil sonst, «bei dem Vorurteile und der weit übertriebenen Meinung von Basels Reichtum, weder eidgenössische Regierungen noch Partikulare anderer Kantone Aktien abnehmen würden» ¹⁴.

Ohne die wirksame Teilnahme des Basler Handelsstandes konnte das Unternehmen nicht begonnen werden, und Uri gab sich alle erdenkliche Mühe, größere Sicherheiten für sein Anleihen zu finden. Dies gelang, indem ihm von der Tagsatzung eine Zollerhöhung bewilligt wurde, die ausschließlich zur Tilgung der Zinsen und des

¹⁰ St.A.B. HG S 10, Basel an Uri, 17. Dez. 1817.

¹¹ Vgl. das Konferenzprotokoll, St.A.B. HG S 10.

¹² St.A.B. HG S 10, Basel an Luzern, 23. Mai 1818.

¹³ Ebenda: Gutachten des Handlungskomitees, 9. Juli 1818.

¹⁴ Ebenda: Bericht des Basler Gesandten Matthias Stehelin zu Händen seiner Regierung, 17. Juni 1818.

Kapitals verwendet werden sollte, und Luzern nicht nur an der Ausführung des Straßenbaus aktiv teilzunehmen, sondern auch die Bezahlung der Zinse und des Kapitals an die Inhaber der Aktien in jedem Fall zu garantieren versprach. Nachdem sich die Lage für Uri in so günstiger Weise verändert hatte, bat es Basel erneut um finanzielle Hilfe¹⁵. Basel wollte das Geld aber noch immer nicht geben und ließ das Bittgesuch Uris einfach unbeantwortet. So sah sich Uri gezwungen, anfangs Februar 1819 eigens zwei Gesandte nach Basel zu schicken, denen es nach längeren Verhandlungen schließlich gelang, die Meinung des Handlungskomitees völlig umzustimmen. Schon bald nachdem die Verhandlungen stattgefunden hatten, konnte Uri das Anleihen eröffnen. Es bestand aus dreihundert Aktien zu Fr. 800.—, die den Partikular-Anteilnehmern mit 4 % jährlich verzinst und im Laufe von 25 Jahren kostenfrei wieder zurückbezahlt werden sollten. Um das Anleihen bei allen privaten Abnehmern möglichst beliebt zu machen, entschloß sich die Basler Regierung, selbst einige Aktien zu zeichnen, wobei sie hinsichtlich des Zinsfußes Uri besonders entgegenkam. Gleichzeitig erließ sie eine «Aufforderung zur Übernahme von Aktien zu Fahrbarmachung der St. Gotthardstraße», worin es unter anderem hieß: «Wenn der Regierung des Kantons Uri das rühmliche Zeugnis gebühret, daß solche sowohl im Frieden als in Zeiten der Not und Gefahr die Tugenden ihrer Väter treulich bewahrt und in allen ihren Handlungen den sämtlichen Eidgenossen durch Redlichkeit und Festigkeit vorgeleuchtet habe, auch Wir in Betracht gezogen, daß die Fahrbarmachung der St. Gotthardstraße, dieses wichtigsten Bergpasses nach Italien, als der direkten und kürzesten Kommunikation, nicht allein für die Kantone Uri und Luzern, sondern auch unserer Stadt und Land für den eigenen und den Transithandel und sämtliche Gewerbe wichtige Vorteile gewähren wird, und endlich das Anlehn selbst den Anteilnehmern die größte Sicherheit für ihre Geldvorschüsse gewährt, so... fühlen wir Uns verpflichtet, die Unterstützung dieser gemeinnützigen Angelegenheit durch Übernahme von Aktien sowohl unsern Mitbürgern als Korporationen angelegentlich zu empfehlen. Und gleichwie der Stand Uri eine eigene Kommission zur Ausführung dieses Unternehmens niedergesetzt hat, so haben auch Wir E. Löbl. Handelskammer aufgetragen, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche die Subskriptionen an dieses Anlehn so wie die Gelder gegen Auslieferung der Aktien in Empfang nehmen, auch jährlich die Zinsen von Uri beziehen, selbige hier auszahlen und

¹⁵ Ebenda, Uri an Basel, 20. Nov. 1818.

auch seiner Zeit die Rückzahlung der Kapitalien an die Inhaber der Aktien kostenfrei besorgen wird ¹⁶.»

Aus dem in Luzern noch erhaltenen Verzeichnis der Aktionäre aller Gotthardanleihen wird ersichtlich, daß von den 216 ausgegebenen Partikularaktien 190 von Baslern Bürgern übernommen worden sind ¹⁷. Mit den 20 von der Regierung gezeichneten Aktien befanden sich also 210 der insgesamt 300 ausgegebenen Aktien in Basler Händen.

Die zweite Gotthardkonferenz, an der Basler Delegierte teilnahmen, fand im März 1819 statt und diente vor allem der näheren Bestimmung, wie das Geld verwendet werden sollte. Nicht gerade zur Freude der Luzerner und Urner Gesandten verzögerten dabei die in Finanzangelegenheiten höchst versierten Basler den Beginn der Bauarbeiten um ein ganzes Jahr, indem sie zunächst noch einige Punkte des Anleihegen genauer abzuklären wünschten. Uri nahm aber alle Bedingungen Basels bereitwillig an und versprach, auch die technischen Ratschläge, die ihm Basel machte, nachdem der Ingenieur Andreas Merian ¹⁸ die ganze Gotthardroute eingehend studiert hatte ¹⁹, treu zu befolgen.

Die rund zwanzig Gotthardkonferenzen, die zwischen den Jahren 1818 und 1845 abgehalten wurden, sind nicht von Anfang an von allen am Gotthard interessierten Ständen beschickt worden. Seit der vierten Konferenz vom August 1819 nahmen an nahezu allen folgenden Konferenzen Gesandte der fünf Stände Uri, Luzern, Solothurn, Basel und Tessin teil. Nach der Kantonstrennung von 1833 kam dann jeweils noch ein Vertreter von Baselland dazu. Aargau schickte nur selten einen Delegierten, weil es sich nur passiv an den Gotthardangelegenheiten beteiligte.

Uri hatte im Frühjahr 1820 mit den Bauarbeiten begonnen, und 1824 war die Strecke von Amsteg bis Göschenen vollendet ²⁰. Zum Ausbau des restlichen Stückes von Amsteg bis Flüelen hatte das Geld nicht mehr gereicht. Im Jahre 1821 hatte auch der Kanton Tessin bei Basler Partikularen ein Anleihen von Fr. 100 000.– aufgenommen und konnte mit diesem Geld bis 1826 die Strecke von Giornico bis Airola fertigstellen ²¹. Diese teilweise Verbesserung der

¹⁶ Ebenda, «Aufforderung», S. 6.

¹⁷ Staatsarchiv Luzern A 2, F 7, Thek Nr. 1650.

¹⁸ Andreas Merian (1794–1880), Straßenbauinspektor des Kantons Basel, später der Kantone Glarus und Zürich, Kantonsingenieur von Neuenburg.

¹⁹ St.A.B. HG S 10. Vgl. seinen Bericht vom 18. Juni 1819.

²⁰ H. Muheim: Die Straßenbaupolitik des Kantons Uri. Diss. Bern 1945.

²¹ St.A.B. HG S 10, Handlungskomitee an Kl. Rat, 29. Okt. 1827.

Gotthardstraße vermochte aber den weiteren Zerfall des Gotthardtransits nicht aufzuhalten. Weitere, größere Anstrengungen erwiesen sich als notwendig. So kam es zur ersten wichtigen Beschlußnahme der Gotthardstände, dem Konkordat vom Oktober 1826, worin sich die fünf Stände Uri, Luzern, Solothurn, Basel und Tessin versprachen, alle auf ihren Gebieten liegenden und zum Gotthard führenden Wege in fahrbare Straßen umzuwandeln und als solche zu unterhalten²². In diesem Zusammenhang bauten von 1827–1830 die Kantone Solothurn und Basel den Unteren Hauenstein so aus, daß er durchgängig ohne Vorspann zu befahren war. Vor allem aber entstand von 1827–1830 die eigentliche Kunststraße über den St. Gotthardpaß selbst, die vom Tessin und von Uri her gleichzeitig in Angriff genommen wurde. 1831 war die ganze Gotthardstraße von Basel bis Magadino bis auf einige kurze Strecken, die noch einiger Verbesserungen bedurften, fertiggestellt.

Für diese zweite Bauetappe waren sowohl der Kanton Uri als auch der Kanton Tessin gezwungen, nochmals große Summen aufzunehmen. Im Gegensatz zu Uri war der Kanton Tessin in der Lage, gute Sicherheiten zur Deckung seiner Anleihen zu geben und konnte deshalb ohne große Mühe im Jahre 1827 Fr. 200 000.– in Zürich und Fr. 300 000.– in Basel aufnehmen. In Basel besorgte die Subskription das Bankhaus Ehinger & Co. Die Basler Regierung zeichnete Fr. 50 000.– zu drei Prozent, während die Partikularaktien zu vier Prozent verzinst werden sollten²³.

Da Uri keine ausreichenden Sicherheiten anzubieten wußte, hatte es Luzern gebeten, die zweite Bauetappe mit ihm gemeinsam durchzuführen. Luzern wollte aber seinerseits nur mitmachen, wenn sich auch noch Basel anschließen würde²⁴. Basel wollte von dem Vorschlag eines Bauens «à compte à tiers» nichts wissen und antwortete Luzern, daß «sowohl wegen der allzugroßen Entfernung des Gotthardbberges von Basel als auch wegen der bevorstehenden Kosten für die Korrektur des Hauensteins» nicht darauf eingetreten werden könne²⁵. Basel versprach aber mit großer Bereitwilligkeit, sich am zweiten Urner Anleihen zu beteiligen²⁶. Man hatte in der Stadt wohl erkannt, daß man unbedingt mit den Arbeiten fortfahren müsse, wenn man nicht alles, was man bisher an das Unternehmen gewendet

²² Ebenda, vgl. das Konferenzprotokoll.

²³ Ebenda, Aufstellung des Bankhauses Ehinger & Co., 24. Okt. 1827.

²⁴ Ebenda, Luzern an Basel, 6. Sept. 1826.

²⁵ Ebenda, Gutachten des Bürgermeisters Wenk, des Basler Delegierten zur Augstkonzferenz von 1826, Sept. 1826.

²⁶ Ebenda, Wenks Relation über den ersten Konferenztag, 18. Aug. 1826.

habe, abschreiben wolle. So fand die Urner Delegation, die Mitte Dezember 1827 zur Besprechung des zweiten Anleihens nach Basel kam, sehr freundliche Aufnahme²⁷. Nachdem die Tagsatzung wiederum einen außerordentlichen Zoll genehmigt und Luzern die Tilgung der Zinse und des Kapitals auch diesmal garantiert hatte, glaubte das Basler Handlungskomitee der Regierung das Anleihen bestens empfehlen zu dürfen und schrieb in seinem Gutachten: «Auch hier ist uns das moralische Zutrauen in die Verwaltung des ältesten unserer Mitstände von aller höchstem Wert und gibt uns volles Vertrauen in die Erfüllung der einzugehenden Verpflichtungen²⁸.»

Die Subskription des zweiten Anleihens vollzog sich genau wie beim ersten. Die Basler Regierung verschickte wiederum eine Aufforderung zur Übernahme von Aktien und übernahm selbst Fr. 40 000.—²⁹. Schon bald waren in Basel von den 400 ausgegebenen Aktien 342 gezeichnet worden, wobei die von der Regierung übernommenen Aktien zu 2 ½ %, die der Partikularen aber zu 4 % verzinslich waren.

Die Basler Regierung hatte auch jetzt wieder, auf Bitten Uris, dem Handlungskomitee den Auftrag gegeben, aus seinen Mitgliedern eine Kommission zu erwählen, welche die Subskription und die laufenden Geschäfte besorgen sollte. Aber schon nach kurzer Zeit schrieb diese Kommission nach Uri, sie könne die Aufgabe nicht mehr erledigen, weil das Handlungskomitee nur wenige Bankiers zähle, deren Geschäftsart sich zu einer solchen Besorgung eigne, so daß dieselbe nur auf eine kleine Zahl der Mitglieder falle und keine Abwechslung statfinde. Die Aufnahme und Übermachung der Aktien wolle man noch besorgen; die Zinszahlungen, «die durch vielfache Zumutungen der Urner Kommission noch mühsamer geworden seien», könne man dagegen nicht mehr übernehmen³⁰. Auf die dringenden Bitten der Gotthardstraßenkommission in Altdorf erklärte sich schließlich Emanuel Passavant³¹ bereit, die Geschäfte weiterhin unentgeltlich zu besorgen, mußte sich aber nach fünf Jahren wieder davon zurückziehen. Bei einer erneuten Umfrage wollte sich zunächst wieder kein Nachfolger finden³². Schließlich

²⁷ Ebenda, Protokoll der Besprechung vom 13. Dez. 1827 und Uri an Basel, 14. Jan. 1828.

²⁸ Ebenda, Gutachten vom 29. Okt. 1827.

²⁹ Ebenda, vgl. Gutachten des Basler Kl. Rats vom 31. Okt. 1827.

³⁰ Ebenda, Kommission für die Erledigung der St. Gotthardangelegenheiten an Uri, 27. Febr. 1829.

³¹ Emanuel Passavant (1785–1842), Finanzmann, Förderer der Bankinstitutionen und der Börse in Basel.

³² St.A.B. HG S 10, Umfrage des Handlungskomitees, 2. Mai 1834.

übernahm Emil LaRoche³³ die Arbeit, «da es ihn schmerzen würde, im jetzigen Augenblick den Stand Uri zu einer Leistung für einen Dienst angegangen zu sehen, zumal jetzt, wo Uri mit Energie an die Straßenkorrektur geht³⁴.» 1839 mußte man schon wieder nach einem neuen Verwalter suchen. Das Finanzkollegium dachte zunächst daran, die Urnersache der Staatskassenverwaltung zu übergeben, sah dann aber davon ab. «Neben anderen Bedenklichkeiten fürchteten wir noch, es möchten aus dieser Besorgung vielleicht unrichtige Konsequenzen gezogen und der Stand Uri, der mit den Zinsen eben nicht immer ganz richtig einhältet, sich einmal oder das andere zu irgend einer Zumutung veranlaßt sehen. Die Gotthardstraße wurde zwar im Interesse des hiesigen Handelsstandes gebaut, aber es wird Uri nichts anderes übrig bleiben, als vermittels Bezahlung einer Provision durch ein hiesiges Haus seine Anleihen besorgen zu lassen. Schließlich haben wir es ja jahrelang gratis besorgt³⁵.» So sah sich Uri schließlich gezwungen, das Bankhaus Ehinger & Co. mit der Besorgung seiner Angelegenheit zu betrauen.

Übrigens war Uri auch mit dem zweiten Anleihen nicht ausgekommen und mußte schon 1830 weitere Fr. 80 000.– in Basel aufnehmen³⁶. Da Luzern auch für dies dritte Anleihen solidarische Gewährleistung versprochen hatte, war das Urner Bittgesuch in Basel auf keinen großen Widerstand gestoßen. Weniger Glück hatte Uri, als es 1834 nochmals etwa Fr. 100 000.– zu erhalten suchte³⁷. Zwar hatte die Tagsatzung wiederum einen außerordentlichen Zoll bewilligt, doch wollte Luzern für dies vierte Anleihen keine Garantie mehr übernehmen. Die Basler Regierung mußte deshalb dem Gesandten, der Uris Bittgesuch in Basel persönlich vorbrachte, ebenfalls eine ablehnende Antwort geben. Dazu kam, daß der Kanton Basel im Jahre 1834 selbst kein Geld hatte. Schon 1831 hatte sich die Regierung wegen der Kantonswirren gezwungen gesehen, «da sich täglich Ausgaben mehren und Einnahmen beinahe gänzlich stocken»³⁸, die von ihr übernommenen Urner- und Tessineraktien an Partikulare zu verpfänden. Doch kam auch das vierte Urner Anleihen schließlich zustande, nachdem einige Herren des Handlungskomitees den Urner Delegierten darauf hingewiesen hatten, daß er auf dem Privat-

³³ Emanuel LaRoche (1771–1849), Handelsmann, Statthalter und später Präsident des Basler Appellationsgerichts.

³⁴ St.A.B. HG S 10, Brief LaRoches vom 28. Aug. 1834.

³⁵ Ebenda, Gutachten des Finanzkollegiums, 27. Mai 1839.

³⁶ Ebenda, Uri an Basel, 11. April 1830.

³⁷ Ebenda, Uri an Basel, 9. Juni 1834.

³⁸ Ebenda, Dreieramt an Kl. Rat, 13. Okt. 1831.

wege wohl leicht erlangen könne, was ihm durch das Mittel der Regierung nicht erhältlich sei, und «daß die Teilnahme, welche die St. Gotthardangelegenheit stets hier gefunden und der Glaube in die Redlichkeit dieses Volkes der Urkantone die mangelnde materielle Garantie ersetzen und Kapitalisten und Kaufleute in hier und anderswo nicht abhalten werde, zur Erfüllung dieser Anleihe behilflich zu sein»³⁹. Uri erhielt durch die Vermittlung des Bankhauses Ehinger in den folgenden Wochen, wenn auch nicht die volle gewünschte Summe, so doch wenigstens einen Teil davon⁴⁰.

Was die Rückzahlung der Anleihen betraf, so war Uri trotz der tatkräftigen Unterstützung Luzerns nicht in der Lage, diese Rückzahlungen ordnungsgemäß vorzunehmen. Dazu kam, daß sich beim Ableben des Kassiers für den St. Gotthardstraßenbau in dessen Buchführung große Unklarheit zeigte, und die Tilgungskasse auch hier schwere Verluste zu tragen hatte⁴¹. Den Basler Aktienbesitzern lag vor allem daran, wenigstens das erste Anleihen, für welches Luzern nur auf dreißig Jahre Garantie übernommen hatte, zurückgezahlt zu bekommen. Doch mußte Uri wegen der Sonderbundskatastrophe seine Zahlungen überhaupt völlig einstellen. Auch später war es gezwungen, immer wieder um Aufschub zu bitten, wobei es mit Recht an seine unglückliche Lage erinnerte. So schrieb es am 15. Dezember 1848 nach Basel: «Es hat sich durch den bedauerlichen Fall des frühern Verwalters, sowie dann wieder später durch den spärlichen Ertrag der Zölle während der unter den verwichenen politischen Verhältnissen eingetretenen großen Stockung des Handels und Transits in dieser Tilgungskasse ein solches Defizit gezeigt, welches der Staat bei seiner ohnehin schwachen, durch die Kriegeereignisse und deren Folgen aber noch mehr geschwächten ökonomischen Kräften durch anderwertige, direkte Beiträge wohl schwer zu decken im Stande war. Kaum durften wir hoffen, das Ärgste sei überwunden, der Handel bringe wieder Zölle, erschien die unserm Kanton wenig zusagende Zentralisationserklärung aller schweizerischen Zölle, und wir stehen wahrscheinlich am Vorabend der Ausführung, wobei wir nicht ohne bedeutende Einbußen ausgehen werden⁴².» Da die von der Basler Regierung gezeichneten Aktien erst zurückbezahlt werden durften, nachdem alle Partikulare befriedigt waren, mußte die Basler Regierung am längsten warten. Nach einer Mitteilung des Bankhauses Ehinger befanden sich im Jahre 1861

³⁹ Ebenda, Handelskollegium an Kl. Rat, 30. Juni 1834.

⁴⁰ Basler Zeitung, 8. Okt. 1836.

⁴¹ St.A.B. HG S 10, Uri an Basel, 15. Febr. 1845.

⁴² Ebenda, Uri an Basel, 31. Dez. 1848.

noch Aktien im Wert von Fr. 182 000.– in Partikularhänden ⁴³. Die letzte Rate soll erst im Jahre 1917 zurückbezahlt worden sein ⁴⁴.

Der von Basel weitgehend finanzierte Bau der Gotthardstraße bildete nur einen Teil seines viel umfassenderen Beitrages zur Hebung des Gotthardtransits. Von mindestens ebenso wichtiger Bedeutung war Basels Teilnahme an den Gotthardkonferenzen selbst. Hier waren es vor allem seine Delegierten, die als ausgezeichnete Fachleute in Handelsfragen mit ihren meist weit vorausplanenden Vorschlägen die Verhandlungen immer wieder belebten, ja ihnen oft einen recht dramatischen Charakter verliehen. Mit seinem liberalen Bekenntnis zur völligen Handelsfreiheit und den daraus resultierenden recht radikalen Neuerungsansätzen fand Basel zwar bei Luzern, dessen sonstige liberale Politik es in keiner Weise unterstützte, lebhaften Anklang, stieß aber bei seinem politischen Gesinnungsfreund Uri, dessen Regierung auch in wirtschaftlichen Beziehungen völlig konservativ eingestellt war, auf harten Widerstand. Auf den ersten drei Konferenzen, auf denen man sich fast ausschließlich mit der Finanzierung und der Art und Weise der Fahrbarmachung der Gotthardstraße befaßt hatte, waren die Besonderheiten des Urner Handelswesens noch nicht besonders stark hervorgetreten. Luzern und Basel hatten darum zunächst noch keinen Anlaß zu irgendwelcher Kritik gefunden. Doch änderte sich dieser Zustand, als man auf den folgenden Konferenzen die andern Möglichkeiten der Transitvermehrung, namentlich dessen Verbilligung und Beschleunigung zu diskutieren begann.

Im Jahre 1819 kostete die Fracht für einen Zentner Ware, der von Frankfurt a. Main nach Mailand ging, über den Gotthard pro Wegstunde mindestens zwanzig Prozent mehr als über den Splügen ⁴⁵. Dies war der Hauptgrund, warum der Warencar den Gotthard verlassen hatte und seither den Splügen bevorzugte. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß die Gotthardroute um acht Wegstunden kürzer war als die Splügenroute, denn dieser Vorteil wurde durch den Umstand aufgehoben, daß die Straße von Frankfurt nach Mailand über den Gotthard das Gebiet von sechs Kantonen, über den Splügen aber nur das Gebiet eines Kantones durchschnitt.

Es war den Gotthardständen schon bei ihren ersten Zusammenkünften klar geworden, daß sie die Transitgebühren ganz erheblich vermindern mußten, wenn sie den Splügen preislich unterbieten woll-

⁴³ Ebenda, Bericht des Bankhauses Ehinger & Co., 3. Juli 1861.

⁴⁴ Vgl. darüber Werner Baumann: Der Güterverkehr über den St. Gotthardpaß vor Eröffnung der Gotthardbahn. Diss. Zürich 1954, S. 34, Anmerkung 96.

⁴⁵ Ebenda, S. 150 ff.

ten. Aber wenn sie auch mit immer wieder verbesserten Reduktionsvorschlägen auf den Konferenzen erschienen, so wollte sich im Grunde doch kein Kanton zu wesentlichen Kürzungen in seinen Einkünften bequemen. Viel zu viele private und kantonale Interessen waren bei der Herabsetzung der zahllosen Zölle, Weggelder, Kaufhaus-, Sust- und Fuhrgebühren zu berücksichtigen. So war es zum Beispiel eine alte Einrichtung in Basel, daß jeder Fuhrmann, der bei seiner Durchfahrt in der Stadt nicht abladen wollte, einer empfindlichen Zollerhöhung unterworfen wurde, damit der Stadt ja kein Rappen verloren ging. Und Uri wollte nicht von der alten Gewohnheit abgehen, daß die in Flüelen aus dem Schiff in Wagen verladene Waren in Altdorf erneut umgeladen werden mußten. Auch waren die Sonderzölle, die Uri und Tessin zur Deckung einer jeden neuen Anleihe immer wieder von der Tagsatzung bewilligt wurden, den Verbilligungsbemühungen keineswegs förderlich. Aus all diesen Gründen kam es während der zwanziger Jahre zu keiner wesentlichen Kostenverminderung, und von einem preislichen Unterbieten des Splügens konnte schon deshalb gar keine Rede sein, weil die Frachtkosten über den Splügen ebenfalls ständig herabgesetzt wurden ⁴⁶.

Obwohl Basel immer wieder darauf hinwies, daß mit Preisreduktionen allein der Splügen niemals zu schlagen sei, nahm es dennoch bei allen Besprechungen über die Verbilligung des Gotthardtransits eine führende Rolle ein. Nach Basels Auffassung sollte neben den Verbilligungsbemühungen die Beschleunigung des Transits nicht vergessen werden, doch fiel es seinen Delegierten außerordentlich schwer, die andern Gotthardstände für solche parallel laufenden Maßnahmen zu gewinnen. Schon auf der Konferenz von 1829 hatte Basel eine Frachtkostenberechnung vorgelegt, nach der die Summe der bisher erhobenen Gebühren um gut ein Drittel vermindert werden sollte. Es vergingen aber mehr als fünf Jahre, bis Basel nach endlosen Verhandlungen sein Schema gegenüber dem kantonalen Partikularismus der andern Stände, vor allem Uris, durchgesetzt hatte. Erst 1835 wurde es mit wenigen Modifizierungen ratifiziert ⁴⁷.

Seitdem Basel die große Gefahr, allmählich vom Transit umgangen zu werden, voll zum Bewußtsein gekommen war, machte es energische Anstrengungen, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten. So nahm es Ende der zwanziger Jahre die Abschaffung der badischen Binnenzölle, die baldige Beendigung des unweit Basels ausmündenden

⁴⁶ St.A.B. HG S 10, Instruktion der Basler Gesandtschaft an die Gotthardkonferenz vom Okt. 1826.

⁴⁷ Ebenda, vgl. die Konferenzprotokolle von 1829 und den folgenden Jahren.

den Kanals Monsieur ⁴⁸, die Hoffnung auf Ausdehnung der Rheinschiffahrt bis Basel ⁴⁹ und die für Herbst 1831 erwartete Fertigstellung der fahrbaren Gotthardstraße zum Anlasse, seine Handelsverhältnisse in technischer und kommerzieller Beziehung wieder einmal gründlich zu überprüfen. Es verminderte seine Staats- und Stadtzölle und baute ein neues Lagerhaus am Rhein, wodurch der Fuhrlohn vom Wasser ins Kaufhaus künftig dahinfiel ⁵⁰. Gleichzeitig schlug es Luzern vor, die von den Gotthardständen vorgesehenen Zollerleichterungen nicht nur auf die reinen Transitgüter zu beschränken, sondern sie auch auf alle diejenigen Waren auszuweiten, die zum Verbrauch oder Zwischenhandel in die Schweiz eingeführt würden. Ohne diese Maßnahme werde man dem Splügen niemals den Rang streitig machen können, denn schon jetzt benutze der größte Teil auch der nicht rein transitierenden Waren jene Route. Basel werde aber sein Zollsystem nur ändern, wenn Luzern seinem Beispiel folge. Auch wolle es sich in dieser Sache nicht an Uri oder Tessin wenden, weil es noch längere Zeit anstehen dürfte, bis sich der Stand Uri «bei seiner demokratischen Verfassungsform und den sich kreuzenden Interessen» und der Stand Tessin bei seiner schlechten Finanzverwaltung auch nur unterhandlungsweise zu einer Zollreduktion verstehen würden. Wenn aber Luzern mit gutem Beispiel gegen «eingewurzelte Ideen, persönliche Interessen und verjährte Mißbräuche» vorangehe, werde mit der Zeit vielleicht auch in Uri und Tessin das neue, «auf völlig liberaler Grundlage ruhende Zollsystem» Anklang finden ⁵¹. Für Basel hätte die Einführung dieses neuen Systems einen jährlichen Verlust von rund Fr. 44 000.– bedeutet, den es aber durch vermehrten Transit wieder auszugleichen hoffte. Luzern schenkte jedoch dem Vorschlag kein geneigtes Ohr und nach der Kantonstrennung wurde es der Stadt auch durch die Landschaft unmöglich gemacht, ihre Pläne weiterhin zu verfolgen, weil der junge, finanzschwache Kanton Baselland von allen größeren Zollreduktionen nichts wissen wollte.

Ähnlich erfolglos waren Basels Bemühungen in einer anderen Angelegenheit: der Befreiung des Gotthardtransits vom lombardischen Eingangszoll. Diese Zollbefreiung war für die Splügenroute schon in den zwanziger Jahren ausgesprochen worden, weil für die

⁴⁸ Der Rhein-Rhone-Kanal.

⁴⁹ Vgl. dazu Paul Koelner: Die Basler Rheinschiffahrt vom Mittelalter zur Neuzeit. Basel 1954, S. 92 ff.

⁵⁰ Paul Burckhardt: Neujahrsblätter, Teil I, S. 79.

⁵¹ St.A.B. HG S 10, Kommission für Handel und Transit an die Finanzkommission Luzern, Mai 1830.

meisten Waren auf ihrem Weg nach Chur im Vorarlbergischen oder in Bregenz bereits schon einmal österreichischer Eintrittszoll entrichtet worden war. Für den Gotthard stand die Situation wesentlich ungünstiger, weil die Güter, die vom Norden her nach Basel kamen, vorher noch kein österreichisches Gebiet durchfahren hatten. Trotzdem hatte Luzern, als Vorort der Gotthardstände, wiederholt versucht, auch für den Gotthard die Aufhebung des lombardischen Eintrittszolles zu erhalten, doch waren alle seine Bemühungen vergeblich geblieben⁵². Seit der Mitte der dreißiger Jahre war die Korrespondenz über diese Frage wieder intensiver aufgenommen worden, wobei auch Basel-Stadt seine weitreichenden Geschäftsbeziehungen in den Dienst der Sache zu stellen suchte. Merkwürdigerweise trachtete es dabei, nicht auf direktem Wege, sondern durch die Mithilfe der «Schwesterstadt» Köln zum Ziele zu gelangen. War Köln noch bis vor kurzem für Basel von geringer Bedeutung gewesen, und bestanden auch keinerlei engere Beziehungen zwischen den beiden Städten, so war der Raum, der sie trennte, durch die Einführung der Dampfschiffahrt auf dem Rhein und durch den beginnenden Bau von Eisenbahnen am Ende der dreißiger Jahre um vieles kleiner geworden. Außerdem war Köln ähnlich wie Basel bedroht, von den rhein-preußischen Fabrikaten und dem Warenzug vom Norden umgangen zu werden, weil sie sich vielfach direkt via Frankfurt a. Main und Splügen nach Italien instradierten. Es war das Verdienst von Basel-Stadt, Köln mit großem Geschick darauf hingewiesen zu haben, daß alle diese Güter wieder den Wasserweg benützen und Köln seine alte Rolle als entrepôt des Transithandels zurückgeben würden, sobald der Hauptwarenzug nicht mehr den Splügen, sondern den Gotthard benutze⁵³. Sobald Köln das gemeinsame Interesse, das es mit den Gotthardständen verband, voll erkannt hatte, richtete seine Handelskammer an das Berliner Handelsministerium das Ansuchen, in Wien für die Gleichstellung des Gotthards mit dem Splügen zu wirken. Der Erfolg war aber negativ. Im Dezember 1838 kam aus Berlin der Bescheid, daß auf keinerlei Zollbefreiung zu hoffen sei⁵⁴.

Im Juli 1847 versuchten die Gotthardstände noch ein letztes Mal die Befreiung vom lombardischen Eingangszoll zu erhalten, als ihre Delegierten an einer Postkonferenz in Wien weilten. Auch hier setzte sich wieder besonders der Delegierte von Basel-Stadt, Benedikt

⁵² Ebenda, Luzern an Bern, 17. Okt. 1829. Bern an Luzern, 4. Okt. 1830 (beides Abschriften).

⁵³ Ebenda, Basel an Köln, 15. Aug. 1839.

⁵⁴ Ebenda, Köln an Basel, 16. Dez. 1839.

LaRoche⁵⁵, für die Sache ein. So suchte er der Eingabe, die er mit den Abgeordneten von Luzern und Uri zusammen an die k.k.geh. Haus-, Hof- und Staatskanzlei machte, auch noch durch wiederholte persönliche Schritte Nachdruck zu verleihen. Er berichtete darüber nach Basel: «Nachdem das Memorandum eingegeben war, wiederholte ich meine persönlichen Schritte sowohl bei der Staatskanzlei als bei dem Herrn Hofkammerpräsidenten und erhielt überall gute Versicherungen, und endlich überreichte ich bei meiner Abschiedsaudienz Seiner Durchlaucht, dem Fürsten Metternich selbst, noch eine zweite Note, in welcher ich zu beweisen suchte, daß die Gründe, welcher seiner Zeit für Begünstigung des Splügenpasses gesprochen haben mögen, nunmehr alle für den Gotthard sprechen, welcher sich ebenso sehr auf Sardinien stütze als auf österreichisches Gebiet und letzteres vermeiden müsse, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse in Kraft bleiben, weshalb die nachgesuchte Maßnahme ebenso sehr im Interesse Österreichs liegen dürfte als in demjenigen der Gotthardstände. Der Fürst versprach mir, die Sache nochmals genau zu prüfen und sie dem Finanzdepartement angelegentlich zu empfehlen⁵⁶.» Auch an den anderen Stellen wurde LaRoche baldiger, günstiger Bescheid zugesagt, doch wollte man zuerst noch mit Mailand Rücksprache nehmen. Der Erfolg schien praktisch gesichert, doch da brach der Sonderbundskrieg aus und machte alle Bemühungen zunichte.

Große Hoffnungen hatte man in Basel auch in die zwei Eisenbahnlinien gesetzt, die auf beiden Seiten des Rheins, von Straßburg und Mannheim aus, bis nach Basel geführt werden sollten. Man erwartete von ihnen nicht nur eine Beschleunigung, sondern einen allgemeinen Aufschwung des Transits überhaupt. Auf der Konferenz von 1843 regte deshalb der Basler Delegierte an, für alle eigentlichen Transitwaren eine erneute Gebührenreduktion von fünfzig Prozent vorzunehmen. Die bisherigen Zollermäßigungen hätten dem Gotthard keine Vermehrung des Warenzugs gebracht, und der Mißkredit, in dem die Straße noch immer stehe, könne nur beseitigt werden, wenn die Preise über den Gotthard niedriger seien als über den Splügen. Den Ständen werde kein finanzieller Verlust erwachsen, denn der vermehrte Transit werde trotz Kostenverminderung Mehreinnahmen bringen⁵⁷. Luzern nahm den Vorschlag mit Beifall auf, doch kam schließlich die Basler Regierung selbst wieder davon ab,

⁵⁵ Benedikt LaRoche (1802–1876), Spediteur und Bankier. Eidgenössischer Spezialist in Postfragen. Später eidgenössischer Generalpostdirektor.

⁵⁶ St.A.B. HG S 10, LaRoche an die Basler Regierung, 1. Juli 1847.

⁵⁷ Ebenda, Protokoll der Gotthardkonferenz von 1843, S. 27.

weil sie die politisch «am meisten aufgeregten» Stände Zürich, Glarus und St. Gallen durch eine besondere Bevorzugung der Gotthardstraße nicht unnötig reizen wollte ⁵⁸.

Zu den heftigsten Auseinandersetzungen kam es wegen der Einführung der freien Konkurrenz. War schon auf den beiden Konferenzen von 1826 die Einführung eines einförmigen Transitsystems auf schweren Widerstand von seiten Tessins und Uri gestoßen, so trat diese Frage in den kommenden Jahren immer mehr ins Zentrum der Verhandlungen. Auf der einen Seite standen Uri und Tessin, die in ihren Kantonen ein obrigkeitliches Aufsichtsrecht über den Warentransport besaßen und ihn auf der ganzen Route durch Verordnungen zu regeln wünschten, während die andern Kantone, vor allem aber Basel und Luzern, für völlige Freiheit im Fuhrwesen eintraten ⁵⁹. Basel und Luzern hatten sich zunächst mit den Sonderrechten der beiden Bergkantone einverstanden erklärt. Als sich aber trotz aller Anstrengungen der Warenzug über den Gotthard immer weiter verminderte, begannen sie bei Uri und Tessin energisch auf Abschaffung des staatlich geregelten Fuhrwesens zu dringen. Tessin entschied sich schon bald für die Einführung der freien Konkurrenz in seinem Fuhrwesen, wogegen Uri fest auf seinen alten Rechten und Einrichtungen beharrte.

Im Gegensatz zu Basel, wo die Fuhrleute immer genügend Güter für die Weiterspedition vorfanden, sah sich Uri gezwungen, die sein Gebiet transitierende, spärliche Warenmenge möglichst gerecht auf all seine Fuhrleute zu verteilen, und wachte darum sorgfältig darüber, keine Einrichtung zu gestatten, durch welche Monopolen entstehen und einzelne in die Möglichkeit kommen könnten, alle Spedition an sich zu reißen. Das Maximum und Minimum der Fracht war von der Regierung genau festgesetzt. So durfte in Uri kein Wagen mit mehr als 35 Zentnern Last beladen sein, während die Wagen, die über den Hauenstein gingen, bis zu 100 Zentner trugen. Man konnte die Waren auch nicht durch einen bestimmten Fuhrmann «verführen» lassen, sondern es bestand eine Rangordnung der Fuhren nach «Anciennetät». Eine andere Einrichtung, für deren Beibehaltung die Basler in den kommenden Jahren besonders wenig Verständnis zeigten, war der sogenannte Winterteil. Er bestimmte, daß diejenigen Fuhrleute, die sich im Herbst zum Verführen von Gütern aufzeichnen ließen, die Verpflichtung übernahmen, Ochsen zu halten und nach einer besonderen Kehrordnung dieselben während des

⁵⁸ Ebenda, Gutachten des Basler Handelskollegiums, Aug. 1843.

⁵⁹ Vgl. Robert Frey: Das Fuhrwesen von Basel von 1662–1848. Diss. Basel 1932.

Winters zur Wegräumung des Schnees und zur Offenhaltung der Straße zur Verfügung zu stellen. Dagegen genossen sie als gerechte Entschädigung das Vorrecht, die vorhandenen Waren zum Transport zu übernehmen.

Mit der Begründung, Uri veraltetes System hemme offensichtlich die Neubelebung des Warenzugs, erhoben Basel und Luzern erstmals auf der Konferenz von 1829 die Forderung, Uri möge ebenfalls die freie Konkurrenz einführen, damit «jedem der Paß mit Führen frei stehen soll, ohnabgesehen aus welchem Kanton er sei»⁶⁰. Ferner regte Basel, gleichfalls im Hinblick auf die Transitbeschleunigung, an, es möge den Fuhrleuten in den katholischen Kantonen die Erlaubnis erteilt werden, auch an Sonn- und Feiertagen zu fahren, was bisher gleichsam nur unerlaubterweise geschah. Weitere Forderungen waren die Errichtung einer Assekuranz zur Sicherheit der passierenden Waren sowie die Erbauung von Schirmhäusern und die Wiederherstellung des Gotthardhospizes⁶¹. Während Tessin auf alle diese Anträge bereitwillig einzugehen schien, sperrte sich Uri von Anfang an gegen jede Änderung der alten Verhältnisse. Als Basel auf der Konferenz von 1830 seine Forderungen wiederholte, erreichte es wenigstens, daß Uri und Tessin gemeinsam über das Fahren an Sonn- und Feiertagen und die Erbauung der Schirmhäuser und des Gotthardhospizes zu verhandeln versprachen.

Merkwürdigerweise schienen die Gotthardstände gerade zu der Zeit, da die fahrbare Gotthardstraße kurz vor ihrer Vollendung stand, in ihren Anstrengungen ganz merklich nachzulassen. Wenigstens war das die Meinung der Basler Delegierten, welche die Konferenzen von 1829, 1830 und 1832 besuchten. Schon im Juni 1829 mußte Basel mahnen, Luzern sei der einzige Stand, der bisher noch gar nichts an seinem Straßenstück getan habe. «Wenn die Güterfahren nicht auf der ganzen Straßenstrecke der beabsichtigten Erleichterung teilhaftig werden, so werden dieselben einen andern Weg einschlagen und unsere Straße verödet stehen»⁶². Auch Wilhelm Vischer⁶³ erklärte, «insbesondere auf der wegen bekannten Angelegenheiten besuchten Konferenz in Sarnen die Überzeugung gewonnen zu haben, daß die Stände Uri, Luzern und Tessin, welche auf der Konferenz äußerst lebhaft für die Sache geschienen, demungeacht noch gar nichts für dieselbe getan hätten»⁶⁴.

⁶⁰ St.A.B. HG S 10, Konferenzprotokoll 1829, 12. Aug.

⁶¹ Das Hospiz war 1799 dem Krieg zum Opfer gefallen.

⁶² St.A.B. HG S 10, Basel an Luzern, 6. Juni 1829.

⁶³ Wilhelm Vischer (1789–1849), Kleinrat, Präsident des Finanzkollegiums.

⁶⁴ St.A.B. HG S 10, Handelskollegium an Kl. Rat, 29. Nov. 1832.

Deshalb drängte Basel in den Jahren 1832 und 1833 immer wieder auf Beschleunigung der Gotthardangelegenheiten, weil man sonst bei dem schläfrigen Gang der Dinge befürchten müsse, daß das Werk in der Geburt erstickte⁶⁵. Auch machte Basel Luzern darauf aufmerksam, daß sich Uri und Tessin noch immer nicht über das Fahren an Sonn- und Feiertagen und die andern Forderungen besprochen hätten, und schlug vor, jenen beiden Ständen nochmals drei Monate Zeit zu geben, um die versprochenen Verhandlungen aufzunehmen, und dann zur «letzten» Konferenz zusammenzutreten⁶⁶.

Die auf Wunsch Luzerns für den August 1833 angesagte Konferenz konnte wegen des Bürgerkriegs in Basel nicht stattfinden, doch dauerte der Unterbruch, der deshalb in den Verhandlungen notwendig wurde, nicht lange. Im Januar 1834 befaßte sich das Handlungskomitee von Basel-Stadt schon wieder eingehend mit den Gotthardangelegenheiten, und man spürt es allen Gutachten und Schreiben dieser Zeit deutlich an, daß Basel-Stadt der schleppende Gang der Verhandlungen und das Nichteinhalten der auf den Konferenzen gemachten Versprechungen gründlich verleidet war. Die am Gotthardhandel interessierten Basler Handelsherren waren gewohnt, erfolgreiche Geschäfte zu tätigen und wollten nicht untätig dem weiteren Zerfall des Gotthardtransits zusehen. Leider blieb aber auch nach der Fertigstellung der neuen Fahrstraße der erwartete Aufschwung aus. Zudem hatte die Urner Landsgemeinde erneut die Einführung der freien Konkurrenz verworfen⁶⁷. Basel-Stadt gab aber der staatlichen Lenkung des Urner Fuhrwesens immer stärker die Hauptschuld für den anhaltenden Tiefstand des Gotthardtransits und war gesonnen, die Einführung der freien Konkurrenz von nun an mit allen Mitteln durchzusetzen.

Dies verdeutlichten auch die Berichte, die Matthias Oswald⁶⁸, der Basler Delegierte zur Konferenz vom April 1834, an seine Regierung schickte. Gleich zu Beginn der ersten Sitzung hatte er die Urner Vertreter gedrängt, bei den Verhandlungen zum Kern der Sache vorzustoßen und endlich in ihrem Kanton die freie Konkurrenz einzuführen. Uri setzte jedoch seinen Forderungen die schroffste Ablehnung entgegen. Der Führer der Urner Gesandtschaft, Landammann Jakob Anton Müller⁶⁹, war ein grimmiger Gegner der

⁶⁵ Ebenda, Handelskollegium an Kl. Rat, 10. Febr. 1834.

⁶⁶ Ebenda, Basel an Luzern, 18. Jan. 1832.

⁶⁷ Am 5. Mai 1833.

⁶⁸ Matthias Oswald (1774–1864), anfangs Metzgermeister, dann Kerzenfabrikant.

⁶⁹ Jakob Anton Müller (1777–1848).

freien Konkurrenz und versuchte durch, wie sich Oswald ausdrückte, «höchst widersinnige Räsonnemenz»⁷⁰ alle nur erdenklichen Einwände geltend zu machen. Aus Müllers Votum wurde deutlich, daß Uri gerade in der gesetzlichen Hemmung von Monopolen die größtmögliche Freiheit erblickte und den Vorteil des Transits ausschließlich seinen Landsleuten vorbehalten wollte. Dem hielt Basel-Stadt, als der Sprecher aller übrigen Konkordatsstände, entgegen, daß bei Einführung der freien Konkurrenz selbstverständlich die Geschickteren und Tätigeren den größten Teil der Spedition an sich bringen würden; wenn aber dadurch der Transit auf das Zehnfache oder noch höher ansteige, so würden nicht nur die Geschickteren und Tätigeren, sondern auch die Menge ihrer Mitbürger Verdienst finden. Zu dem vermehrten Transit werde sich dann auch leicht das Mittel der Offenhaltung der Straßen zur Winterszeit finden. Uri wollte aber auf keinen Vorschlag eingehen und verwahrte sich entschieden gegen jeden Eingriff in seine kantonalen Rechte. Seine Verstimmung ging sogar so weit, daß seine Gesandten die Konferenz zu verlassen drohten. Oswald faßte seinen Bericht über den ersten Konferenztag zusammen, indem er nach Basel schrieb: «Meine H. G. Herren werden... ersehen, welch harte Stellung ich hier habe, nicht zu gedenken der Mühe, welche (ich) mir gestern Abend gegeben, die Gesandten von Uri von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich zu unserem Grundsatz zu bekennen, allein Herr Landammann Müller hat einen Kopf, der nicht leicht zur Nachgiebigkeit zu bewegen ist. Ich sehe keinem günstigen Resultat entgegen, werde indessen alles anwenden, was ich tun kann, die Sache zu fördern ⁷¹.»

Auch in seinem zweiten Bericht schilderte Oswald, wie er Uri weiterhin unter schwersten Druck gesetzt habe. Er habe ihm erklärt, «alles in der Welt habe seine Grenzen, ebenso die bisherige, sehr übel angewandte, übertriebene und mißbrauchte Nachsicht gegen den Hohen Stand Uri, durch welche der gänzliche Untergang des Transits herbeigeführt worden sei»⁷². Es werde deshalb nicht die mindeste Zoll- oder Transitreduktion stattfinden, wenn sich Uri nicht zuvor dem Grundsatz der freien Konkurrenz zu Wasser und zu Land angeschlossen habe. «Dieses... ist die Sprache, welche gegen die Herren von Uri muß geführt werden, wenn je einem Resultat Hoffnung gegeben werden will. Alle übrigen Stände und das Präsidio insbesondere verdanken mir recht sehr, daß ich den Geschäftsgang dahin zu leiten gesucht habe und sind ganz mit mir einverstanden,

⁷⁰ St.A.B. HG S 10, Relation Oswalds, 8. April 1834.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Ebenda, Relation Oswalds, 10. April 1834.

was die Herren von Uri wohl wissen. Nichtsdestoweniger bin (ich) mit denselben in den freundschaftlichsten Verhältnissen und suche sie auf dem Weg der Belehrung auf den gewünschten Punkt zu führen. Herr Landammann Zraggen⁷³ und Talamann (Alois) Müller⁷⁴ haben mir im Vertrauen gesagt, daß sie ganz meinen Ansichten beistimmen, allein sie dürfen sich vorderhand nicht dahin erklären wegen Landammann Jakob Müller, weil er persönlich gegen die freie Konkurrenz überall einwirkt. Hochdieselben werden daher mein Benehmen gewiß nicht mißbilligen, weil es das einzige Mittel ist, welches zum Ziele führt⁷⁵.»

Die übrigen Konferenzstände hatten inzwischen gegen den heftigen Protest Uris⁷⁶ die Einführung der freien Konkurrenz zum Beschluß erhoben. Auf die instruktionsgemäße Anfrage von Basel-Stadt, ob Uri die Sust von Altdorf nicht nach Flüelen verlegen könne, antwortete Uri, es werde keine weiteren Verbindlichkeiten mehr übernehmen, denn sein Stand habe im Verhältnis schon weit mehr als alle anderen Stände getan und könne sich auf keine weiteren Kosten mehr einlassen⁷⁷. Über seine Erwiderung schickte Oswald folgenden Bericht nach Basel: «Baselstadt wolle zugeben, daß Uri für das Unternehmen sehr viel getan habe, allein es frage sich dann auch, wer den meisten Nutzen davon trage, wenn das Speditions-wesen zeitgemäß eingerichtet werde? Indessen gehe aus dem Benehmen Uris bei jedem Anlaß deutlich hervor, daß nicht genug gefordert werden könne, und wenn es zuletzt sich bloß um lokale Einrichtungen, nicht um Verlegung der Sust selbst handle, so werde statt in entgegenkommendem Sinn gegen sämtliche Konkordatsstände mit Protesten eingeschritten und mit Verweigerung aller Art gedroht, während alle übrigen Stände mit belobenswertem Eifer alle Mittel hervorsuchen, den Transit herbeizuführen und dadurch den Wohlstand ihres eigenen Kantons zu fördern⁷⁸.»

In seinem Abschlußbericht stellte Oswald fest, man sei dem Ziel wesentlich nähergerückt. «Die Abgeordneten von Uri betreffend haben mir dieselben samt ihrem Landschreiber gestern einen Besuch abgestattet und Rat geholt, wie sie es angreifen könnten,

⁷³ Josef Maria Zraggen (1772–1844), Landessäckelmeister bis 1821, Landestatthalter bis 1825 und Landammann bis 1829. Eidg. Repräsentant in Basel-land (1832).

⁷⁴ Alois Müller (gest. 1845).

⁷⁵ St.A.B. HG S 10, Relation Oswalds, 10. April 1834.

⁷⁶ Vgl. Oswalds Relation vom 12. April 1834, ebenda.

⁷⁷ St.A.B. HG S 10, Relation Oswalds, 13. April 1834.

⁷⁸ Ebenda.

ein fernerer Anlehen von Fr. 100 000.— durch Aktien zustande zu bringen ⁷⁹, und ob ich glaube, daß diese Gelder in Basel zu finden wären. Ich sprach offen, ihre gegenwärtige Lage, der Gotthardtransit und die zu erwartenden Zölle seien nicht genug Garantien, eine Summe zu finden, Ich rate freie Konkurrenz zu Wasser und zu Land durchzusetzen, das wird (den) Transit beleben, darauf wird auch der moralische Wert der Aktien beruhen. Die Herren haben meinen Rat unter sich in Beratung genommen und heute Morgen nach der Sitzung mir ihren Dank gezollt, mit der Bitte, ich möchte mich bei Hochdieselbe um eine kräftige Zuschrift im Sinne der freien Konkurrenz an ihre Regierung verwenden, wo sie dann trachten werden, ihrerseits allen Einfluß zu verwenden und bei der Landsgemeinde dahin zu wirken, ein günstiges Resultat herbeizuführen ⁸⁰.»

Der von den Gesandten von Uri erbetene Brief ging am 26. April 1834 von Basel ab, und der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Die Urner Mailandsgemeinde erhob gegen die Einführung der freien Konkurrenz und die Herabsetzung der Zölle nicht den geringsten Widerspruch. Allerdings machte sie den Vorbehalt, daß sich die freie Konkurrenz nur auf das Land und nicht auch auf das Wasser erstrecke ⁸¹. Diese halbe Annahme sollte schon bald zu neuen schweren Komplikationen führen, an deren Lösung sich Basel vor allem vermittelnd beteiligte.

Da sich die 1824 auf dem Bodensee und 1826 auf dem Langensee eingeführte Dampfschiffahrt gut bewährt hatte, war es nicht verwunderlich, daß Tessin schon auf der Konferenz von 1826 auch für den Vierwaldstättersee den Bau eines Dampfschiffs anregte. Basel griff den Gedanken in den folgenden Jahren immer wieder auf und besprach sich darüber auch mit der Urner Gesandtschaft, die im Dezember 1827 wegen des zweiten Urner Anleihe in Basel weilte. In Uri hatte man die Frage bereits ernsthaft diskutiert, doch war man wegen der hohen Anschaffungskosten für ein Schiff und wegen der beträchtlichen Transportkosten für die zum Betrieb notwendige Steinkohle wieder davon abgekommen ⁸². Auch auf den folgenden Konferenzen war immer wieder von der großen Beschleunigung die Rede, die durch den Bau eines Dampfschiffs dem Transit verliehen werden könnte, doch folgten weder Beschlüsse noch Taten. Es blieb vorläufig bei dem wöchentlich zweimaligen Warentransport in jeder Richtung, der den Nauen der Urner und Luzerner Schiffergesell-

⁷⁹ Das spätere «vierte» Urner Anleihen.

⁸⁰ St.A.B. HG S 10, Relation Oswalds, 16. April 1834.

⁸¹ Ebenda, Uri an Basel, 10. Mai 1834.

⁸² Ebenda, Konferenzprotokoll vom 13. Dez. 1827.

schaften vorbehalten war. Wegen Streitigkeiten unter diesen Schiffergesellschaften funktionierte aber nicht einmal dieser Verkehr regelmäßig⁸³.

Da war es eine große Überraschung, als Luzern plötzlich im Dezember 1835, ohne sich vorher mit den andern Konkordatsständen besprochen zu haben, diesen mitteilte, seine Regierung habe dem Luzerner Handelshaus Friedrich Knörr das Recht erteilt, durch eine Aktiengesellschaft die Dampfschiffahrt auf dem Vierwaldstättersee einzurichten. Es wäre natürlich viel vernünftiger gewesen, wenn sich Luzern über sein Vorhaben zuvor mit Uri geeinigt hätte, doch war es einer solchen Fühlungnahme wahrscheinlich gerade deshalb aus dem Wege gegangen, weil es wußte, daß mit dem neuen Unternehmen wichtige Urner Privatinteressen gefährdet wurden. Es hatte deshalb auch Basel-Stadt und Tessin um brüderliches Einwirken auf Uri und «anteilmehrende Vorschubleistung für jenes Unternehmen» gebeten⁸⁴.

Basel-Stadt, das sich selbst stets von dem Grundsatz leiten ließ, Handel, Industrie und alles damit in Verbindung Stehende müsse sich frei bewegen können und aus eigenen Kräften erstarken, fand Luzerns Handlungsweise nicht ganz sauber. Vor allem warf es Luzern vor, der Knörrschen Gesellschaft ein Monopol gewährt zu haben, obwohl von ihm erst vor kurzem im Nachtragskonkordat von 1834 die freie Konkurrenz zu Wasser und zu Lande anerkannt worden sei. Da das Dampfschiff aber ausschließlich der Beschleunigung des Gotthardtransits dienen sollte, stellte sich Basel-Stadt trotzdem auf die Seite Luzerns und forderte Uri auf, den Ein- und Auslad von Waren und Reisenden an seinen Ufern zu gestatten⁸⁵.

In Uri bestanden zur damaligen Zeit zwei Schiffergesellschaften, die des sogenannten Urinauens und die von Flüelen. Sie hatten das alleinige Recht, Waren und Personen vom Gestade in Uri wegzuführen. In Luzern entsprachen ihnen die Gesellschaften des Pfisternauens und der St. Niklausengesellschaft, die ihrerseits allein berechtigt waren, Personen und Waren vom Gestade in Luzern wegzuführen. 1810 und 1811 war durch Verträge festgesetzt worden, daß diese Gesellschaften auch an den jenseitigen Ufern Personen und Waren aufnehmen durften, dafür aber einen gewissen Betrag zuhänden der berechtigten Gesellschaften zahlen mußten. In Luzern trat

⁸³ (Konstantin Siegwart) Rechtsschrift über die Freiheit der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee, Luzern 1838. F. Hofer: Die Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee. Diss. Bern 1931.

⁸⁴ St.A.B. HG S 7, Luzern an Basel, 24. Dez. 1835.

⁸⁵ Ebenda, Gutachten des Basler Handelskollegiums, 7. Jan. 1836.

das Dampfschiff ohne weiteres in alle Rechte der dortigen Gesellschaften ein, und deren Rechtsamen wurden ohne Entgelt abgeschafft. Uri dagegen war nicht gesonnen, die vielhundertjährigen Rechte seiner Schiffergesellschaften ohne Entschädigung aufzuheben und verlangte von Luzern eine angemessene Entschädigungsleistung⁸⁶.

Wenn Luzern zunächst geglaubt hatte, die Dampfschiffgesellschaft werde sich leicht mit den Urner Schiffergesellschaften einigen können, indem sie Uri Aktien ihres Unternehmens anbiete, so waren alle derartigen Versuche gescheitert. Als darauf Vertreter der Regierungen von Uri und Luzern in Altdorf zusammenkamen, konnten sie zwar zu einer Einigung gelangen, doch nahm diesmal die Dampfschiffgesellschaft die Bedingungen nicht an. Nachdem alle Verhandlungen gescheitert waren, erklärte Uri, sobald das Dampfschiff zum erstenmal an seinem Ufer anlege, werde es dessen Kapitän so lange gefangensetzen, bis man sich geeinigt habe. Luzerns Antwort auf diese Drohung war die Einberufung einer Gotthardkonferenz, die am 17. April 1837 in Luzern zusammentrat. Außer Uri waren alle Stände auf Luzerns Seite, doch wußte Uri mit großem Geschick seinen Standpunkt zu behaupten.

In der ersten Sitzung berichtete Luzern, wie alle Verhandlungen mit Uri über eine zweimal wöchentliche Fahrt auf dem See gescheitert seien. Es habe daher die früheren Verträge aufgekündigt, die freie Konkurrenz eingeführt und der Dampfschiffgesellschaft ein Privileg erteilt. Uri erklärte dagegen nochmals feierlich, es werde die Einführung der freien Konkurrenz auf dem Wasser niemals gestatten. Jedes Mitglied seiner Schiffergesellschaften habe sich mit einer bedeutenden Summe in dieselben einkaufen müssen. Es sei ungerecht, wenn man jetzt von Uri verlange, diese Gesellschaften aufzuheben und außerdem noch aus eigenen Mitteln zu entschädigen, und das nur, um einer anderen, auch wieder mit Monopolen ausgestatteten Gesellschaft Platz zu machen. Man könne Uri nach allen gebrachten Opfern nicht auch noch diese finanzielle Last aufbürden. Hierauf ergriff Luzern erneut das Wort. Dabei stellte es zunächst richtig, daß das von Uri so schwer angegriffene Monopol sich lediglich darauf beschränke, daß während der nächsten sechs Jahre kein zweites Dampfschiff an den Ufern des Luzernersees gebaut werden dürfe. Die Entschädigung der Urner Schiffergesellschaften könne Luzern aber keineswegs übernehmen. Uri möge bedenken, welch große Summen Luzern bereits an die Abzahlung der Urner Aktien zugeschossen habe. Die Dampfschiffgesellschaft sei angewiesen wor-

⁸⁶ St.A.B. HG S 10, Uri an Basel, 23. Jan. 1836.

den, Uri Aktien anzubieten. Wenn Uri davon keinen Gebrauch gemacht habe, so sei dies sein eigener Fehler. Wie schon bei den Verhandlungen über die Einführung der freien Konkurrenz zu Lande, verschanzte sich Uri auch jetzt wieder hinter seiner Instruktion, und die Gereiztheit auf beiden Seiten wurde so groß, daß Uri die Konferenz zu verlassen drohte ⁸⁷. Basel-Stadt warnte vor allzu großer Leidenschaftlichkeit, aber Uri und Luzern waren nicht mehr in der Lage, sachlich miteinander zu verhandeln. Uri berief sich immer wieder auf die Verträge von 1810 und 1811, die durch Luzerns einseitige Aufkündigung noch keineswegs aufgehoben seien, und verweigerte dem nach Flüelen kommenden Dampfschiff dort jegliche Rückladung. Luzern berief sich dagegen auf den Paragraph XI der Bundesakte, worin für Lebensmittel, Landeserzeugnisse und Kaufmannswaren die ungehinderte Aus- und Durchfuhr von einem Kanton zum andern garantiert wurde. Als die Konferenz endgültig aufzufliegen drohte, warf sich Basel-Stadt ins Mittel und erreichte schließlich, daß man sich am folgenden Tage noch einmal zu treffen versprach. Uri zeigte sich am folgenden Tage ebenso unnachgiebig wie Tags zuvor. Wie groß die Kluft zwischen Uri und den andern Ständen bereits geworden war, bewiesen die folgenden Worte seines Vertreters: «Möge sich auch der jetzige Verband auflösen, so werde der Gotthardpaß deswegen nicht aufhören, durch Uri zu führen; es werde sich nach seiner Konvenienz trachten, anders zu behelfen. Die Akten beweisen, daß Luzern den Kanton Uri zu dem Straßenbau ermuntert habe, daß Luzern die Anerbietung zur Mitwirkung gemacht habe und daß es einen Staatsvertrag mit Uri in seinem eigenen Interesse beschlossen habe. Uri werde daher den Vorwurf nimmermehr dulden, daß es dem Kanton Luzern Dank schuldig sei, was er in eigenem Interesse getan habe. Sei es ein Mißgeschick gewesen, so trage Uri keine Schuld daran. Uri könne auf Luzern die Schuld werfen, weil es von Luzern zum fast unerschwinglichen Bau der Gotthardstraße verleitet worden sei ⁸⁸.»

Zu Beginn der dritten Sitzung forderte der Vertreter von Basel-Stadt Uri auf, endlich eine andere Sprache zu führen und die Art seiner sophistischen Auslegungen aufzugeben. Er könne den Auftrag seiner Regierung, zwischen Uri und Luzern zu vermitteln, nur dann erfolgreich ausführen, wenn Uri ihm den Weg dazu zeige. Es möge sich darum näher erklären, damit man einige Garantie habe, daß die Vermittlung zustandekomme. Schließlich machte der Basler

⁸⁷ Ebenda, Relationen der Basler Gesandtschaft vom 18. und 19. April 1837.

⁸⁸ Ebenda, Konferenzprotokoll 1837, S. 41.

Delegierte Uri den Vorschlag, allen Beschlüssen, die man jetzt fassen werde, unter Ratifikationsvorbehalt zuzustimmen, die Ratifikation selbst aber vom Zustandekommen der Verständigung abhängig zu machen ⁸⁹. Doch blieb Uri unnachgiebig und stimmte auch nicht unter Ratifikationsvorbehalt den beiden Beschlüssen zu, die trotz aller Proteste Uri schließlich von den übrigen Ständen gefaßt wurden. Die Luzerner Dampfschiffgesellschaft war darin angewiesen, nötigenfalls unter Mitwirkung der Regierungen von Uri und Luzern, einen friedlichen Ausgleich mit den Urner Schiffergesellschaften zu erzielen, und, falls es zu keinem Ausgleich kommen sollte, die konkordierenden Stände als Schiedsrichter anzurufen. Diese zweite Bestimmung war nur durch die Vermittlung von Basel-Stadt zustandegekommen, indem es Luzern davon abgebracht hatte, den Streitfall einem eidgenössischen Schiedsgericht vorzulegen, weil eine solche Bestimmung von Uri sicher übel aufgenommen worden wäre. Hinsichtlich der freien Konkurrenz zu Wasser ging die Konferenz ergebnislos auseinander, doch brachte sie auf anderen Gebieten eine erfreuliche Verständigung. In Ergänzung zum Altdorferkonkordat vom Oktober 1826 und zum Nachtragskonkordat vom April 1834, welches nur für drei Jahre Geltung hatte, schlossen die Gotthardstände am 25. April 1837 ein neues Konkordat. Sein Inhalt umfaßte Vorschriften über die schnellere Spedition der Transitgüter, Bestimmungen über die Instandhaltung der Straßen und Festsetzung der teilweise erneut herabgesetzten Transitgebühren. Das Konkordat blieb sechs Jahre in Kraft und wurde im August 1843 mit einigen Modifikationen erneuert.

Trotz dieses positiven Ergebnisses hatte die Konferenz bei allen konkordierenden Ständen die Ansicht verstärkt, daß Uri wider besseres Wissen die Einführung der freien Konkurrenz auf dem Wasser verhindere. Diese starre Haltung ließ auch die weiteren Verhandlungen, welche die Luzerner Dampfschiffgesellschaft im Anschluß an die Konferenz mit den Urner Schiffergesellschaften führte, scheitern. Als am 24. September 1837 das neuerstellte Dampfschiff zum erstenmal von Luzern nach Flüelen räderte, war man allseits gespannt, wie sich Uri nun verhalten würde. Uri verwirklichte tatsächlich alle seine Drohungen. Es sabotierte den Verkehr des Dampfschiffs mit allen Mitteln, verhinderte es am Anlegen und krönte seine Repressalien mit der Verhaftung des Kapitäns ⁹⁰. Hierauf drohte Luzern seinerseits mit Gegenmaßnahmen und berief im

⁸⁹ Ebenda, Relation der Basler Gesandtschaft, 19. April 1837.

⁹⁰ Vgl. Basler Zeitung, 5., 11., 30. Dez. 1837 und 25. Nov. 1837.

Dezember 1837 eine Gotthardkonferenz ein. Noch bevor diese Konferenz zusammentrat, schickte die Regierung von Basel-Stadt ein Schreiben nach Luzern, in welchem sie folgendes ausführte: «Im Interesse einer von dieser Konferenz zu hoffenden, gütlichen Ausgleichung der erhobenen Anstände sehen wir uns bewogen, Euch g. l. Eidgenossen inzwischen zu ersuchen, Ihr möchtet der in Eurem Schreiben... an die Regierung von Uri ausgesprochenen Drohung, wonach die von Uri einlangenden Schiffe angehalten und für das in Flüelen gegen den Kapitän des Dampfschiffs Verfügte verantwortlich gemacht werden sollen, keine Folge geben und die Entschließungen der bevorstehenden Konferenz ruhig abwarten, da nicht zu verkennen ist, daß durch solche Gewaltmaßnahmen und Repressalien alles nur erschwert wird ⁹¹.»

Die Atmosphäre war gespannt wie nie zuvor, als sich die Vertreter der Gotthardstände im Dezember 1837 in Luzern trafen. Die Gesandten von Basel-Stadt hatten wiederum die Instruktion, «versöhnend aufzutreten»⁹², und sollten, falls kein Vertreter von Uri an der Konferenz erscheinen würde, darauf dringen, daß sofort eine persönliche Abordnung nach Altdorf geschickt werde ⁹³. Obwohl aber Uri noch kurz vor der Konferenz einen grollenden Brief an alle Konferenzstände gesandt hatte, waren seine Vertreter trotzdem nach Luzern gekommen, und es hatte anfangs sogar den Anschein, als ob sich inzwischen eine Gesinnungsänderung in Uri vollzogen habe. Denn auf die Aufforderung von Basel-Stadt, das Interesse der Schiffergesellschaften etwas in den Hintergrund treten zu lassen und das Wohl des Gesamtkantons ins Auge zu fassen, antwortete Uri, es sei bereit, die freie Konkurrenz auf dem Wasser für drei Jahre probeweise einzuführen, doch müßten seine Schiffergesellschaften vorher mit Fr. 6000.– entschädigt werden. Dieser Vorschlag wurde von zwei Delegierten, dem Tessiner Molo ⁹⁴ und dem Baselstädter Vischer ⁹⁵ sofort der Dampfschiffgesellschaft zur Kenntnis gebracht, welche ihrerseits aber nur Fr. 5000.– zahlen wollte. Die Urner behaupteten aber, laut Instruktion bei der geforderten Summe beharren zu müssen, und schlugen vor, daß vielleicht die konkordierenden Stände gemeinsam den Rest aufbringen könnten. Diese Zumutung erbitterte die anwesenden Gesandten schwer. Luzern und

⁹¹ St.A.B. HG S 7, Basel an Luzern, 27. Nov. 1837.

⁹² Ebenda, Ratschlag des Handelskollegiums, 29. Nov. 1837.

⁹³ Ebenda, Instruktion der Gesandten vom 2. Dez. 1837.

⁹⁴ Corrado Molo (1792–?), 1835–1839 Staatsrat, 1839–1842 von den Radikalen eingekerkert, dann nach Italien emigriert.

⁹⁵ Vgl. Anmerkung 63.

Tessin drohten erneut mit dem eidgenössischen Recht, worauf Uri die Konferenz verlassen wollte. Wieder war es Basel-Stadt, das zur Vernunft rief und Uri bei der Lösung des Streites zu helfen versprach. Aber Uri blieb unnachgiebig, und so beschlossen die restlichen Stände, wenn sich Uri und Luzern nicht in drei Monaten geeinigt hätten, die Sache vor ein Schiedsgericht der Gotthardstände kommen zu lassen oder aber das eidgenössische Recht anzurufen.

Die baselstädtischen Vermittlungsbemühungen beschränkten sich nicht nur auf die Konferenzen selbst, sondern wurden auch abends im privaten Gespräch fortgesetzt. Die Gesandten von Basel-Stadt gingen dabei sogar so weit, sich selbst zu einer Gewährleistung herbeizulassen. Am 14. Dezember schrieb Wilhelm Vischer an Bürgermeister Frey: «Die Abgeordneten von Basel... glaubten in ihren Versuchen zu einer Übereinkunft nicht müde werden zu sollen und hegen die Hoffnung, in Folge von ihnen getanen Schritts werde Uri die Entschädigung von Fr. 5000.- annehmen. Herr Landammann Zraggen verspricht die Sache beim Landrat zu unterstützen, und wir sind bemüht noch alles Nötige vorzubereiten, wobei wir uns selbst zu einer Gewährleistung herbeilassen müssen ⁹⁶.» Drei Tage später schrieb Vischer: «Wenn (die Verhandlungen) auch nicht den vollständigsten Erfolg hatten, so dürfen wir uns doch schmeicheln, es werde derselbe nicht lange ausbleiben, und wir haben auch, um diesen Zweck zu erreichen, noch fernere Schritte eingeleitet und vermittelnd einzuleiten versucht ⁹⁷.»

In den ersten Wochen nach der Konferenz schien es jedoch, als ob man von einer Einigung weiter denn je entfernt sei. Uri sabotierte weiterhin den Verkehr des Dampfschiffs, und Mitte März hörten überhaupt alle Verhandlungen auf. Ganz überraschend kam es dann im April doch zu einer leidlichen Einigung zwischen den Gesellschaften für drei Jahre. Diese Einigung blieb jedoch ohne Einfluß auf die Haltung der Luzerner Regierung die sich entschlossen hatte, den Rechtsweg zu beschreiten. Sie wollte dies aber nicht allein tun, sondern forderte die andern konkordierenden Stände auf, entweder den Rechtsstreit gemeinschaftlich mit ihr zu bestehen, oder Luzern zu beauftragen, Uri mit ihrer Vollmacht vor dem eidgenössischen Recht anzuklagen.

In Basel-Stadt nahm man von Luzerns Vorhaben deutlich Abstand, weil man es für besser hielt, «wo ohnehin das Innere der

⁹⁶ Vischer an Frey, 14. Dez. 1837, St.A.B. HG S 7.

⁹⁷ St.A.B. HG S 7, Vischer an Frey, 17. Dez. 1837.

Schweiz durch so vielen Stoff zu Aufregung und Streit beunruhigt wird, keinen Prozeß mit einem achtbaren Mitstand» anzuheben⁹⁸. Die Regierung beschloß außerdem, einen Delegierten nach Luzern und Uri zu senden, der möglichst ohne eidgenössisches Recht den Ausgleich der strittigen Punkte erreichen sollte. Schließlich war auch Bürgermeister Burckhardt beauftragt, eine Gotthardkonferenz während der Tagsatzung von 1838 zu verhindern⁹⁹. Es gelang aber Luzern trotzdem, am 19. August 1838 die Tagsatzungsgesandten aller konkordierenden Stände, mit Ausnahme von Uri, zu einer Sitzung zusammenzurufen, in welcher endgültig beschlossen wurde, Uri den Prozeß zu machen. Von allen Ständen stimmte Basel allein dagegen¹⁰⁰.

Zur großen Freude Basels hatten sich aber inzwischen die streitenden Gesellschaften definitiv geeinigt. Durch die zähe Art, mit der Uri sein Recht vertreten hatte, war die Luzerner Dampfschiffgesellschaft schließlich so sehr zermürbt worden, daß sie sich im sogenannten «Seevertrag» bereit erklärte, jährlich Fr. 1000.– an die Urner Schiffergesellschaften als Entschädigung zahlen zu wollen. Die Regierung von Luzern hatte damit ihren wichtigsten Anklagepunkt verloren, weil durch den Seevertrag praktisch die freie Konkurrenz zu Wasser eingeführt worden war. In Basel-Stadt hatte man aber noch immer Angst, Luzern werde auf dem Prozeß bestehen, und die Basler Delegierten zur Gotthardkonferenz vom August 1839 hatten deshalb die Instruktion, den Beginn des Rechtsstreites soweit als möglich hinauszuschieben¹⁰¹. Wenn Luzern dann schließlich doch von dem Rechtsstreit abstand, so war die Haltung von Basel-Stadt, das ihm bei dessen Verfolgung jede Unterstützung versagte, dafür sicher ein Hauptgrund. Diese Haltung verwunderte Luzern um so mehr, weil Basel-Stadt stets für die Freiheit der Schifffahrt eingetreten war, und es außerdem in Basel viele Aktionäre des Dampfschiffs hatte¹⁰².

Seit dem Seevertrag verkehrte das Dampfschiff ungehindert, doch machte es so schlechte Geschäfte, daß die Gesellschaft die versprochene Entschädigungssumme nicht zahlen konnte und, um nicht reine Verlustfahrten machen zu müssen, zur Winterszeit den Betrieb sogar gänzlich einstellte. Uri bemerkte mit bitterem Spott, jetzt

⁹⁸ Ebenda, Gutachten des Basler Staatskollegiums, 1. Mai 1838.

⁹⁹ Ebenda, Burckhardt aus Luzern an die Basler Regierung, 26. Juli 1838.

¹⁰⁰ Ebenda, Burckhardt an die Basler Regierung, 19. Aug. 1838.

¹⁰¹ St.A.B. HG S 10, Instruktion der Basler Gesandtschaft, 21. Juni 1839.

¹⁰² Konstantin Siegwart: Der Kampf zwischen Recht und Gewalt. Altdorf 1864, S. 46.

seien seine Nauen wieder gut genug, während der stürmischen und uneinträglichen Zeit den Fahrdienst zu versehen ¹⁰³.

Viel wichtiger war aber die Tatsache, daß auch nach der Abschaffung des staatlich geregelten Fuhrwesens in Uri der Warentransit nicht den erhofften Aufschwung genommen hatte. Die Uri von den andern Ständen aufgedrungenen Neuerungen hatten seinem Handelswesen lediglich Schwierigkeiten, aber keinerlei Vorteile gebracht. Es zeigte sich immer deutlicher, daß sich die freie Konkurrenz für die außerordentlichen Verhältnisse in Uri nicht eignete. Auch hatte sich das Urner Volk, vor allem diejenigen, die am Transit verdienten, nie mit dem neuen System befreunden wollen. Nach der Einführung der freien Konkurrenz waren im Winter die Waren oft Wochen, ja Monate in den Susten liegen geblieben, obwohl Uri für teures Geld den Paß offenhielt ¹⁰⁴. Viele Fuhrleute weigerten sich, aus Ärger über das neue System und die herabgesetzten Gebühren, weiterhin Waren zu führen. Zudem hatte sich die Zahl der Familien, die Schlitten und Zugtiere hielten, in einigen Dörfern bis fast zur Hälfte vermindert, und die Bauern, die noch ein Stück Zugvieh hatten, wollten es selber führen und nicht den Fuhrleuten ausleihen ¹⁰⁵. Aus all diesen Gründen sah sich Uri gezwungen, im Jahre 1841 die freie Konkurrenz wieder zugunsten des Zustandes von ehemals aufzuheben. Basel-Stadt erhob gegen diesen Beschluß sofort heftigen Protest, und Luzern schloß sich nach vorübergehender Zustimmung Basels Meinung ebenfalls an. Als aber Uri auf der Februarkonferenz von 1842 den übrigen Gotthardständen nochmals alle seine Beweggründe dargelegt hatte, die es zur Widerrufung der freien Konkurrenz geführt hatten, schienen die meisten Delegierten unsicher geworden zu sein, ob sie Uri mit dem fortschrittlichen System der freien Konkurrenz nicht doch eher geschadet hätten. Zumindest erhoben sie gegen die Wiedereinführung des Winterteils keinen namhaften Protest. Doch erwies sich die Wiedereinführung des alten Systems in Uri als ganz unmöglich. Die Konkordatsstände verlangten deshalb auf der Augustkonferenz von 1843 wieder mit allem Nachdruck die vollständige Anerkennung der freien Konkurrenz. Uri kam diesen Wünschen diesmal bereitwillig entgegen und nahm an seinen Transportverordnungen so einschneidende Veränderungen vor, daß damit praktisch wieder die freie Konkurrenz im Fuhrwesen Uris anerkannt worden war.

¹⁰³ St.A.B. HG S 10, Relation des Basler Gesandten (Felber) vom 18. Sept. 1839.

¹⁰⁴ Basler Zeitung, 29. Jan. 1835.

¹⁰⁵ St.A.B. HG S 10, Konferenzprotokoll 1839.

Inzwischen sprach man bereits davon, ein zweites Dampfschiff auf dem Vierwaldstättersee zu bauen. Die Initiative ging diesmal nicht von der Knörrschen Gesellschaft aus, sondern von den an einer täglichen Postverbindung zwischen Basel und Mailand interessierten Ständen Luzern, Zürich, Bern, Uri, Tessin, Baselland und Basel-Stadt, deren Vertreter am 15. Februar 1842 in Luzern zu einer Konferenz in Postangelegenheiten zusammentraten¹⁰⁶. Von den Gotthardständen setzten sich vor allem Basel-Stadt und Luzern für den Bau eines zweiten Dampfschiffs ein, weil sie hofften, daß es nicht nur den Postverkehr nach Italien beschleunigen, sondern auch dem Gotthardtransit neuen Aufschwung bringen werde. Sie glaubten auch, auf diese Weise Zürich endlich dazu bewegen zu können, seine Post nicht mehr über den Splügen, sondern über den Gotthard zu schicken. Dabei machte der Delegierte von Basel-Stadt, Benedikt LaRoche, die Anregung, die Luzerner Regierung solle das Dampfschiff diesmal selbst bauen, damit sie nicht wieder von der Dampfschiffgesellschaft abhängig sei. LaRoche¹⁰⁷, der bereits den Auftrag erhalten hatte, sich wegen der Anschaffungskosten für ein Dampfschiff zu erkundigen, und deshalb von verschiedenen ausländischen Werften Gutachten eingeholt hatte, hielt nicht viel von der Knörrschen Gesellschaft und gedachte keinerlei Rücksichten auf sie zu nehmen, falls sie Schwierigkeiten machen sollte. Sein Plan war, von der Knörrschen Gesellschaft die Verpflichtung zu erkaufen, ihre Ausbesserungen nicht zur gleichen Zeit vorzunehmen wie das neue Schiff. «Sollte diese Gesellschaft einen so billigen Vorschlag von der Hand weisen, so würde wohl nichts anderes übrigbleiben, als sie durch tätige Konkurrenz zur Liquidation und zur Übergabe ihres Materials zu zwingen, wodurch es der Regierung möglich würde, zu mutmaßlich sehr vorteilhaften Bedingungen ein Reservedampfschiff anzukaufen und auf diese Weise einen sehr einträglichen und ganz geregelten Dienst einzurichten, welcher letztere jedenfalls nicht möglich sein wird, solange nur ein Dampfschiff auf dem Vierwaldstättersee besteht¹⁰⁸. Als die Dampfschiffgesellschaft von diesen Plänen erfuhr, geriet sie in größte Bestürzung und zögerte nicht, der Konferenz unverzüglich von sich aus den Bau eines zweiten Dampfschiffs anzubieten. Luzern und Basel-Stadt waren gegen eine Verständigung mit der Knörrschen Gesellschaft, und ihr gewich-

¹⁰⁶ Für das Folgende habe ich Akten aus dem Nachlaß von Benedikt LaRoche verwendet. St.A.B. Pr.Ar. 78, 9.

¹⁰⁷ Vgl. Anmerkung 55.

¹⁰⁸ Entwurf eines undatierten Gutachtens aus dem Jahre 1842, St.A.B. Pr.Ar. 78, 9.

tiges Wort bestimmte die Konferenz, LaRoche den Auftrag zu erteilen, die Herstellung eines Dampfschiffs in die Wege zu leiten. LaRoche beschaffte in den folgenden Wochen alle notwendigen Unterlagen, doch zeigte es sich auf einer weiteren Postkonferenz, die vom 30. Juni bis 5. Juli 1842 in Luzern stattfand, daß die andern Stände Knörr nun doch den Bau des zweiten Schiffes überlassen wollten. So erhielt Knörr den Auftrag, und am 23. August 1843 machte sein neues Dampfschiff bereits die Probefahrt.

Nachdem nun zwei Dampfschiffe auf dem See verkehrten, erwies sich das Dampfschiffunternehmen in kurzer Zeit als ziemlich gewinnbringend. Es blieb darum nicht lange ohne Konkurrenz. Sie entstand in der anfangs des Jahres 1847 von dem Altdorfer Emanuel Müller¹⁰⁹ gegründeten Urner Postschiffahrtsgesellschaft. Hätte es sich bei dem neuen Unternehmen lediglich um eine Konkurrenz gegenüber dem bestehenden des Herrn Knörr gehandelt, so wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen. Müllers Plan war aber, nachdem er sich «unter nicht ganz lauterer Mitwirkung»¹¹⁰ der Luzerner Regierung durch einen Vertrag mit den Urner Schiffergesellschaften in den ausschließlichen Genuß und Besitz des Dampfschiffahrtsrechts gesetzt hatte, die Knörrschen Schiffe gänzlich vom Urner Gestade zu verdrängen. Für Knörr hätte ein derartiger Beschluß Uris den Ruin seines Unternehmens bedeutet. Er schlug daher vor, sein Unternehmen mit demjenigen Müllers in eines zu verschmelzen, doch wollte Müller davon nichts wissen. Zum großen Glück für Knörr gelang es aber der Luzerner Regierung nicht, den Luzerner Großen Rat für die von ihr vorgeschlagene finanzielle Beteiligung an der Müllerschen Gesellschaft zu gewinnen. Sie sah sich vielmehr gezwungen, das Knörrsche Unternehmen gegen ihren Willen zu schützen und Repressalien gegen das Urner Dampfschiff zu ergreifen. Gleichzeitig rief sie die Gotthardstände um Hilfe an¹¹¹.

Basels Kritik anlässlich dieser ziemlich undurchsichtigen Vorgänge richtete sich vornehmlich gegen Uri, und das Basler Handelskollegium meinte, man habe Uri von jeher zu allen Verbesserungen gleichsam nötigen müssen. Auch jetzt beschränke es wieder die freie Schifffahrt. Es habe immer alle Vorteile begierig erhascht, allfällige Nachteile aber mit engherziger Gesinnung von sich gewiesen, was sich nur aus seinen knappen finanziellen Verhältnissen erklären

¹⁰⁹ Karl Emanuel Müller (1804–1896), Ingenieur, 1845 Mitglied der Luzerner Regierung, 1856–1859 und 1864–1866 Urner Landammann.

¹¹⁰ St.A.B. HG S 7, Gutachten des Basler Handelskollegiums vom 11. Juli 1848.

¹¹¹ Vgl. dazu Erlebnisse des Bernhard Ritter von Meyer, herausgegeben von seinem Sohn. Wien, Pest 1875, Bd. I, S. 124 ff.

lasse. Basel-Stadt wollte auch diesmal nicht das eidgenössische Recht anrufen, sondern für freundliche Verständigung sorgen und einen Gesandten nach Uri und Luzern senden. «Es scheint uns, daß Basel mehr als einer der andern auf dem Gotthardstraßenzug liegenden Konkordatsstände zu dieser Vermittlung, für deren Erfolg wir übrigens nicht garantieren möchten, berufen ist, und seine Stimme Eingang finde¹¹².» Weil die Angelegenheiten auch die Postverhältnisse betrafen, wurde Benedikt LaRoche für diese Vermittlung auserkoren, doch konnte er wegen anderer Geschäfte nicht sogleich abreisen, weshalb die Regierung von Basel-Stadt, als Anbahnung der beabsichtigten Vermittlung, vorerst wenigstens brieflich zur Verständigung mahnte. Uri blieb unnachgiebig und erklärte in einem langen Antwortschreiben, warum es auf seinem Standpunkt beharre¹¹³. So fand der Streit erst am 30. Mai 1849 sein endgültiges Ende, als der Bundesrat alle Beschränkungen der Schifffahrt gesetzlich aufhob.

Weniger Glück als Knörr und Müller hatte Basel mit seinen eigenen Dampfschiffunternehmungen¹¹⁴. Die beiden 1837 und 1840 in Basel gegründeten Gesellschaften mußten schon wenige Jahre nach der Aufnahme regelmäßiger Fahrten ihren Betrieb wieder einstellen. Auf die Verbilligung oder Beschleunigung des Gotthardtransits hatten sie keinerlei Einfluß ausgeübt. Eine große, seit den zwanziger Jahren von den Gotthardständen immer wieder ausgesprochene Hoffnung, derzufolge sich die Waage entschieden zu ihren Gunsten neigen werde, sobald einmal die Wasserkommunikation den Rhein hinauf vermittelt Dampfbooten hergestellt sei¹¹⁵, hatte sich damit endgültig zerschlagen.

Es war vor allem die wirksame Konkurrenz der Elsässerbahn, die neben Materialschäden und andern Unglücksfällen zur Liquidation der Basler Dampfschiffgesellschaften geführt hatte. Die Basler Handelskreise erhofften von der Vollendung dieser Bahn einen so großen Aufschwung für den Transithandel, daß sie es schließlich durchsetzten, daß die Elsässerbahn, als erstes Teilstück einer Eisenbahn auf Schweizerboden, innerhalb der Basler Stadtmauern ausmünden durfte¹¹⁶.

Von den rein schweizerischen Eisenbahnprojekten, die seit 1836

¹¹² St.A.B. HG S 7, Gutachten des Basler Handelskollegiums, 11. Juli 1848.

¹¹³ Ebenda, Uri an Basel, 7. Aug. 1848.

¹¹⁴ Paul Koelner, a. a. O., S. 110 ff.

¹¹⁵ Vgl. das Gutachten des Basler Handlungskomitees vom Jahre 1824. St.A.B. HG S 10.

¹¹⁶ Paul Burckhardt: Neujahrsblätter, Teil I, S. 84 ff.

von verschiedenen Interessengruppen aufgestellt worden waren, blieben zunächst alle unausgeführt. Es war die ständige Angst Luzerns, Basel-Stadt könne sich an irgendeinem solchen Projekt beteiligen und dabei sein Interesse am Gotthard verlieren. Als sich Basel-Stadt im Herbst 1837 ernsthaft für den Bau einer Eisenbahn von Basel nach Zürich zu interessieren begann, schrieb die Luzerner Regierung sofort nach Basel, daß sie einem solchen Unternehmen zwar alles Gedeihen wünsche, gleichzeitig aber nicht verhehlen könne, daß daraus gerechte Besorgnisse für den Gotthardtransit entstehen müßten. Schließlich forderte sie Basel dringend auf, doch bei den Maßregeln zu beharren, die zur Belebung des Gotthardtransits ergriffen worden seien, und versicherte, Luzern werde auch fortan mit größtem Nachdruck die Konkurrenz mit den andern Gebirgspässen zu behaupten streben und nötigenfalls selbst die Hand zum Bau einer Eisenbahn zwischen Basel und Luzern bieten¹¹⁷. Die Befürchtungen Luzerns waren jedoch unnötig, denn die Basler Regierung hielt das Projekt einer Eisenbahnverbindung zwischen Basel und Zürich noch nicht für reif und gewährte ihm deshalb keine Unterstützung.

Luzern hatte auch in den vierziger Jahren, als Eisenbahnfragen immer mehr ins Zentrum der Gotthardkonferenzen traten, seine Furcht noch nicht verloren und schlug, um Basel möglichst fest an den Gotthard zu binden, immer dringlicher eine Bahnverbindung mit Basel vor. Dieser Vorschlag war um so aktueller, weil Zürich ernsthaft daranging, sein sogenanntes «Nordbahnprojekt» auszuführen. Diese Linie sollte von Zürich über Baden nach Koblenz führen und sich jenseits des Rheins der badischen Rheinlinie anschließen. Als sich auf diese Nachricht hin im Juni 1845 die Vertreter der Gotthardstände wiederum in Luzern trafen, zeigte es sich, daß man auch in Basel inzwischen nicht untätig geblieben war und dem Bau der «Nordbahn» ein eigenes Projekt entgegenzustellen hatte. Nachdem mehrere Geologen die Durchbohrung des Hauensteins für möglich erklärt hatten, plante Basel zunächst eine Stammbahn von Basel nach Olten zu bauen, die sich dann später von dort aus nach Zürich, Luzern und Bern verzweigen sollte¹¹⁸. Es ging dabei Basel offensichtlich nicht allein um den Gotthardtransit, sondern um die Behauptung seiner Stellung als erster Speditionsstadt der Schweiz überhaupt, die ihm Zürich mit der «Nordbahn» streitig zu machen suchte. Trotzdem fand es mit seinem Projekt bei Luzern und Tessin vollste Zustimmung, und die Gotthardkonferenz von 1845 ernannte

¹¹⁷ Basler Zeitung, 17. Okt. 1837.

¹¹⁸ St.A.B. HG S 10, Protokoll der Luzerner Besprechung über Eisenbahnfragen, 16. Juni 1945.

sofort eine Spezialkommission, die sich nicht nur mit dem Bau einer Eisenbahnlinie von Basel nach Luzern, sondern auch mit einer allfälligen Tessiner Linie befassen sollte. Wegen der gespannten politischen Atmosphäre in der Schweiz kam es aber vorläufig nur zu vorbereitender Tätigkeit. Zur Ausführung des Unternehmens konnte erst in den fünfziger Jahren geschritten werden.

Nach 1848 wurden keine Gotthardkonferenzen mehr abgehalten, denn der junge Bundesstaat hatte für die meisten Probleme, über die sich die Gotthardstände jahrzehntelang nicht hatten einigen können, schnelle Lösungen gefunden. Für Basel-Stadt verlor der Gotthardpaß mehr und mehr von seiner Wichtigkeit, und nachdem einmal die Eisenbahnen nach Genf, Visp und Chur bestanden, war das Interesse am Gotthard sozusagen gänzlich erloschen. Als 1860 noch einmal eine Konferenz zur Hebung des Gotthardtransits einberufen wurde, faßte das Basler Handelskollegium seine Meinung folgendermaßen zusammen: «Es scheint, daß schon seit längerer Zeit die hierorts immer noch diesem Paß beigelegte Wichtigkeit nicht nur eher traditioneller Natur sei, sondern daß sie auch absolut betrachtet immer überschätzt wurde, indem sich die über jenen Alpenpaß beförderten Güter auf eine auffallend geringe Anzahl Zentner beschränkte und der bloße Verkehr der Reisenden nicht in Betracht kommen kann. Materielle Opfer unsererseits rechtfertigen sich nicht.» Die Konferenz wurde deshalb nur noch durch einen Delegierten *ad audiendum et referendum* beschickt ¹¹⁹.

¹¹⁹ Ebenda, Handelskollegium an Regierung, 1. Juni 1860.

QUELLEN UND LITERATUR

1. Ungedruckte Quellen

Staatsarchiv Basel

Kleiner Rat, Protokolle, 1830–1848.
Großer Rat, Protokolle, 1830–1848.
Protokolle des Staatskollegiums, 1830–1848.
Protokolle der Haushaltung, 1830–1848.
Missiven, 1830–1848.
Instruktionen zur Tagsatzung, 1830–1848.
Tagsatzungsrelationen, 1830–1848.
Tagsatzungen (Akten aus dem Nachlasse von Bürgermeister Frey) Eidgenossenschaft K 8.
Sarner- und Schwyzerkonferenzen. Trennung U 3.
Klosteraufhebung in der Schweiz. Politisches EE 9.
Freischaren und Sonderbund. Politisches EE 10.
Jesuiten. Kirchenakten N 4.
Gotthardstraße. Handel und Gewerbe S 10.
Schiffahrt auf dem Vierwaldstättersee. Handel und Gewerbe S 7.
Uri (1–11).
Schwyz (1–11).
Obwalden (1–7).
Nidwalden (1–7).
Nachlaß Bürgermeister Felix Sarasin. Pr.Ar. 212.
Nachlaß Niklaus Bernoulli-Bär. Pr.Ar. 304.
Nachlaß Andreas Heusler-Ryhiner. Pr.Ar. 328.
Nachlaß Johann Friedrich Ecklin. Pr.Ar. 576.
Nachlaß Benedikt LaRoche-Stachelin. Pr.Ar. 78.
Nachlaß Johann Jakob Speiser-Hauser. Pr.Ar. 572.
Nachlaß Wilhelm Wackernagel. Pr.Ar. 82.

Bürgerbibliothek Luzern

Nachlaß Anton Felix von Balthasar.
Nachlaß Joseph Eutych Kopp.

In Privatbesitz

Nachlaß Wilhelm Vischer-Bilfinger. Im Besitz von Prof. Wilhelm Vischer, Basel.
Tagebücher Heinrich Gelzers. Im Besitz von Prof. Matthias Gelzer, Frankfurt a. Main.

2. Gedruckte Quellen

Abschiede der außerordentlichen und ordentlichen eidgenössischen Tagsatzungen, 1830–1848. St.A.B. Eidgenossenschaft F 21–48.
Basler Zeitung, 1833–1848.
Tagblatt, 1838–1848.
Schweizerische Nationalzeitung, 1842–1848.
Christlicher Volksbote aus Basel, 1833–1848.

3. Übrige gedruckte Quellen und sonstige Literatur

Alioth, August, Briefe aus dem Sonderbundsfeldzug. BJ 1898.
Baumann, Werner, Der Güterverkehr über den St. Gotthardpaß vor Eröffnung der Gotthardbahn. Diss. Zürich 1954.
Baumgartner, Gallus Jacob, Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830–1850. 4 Bde. St. Gallen 1850 f.
Bernet, Alois und Boesch, Gottfried, Josef Leu von Ebersol (1800–1845) und seine Zeit, Luzern 1945.
Bonjour, Edgar, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Im II. Bd. der Geschichte der Schweiz von Nabholz, Muralt, Feller und Bonjour. Zürich 1938.
Bonjour, Edgar, Werden und Wesen der Schweizerischen Demokratie. Basel 1939.
Bonjour, Edgar, Das Schicksal des Sonderbundes in zeitgenössischer Darstellung. Aarau 1947.
Bonjour, Edgar, Briefe von Johann Rudolf Merian aus der Sonderbundszeit 1847/48. BZ, Bd. 46, Basel 1947.
Bonjour, Edgar, Die Gründung des Schweizerischen Bundesstaates. Basel 1948.
Bonjour, Edgar, Basels Vermittlung in den Sonderbundswirren 1847/48. Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern, Bd. 39, Heft 2.
Bonjour, Edgar und Bruckner, Albert, Basel und die Eidgenossen. Basel 1951.
Bonjour, Edgar, Baslerisch-schweizerische Wirtschaftsbeziehungen. In «Das 75jährige Jubiläum der Basler Handelskammer vom 12. Nov. 1951». Basel 1951.
Burckhardt, Ludwig August, Der Kanton Basel. St. Gallen, Bern 1841.
Burckhardt, Max, Jacob Burckhardt Briefe, Bd. II, Basel 1952.
Burckhardt, Max, Aus den deutschen Studienjahren des Rats Herrn Andreas Heusler. BJ 1955, S. 40 ff.
Burckhardt, Paul, Die Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur neuen Bundesverfassung, 1833–1848, 3 Teile. 90–92. Neujahrsblatt, herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen. Basel 1912–1914.
Burckhardt, Paul, Geschichte der Stadt Basel von der Reformation bis zur Gegenwart. Basel 1942.
Businger, Aloys, Der Kanton Unterwalden. St. Gallen, Bern 1836.
Castell, Anton, Das Land Schwyz. Beiträge zur Heimatgeschichte von Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug. Zollikon, Zürich 1947.
Deschwanden, Melchior, Geschichtlicher Umriß von der Unternehmung der Tieferlegung des Lungernsee. Sursee 1833.
Dierauer, Johannes, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bd. V, Gotha 1917.

- Dürr, Emil*, Jacob Burckhardt als politischer Publizist. Mit seinen Zeitungsberichten aus den Jahren 1844/45. Aus dem Nachlaß E. Dürrs, herausgegeben von Werner Kaegi. Zürich 1937.
- Faßbind, Rudolf*, Die Schappe-Industrie in der Innerschweiz. Geschichtsfreund, Bd. 107, S. 5–76 und Bd. 108, 5–62.
- Feddersen, Peter*, Geschichte der Schweizerischen Regeneration von 1830–1848. Zürich 1867.
- Feller, Richard*, Die schweizerische Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert, mit Beiträgen von Giuseppe Zoppi und Jean Rodolphe de Salis. Zürich, Leipzig 1938.
- Frey, Robert*, Das Fuhrwesen in Basel von 1662–1848. Basel 1932.
- Gagliardi, Ernst*, Geschichte der Schweiz. 2 Bde., Zürich 1934, 1937.
- Ganz, Werner*, Philipp Anton von Segesser als Politiker. Eine Studie. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Bd. I, S. 245 ff.
- Geering, Traugott*, Handel und Industrie der Stadt Basel, Basel 1886.
- Guggenbühl, Gottfried*, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 2 Bde. Erlenbach-Zürich 1948.
- Heusler, Andreas*, Die Trennung des Kantons Basel. 2 Bde. Zürich 1839/42.
- Heusler, Andreas*, Schweizerische Verfassungsgeschichte. Basel 1920.
- His, Eduard*, Ratsherr Andreas Heusler und seine Politik in der «Basler Zeitung». BZ, Bd. 28. Basel 1929.
- His, Eduard*, Basler Handelsherren des 19. Jahrhunderts. Basel 1929.
- His, Eduard*, Basler Staatsmänner des 19. Jahrhunderts. Basel 1930.
- His, Eduard*, Die Bedeutung der Schweizerischen Regeneration von 1830/31. Zeitschrift für Schweizergeschichte. Bd. XI, S. 392–473.
- His, Eduard*, Briefwechsel zwischen Philipp Anton von Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner, 1842–1867. BZ, Bd. 31.
- His, Eduard*, Basler Gelehrte des 19. Jahrhunderts. Basel 1941.
- His, Eduard*, Luzernische Verfassungsgeschichte der neuern Zeit, 1798–1849. Luzern 1944.
- Hofer, Fritz*, Die Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee. Bern 1930.
- Jufer, Max*, Das Siebnerkonkordat von 1832. Diss. Affoltern 1953.
- Kaegi, Werner*, Jacob Burckhardt, eine Biographie. Bd. I, Basel 1947, Bd. II, Basel 1950.
- Keller, Ferdinand*, Die Tieferlegung des Lungernsees. Zürich 1836.
- Koelner, Paul*, Die Basler Rheinschifffahrt vom Mittelalter zur Neuzeit. Basel 1954.
- Kopp, Eugen*, Die konservative Partei des Kantons Luzern von 1831–1948. Luzern 1950.
- Meyer, Carl*, Basel zur Zeit der Freischarenzüge und des Sonderbunds. BJ 1902.
- Meyer, Bernhard Ritter von*, Erlebnisse der Bernhard Ritter von Meyer, weiland Staatsschreiber und Tagsatzungsgesandter des Cantons Luzern, nachmaliger k. k. österreichischer Hof- und Ministerialrath, Sekretär des Ministerraths etc. 2 Bde. Wien, Pest 1875.
- Meyer von Knonau, Gerold*, Der Kanton Schwyz. St. Gallen, Bern 1835.
- Müller, Anton*, Luzerner Publizistik und Krise der Regeneration 1839/41. Schweiz. Zeitschrift für Geschichte. Bd. I, S. 96 ff.
- Müller, Karl*, Philipp Anton von Segesser, 2 Bde. Luzern 1917/23.
- Odermatt, Franz*, Der Kanton Unterwalden mid dem Wald im 19. Jahrhundert in seiner Geschichte, Kultur und Volkswirtschaft. Stans 1937.
- Oechsli, Wilhelm*, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Leipzig 1913.
- Peyer, Gustav*, Geschichte des Reisens in der Schweiz. Basel 1885.

- Pfyffer, Casimir*, Zuruf an den eidgenössischen Vorort Luzern bei Übernahme der Leitung der Bundesangelegenheiten. Luzern 1831.
- Pfyffer, Casimir*, Geschichte der Stadt und des Kantons Luzern. 2 Bde. Zürich 1850/52.
- Pfyffer, Casimir*, Der Kanton Luzern. St. Gallen, Bern 1858 und 1859.
- Schaub, Emil*, Geschichte der Familie Sarasin. Bd. II. Basel 1914.
- Schwegler, Theodor*, Geschichte der katholischen Kirche in der Schweiz. Stans 1943.
- Schweizer, Eduard*, Die Dreißiger Wirren im Kanton Basel. In den Bänden 30, 33, 36, 38, 39 und 40 der BZ.
- Segesser, Philipp Anton von*, Sammlung kleiner Schriften, o. O. 1879.
- Segesser, Philipp Anton von*, 45 Jahre im Luzerner Staatsdienst. Erinnerungen und Akten aus dem Kantonalleben 1841–1887. Bern 1887.
- (Siegwart, Constantin)*, Rechtsschrift über die Freiheit der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee. Luzern 1838.
- Siegwart, Constantin*, Ratsherr Joseph Leu von Ebersoll. Altdorf 1863.
- Siegwart, Constantin*, Der Kampf zwischen Recht und Gewalt in der Eidgenossenschaft und mein Antheil daran. Altdorf 1864.
- Siegwart, Constantin*, Der Sieg der Gewalt über das Recht in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Altdorf 1866.
- Stahelin, Ernst*, Der Jesuitenorden in der Schweiz. Basel 1923.
- Stahelin, Ernst*, Liberalismus und Evangelium. Die Stellung des Schweizerischen Protestantismus zum Aufbruch des Liberalismus in der Regenerationszeit. Basler Universitätsrede. 5. Heft. Basel 1934.
- Stahelin, Ernst*, Die Stimme der Schweizerischen Kirchen zum Sonderbundskrieg und zur Gründung des Schweizerischen Bundesstaates. Zürich 1948.
- Steinauer, Dominik*, Geschichte des Freistaates Schwyz vom Untergang der 13-örtigen Eidgenossenschaft bis auf die Gegenwart. 2 Bde. Einsiedeln 1861.
- Stolze, Alfred, J. C.* Bluntschlis Vermittlungspolitik in der Schweiz, 1839–1847. Zeitschrift für schweizerische Geschichte. Bd. VII. Zürich 1927.
- Strobel, Ferdinand*, Die Jesuiten und die Schweiz im XIX. Jahrhundert. Olten und Freiburg i. Breisgau 1954.
- Tillier, Anton von*, Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des sogenannten Fortschrittes, 1830–1848. 3 Bde. Bern 1854/55.
- Vischer, Eduard*, Rudolf Rauchenstein und Andreas Heusler. Quellen zur aargauischen Geschichte. 2. Reihe, Bd. II. Aarau 1951.
- Weitere Literatur ist in den Anmerkungen des Textes angegeben.

PERSONENREGISTER

- Abyberg, Theodor 37
 Abys, Raget 69
 Ackermann, Stanislaus 50
 Aebi, Josef Ludwig 148
 Alioth, August 121
- Bachofen, Johann Jakob 99
 Bachofen, Johann Jakob 67
 Balthasar, Anton Felix von 126f.
 Balthasar, Franz Urs von 11
 Bernoulli, Niklaus 78, 87f.
 Bischoff, Achilles 91
 Bluntschli, Johann Caspar 145
 Böschenstein, Georg 70f.
 Bossard, Konrad 49, 52, 69–71, 100, 108
 Brenner, Carl 55, 59, 78
 Büren, Eugenius von 97
 Burckhardt, August 137
 Burckhardt, Carl 31, 34, 52, 60, 66, 78, 100, 143, 177
 Burckhardt, Christoph 36
 Burckhardt, Jacob 146–148
 Burckhardt, Jakob 97
 Burckhardt, Johannes 75
 Businger, Aloys 97
- Chambrier, Frédéric de 21, 34
- Deschwanden, Melchior von 89, 91–93, 97
 Deschwanden, Paul von 98
 Druey, Henry 117
 Dufour, Guillaume-Henri 75, 77
 Durrer, Franz 71
- Eberle, Ambros 108
 Ecklin, Jakob Friedrich 92
 Etterlin, Petermann 8, 123, 141
- Fournier, Louis 70
 Freudenberger, Uriel 123, 125f., 128
 Frey, Johann Rudolf 22, 25f., 32, 46, 49f., 52, 54f., 60, 75, 77, 85, 90, 100f., 109, 176
 Frunz, Conrad 98
 Furrer, Jonas 71f.
- Geigy, Wilhelm 20, 31, 90, 92
 Gelzer, Heinrich 95, 142–148
 Gerlach, Franz Dorotheus 134
 Gessner, Salomon 96
 Gleser, Johann Heinrich 127f.
 Grasser, Johann Jakob 124f.
- Hedlinger, Viktor Laurenz 127
 Hermann, Nikolaus 69, 86, 108
 Heusler, Andreas 49–52, 60, 78, 86f., 96, 98, 100–121, 131–140, 142–149
 Holbein, Ambrosius 8
 Holbein, Hans 8
 Hottinger, Johann Jakob 134, 138
- Iselin, Heinrich 88, 120
 Iselin, Jakob Christoph 125
 Iselin, Johann Rudolf 125
 Iselin, Isaak 11, 94, 126f.
- Kaiser, Franz 99
 Kaiser, Jacob 86
 Keller, Augustin 53
 Kern, Johann Konrad 71
 Knörr, Friedrich 171, 179–181
 Kopp, Jakob 59
 Kopp Joseph Eutych 49, 87, 98, 102 bis 108, 129–149
 Kost, Wendelin 49, 87
- La Roche, Benedict 87, 164, 179–181

- La Roche, Emanuel 36, 75
 La Roche, Emil 158
 La Roche, German 89
 Lauener, Josef Leonz 20, 99
 Leu, Josef Burkart 108
 Leu von Ebersol, Joseph 43, 50, 57, 102, 114, 118
 Lützelmann, Johann Jakob 88, 120
 Lux, Markus 8
- Merian, Andreas 155
 Merian, Eduard 79
 Merian, Johann Rudolf 61, 66, 68, 70, 72f., 75, 79f.
 Merian, Peter 143
 Metternich, Klemens, Fürst von 69, 164
 Meyer, Bernhard 49, 52f., 58, 69f., 74, 87
 Meyer, Remigius 147f.
 Minder, Samuel 36
 Molo, Corrado 175
 Mousson, Heinrich 48
 Mülinen, Niklaus Friedrich von 136
 Müller, Alois 169
 Müller, Emanuel 180f.
 Müller, Jakob Anton 167–169
 Müller, Johannes von 95, 128–132, 142f., 145
 Muheim, Karl 70
 Munzinger, Joseph 71
- Näff, Wilhelm 70f.
- Ochsenbein, Ulrich 61, 71, 75
 Oswald, Matthias 37, 167–169
- Pantaleon, Heinrich 124f.
 Passavant, Emanuel 157
 Pfyffer, Casimir 59
- Reding, Aloys 95
 Rüttimann, Rudolf 48f., 100
 Russ, Melchior 6
- Sarasin, Felix 60–62, 64, 66, 68f., 71, 73, 75–77, 87, 99
- Saxo Grammaticus 124
 Schauenburg, Balthasar von 95
 Schiller 94, 142
 Schilling, Diebold 6, 140
 Schmid, Anton Maria 52
 Schneller, Josef 137
 Schuhmacher, Josef 100
 Segesser, Anton Philipp von 88, 98, 108, 110, 120, 139, 147, 149
 Sidler, Anton Josef 108
 Siegwart, Konstantin 46, 49f., 53–55, 104, 110, 113, 117
 Speiser, Johann Jakob 79, 99
 Spichtig, Nikodem 90, 99
 Spreng, Johann Jakob 125, 128
 Steiger, Jakob Robert 85
 Stumpf, Johannes 123, 126
 Sulzberger, Johann Jakob 92f.
- Tanner, Anton 108
 Tschudi, Aegidius 126, 129–132, 140, 142
- Vischer, Benedict 37
 Vischer, Wilhelm 37, 166, 175f.
 Vischer-Bilfinger, Wilhelm 78, 96, 120, 137, 149
 Vischer-Heussler, Wilhelm 147f.
 Vitoduranus 140
 Voltaire 123
- Wackernagel, Wilhelm 96–98, 134
 Wäber, Franz Xaver von 26, 31, 34
 Waitz, Georg 148
 Wettstein, Johann Rudolf 10
 Wurstemberger, Johann Ludwig von 144
- Zelger, Clemens 34, 99
 Zelger, Jakob Josef 99
 Zellweger, Johann Caspar 136f.
 Zraggen, Josef Maria 25, 31, 169, 176
 Zünd, Joseph 49
 Zwyer, Sebastian Peregrin 10

ABKÜRZUNGEN

ADB	= Allgemeine Deutsche Biographie, 55 Bde., Leipzig 1875–1910
BJ	= Basler Jahrbuch, Basel 1879 ff.
BZ	= Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, Basel 1902 ff.
HBL	= Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, Neuenburg 1921 ff.
Bü.Bi. Luzern	= Bürgerbibliothek Luzern
St.A.B.	= Staatsarchiv Basel-Stadt
Pr.Ar.	= Privatarchiv
A.o.(a.o.) Tags.	= Abschied der ordentlichen (außerordentlichen) Tagsatzung

LEBENS LAUF

Am 30. Mai 1926 kam ich, Ursus Antonius Gelzer, als fünftes Kind des ordentlichen Professors für alte Geschichte Matthias Gelzer und seiner Ehefrau Marianne, geborene Wackernagel, in Frankfurt am Main zur Welt. Meine ganze Schulzeit, die ich im Jahre 1946 mit einer humanistischen Maturitätsprüfung abschloß, verbrachte ich in Deutschland. Darauf siedelte ich in meine Heimatstadt Basel über und begann im Herbst des gleichen Jahres an der dortigen Universität Schweizergeschichte, Allgemeine Geschichte, Anglistik und Germanistik zu studieren. Ich besuchte Vorlesungen und Übungen der Herren Professoren Edgar Bonjour, Werner Kaegi, Wolfram von den Steinen, Hans Georg Wackernagel, Albert Bruckner, Adolf Gasser, Henry Lüdeke, Karl Jost, Walter Muschg und Friedrich Ranke. Meine Dissertation ist auf Anregung und unter Leitung von Herrn Professor Edgar Bonjour entstanden. Wegen einer Kinderlähmung, die mich im Winter 1948 befiel, zogen sich meine Studien leider ziemlich in die Länge. Ich habe deshalb auch kein einziges Semester im Ausland oder an einer anderen Universität zugebracht.

